Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Deutschösterreichs
Protokoll des Sozialdemokratischen
Parteitages 1904

HX
256
S6
1904

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Abgehalten zu Salzburg
vom 26. bis 29. September 1904.

Agitationsausgabe. — Preis 50 Heller.

Wien 1904.
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18.

Empfehlenswerte Schriften:

Aus dem Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand,

Wien, VI., Gumpendorferstrasse 18.

Adler, Dr. Viktor. Schwurgerichtsprozeß gegen Dr. Viktor Adler über die Anklage der Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe, der Religionsstörung ꝛc. ꝛc. 64 Seiten. K —·24

— Die Marodeure des Klerikalismus. Wien 1901. 16 Seiten. K —·10, 100 Stück K 7·—

Berner Ernst. Das rote Einmaleins oder So leben wir! Ein soziales Bilderbuch. 1899. 64 Seiten. K —·24, 50 Stück K 8·—

— Der männermordende, völkerverderbende Militarismus in Oesterreich. Wien 1903. 64 Seiten. K —·20, 100 Stück K 14·—

— Die Steinkohlengräber im Ostrau-Karwiner Bergrevier. Wien 1898. 40 Seiten. K —·30

Blatchford. Im Reiche der Freiheit. Aus dem Englischen frei übersetzt von Henry Wright. Wien 1899. 227 Seiten. K 1·20

Blütenstrauß christlich-sozialer Parteitätigkeit, von einem Freunde der Wahrheit. Wien 1899. 48 Seiten. K —·10, 100 Stück K 7·—

Chwála A. Winke für die versicherungspflichtigen Arbeiter der Arbeiter-Unfallversicherung. Wien 1892. 10 Seiten. K —·06, 100 Stück K 4·—

— Die Opfer der Industrie und der Unfallversicherungsanstalten. Eine Darlegung, wie die Arbeiter von den Anstalten benachteiligt werden und wie sie sich dagegen wehren können. Wien 1896. 24 Seiten. K —·12, 100 Stück K 9·—

Daszynski Ignaz. Oesterreich im Gedächtnisjahre der Revolution. 16 Seiten. K —·10, 100 Stück K 7·—

Deutschvölkische Heldentaten. Stellung der Deutschnationalen zu den Volksrechten. Wien 1900. 20 Seiten. K —·10, 100 Stück K 6·—

Ellenbogen, Dr. Wilhelm. Der kapitalistische Staat als Arbeitgeber. Rede über die Lage der Staatseisenbahnbediensteten. 16 Seiten. K —·10, 100 Stück K 7·—

— Was will die Sozialdemokratie? Eine elementare Erläuterung des Hainfelder Programms. Wien 1899. 128 Seiten. K —·60

Ereignisse von Falkenau und Ostrau, Die, im Parlament. Stenographisches Protokoll der Reichsratsverhandlungen am 10. Mai 1894. 136 Seiten. K —·20

Flugblätter. Zur Massenverbreitung besonders geeignet:

— Guckkasten, Politischer.
Nr. 1 Christlich-soziales Affentheater. K —·08
Nr. 2. O du mein Oesterreich! K —·08
Nr. 3. Die Kohlenmühle. K —·08
100 Stück gemischt nur K 1·—

— Kommunal-(Gemeinde-)Programm der österreichischen Sozialdemokratie. K —·02, 100 Stück K 1·—, 500 Stück K 4·—

— Liederschatz, Kleiner, für Arbeiter. K —·04, 100 Stück K 2·—, 500 Stück K 7·—

— Michel, es geht schief! K —·02, 100 Stück K 1·—

— Teilerei, Die. 8 Seiten. K —·04, 100 Stück K 1·50, 500 Stück K 6·—, 1000 Stück K 10·—

— 's Tor zua! Sö san da! 8 Seiten. K —·04, 100 Stück K 1·50, 500 Stück K 6·—, 1000 Stück K 10·—

— Was is denn g'scheh'n? Was rennt denn der Herr Verwalter so? Jessas, Jessas, die Sozialdemokraten san da! 8 Seiten. K —·02, 100 Stück K 1·—, 500 Stück K 4·—, 1000 Stück K 6·—

In Oesterreich sofort nach dem Erscheinen verboten. Frei geworden durch die Interpellation des Abgeordneten Schuhmeier und Genossen.

— Was will die Sozialdemokratie? K —·02, 100 Stück K 1·—, 500 Stück K 4·—, 1000 Stück K 6·—

Freie Liebe und bürgerliche Ehe. Wien 1895. 16 Seiten. K —·12, 100 Stück K 8·—

Glöckel Otto. Die Christlich-Sozialen im Spiegel ihrer verratenen Prinzipien. Wien 1902. 16 Seiten. K —·10, 100 Stück K 7·—

Harpner, Dr. Gustav. Das österreichische Strafverfahren. Leichtfaßlich für jedermann dargestellt. Wien 1898. 164 Seiten. In Leinwand gebunden. K 1·20

Heimatsgesetz, Das neue. Mit besonderer Rücksicht auf die Erlangung des Zuständigkeitsrechtes und der Rechte auf Gemeindeunterstützung. Wien 1901. 32 Seiten. Agitationsausgabe K —·12, 50 Stück K 4·50

— Formulare zum Einreichen bei Polizei, Magistrat und Gemeinde à K —·06, 100 Stück K 3·—

Herr Dr. Lueger in der Klemme. Die erste Schuldebatte im neuen Parlament (1901). 40 Seiten. K —·20

Kaff Siegmund. Der Handlungsgehilfe und sein Recht. Ein Ratgeber in allen das Arbeitsverhältnis der Handlungsgehilfen betreffenden Fragen. Wien 1899. 52 Seiten. K —·40

(Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite.)

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Abgehalten zu Salzburg

vom 26. bis 29. September 1904.

Tagesordnung:

1. **Konstituierung des Parteitages:**
   a) Wahl des Präsidiums:
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung:
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. **Berichte:**
   a) der Parteivertretung. Berichterstatter: Skaret;
   b) der Kassaverwaltung. Berichterstatter: Ellenbogen;
   c) der Kontrolle;
   d) über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: Elderisch.
3. **Partei- und Wahlorganisation.** Berichterstatter: Skaret.
4. **Parteipresse.** Berichterstatter: Emmerling.
5. **Wahl der Parteivertretung.**
6. **Lebensmittelteuerung.** Berichterstatter: Karpeles.
7. **Verfassungsrevision.** Berichterstatter: Adler.
8. **Allgemeine Parteiangelegenheiten.**

Wien 1904.
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18.

Einberufer des Parteitages:

Dr. Viktor Adler, Heinrich Beer, Anna Boschek, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Pernerstorfer, Franz Schuhmeier, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik, L. Widholz aus Wien. Dr. L. Czech (Brünn), Hans Resel (Graz), Josef Seliger (Teplitz), J. Spielmann (Linz), A. Schäfer (Reichenberg).

HX
256
S6
1924

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Josef Tomschik (Wien), Robert Preußler (Salzburg).

Schriftführer:

Vinzenz Muchitsch (Graz), Anton Schrammel (Aussig), Leopold Winarsky (Wien).

Mandatprüfungskommission:

Simon Abram (Innsbruck), Josef Seliger (Teplitz), Albert Sever (Wien), Ludwig Tuller (Leoben), Johann Zuschratter (Jägerndorf).

Konstituierung des Parteivorstandes:

I. Vorsitzender:
Josef Tomschik.

II. Vorsitzender:
Franz Schuhmeier.

Sekretär:
Ferdinand Skaret.

Kassier:
Dr. Wilhelm Ellenbogen.

Vorsitzender der Parteikontrolle:
Dr. Ludwig Czech, Brünn, Rennergasse 22.

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. *Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats

vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

(Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihrer Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeindewesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Hasers nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er daß Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existieren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe tätig sein.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein vom Parteivorstande zu berufendes sechsgliedriges Schiedsgericht. Die Hälfte der Beisitzer werden von denjenigen nominiert, die den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch den Ausschluß Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand.

Der Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Genossen gestellt werden.

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Organisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Gesamtpartei gelten und steht dem davon Betroffenen das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen. Der Ausschluß aus der Gesamtpartei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Verzichtet oder unterläßt ein Parteigenosse, dessen Ausschluß verlangt worden ist, vom Zeitpunkt der Verständigung an innerhalb vierzehn Tagen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

II. Vertrauenspersonen.

Alle in einem Orte befindlichen Parteigenossen und -Genossinnen bilden zusammen die Lokalorganisation. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteimitglieder der einzelnen Orte in zu diesem Zwecke berufenen Parteiversammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Als Grundlage für den Ausbau der Lokalorganisation ist nach Tunlichkeit die Straßen- und Häuseragitation durchzuführen.

Die Vertrauenspersonen mehrerer Lokalorganisationen bilden zusammen die Bezirksorganisation, deren Umfang, unter Berücksichtigung der territorialen Verhältnisse, von der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz bestimmt wird. Wo es die sprachlichen oder territorialen Verhältnisse notwendig erscheinen lassen, können Agitationsbezirke, ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen, gebildet werden.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben.

Die Wahlkreisorganisation, die ein ganzes Kronland oder bestimmte Teile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Diesem obliegt die Förderung und Ueberwachung des Ausbaues der Organisation als auch die Agitation im Wahlkreis.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation auf Berufung des Agitationscomités nach Bedarf, mindestens aber einmal innerhalb eines Jahres, zu einer Konferenz zusammen. Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der dem Kreise angehörenden Bezirksorganisationen unter Angabe von Gründen es verlangt. Die Wahlkreiskonferenz entscheidet endgültig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreisorganisationen eines Kronlandes können sich zu einem Verbande (Landesorganisation) vereinigen. Zur Besprechung und Beschlußfassung von Angelegenheiten, die das ganze Kronland betreffen und soweit sie durch das eigene Organisationsstatut dem Verbandsausschuß nicht vorbehalten sind, treten die Wahlkreisvertrauensmänner des betreffenden Verbandes nach Bedarf zu einer Verbandskonferenz zusammen.

Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich, und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag, insoferne sie nicht schon durch die Bestimmungen der Kronländer geregelt ist.

Die Vertrauenspersonen der Lokal-, Bezirks-, Wahlkreis- und Landesorganisationen haben ihre Wahl mit genauer Angabe ihrer Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen.

Die Anstellung von Bezirksvertrauensmännern nach Vorschlag des betreffenden Bezirkes kann nur nach Zustimmung der Landes- oder Wahlkreisvertretung geschehen, die auch über die Person entscheidet.

III. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die organisierten Parteigenossen jedes Ortes, respektive Bezirkes und jedes Wahlkreises der V. Kurie haben das Recht, je einen Delegierten auf den Parteitag zu entsenden. Orte, respektive Bezirke und Wahlkreise, in denen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, eventuell außer dem männlichen Delegierten auch eine Genossin auf den Parteitag zu schicken. Die Wahl der Delegierten hat in den Konferenzen, respektive Plenarversammlungen dieser Organisationen zu erfolgen.

Die Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Diese Delegierten haben jedoch nur beratende nicht aber beschließende Stimme.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisierten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitage zu delegieren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgane der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Teilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

IV. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrolle.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Kontrolle können Reichsratsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrollore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit teilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrolle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassengeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Tätigkeit sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Parteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen.

V. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VI. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisierten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigen Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären

und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisationen besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesamtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

VIII. Kandidaturen.

Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung, respektive wo diese fehlt, von der Wahlkreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung des Vorschlages der Wahlkreise.

Die endgültige Aufstellung der so nominierten Kandidaten für den Reichsrat erfolgt, mit Ausnahme von Ersatzwahlen, durch eine Reichskonferenz, der neben der Parteivertretung die Wahlkreisvertrauensmänner beizuziehen sind.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Parteivertretung.

Dieser Bericht umfaßt nur die Periode vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904, und wir verweisen bezüglich des vorangegangenen Jahres auf den vorjährigen Bericht an den Gesamtparteitag.

Zum viertenmal seit Schaffung der nationalen Exekutiven (1897) tritt die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich zu ihrem Parteitag zusammen.

Schon der Aussiger Parteitag, August 1902, mußte seine Beratungen unter den schon damals bestandenen trostlosen politischen Zuständen in Oesterreich fast ausschließlich dem Ausbau der Organisation widmen. Seit damals haben sich die politischen und parlamentarischen Verhältnisse nicht nur nicht gebessert, sondern verschlechtert. Demzufolge sah sich auch die Parteivertretung genötigt, ihr Verhalten dementsprechend einzurichten und angesichts der vorherrschenden Verhältnisse das Hauptaugenmerk mehr auf den Ausbau der Organisation als auf größere parteipolitische Aktionen zu lenken. Was immer von seiten unserer Partei auch unternommen worden wäre, sei es ein Vorstoß auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung oder der Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiter, es fehlte das Parlament, an das diese Forderungen hätten gestellt werden können.

Das österreichische Proletariat hat unter solchen Verhältnissen jede Hoffnung, daß dieses Parlament auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, der Arbeits- und Lohnverhältnisse oder gar der Verfassung irgend eine, wenn auch noch so geringfügige Verbesserung herbeiführen könnte, vollständig aufgegeben. Die Arbeiterschaft hat, der parlamentarischen Komödien müde, mit ihrer Organisation zur Selbsthilfe gegriffen und, wie das abgelaufene Jahr beweist, auf dem Gebiete der Lohnkämpfe anerkennenswerte Erfolge erreicht.

Nachdem am 26. Juni 1903 das Parlament abermals geschlossen und die Regierung die Abgeordneten nach Hause geschickt hatte, erließ die Gesamtparteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie im Verein mit dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten ein Manifest, das am 5. Juli 1903 in der „Arbeiter-Zeitung" erschien und die Arbeiter Oesterreichs zum Kampfe aufruft gegen dieses Parlament und gegen die alles korrumpierenden Wahlprivilegien. Diesem Manifest folgte in kurzer Aufeinanderfolge eine große Anzahl von Kundgebungen im ganzen Reiche, die die Forderungen nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht zum Gegenstand hatten.

Eine der größten und würdigsten Demonstrationen gegen das Privilegienparlament war zweifellos das am 26. Juli 1903 auf der Prater-Rennbahn in Wien abgehaltene Meeting. Dasselbe war von mehr als 30.000 Personen besucht, zu denen von drei Rednertribünen deutsch und tschechisch gesprochen wurde.

Leider ging es bei einer dieser Kundgebungen, wie das in Oesterreich schon einmal so üblich ist, nicht ohne Blutvergießen ab. Bei der am 7. September 1903 stattgefundenen Wahlrechtsversammlung in Brünn kam es nach Schluß der Versammlung zu blutigen Zusammenstößen mit den wie wahnsinnig dreinschlagenden Polizisten. Es wurden hierbei mehr als 20 Personen durch Säbelhiebe verwundet.

Am 13. September 1903 erschien in der „Arbeiter-Zeitung" ein von den sozialdemokratischen Abgeordneten gezeichneter Aufruf: „An unsere Brüder im Waffenrock!", der sich mit einer Verfügung der Regierung wegen Zurückbehaltung der drittjährigen Diener als Geiseln gegen die Obstruktion im ungarischen Parlament beschäftigte. Dieser Aufruf wurde zur Gänze konfisziert, was seine Verbreitung allerdings keineswegs hinderte. Anschließend daran fand eine Reihe großer und wirksamer Protestversammlungen statt, in

denen gegen die willkürliche Zurückbehaltung der Soldaten Stellung genommen wurde. Es ist kein Zweifel, daß diese Kundgebungen unserer Partei, wie kaum eine andere, einen starken Widerhall in allen Schichten der Bevölkerung wachriefen.

Auch die neuen Militärforderungen von 353 Millionen Kronen gaben Anlaß zu eingreifender Agitation. In ungezählten Versammlungen, die in den Monaten Mai und Juni 1904 mit der Tagesordnung: „Die Millionenforderungen für den Militarismus und die Notlage des arbeitenden Volkes" stattfanden, wurde das Verhalten der alles bewilligenden Parteien scharf und sachgemäß kritisiert und neuerlich die Forderung auf Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung erhoben.

Außer diesen hier angeführten Kundgebungen, die ja zugleich auch Aktionen der Gesamtpartei waren, sehen wir unsere Parteigenossen wiederholt und an vielen Orten im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher mit außerordentlichem Erfolg tätig. In Details hierüber können wir uns des Raummangels halber leider nicht einlassen, bemerken jedoch, daß gerade der Kampf gegen den systematisch betriebenen Lebensmittelwucher es war, der von der Arbeiterschaft mit größtem Verständnis und sehr sympathisch aufgenommen wurde, und daß er die Reihen unserer Organisationen gestärkt hat.

In der Zeit vom 8. bis 12. Juni 1903 fand der vierte Gewerkschaftskongreß in Wien statt. Dem Bericht der Gewerkschaftskommission entnehmen wir, daß Ende 1902 135.178 Mitglieder in Berufsgewerkschaften und 31.310 in Arbeiter-Bildungs- und anderen Vereinen organisiert waren. Die Ziffer der in den Berufsgewerkschaften stehenden Arbeiter hat sich bis Ende 1903 auf 154.665, somit um 19.487 Mitglieder erhöht. Die Zahl der in Arbeiter-Bildungs- und anderen Vereinen stehenden Mitglieder betrug Ende 1903 22.927.

Am 4. November 1903 wurde im oberösterreichischen Landtag eine Gemeindewahlreform für Linz bei Absentierung der Großgrundbesitzer einstimmig beschlossen und am 15. Jänner 1904 sanktioniert. Die wichtigsten Abänderungen, die die Gemeindewahlordnung erfahren, bestehen darin, daß die Mitglieder des Gemeinderates von 36 auf 48 erhöht, daß der Wahlbezirk in vier Wahlkörper eingeteilt und die Mandatsdauer von drei auf sechs Jahre erstreckt worden ist. Im vierten Wahlkörper sind auch die Wähler der ersten drei Wahlkörper wahlberechtigt. Diese Wahlreform ist verhältnismäßig die wenigst schlechte, die wir bis heute verzeichnen können, und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß bei den kommenden Wahlen im Jahre 1905 der vierte Wahlkörper von unseren Genossen erobert werden wird.

Ganz anders als die Wahlreform für Linz ist die Gemeindewahlreform für die 75 größeren Stadt- und Marktgemeinden Niederösterreichs ohne eigenes Statut ausgefallen. In zwei Sitzungen wurde dieses Schandgesetz, das den personaleinkommensteuerpflichtigen Arbeitern noch das bißchen Wahlrecht raubt, von der christlich-sozialen Majorität des niederösterreichischen Landtages durchgepeitscht, am 28. Oktober 1903 beschlossen und im Sommer 1904 sanktioniert. Schamloser als die christlich-soziale Partei ist wohl noch keine mit dem Recht der Arbeiter umgesprungen und der Regierung Koerber blieb es vorbehalten, bei diesem Raubzug hilfreich zu assistieren.

Einen immerhin erheblichen Fortschritt hat die am 10. November 1903 im steiermärkischen Landtag einstimmig beschlossene Landtagswahlreform zu verzeichnen. Ihr hauptsächlichster Inhalt ist die Schaffung einer allgemeinen Wählerklasse mit acht Mandaten in acht Wahlbezirken und die Einführung des direkten und geheimen Wahlrechtes.

* * *

Am 20. Dezember 1903 fand eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter Niederösterreichs in Wien statt. Sie war von 35 Gemeinderäten und Ausschüssen aus 23 Gemeinden besucht. Die Tagesordnung zu dieser Konferenz lautete: Gemeindewahlrecht, Armenrecht und Heimatsrecht, Arbeiterfragen in der Gemeinde

und das Schulwesen. Ueber alle diese Punkte wurden interessante und belehrende Debatten geführt und schließlich Resolutionen gefaßt. Der Gedanke solcher Zusammenkünfte der Gemeindevertreter erwies sich als außerordentlich fruchtbringend und zweckmäßig.

* * *

Anläßlich des Gesamtparteitages fand am 10. November 1903 die Enthüllung des Grabdenkmals für den uns allen unvergeßlichen Julius Popp statt. In Extrazügen der Straßenbahn fuhren die Mitglieder des Parteitages auf den Zentralfriedhof und dort wurde ein vom Gesamtparteitag gewidmeter Kranz am Grabe niedergelegt. Das Denkmal, das drei Meter hoch und 80 Zentimeter breit ist, versinnbildlicht die Befreiung der Arbeit und paßt für die Ruhestätte des Mannes, der sein ganzes Sein in den Dienst der Befreiung seiner Arbeitsbrüder gestellt hatte. Der Sockel trägt die Inschrift: „Die sozialdemokratische Partei Oesterreichs ihrem treuen Kampfgenossen." Am Grabe sprachen die Genossen Adler deutsch und Nemec (Prag) tschechisch. Sodann erklang das Lied der Arbeit, aus hundert Kehlen gesungen, kräftig und feierlich über das große Leichenfeld und aus der Trauer heraus entsprossen neue Kampfesstimmung und neuer Kampfesmut.

* * *

Am 15. August 1903 fand der dritte Verbandstag der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Oesterreichs in der Volkshalle in Aussig an der Elbe statt. Für die Parteivertretung nahm Gen. Skaret an den Verhandlungen, die sich hauptsächlich mit der Aenderung der Statuten und der Autorisation zur Revision der Verbandsvereine beschäftigten, teil.

Zu dem am 12. September 1903 nach Dresden einberufenen deutschen Parteitag entsendete die Parteileitung die Genossen Adler und Skaret, der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten den Gen. Pernerstorfer. Auch zu der ungarländischen Sozialdemokratie haben wir in den letzten Jahren regere Beziehungen unterhalten und zu dem für den 3. April 1904 nach Budapest einberufenen Parteitag der ungarländischen Sozialdemokratie Gen. Winarsky als Delegierten entsendet.

Auf dem italienischen Parteitag, der am 7. April 1904 in Bologna seinen Anfang nahm, war die österreichische Sozialdemokratie durch Gen. Adler vertreten.

* * *

Parteiorganisation. Wir haben bereits Gelegenheit genommen, auf den erfreulichen Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung hinzuweisen, und bedauern nur, dasselbe von der politischen Organisation nicht in gleichem Maße konstatieren zu können.

Wir verkennen nicht, daß die Durchführung der auf dem Aussiger Parteitage beschlossenen Straßen- und Häuserorganisation den Genossen, insbesondere in den kleineren Orten, mangels an den hierzu notwendigen Vertrauenspersonen, sehr viel Schwierigkeiten bereitet, sind jedoch der Meinung, daß nicht überall und nicht immer mit Ausdauer an dem Ausbaue unserer Organisation gearbeitet worden ist. Dort, wo dies geschehen, haben wir auch tatsächliche Fortschritte zu verzeichnen, was besonders bei den diversen Wahlen sich am deutlichsten zeigt.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist, wie aus den Berichten hervorgeht, in den meisten Wahlkreisen nicht durchgeführt worden. Sie besteht in Böhmen nur in zwei Orten des III., je einem Orte des V. und XVI. Wahlkreises und zum Teile im Reichenberger Wahlkreise. Aus dem Aussiger Kreise fehlt der Bericht über sie und in den anderen Wahlkreisen Böhmens fehlt sie ganz. Ebenso fehlt sie vollkommen in Kärnten, dem I., II., III. und V. mährischen Wahlkreise, der Bukowina, im II. Tiroler und im II. schlesischen

Wahlkreise. Halbwegs gut durchgeführt ist sie nur in Wien, Floridsdorf und in der Mehrzahl der steiermärkischen Lokalorganisationen. In den anderen nicht namentlich angeführten Wahlkreisen besteht sie nur in einzelnen Orten oder ist sie nicht in der Einführung. Das Gesamtbild der politischen Organisation ist also durchaus nicht sehr befriedigend und es ist sehr notwendig, daß die Genossen das Versäumte in nächster Zukunft nachholen.

Auf einer guten Organisation beruht zweifellos der Erfolg des Kampfes und zugleich auch die Möglichkeit, Erkämpftes festhalten zu können. Leider werden diese Grundsätze nicht immer und nicht von allen unseren Vertrauenspersonen genügend gewürdigt.

Der Beitrag an die politische Organisation, der zum Teile auf den Wahlkreis-, zum Teile von den Bezirkskonferenzen bestimmt wird, schwankt zwischen 5 bis 30 h per Monat und Mitglied. Ebenso verschieden wie die Höhe des Beitrages ist die Art der Einhebung, Quittierung 2c.

In einer Reihe mährischer Städte, in denen noch bis vor einem Jahre ein gemeinsames Zusammenarbeiten zwischen deutschen und tschechischen Genossen in gemeinsamen Lokalorganisationen stattgefunden, ist ebenfalls ohne unser Zutun die Trennung in eine tschechische und eine deutsche Lokalorganisation erfolgt. Im übrigen sind unsere Beziehungen zu den Parteiorganisationen der anderen sprachlichen Gruppen, obwohl sie von der unseren vollständig getrennt sind, die denkbar besten.

Versammlungsagitation. Statistisch wurden 1639 Volks-, 7981 Vereins- und 7551 § 2-Versammlungen, also 17.171 Versammlungen erhoben. Die Berichterstattung ist äußerst mangelhaft. Besonders die Vereinsversammlungen sind durchaus unvollkommen angegeben und aus einigen Wahlkreisen fehlt überhaupt jede präzise Angabe über die Versammlungstätigkeit.

* * *

Maifeier. Soweit wir aus den Detailberichten konstatieren können, war die diesjährige Maifeier eine über alles Erwarten imposante Demonstration für den Achtstundentag und das gleiche Wahlrecht. Dies wohl auch hauptsächlich deshalb, weil heuer der 1. Mai an einen Sonntag fiel, wodurch an sich schon die Arbeitsruhe gegeben war.

Die Genossen sehr vieler Wahlkreise haben in diesem Jahre vielfach von lokalen Feiern abgesehen und sich mit einer Anzahl von Lokalorganisationen zu einer gemeinsamen Bezirksfeier verbunden.

In den meisten Fällen fanden vormittags Volksversammlungen, zum Teile unter freiem Himmel statt, nachmittags veranstalteten die Genossen in der Regel Festzüge durch den Ort oder auf einen in der Nähe des Ortes gelegenen Festplatz.

Im großen und ganzen ist die Maifeierstimmung nicht, wie unsere Gegner behaupten, eine im Abnehmen begriffene, sondern im Gegenteil: sie wächst von Jahr zu Jahr und reißt immer größere Schichten indifferenter Arbeiter mit sich. Hat doch die Arbeiterschaft Oesterreichs wie fast keine andere, am meisten Ursache, gegen ihre politische und wirtschaftliche Rechtlosigkeit zu demonstrieren.

Wahlen. Im abgelaufenen Jahre hatten sich unsere oberösterreichischen Genossen an einer Ersatzwahl für den Reichsrat (Allgemeine Wählerklasse) zu beteiligen. Um das Mandat des II. oberösterreichischen Wahlkreises, das durch den Tod des Abgeordneten Kern vakant geworden, bewarben sich neben dem sozialdemokratischen Kandidaten Gen. Weiguny noch ein Klerikaler und ein Deutschfortschrittlicher. Bei der am 9. Dezember 1903 stattgefundenen Wahl wurde der klerikale Kandidat, der Pfarrer Baumgartner aus Weyer, mit 22.112 Stimmen gewählt. Der deutschfortschrittliche Kandidat Schögel blieb mit 5308, der Sozialdemokrat Weiguny mit 3509 Stimmen in der Minorität. Der zweifellos erhebliche Rückgang an sozialdemokratischen Stimmen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß unsere oberösterreichischen Genossen diese

Kandidatur als eine vollständig aussichtslose ansahen und sie ohne besonderen Kraftaufwand von vornherein als reine Agitationskandidatur behandelten.

Bei den Landtagsersatzwahlen hatten sich unsere deutschböhmischen Genossen in zwei Fällen beteiligt, und zwar am 27. Juni 1904 im Landgemeindenwahlbezirk Aussig an der Elbe und im Städtewahlbezirk Böhmisch-Leipa. Als Wahlbewerber im ersteren Wahlbezirk wurde der Sozialdemokrat Dietl aufgestellt. Von 6248 Wahlberechtigten wurden 2807 gültige Stimmen abgegeben; davon entfielen auf den Deutschradikalen 1646, auf den Fortschrittlichen 863 und auf den Sozialdemokraten 284 Stimmen. Es ist auch hier ein Rückgang an sozialdemokratischen Stimmen um 46 zu verzeichnen.

Im Städtewahlbezirk Böhmisch-Leipa hatten unsere Parteigenossen den Sozialdemokraten Franz Beutel aufgestellt. Bei der am 28. Juni 1904 stattgehabten Wahl erhielten: der Volksparteiler 731, der Fortschrittler 621, der Alldeutsche 278 und der Sozialdemokrat 241 Stimmen. Es war somit eine Stichwahl zwischen den beiden ersteren Kandidaten notwendig, an der sich unsere Genossen jedoch nicht beteiligten. Bemerken wollen wir noch, daß in beiden Landtagswahlbezirken das Wahlrecht an den Steuerzensus von zehn Kronen gebunden ist.

Bei den Wahlen in die Gemeinden haben unsere Genossen im abgelaufenen Berichtsjahre sehr schöne Erfolge errungen. Hervorheben wollen wir vor allem den großartigen Sieg unserer Grazer Genossen. Trotz der Anbiederung der Deutschen Volkspartei an die Klerikalen siegten bei der Wahl am 17. November 1903 sämtliche im III. Wahlkörper aufgestellten Sozialdemokraten und ließen die deutschvölkischen Kandidaten stark hinter sich zurück. Von den 2684 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten 1553 bis 1415, auf die Deutschvolklichen 1202 bis 1106. Der Ausgang dieser Wahlen ist trotz aller Verleumdungskünste der Gegner ein glänzender Beweis für das Erstarken unserer Partei in Steiermark und ein gutes Vorzeichen für die im September stattfindenden Landtagswahlen. Es sitzen derzeit neun Sozialdemokraten im Grazer Gemeinderat.

Ebenso haben unsere Genossen in Knittelfeld (Steiermark) am 19. August 1903 im III. Wahlkörper einen vollen Erfolg errungen; es siegten die sozialdemokratischen Kandidaten und die von ihnen unterstützten oppositionellen Bürgerlichen.

Einen geradezu glänzenden Erfolg, wenn auch vorläufig noch keinen endgültigen Sieg, haben die Salzburger Genossen bei der am 16. März 1904 stattgehabten Gemeindewahl der Stadt Salzburg (III. Wahlkörper) errungen. Von 1224 abgegebenen Stimmen erhielten die Sozialdemokraten 521 bis 556, die Deutschbürgerlichen 491 bis 521, die Klerikalen 151 bis 167. Bei der hierauf folgenden Stichwahl erhielten die Sozialdemokraten 510 bis 529, die Deutschbürgerlichen, für die die Klerikalen stimmten, 535 bis 552 Stimmen. Gegen die Gültigkeit der Wahl wurde von den Sozialdemokraten ein Protest eingereicht. Die Stimmenzahl selbst ist bei dem Umstande, daß der größte Teil der Arbeiter Salzburgs wegen des Steuerzensus vom Wahlrecht in die Gemeinde ausgeschlossen erscheint, ein ganz bedeutender Erfolg unserer Partei.

Am 27. April 1904 fanden in zwei Wiener Bezirken die Ersatzwahlen in den Wiener Gemeinderat (IV. Wahlkörper) statt. Die aufgelegten Wählerlisten sowie die ganze Art, wie diese Wahlen gemacht worden sind, der Ausschluß der Sozialdemokraten aus den Wahlkommissionen ꝛc., beweisen, daß die christlich-soziale Partei die rücksichtsloseste Wahlfälschung unter den Augen der Regierung betreibt. Das Wahlergebnis ist:

II. Bezirk Leopoldstadt 28.167 Wähler, 16.501 abgegebene Stimmen, 7053 sozialdemokratische, 9277 christlich-soziale; XIII. Bezirk Hietzing 15.629 Wähler, 8371 abgegebene Stimmen, 2572 sozialdemokratische, 5655 christlich-soziale.

Die sozialdemokratischen Kandidaten blieben, trotzdem sie in beiden Bezirken 2624 Stimmen mehr als im Jahre 1900 auf sich vereinigten, in der Minorität.

Die Wahlmache der christlich-sozialen Rathauspartei wird jedoch offenkundig, wenn man nachstehende Ziffern betrachtet: Die Wählerzahl im II. Bezirk betrug im Jahre 1900 noch 18.085, die im XIII. Bezirk 8747 und soll somit innerhalb vier Jahren um 10.082 im II. und um 6882 im XIII. Bezirk gestiegen sein. Man sieht, auf die Fabrikation von Wählern verstehen sich die Herren im Wiener Rathaus ausgezeichnet und darauf gründen sie mit mathematischer Sicherheit auch ihre „Wahlsiege" über die Wiener Arbeiterschaft.

Außer diesen hier angeführten Wahlen haben sich unsere Genossen in einer Reihe von Orten an den Gemeindewahlen mit Erfolg beteiligt und wir verweisen auf die angeschlossenen Landes- und Wahlkreisberichte. Die Aufschrift: „Sozialdemokraten in der Gemeindestube" ist schon fast zu einer ständigen Rubrik in unserer Parteipresse geworden.

Auf keinem Gebiete übrigens ist die Berichterstattung durch die Wahlkreise so lückenhaft wie auf diesem. Von sechs Wahlkreisen liegen überhaupt keine Angaben vor und bei einem großen Teile ist wohl die Zahl der Beteiligungen an den Wahlen angegeben, aber nicht die erzielten Resultate. In anderen Berichten ist wieder der Besitzstand aufgeführt, ohne eine Angabe, was davon innerhalb der Berichtsperiode gewonnen wurde und was alter Besitz war. Ein zuverlässiges Bild unserer Stärke in den Gemeindevertretungen war also nicht zu gewinnen und die folgenden Zahlen haben daher nur höchst problematischen Wert. Nach den eingelaufenen Berichten beteiligte sich die Partei in der Berichtszeit in 77 Orten an den Gemeindewahlen und besitzt derzeit in 96 Orten 379 Gemeinderäte und Ausschüsse und zehn Stellvertreter. Außerdem ist in zehn Orten des Reichenberger und in zwei Orten des Budweiser Wahlkreises der ganze III. Wahlkörper in unserem Besitz. Im Aussiger Wahlkreis haben wir sogar in einzelnen Orten Vertreter aus dem II. und I. Wahlkörper und — zwei sozialdemokratische Gemeindevorsteher.

Parteipresse. Die politische Presse der Partei hatte während der Berichtsperiode einen ziemlich großen Aufschwung zu verzeichnen. Die Zahl der Parteiblätter ist allerdings gleich geblieben. Die kleine Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung", die unter dem Titel „Volkswacht" in Wien erschien, wurde zu Neujahr 1904 aufgelassen. Sie hatte ihre Aufgabe, neue Abnehmer für das Hauptorgan zu werben, erfüllt und konnte daher ruhig eingestellt werden. Der von ihr gestreute Same trug reiche Früchte, denn seit ihrer Einstellung hat sich die tägliche Auflage der „Arbeiter-Zeitung" bedeutend erhöht. Ebenso ist die Auflage der „Volkstribüne" und vieler anderer Parteiblätter stark gestiegen. Für den westschlesischen Wahlkreis erscheint ein neues Blatt, die „Schlesische Volkspresse" in Jägerndorf und so sind auch heuer 27 politische Organe der deutschen Parteiorganisation festzustellen.

Zwei Blätter erscheinen täglich, drei zweimal wöchentlich, 21 Blätter einmal wöchentlich und eines vierzehntägig. Die einmalige Gesamtauflage aller politischen Parteiorgane, die am 30. Juni 1903 117.750 Exemplare ausmachte, betrug am 30. Juni 1904 130.900. Das entspricht also einer Steigerung von 13.150 Exemplaren für das Berichtsjahr. Außer diesen Blättern gibt die Partei, wie bekannt, auch noch das humoristisch-satirische Blatt, die „Neuen Glühlichter" heraus.

Die „Neuen Glühlichter" sind auf Grund einer Bekanntmachung des deutschen Reichskanzlers im „Reichsanzeiger" vom 13. Februar 1904 im ganzen Deutschen Reich verboten worden. Wir konstatieren hierbei, daß seit diesem Verbot die Anzahl der nach Deutschland versendeten „Glühlichter" nicht nur nicht gesunken, sondern sehr erheblich gestiegen ist.

Das Verbot der „Arbeiter-Zeitung" für Deutschland, das seinerzeit wegen einer Beleidigung Kaiser Wilhelms verhängt war, ist im Dezember 1903 außer Kraft getreten.

Nachfolgend lassen wir wieder die Liste aller politischen Blätter und daran anschließend die Liste der deutschen Gewerkschaftsblätter Oesterreichs folgen:

1. Politische Presse.

	erscheint:
Arbeiter-Zeitung, Wien	täglich
Arbeiterwille, Graz	„
Arbeiterinnen-Zeitung, Wien	14tägig
Bielitzer Volksstimme, Bielitz	1mal wöchentlich
Böhmerwaldbote, Krumau	1 „ „
Freigeist, Reichenberg	2 „ „
Freiheit, Teplitz	2 „ „
Gebirgsbote, Gablonz	1 „ „
Gleichheit, Wr.-Neustadt	1 „ „
Salzburger Wacht, Salzburg	1 „ „
Schlesische Volkspresse, Jägerndorf	1 „ „
Trautenauer Echo, Trautenau	1 „ „
Volksbote, Floridsdorf	1 „ „
Volksbote, Nordböhmischer, Steinschönau	1 „ „
Volksfreund, Brünn	1 „ „
Volksfreund, Steyrer, Steyr	1 „ „
Volkspresse, Czernowitz	1 „ „
Volksrecht, Aussig a. d. E.	2 „ „
Volksstimme, Nordböhmische, Warnsdorf	1 „ „
Volkstribüne, Wien	1 „ „
Volkswacht, Mähr.-Schönberg	1 „ „
Volkswille, Falkenau	1 „ „
Volkswille, Klagenfurt	1 „ „
Volkszeitung, Innsbruck	1 „ „
Volkszeitung, Nordböhmische, Saaz	1 „ „
Vorwärts, Der, Staab	1 „ „
Wahrheit, Linz	1 „ „

2. Gewerkschaftspresse.

	erscheint:
Bäcker-Zeitung, Wien	14tägig
Bauarbeiter, Der, Wien	14 „
Bergarbeiter (Glück auf!), Turn	3mal monatlich
Buchbinder (Einigkeit), Wien	14tägig
Buchdrucker (Vorwärts!), Wien	1mal wöchentlich
Drechsler, Fachblatt der, Wien	14tägig
Druckerei-Arbeiter (Hilfsarbeiterblatt), Wien	2mal monatlich
Eisenbahner, Der, Wien	3 „ „
Gerber, Fachzeitung der, Wien	2 „ „
Gewerkschaft, Die (Organ der Gewerkschaftskommission Oesterr.), Wien	14tägig
Gießereiarbeiter, Der, Wien	1mal monatlich
Glasarbeiter, Der, Tannwald	14tägig
Glashüttenarbeiter, Der, Teplitz	3mal monatlich
Graphische Nachrichten, Neue, Wien	3 „ „
Handelsangestellte, Der österreichische, Wien	1 „ „
Handelsangestellten, Organ der, Prag	20tägig
Handschuhmacher, Fachblatt der, Prag	2mal monatlich
Holzarbeiter, Der, Wien	3 „ „
Hutarbeiter, Der, Wien	3 „ „
Kleidermacher-Gehilfe, Der, Wien	14tägig
Krankenkassenangestellte (Korrespondenzblatt), Wien	1mal monatlich
Maler und Anstreicher (Dekorateur), Wien	1 „ „
Maschinist, Der, Wien	2 „ „
Metallarbeiter, Oesterreichischer, Wien	1 „ wöchentlich
Papierarbeiter, Der (Verbandszeitung der Papier- und chemischen Industrie), Wien	1 „ monatlich
Porzellanarbeiter, Der, Karlsbad	14tägig
Schirmbranche, Die, Wien	1mal monatlich
Schuhmacherfachblatt, Neues, Wien	2 „ „
Sattler, Taschner und Riemer, Fachblatt der, Wien	2 „ „
Textilarbeiter, Der, Reichenberg	1 „ wöchentlich
Tonarbeiter, Der, Wien	2 „ monatlich
Transportarbeiter (Zeitrad), Wien	1 „ „
Versicherungsbeamten, Organ der, Wien	1 „ „

Wir zählen somit 3 Wochenblätter, 6 dreimal monatliche, 8 vierzehntägige Blätter, 7 zweimal monatliche, 8 einmal monatliche und 1 zwanzigtägig erscheinendes Blatt.

Außer den politischen und gewerkschaftlichen Blättern erscheinen noch: Der „Arbeiterschutz", Organ der Krankenkassen Oesterreichs, zweimal monatlich; der „Arbeiterstenograph" einmal monatlich; die österreichische „Arbeiter-Sängerzeitung" einmal monatlich; der „Jugendliche Arbeiter" einmal monatlich; der „Naturfreund" einmal monatlich; die „Mitteilungen der Freidenker" einmal monatlich und die „Arbeiter-Genossenschaft" ebenfalls monatlich; lauter Blätter, die hauptsächlich in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft verbreitet werden und zum Teil nur Dolmetsche besonderer Richtungen der Gesamtbewegung darstellen.

Politische Verfolgungen. Die Verfolgungen von Parteigenossen wegen Uebertretung der Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung einschränken, waren zwar im letzten Jahre nicht so zahlreich wie vielleicht in der Herrschaftszeit des Koalitionsministeriums, aber die nachfolgende Liste zeigt deutlich, daß auch in der vielgerühmten Aera Koerber noch durchaus nicht den Vexationen ein Ende gemacht wurde. Es wurden im ganzen 480 Fälle von Verfolgungen konstatiert und Strafen im Gesamtausmaße von 4 Jahren 5 Monaten Kerker und 5 Jahren 9 Monaten und 20 Tagen Arrest, also **Freiheitsstrafen von 10 Jahren 2 Monaten und 20 Tagen** und 690 K Geldstrafe verhängt. Die Liste ist übrigens nicht ganz vollständig.

Was für sonderbare Blüten die Verfolgungen wegen des § 23 P.-G. (Kolportageverbot) treiben, zeigt uns folgender Vorfall: Am 3. Oktober 1903 verteilten zwei Genossen aus Görlitz im Friedländer Bezirk vor einer Fabrik, die einer reichsdeutschen Firma gehört, Einladungszetteln zu einer Textilarbeiterversammlung. Die beiden Genossen wurden wegen dieser ihrer Tätigkeit verhaftet, dem Bezirksgericht Friedland eingeliefert und nach viertägiger Haft von zwei Gendarmen, in Ketten geschlossen, nach Reichenberg wie gemeine Verbrecher transportiert, wo sie dann sofort abgeurteilt und jeder zu zehn Kronen Geldstrafe verurteilt wurde. Dies alles wegen Verteilung von Versammlungseinladungen zu einer Branchenversammlung.

Am 11. November v. J. konfiszierte der Bezirkshauptmann von Aussig im „Volksrecht" einen Absatz aus dem Bericht der Gesamtparteivertretung an den Parteitag, der kurz zuvor in allen österreichischen Parteiblättern abgedruckt war. Das Kreisgericht Leitmeritz konnte diese ganz willkürliche Konfiskation nicht aufrecht erhalten und auf Ansuchen des Herausgebers wurde der Staat zu 32 Kronen Schadenersatz an das „Volksrecht" verurteilt.

* * *

Wir wollen hier an dieser Stelle nicht aller jener Schwierigkeiten Erwähnung tun, die beim Einreichen von Statuten den Proponenten gemacht werden, können es jedoch nicht unterlassen, einen besonders krassen Fall von Schikane aus den vielen herauszugreifen. Im Jahre 1902 wurde der Verein der jugendlichen Arbeiter in Graz auf Denunziation einiger Genossenschaften hin von der Behörde aufgelöst. Um nun den jugendlichen Arbeitern in Steiermark wieder einen Verein zu schaffen, reichte der Verband der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs in Wien im Herbst vorigen Jahres Statuten für Ortsgruppen in Graz, Eggenberg und Leoben bei der steiermärkischen Statthalterei ein. Nach einiger Zeit erhielt der Verbandsobmann Gen. Fritz die Verständigung, daß die gesendeten Statutenexemplare auf 31 ergänzt werden müssen. Als die Ergänzung erfolgt war, erhielt der Verbandsobmann folgende Zuschrift:

„An die Leitung des Verbandes der jugendlichen Arbeiter Oesterreichs in Wien; zu Handen des Obmannes Herrn Johann Adam Fritz. — Ueber das von der k. k. steiermärkischen Statthalterei mit Zuschrift vom 29. Oktober 1903, Z. 47.964, anher gerichtete Ersuchen werden der Verbands-

leitung die mitfolgenden, mit 31 Statutenexemplaren belegten Anzeigen betreffend die beabsichtigte Bildung der Ortsgruppen Graz, Leoben und Eggenberg mit der Eröffnung zurückgestellt, daß diese Anzeigen einer Amtshandlung im Sinne des Vereinsgesetzes vom 13. November 1867 (R.-G.-Bl. Nr. 134) seitens der genannten Landesstelle nicht unterzogen werden können, weil die Berechtigung der auf den Anzeigen unterfertigten Personen zur Vertretung des Hauptvereines nicht nachgewiesen ist."

Die erste und zweite Statuteneinreichung haben ein und dieselben Genossen unterzeichnet, in der letzten Zuschrift heißt es ebenfalls: „Zu Handen des Obmannes Herrn Johann Adam Fritz"; die Behörde erkennt somit Genossen Fritz als Verbandsobmann an und dennoch die Zurückweisung. Man ersieht daraus, daß es der steiermärkischen Statthalterei um nichts anderes als einen Willkürakt zu tun war, der abermals an den jugendlichen Arbeitern vollzogen werden sollte.

* * *

Bei einer am 27. Oktober 1903 in Wien stattgefundenen Demonstration gegen den Wiener Magistrat wegen der Auflösung der Schuhmacherkrankenkasse wurde ein Arbeiter verhaftet, weil er einen Pfiff ausgestoßen hatte. Der Arbeiter, der sich vor der Polizei wegen dieses angeblich „polizeiwidrigen Pfiffes" zu verantworten hatte, erklärte, daß dieser Pfiff seinem Freunde auf der gegenüberliegenden Seite der Straße gegolten habe. Der Arbeiter wurde — so unglaublich es auch klingen mag — wegen dieses Pfiffes zu vierundzwanzig Stunden Arrest verurteilt.

Man sieht aus diesen hier angeführten Beispielen, die sich schier ins Unendliche vermehren ließen, wie kärglich den Arbeitern jedes Teilchen von Recht zugemessen und wie die Ausübung dieser Rechte, je nach Ort und Zeit, sofort wieder unter Strafe gestellt wird.

Im Nachstehenden lassen wir den Kassenbericht des Kassiers der Parteivertretung und anschließend daran den des Frauenreichscomités sowie die Berichte der Landes- und Wahlkreisorganisationen in alphabetischer Reihenfolge nach Kronländer folgen.

Ferdinand Skaret,
Parteisekretär.

Bericht des Parteikassiers.

Auch in der Berichtsperiode 1902 bis 1904 ist das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben ungefähr dasselbe geblieben. Sowohl die Einnahmen als die Ausgaben sind entsprechend der stetigen Entwicklung der Partei gestiegen, und insbesondere gilt dies von den Eingängen der Reichsparteisteuer, die trotz der krisenhaften wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches eine regelmäßige Steigerung aufweist, was nicht nur von der äußeren Fortentwicklung, sondern auch dem inneren Organisationsausbau der Partei ein erfreuliches Zeugnis ablegt.

Die **Reichsparteisteuer** wurde in der Berichtsperiode von im ganzen 1277 Organisationen in 601 Orten geleistet. Wenn auch heuer ebenso wie in den früheren Berichten Klage über die äußerst unregelmäßige Abfuhr und den hohen Schuldenstand vieler Organisationen geführt werden muß, so ist doch nicht zu verkennen, daß sich die Reichsparteisteuer bei der Mehrzahl der Organisationen eingelebt hat und die „Steuermoral" der Parteiorganisationen im allgemeinen besser geworden ist.

Die Summe aller eingelaufenen Beiträge macht Kr. 35.322·94. Das bedeutet gegenüber der früheren Periode eine Steigerung von Kr. 8506·44 = 31·7 Prozent. Die Entwicklung der Reichsparteisteuer seit ihrer Einführung ergibt sich aus folgenden Daten:

Berichtsperiode	Zahl der abführenden Orte	Zahl der abführenden Organisationen	Gesamtsumme der Eingänge in Kronen
1898—1900	536	. [1]	24.693·72
1900—1902	539	1096	26.816·50
1902—1904	601	1277	35.322·94 [2]

[1] Nicht ermittelt.
[2] Vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903 Kr. 14.486·68.
„ 1. Juli 1903 „ 30. Juni 1904 „ 20.836·26.

Anschließend an den Kassenbericht lassen wir auch heuer die tabellarische Uebersicht folgen, die ein genaues Bild der Abfuhr der einzelnen Parteiorte bietet. Darnach folgt eine zweite Tabelle, welche die Beteiligung der einzelnen Wahlkreise der V. Kurie an der Reichsparteisteuer darstellt und interessante Vergleichsziffern der Beitragsleistung in der gegenwärtigen und in der vorigen Berichtsperiode aufweist. Schließlich bemerken wir, daß nur die während der Berichtsperiode, das ist vom 1. Juli 1902 bis einschließlich 30. Juni 1904 bei uns eingelaufenen Beträge in die Statistik aufgenommen sind.

Gebarungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1904.

1. Für das erste Berichtsjahr: 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
	in Kronen			
Barsaldo vom letzten Parteitag . . .	5.560·97	.	5.560·97	.
Agitationsfond	20.842·70	27.935·72	.	7.093·02
Inhaftiertenfond	355·78	2.021·68	.	1.665·90
Wahlfond	142·76	.	142·76	.
Preßfond	.	3.350·—	.	3.350·—
Maizeichen	2.616·65	1.269·09	1.347·56	.
Broschürenkonto	11.376·04	799·94	10.576·10	.
Medaillen	14·48	.	14·48	.
Zünder	1.670·10	75·55	1.594·55	.
	42.579·48	35.451·98	19.236·42	12.108·92
Saldo per 1. Juli 1903	7127·50		7127·50	

2. Für das zweite Berichtsjahr: 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
	in Kronen			
Barsaldo vom 30. Juni 1903 . . .	7.127·50	.	7.127·50	.
Agitationsfond	26.847·63	24.258·36	2.589·27	.
Inhaftiertenfond	381·65	3.310·52	.	2.928·87
Wahlfond	130·28	.	130·28	.
Preßfond	.	.	.	.
Maizeichen	3.516·52	2.038·09	1.478·43	.
Broschürenkonto	4.500·00	.	4.500·00	.
Medaillen	17·28	.	17·28	.
Zünder	1.435·97	.	1.435·97	.
	43.956·83	29.606·97	17.278·73	2.928·87
	14.349·86		14.349·86	

3. Für die ganze Berichtszeit.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
		in Kronen		
Barsaldo vom letzten Parteitag . . .	5.560·97	.	5.560·97	.
Agitationsfond	47.690·33	52.194·08	.	4.503·75
Inhaftiertenfond	737·43	5.332·20	.	4.594·77
Wahlfond	273·04	.	273·04	.
Preßfond	.	3.350·—	.	3.350·—
Maizeichen	6.133·17	3.307·18	2.825·99	.
Broschürenkonto	15.876·04	799·94	15.076·10	.
Medaillen	31·76	.	31·76	.
Zünder	3.106·07	75·55	3.030·52	.
	79.408·81	65.058·95	26.798·38	12.448·52
Saldo per 1. Juli 1904	14.349·86		14.349·86	

Der Parteikassier:
Dr. Ellenbogen.

Revidiert und richtig befunden:

Die Kontrolle:

Heinrich Beer, Dr. Ludwig Czech, Hans Resel, Anton Schäfer, Josef Seliger, Julius Spielmann, Laurenz Widholz.

Tabellarische

der in der Berichtsperiode

1. Juli 1902 bis

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
1	**Absdorf**	1·24	—·38	—·40	—·40	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·34	—·32
2	Adelsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
3	Aflenz-Thörl	2·88	—·58	—·60	—·60	—·62	—·64	—·64	—·80	—·80	—·80	—·80
4	Alexanderfeld	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·80	—·80	—·80	—·80
5	Algersdorf bei Bensen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30
6	Alt-Dietmanns	1·11	—·98	1·—	1·03	—·95	1·—	—·84	—·90	—·94	—·94	—·78
7	Alt-Ehrenberg	1·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
8	Althofen	5·06	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
9	Altrohlau	.	.	.	2·—	2·—	1·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
10	Altsattl	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	1·86	1·86	1·86	1·20
11	Altstadt bei Bensen	4·80	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	.
12	Amstetten	7·52	3·26	3·26	3·26	3·26	3·26	3·26	3·—	3·60	3·—	3·40
13	Antoniwald	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
14	Ardning	1·—	—·24	—·24	—·26	—·26	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·32
15	Arnau a. d. Elbe	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
16	Arnsdorf-Haida	4·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
17	Asch	1·32	1·68	1·66	1·66	1·68	1·—	1·—	1·60	1·60	1·60	2·—
18	Atzgersdorf	19·50	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·28	—·28	—·28	2·20
19	Aussee	1·30	1·30	1·30	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·	1·—	1·—
20	Aussergefild	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·42	—·42
21	Aussig	57·89	20·16	20·16	20·20	21·04	21·06	21·21	24·15	27·06	24·78	27·39
22	**Baden**	2·22	—·48	—·48	—·52	—·52	—·60	—·66	—·56	—·30	—·36	—·32
23	Bärn	.	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·32	—·32	—·32	—·32
24	Bärnsdorf	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·30	·30	—·30	—·30
25	Bautsch	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
26	Bennisch	2·61	—·54	—·54	—·54	—·56	—·56	—·56	1·38	1·38	1·40	1·42
27	Bensen	—·92	—·92	—·92	—·92	—·86	—·92	—·96	—·96	—·82	—·82	—·82
28	Bergstadt bei Römerstadt	2·—	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66
29	Berzdorf	.	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·50	—·50	—·50	—·50
30	Bettelgrün	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.
31	Biela bei Bodenbach	2·—	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	·66	—·68	—·66
32	Bielitz	12·06	2·92	3·20	3·22	3·44	3·44	3·46	2·58	3·76	4·08	3·34
33	Bilin	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·36	—·36	—·36	—·36
34	Bischofshofen	3·32	2·64	1·44	1·92	1·30	1·48	1·36	2·02	1·72	1·42	1·94
35	Bischofteinitz	1·08	—·16	—·16	—·17	—·18	—·20	—·20	·20	—·20	—·20	—·18
36	Blankersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
37	Bludenz	1·96	1·54	2·64	1·40	1·80	2·22	1·58	1·74	2·85	1·58	2·40
38	Bober	5·28	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·68	—·68	—·68	—·68
39	Bodenbach	.	16·32	16·24	13·14	13·98	15·64	11·62	13·04	17·88	13·74	13·12
40	Bodenstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
41	Böhmisch-Kamnitz	3·10	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·30
42	Böhmisch-Leipa	8·50	3·06	3·06	3·08	3·12	3·14	3·14	2·91	2·92	2·92	2·72
43	Böhmisch-Liebau	—·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·32
44	Bozen	22·88	4·48	4·36	5·68	4·86	5·24	7·22	6·26	5·66	6·22	4·76
45	Branowitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
46	Brás	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
47	Braunau i. B.	12·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.
48	Bregenz	4·48	1·94	2·76	5·36	4·—	3·70	4·14	3·68	3·72	3·82	3·68
49	Bruck a. d. Mur	14·24	3·80	4·04	11·26	19·13	13·22	7·16	3·46	3·46	3·50	4·22
50	Brünn	23·36	5·78	10·40	10·	10·02	13·14	13·02	16·54	16·98	17·14	17·36
51	Brüsau	.	.	.	.	.	.	.	.	1·—	.	.
52	Brüx	2·66	2·36	1·52	1·68	2·24	1·34	2·88	1·62	1·34	1·46	1·28

Uebersicht

eingelaufenen Reichsparteisteuer

30. Juni 1904.

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
—·28	—·28	—·22	—·24	—·26	—·24	·14	·12	.	.	.	.	.	.	.	6	66	1
.	.	—·26	—·26	—·26	—·26	·26	—·26	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	3	64	2
—·80	—·80	—·92	—·92	—·92	1·10	1·12	1·12	—·94	—·95	—·95	.	.	.	.	20	30	3
1·—	1·—	1·	1·—	1·	1·—	1·	1·	1·30	1·30	1·30	.	.	.	.	21	10	4
—·30	—·30	·30	·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	5	—	5
—·78	—·80	—·81	—·87	—·88	—·75	·76	—·76	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	19	28	6
—·50	—·50	—·50	—·50	·50	—·50	—·50	·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	12	—	7
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	06	8
2·	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·	2·28	2·28	2·28	2·28	2·30	2·30	.	.	42	72	9
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	21	78	10
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	48	11
3·—	3·—	3·—	3·—	2·—	3·—	2·—	1·86	2·28	2·36	2·06	2·58	2·56	.	.	72	78	12
1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	24	—	13
—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	14
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	2·40	12	—	15
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	24	—	16
2·—	2·—	2·—	2·	2·—	2·—	2·—	2·	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	38	80	17
—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	28	50	18
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	.	.	25	90	19
—·42	·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	·58	—·58	—·59	—·66	—·66	—·68	.	8	75	20
27·55	27·56	30·86	31·16	31·16	27·24	27·18	32·62	31·09	31·15	31·22	12·65	12·14	1·34	—·60	640	62	21
—·24	·32	—·32	—·44	—·44	—·62	—·54	—·56	·72	—·68	—·72	—·46	—·46	.	.	13	54	22
—·34	—·34	—·34	·34	·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	6	—	23
—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	10	92	24
—·50	—·50	·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	.	17	—	25
1·42	1·42	1·42	1·42	1·44	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	.	20	71	26
—·82	·82	—·82	—·82	—·82	—·82	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	19	76	27
—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	18	—	28
—·50	—·50	·50	—·50	—·52	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	10	88	29
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	30
—·66	—·68	—·66	—·66	·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	18	—	31
3·34	5·68	5·56	5·82	5·82	5·69	5·32	5·38	5·52	5·73	5·75	—·70	—·70	.	.	106	51	32
—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	90	33
1·26	1·48	1·78	.	1·46	1·64	2·08	1·82	1·30	1·68	1·68	1·68	1·68	.	.	40	10	34
—·18	—·18	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	·28	.	.	.	.	.	.	.	4	97	35
.	.	.	.	.	.	.	—·88	—·88	—·88	.	.	.	.	.	2	64	36
1·54	1·30	2·04	1·38	—·88	1·94	1·20	1·16	1·46	1·68	1·50	1·28	.	.	.	39	07	37
—·68	—·68	—·58	—·58	—·58	·59	·60	—·60	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	1·68	22	97	38
15·22	13·24	14·54	16·72	12·32	15·20	18·08	14·40	14·82	15·68	18·98	14·52	14·36	11·36	.	354	16	39
.	.	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68	1·66	1·66	1·68	.	.	.	.	15	—	40
.	.	.	.	.	.	4·—	.	.	.	.	.	.	.	.	8	40	41
2·72	2·72	7·04	6·55	3·27	8·50	4·72	4·96	5·78	5·36	5·22	3·76	4·28	.	.	103	45	42
—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	·34	—·34	—·34	.	.	.	.	6	44	43
4·26	3·96	3·10	5·14	5·66	4·54	4·16	4·70	5·44	5·78	6·18	4·—	2·88	—·88	.	138	30	44
.	.	.	.	.	.	.	—·64	—·64	—·64	—·64	—·58	—·58	.	.	3	72	45
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	30	46
.	.	.	.	—·18	—·20	—·10	—·10	—·14	.	.	.	.	.	.	24	72	47
3·46	3·10	2·94	3·72	2·92	3·78	3·10	3·58	3·68	3·66	3·66	2·28	2·42	.	.	83	58	48
4·24	8·12	5·26	5·38	4·18	4·22	2·76	3·26	3·60	2·72	3·42	7·74	—·38	.	.	142	77	49
16·16	15·86	13·86	12·96	10·20	9·62	6·38	2·94	2·86	3·90	2·44	1·80	1·44	1·54	.	255	70	50
.	.	.	.	.	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	.	.	.	.	10	—	51
—·86	2·02	1·42	—·56	—·48	—·92	1·06	2·10	1·22	1·04	1·10	—·34	—·34	—·34	.	34	18	52

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1903 Jänner	Februar	März	April
53	Brunnersdorf	2·—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.
54	Buchbergsthal	2·—	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·40	—·40	—·40	—·40
55	Buchelsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
56	Budigsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
57	Budweis	9·46	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·58	—·56	—·56	—·62	—·30
58	Bürgstein-Johannesdorf	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
59	Bullendorf	4·42	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.
60	Buschullersdorf	2·70	—·93	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	—·26	—·26	—·28	.
61	Chodau	1·92	—·84	·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·30	—·30	—·30	—·30
62	Chotieschau	2·14	—·56	—·76	—·74	—·74	·74	1·66	1·68	1·11	1·11	1·12
63	Christiansau	.	—·30	—·30	—·30	·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
64	Cilli	2·90	—·54	—·56	—·57	—·56	—·58	—·60	—·48	—·48	—·48	—·57
65	Czernowitz	24·60	3·60	3·58	3·62	1·66	1·74	1·82	1·84	1·88	3·48	2·82
66	Dallwitz	1·95	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·82	—·88	—·88	—·88	—·10
67	Daubitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
68	Dessendorf	30·—	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·—	1·—	1·—	1·—
69	Deutschhause	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
70	Deutsch-Kralupp	9·92	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·36	—·36	—·36	—·36
71	Deutsch-Landsberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
72	Deutsch-Liebau	5·36	2·32	2·34	2·34	—·98	—·98	—·98	3·16	—·86	—·86	—·72
73	Dienten	3·60	—·20	—·20	—·18	—·18	—·18	—·18	·32	—·34	—·34	—·20
74	Dittersbach	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·24	—·24	—·24	—·24
75	Dittersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
76	Divaca	.	1·10	1·10	1·08	1·02	1·02	1·02	—·96	—·94	—·94	1·18
77	Dobraken	—·70	—·32	—·36	—·30	—·32	—·30	.	.	.	.	.
78	Dobrzan	.	.	.	.	.	.	1·46	—·52	—·52	—·54	—·40
79	Dönis bei Grottau	2·04	—·68	—·68	·68	—·66	—·66	—·68	—·68	—·68	—·68	—·66
80	Dörfel bei Reichenberg	7·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·20	—·20	—·20	—·20
81	Doglasgrün bei Chodau	1·64	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	.	.	.	.
82	Dorubirn	7·04	—·86	—·86	1·36	1·—	—·50	—·91	2·40	3·36	2·04	3·13
83	Drahowitz bei Karlsbad	.	.	1·55	.	1·20	.	1·16	—·24	—·24	—·24	—·24
84	Dürrmaul	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
85	Dunkelthal-Marschendorf	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·40	—·40	—·40	—·40
86	Dux	2·96	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·32	1·32	1·32	1·52
87	Ebenfurth	1·68	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·14	—·16	—·16	—·16
88	Ebensee	5·44	1·86	1·56	1·56	—·72	—·72	—·72	1·18	1·18	1·20	1·38
89	Ebergassing	.	2·32	2·34	2·34	2·42	2·42	2·44	1·46	1·46	1·48	1·02
90	Ebersdorf bei Weigsdorf	1·32	—·64	—·64	—·64	—·26	—·26	—·26	—·12	—·12	—·12	—·08
91	Ebreichsdorf	3·10	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	.	.	.	.
92	Eger	2·03	—·26	—·28	—·28	—·34	—·34	—·34	2·27	2·27	2·30	2·48
93	Eggenberg bei Graz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
94	Eibenberg-Grünberg	4·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
95	Eibiswald	4·—	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—·36	—·36	—·36	—·36
96	Eichicht bei Reichenberg	1·56	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·14	—·14	—·14	—·14
97	Eichwald	12·	2·—	2·—	2·—	2 —	2·	2·—	—·48	—·48	—·48	1·38
98	Einsiedl bei Reichenberg	2·23	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·36	—·36	—·36	—·36
99	Einsiedel bei Würbenthal	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	1·—
100	Eisenerz	5·46	3·46	2·75	1·80	1·62	1·96	1·82	5·06	5·34	5·92	6·32
101	Elbogen	.	.	.	.	.	.	.	—·66	—·66	—·68	.
102	Engelsberg b. Freudenthal	.	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	—·56
103	Engelsberg bei Kratzau	3·—	—·50	—·50	—·50	1·—	1·—	1·—	—·40	—·40	—·40	—·34
104	Erlach	.	.	.	.	.	.	.	—·70	—·70	—·70	—·70
105	Ernstbrunn	2·76	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·36	—·36	—·36	—·36
106	Eulau	.	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·30	—·30	—·30	—·30
107	Falkenau a. d. Eger	5·20	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	3·36	3·36	3·36	2·66
108	Feldbach	.	.	.	.	.	—·24	—·26	—·24	—·26	.	—·22
109	Feldkirch	—·64	2·10	1·82	1·24	1·54	1·70	1·22	1·52	2·62	1·76	1·82
110	Feldkirchen	.	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Voraus-zahlungen	K	h	
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	40	53
—·40	—·40	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	11	40	54
.	.	.	.	.	·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	—	60	55
.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·22	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	.	1	94	56
—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	1·84	—·32	—·30	·30	.	.	.	.	.	.	19	32	57
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	3·—	27	—	58
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	20	59
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	13	60
—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	76	61
1·12	1·12	1·12	2·44	2·44	2·44	1·46	1·20	2·34	2·82	2·02	2·02	2·02	2·04	.	38	96	62
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	1·80	9	—	63
—·57	—·62	—·92	·93	1·28	·62	·64	·64	—·66	—·66	—·68	1·—	1·—	1·—	.	19	54	64
3·76	3·28	4·24	3·48	3·46	5·26	4·98	7·90	3·50	4·06	2·98	—·66	—·66	.	.	98	86	65
—·12	—·12	—·82	—·82	—·86	—·92	—·94	·94	—·66	—·67	—·70	.	.	.	.	16	98	66
.	.	.	.	.	.	.	.	·20	—·20	—·20	.	.	.	.	—	60	67
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	51	60	68
.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·80	—·80	—·80	.	4	80	69
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	92	70
.	.	.	.	.	—·40	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	1	24	71
—·72	—·72	—·60	—·60	—·60	1·71	1·72	1·72	1·16	1·17	1·18	.	.	.	.	32	80	72
—·22	—·22	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·40	—·40	·40	—·40	.	.	.	9	16	73
—·24	—·24	.	.	.	.	.	—·18	—·38	—·38	—·40	—·40	—·40	.	.	8	38	74
—·18	—·18	—·24	—·34	—·34	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·38	—·36	—·36	—·36	.	4	24	75
1·24	1·24	1·22	1·20	—·86	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	16	12	76
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	30	77
—·42	—·42	—·46	—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	70	78
—·66	—·68	—·58	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	·60	—·60	—·60	.	.	.	.	15	50	79
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	12	—	80
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	81
4·54	3·40	2·16	2·18	2·20	2·26	1·98	2·—	—·96	—·96	—·96	.	.	.	.	47	06	82
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	6	95	83
—·40	—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	3	20	84
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—	10	20	85
1·54	3·34	3·34	3·54	3·24	3·24	2·18	2·18	3·10	3·10	1·80	3·10	3·22	1·44	1·80	56	64	86
—·16	—·16	—·14	—·14	—·14	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	5	12	87
1·39	1·40	1·18	1·18	1·20	1·30	1·42	1·44	1·40	1·42	1·44	—·14	—·14	.	.	32	57	88
1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	1·04	.	.	.	.	.	.	.	27	88	89
—·06	—·04	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	56	90
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	10	91
2·48	2·49	3·12	3·18	3·14	2·06	2·08	2·08	2·38	2·40	2·40	.	.	.	.	41	—	92
.	.	.	.	.	3·06	3·50	3·68	3·90	4·—	4·—	4·40	4·40	.	.	30	94	93
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	25	—	94
—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	—	95
—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	.	.	.	.	.	.	.	4	80	96
1·38	—·50	—·50	—·50	—·50	—·66	—·66	—·68	·84	—·84	—·86	.	.	.	.	34	74	97
—·36	—·36	—·36	—·36	—·37	—·38	—·38	—·38	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	2·76	13	36	98
1·—	1·—	—·82	—·84	—·84	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	8	20	99
6·24	5·48	5·52	5·88	4·68	3·02	2·34	2·34	3·32	6·28	8·30	6·30	6·50	10·06	.	117	77	100
.	.	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	4	—	101
1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	68	102
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	1·60	.	.	.	14	26	103
—·70	—·70	—·70	—·80	—·80	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	8	30	104
—·70	—·70	—·70	—·72	—·60	—·60	—·60	—·60	—·66	—·66	—·66	—·68	.	.	.	14	84	105
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	5	76	106
2·68	2·68	2·20	2·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·60	1·60	1·60	—·40	—·40	—·40	.	48	70	107
—·22	—·22	—·22	—·22	—·24	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·60	.	.	4	92	108
2·60	1·54	2·02	2·02	2·02	2·02	2·02	1·94	1·38	1·72	1·90	1·28	2·08	.	.	42	52	109
—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·24	—·24	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.	6	16	110

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1903 Jänner	Februar	März	April
111	Ferdinandsthal	.	.	.	.	.	.	.	·20	—·20	—·20	—·20
112	Floridsdorf	63·16	13·46	14·32	12·86	13·26	12·46	13·20	17·02	13·74	15·76	11·99
113	Fohnsdorf	1·72	1·80	2·08	2·22	3·10	3·08	4·56	4·30	7·16	5·52	5·76
114	Frankstadt b. Mähr.-Schönberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·30
115	Franzendorf	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
116	Franzenthal	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	·40
117	Freiwaldau	2·70	2·18	3·02	3·02	1·28	2·48	2·48	2·72	2·72	2·72	2·72
118	Freudenthal b. Frankenmarkt	.	.	.	.	.	.	.	—·80	—·80	—·80	—·80
119	Freudenthal in Schlesien	6·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2· -	2·—
120	Friedland in Böhmen	2·16	1·84	1·84	1·84	1·84	1·84	1·84	2·14	2·14	2·14	2·—
121	Friedland a. d. M.	1·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.
122	Friedrichshain	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—.40	—·40	—·40
123	Frohnleiten	2·42	—·34	—·34	—·36	·36	—·36	—·36	—·30	—·30	—·32	—·32
124	Fürstenfeld	16·38	5·10	5·10	5·10	5·10	5·10	5·10	4·-	4·—	4·—	4·—
125	Fugau bei Schluckenau	—·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
126	Fulnek	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1· -	1·20
127	Gablonz an der Neisse	17·98	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	2·20	2·20	2·20	2·20
128	Garsten	—·30	- ·16	—·08	—·16	—·34	—·20	—·20	·20	—·22	—·22	—·12
129	Georgenthal b. Morchenstern	1·44	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	·24	—·24	—·24	—·24	—·24
130	Georgswalde	2·50	—·46	—·20	- ·20	—·20	— ·20	—·20	—·30	—·30	—·30	·30
131	Gesteinigt bei Eulau	.	—·16	—·16	—·16	- ·16	—·16	—·16	—·16	- ·16	—·16	—·16
132	Gießhübl bei Buchau	6·51	—·43	—·43	- ·43	.	.	.	.	.	.	.
133	Gistei-Pintschei	2·10	- ·50	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·32	—·32	—·34	—·34
134	Glöckelberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
135	Gloggnitz	2·39	1·78	1·80	1·77	1·78	1·94	1·40	3·23	3·24	2·82	3·65
136	Gmünd	1·80	4·39	8·67	4·61	4·51	7·77	4·71	5·31	8·29	5·15	5·37
137	Gmunden	4·—	1·02	1·02	1·04	1·04	—·84	—·84	—·24	·24	—·24	—·24
138	Göblasbruck	3·56	1·18	1·18	1·20	1·30	1·30	1·30	—·54	—·56	—·56	—·56
139	Göpfritz a. d. W.	.	.	.	.	.	.	2·28	.	.	.	.
140	Görkau	3·50	.	—·50	—·52	—·52	.	.	.	.	.	.
141	Görsdorf bei Grottau	8·40	—·60	—·60	- ·60	—·60	— ·60	—·60	- ·80	—·80	—·80	—·80
142	Görz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
143	Göß bei Leoben[1]	1·40	1·10	1·10	1·10	1·14	1·14	1·16	1·10	1·12	1·12	1·17
144	Goisern	1·44	1·46	1·50	1·50	1·46	1·40	.	1·04	1·04	1·10	1·10
145	Gottmannsgrün	.	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	—·44	·44
146	Gottowitz bei Staab	.	.	.	—·74	—·74	—·76	—·54	—·54	—·60	—·60	—·60
147	Grahowo	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
148	Granesau bei Neusattl	.	1·—	1·—	1·—	1·70	1·70	1·72	1·72	1·72	1·72	1·72
149	Grasslitz	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	1·53	1·53	1·53	1·53
150	Grassseth	.	—·90	—·90	- ·90	—·90	—·90	—·90	- ·90	—·90	—·90	—·68
151	Graupen bei Teplitz	.	.	.	.	.	.	1·—	- ·40	— ·40	—·40	- ·40
152	Graz	129·50	42·12	34·66	34·94	66·88	38·06	66·36	33·82	72·32	76·56	75·84
153	Groß-Glockersdorf	.	—·50	- ·50	- ·50	—·32	- ·34	—·34	- ·32	—·34	- ·34	- ·32
154	Großpriesen a. d. Elbe	.	.	.	.	.	.	.	—·34	- ·34	—·34	- ·34
155	Großraaden	.	.	.	.	.	.	.	—·26	—·26	- ·26	—·26
156	Großwasser	.	.	.	.	.	.	.	—·80	- ·81	- ·82	—·74
157	Grottau	4·80	—·80	—·80	- ·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
158	Grün bei Marienbad	3·60	—·60	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
159	Grünbach am Schneeberg	—·64	—·33	—·34	—·34	—·52	—·52	—·52	—·54	.	.	.
160	Grünlas	1·80	—·60	- ·60	—·60	—·60	- ·60	—·60	—·60	- ·60	—·60	—·60
161	Grulich	1·76	- ·89	- ·80	—·80	—·80	- ·80	- ·80	—·80	—·43	—·43	—·43
162	Grußbach bei Znaim	1·30	1·32	1·32	1·32	1·34	1·42	1·52	1·78	1·84	2·06	2·32
163	Güntersdorf	9·24	- ·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	.	.	.	.
164	Gumpoldskirchen	2·16	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36
165	Habendorf	5·40	—·90	- ·90	- ·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90
166	Hainburg	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	—·80	.	.	.	.	.
167	Haindorf bei Friedland	4·98	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·—	1·—	1·—	1·—

[1] Ab 1. Oktober 1903 durch Leoben.

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Voraus-zahlungen	K	h	
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	2	40	111
11·47	10·83	13·65	13·05	11·97	16·88	14·34	13·50	15·66	11·63	13·88	12·54	8·06	6·28	.	374	97	112
7·—	5·64	5·—	5·48	6·40	6·80	5·28	5·30	10·20	7·74	8·32	4·26	.	.	.	118	72	113
—·30	—·30	—·30	·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	4	80	114
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	11	76	115
—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	116
3·06	3·06	3·06	2·98	3·02	3·02	3·32	3·32	3·33	3·14	3·16	3·16	.	.	.	65	67	117
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	·80	—·80	·80	—·80	.	.	.	.	12	—	118
2·	2·—	—·82	·82	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	.	40	—	119
1·98	2·—	1·92	1·92	1·92	1·94	1·94	1·94	1·95	1·95	1·96	.	.	.	.	43	04	120
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	121
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	9	60	122
—·32	—·32	—·30	—·30	—·32	—·32	—·67	—·68	—·56	—·56	—·56	—·37	—·38	—·38	.	11	82	123
4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	.	118	98	124
—·20	—·20	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	6	90	125
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	22	80	126
2·20	2·22	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	1·92	.	.	.	.	.	.	.	54	24	127
—·12	—·12	—·12	—·12	—·14	—·14	—·14	—·14	.	.	.	.	.	.	.	3	24	128
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	7	20	129
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	7	56	130
—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·96	4	80	131
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	80	132
—·34	—·34	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	·34	.	.	.	.	.	.	.	9	20	133
.	.	.	.	.	.	.	—·64	—·32	—·32	—·34	.	.	.	.	1	62	134
3·17	3·46	3·56	3·02	3·04	3·80	2·98	3·25	3·13	3·25	3·31	2·12	2·42	.	.	66	31	135
7·55	5·31	5·69	6·69	5·89	5·35	8·12	5·47	4·19	7·19	5·25	4·51	6·03	3·74	.	141	56	136
—·24	—·24	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·22	—·22	—·24	—·24	—·44	—·44	.	15	08	137
—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·84	—·84	—·85	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	20	57	138
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	28	139
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	04	140
—·80	—·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	24	—	141
.	.	.	.	—·46	—·48	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·42	—·44	.	.	3	08	142
1·17	1·20	1·06	1·08	1·10	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	18	26	143
1·10	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1.20	1·20	.	.	28	54	144
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	.	5	28	145
—·60	—·60	—·62	—·60	—·60	—·54	—·56	—·54	—·56	—·44	—·44	—·44	.	.	.	11	66	146
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·10	—·10	.	.	—·	20	147
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	—	148
1·54	1·54	1·45	1·45	1·45	1·45	1·45	1·45	.	.	.	.	.	.	.	23	90	149
—·68	—·68	—·68	·68	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	16	40	150
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	5	80	151
50·10	65·98	68·32	67·06	67·62	62·38	68·04	48·96	83·22	81·66	89·06	83·24	61·02	.	.	1567	72	152
—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.	7	50	153
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·52	—·52	—·52	.	.	.	.	5	70	154
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	.	.	.	.	.	.	.	3	14	155
—·74	—·74	—·68	—·70	—·70	1·12	1·14	1·14	—·84	—·86	—·86	—·74	—·74	—·76	.	14	93	156
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	21	60	157
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	11	20	158
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	75	159
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	14	40	160
—·43	—·43	.	.	.	.	.	1·23	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	12	09	161
2·28	2·30	2·58	2·50	2·52	2·60	2·58	2·56	2·22	2·50	2·46	2·30	2·30	.	.	49	24	162
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	48	163
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	8	64	164
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	18	90	165
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	30	166
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	26	28	167

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
168	Hainfeld	8·—	3·22	3·04	3·—	3·—	3·12	3·04	3·16	3·04	3·04	3·04
169	Halbseit	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
170	Hallein	17·40	—·70	1·—	.	.	.	2·48	.	.	.	.
171	Hallstatt	.	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·—	1·—	1·—	1·—
172	Hammer	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.
173	Hangenstein bei Bergstadt	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·34	—·34	—·32
174	Harrachsdorf-Neuwelt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
175	Hartberg	2·18	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·26	—·26	—·26	—·26
176	Harzdorf	.	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·34	—·36	—·36	—·36	—·36
177	Haselbach	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.
178	Haslau bei Eger	.	.	.	.	.	.	.	—·36	—·36	—·36	—·36
179	Heinersdorf bei Reichenberg	1·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
180	Heinrichsdorf	3·—	1·—	1·	1·—	.	.	.	.	.	.	.
181	Hermesdorf b. M.-Schönberg	6·50	1·30	1·29	1·30	1·30	1·30	1·30	—·94	—·94	—·94	—·94
182	Hermsdorf b. Gabel	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32
183	Herzogenburg	9·90	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·24
184	Hieflau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	.
185	Hillersdorf in Schlesien	.	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·34	—·34
186	Höritz im Böhmerwald	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	—·56	—·89
187	Hötzelsdorf	5·06	—·98	—·94	—·90	—·88	—·82	—·80	—·84	—·84	—·90	—·90
188	Hohenberg	4·80	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
189	Hohenelbe	—·78	—·08	—·10	—·12	—·16	—·14	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12
190	Horn	.	.	.	.	.	.	.	—·18	—·18	—·18	—·18
191	Hüttau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44
192	Hüttenberg	2·67	—·86	—·86	—·86	1·16	1·16	1·17	1·—	1·—	1·02	—·82
193	Iglau	7·24	1·—	3·97	3·04	3·55	4·39	3·93	2·08	1·46	2·14	2·04
194	Innsbruck	74·06	14·96	15·18	15·36	16·12	16·22	16·06	16·52	16·52	16·56	9·60
195	Inzersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
196	Irmsdorf b. Römerstadt	1·58	—·16	—·16	—·16	—·16	—·18	—·18	—·30	—·30	—·30	—·30
197	Ischl	.	1·20	1·20	1·34	1·32	1·28	1·20	1·38	1·42	1·48	.
198	Jägerndorf	25·04	7·74	7·78	7·74	7·84	7·82	7·82	7·14	7·16	8·48	8·60
199	Jauernig	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
200	Joachimsthal	2·22	2·30	2·26	2·20	2·40	2·40	2·40	2·44	2·44	2·68	2·60
201	Johannesthal b. Reichenberg	1·92	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72
202	Johannesthal in Schlesien	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
203	Johnsdorf bei Brüx	2·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·70
204	Johnsdorf bei Gabel	—·60	—·06	—·06	—·06	—·06	—·06	—·06	—·18	—·18	—·18	—·18
205	Johnsdorf bei Janowitz	2·—	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
206	Josefsdorf	1·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.
207	Judenburg	4·74	1·68	1·68	1·69	—·82	—·94	—·94	1·10	1·12	1·12	1·86
208	Kaaden	12·80	1·34	1·34	1·34	1·34	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
209	Kapfenberg	5·—	.	.	.	.	5·—	6·14	—·60	—·64	—·64	—·64
210	Karlsbad	4·46	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·18	—·42	—·42	1·04	1·09
211	Karlsthal in Schlesien	2·16	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.
212	Karlswald	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·82	—·82	—·82	—·82
213	Karolinsfeld bei Reichenberg	.	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60
214	Katharinaberg	3·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
215	Katharinberg b. Reichenberg	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
216	Kaunberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
217	Ketten	2·26	—·72	—·72	—·72	1·22	1·22	1·24	—·50	—·50	—·50	—·50
218	Kienberg-Gaming	1·62	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54
219	Kimpolung	.	.	.	.	.	.	.	1·18	1·18	1·18	1·18
220	Kindberg	13·12	1·20	1·20	1·20	1·64	1·68	1·68	1·42	1·43	1·30	1·30
221	Kitzbühel	2·30	—·48	—·92	—·60	—·58	—·50	—·46	—·86	—·72	—·68	—·64
222	Klagenfurt	8·16	6·44	6·52	4·32	5·13	4·79	3·89	5·24	4·74	4·93	4·39
223	Klamm am Semmering	.	.	.	.	.	.	.	1·04	1·04	1·04	1·08
224	Kleinaugezd bei Teplitz	12·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·20
225	Kleingrün	3·—	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Voraus-zahlungen	K	h	
3·04	3·04	3·04	3·04	3·04	3·04	3·04	3·04	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	1·—	.	79	02	168
.	2·—	.	.	.	.	.	2·—	.	.	.	.	.	1·—	.	5	—	169
.	1·98	.	—·74	1·40	.	—·76	2·80	—·50	2·—	—·84	1·—	3·38	.	.	36	98	170
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	21	36	171
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	172
—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·36	—·36	—·38	—·36	—·36	—·38	.	.	.	.	5	20	173
.	.	.	.	.	.	.	.	—·68	—·70	—·70	.	.	.	.	2	08	174
—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	.	7	68	175
—·18	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	40	176
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	60	177
—·36	—·36	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	5	04	178
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	20	179
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	180
—·74	—·74	—·76	—·76	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·26	1·28	.	.	32	21	181
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	4	—	182
—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	19	04	183
—·20	—·44	—·20	—·36	—·30	—·48	—·28	—·20	—·22	—·28	—·28	—·32	.	.	.	3	96	184
—·34	—·54	—·54	—·56	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	66	185
—·89	—·90	—·78	—·78	—·80	—·76	—·78	—·78	—·60	—·60	—·62	.	.	.	.	10	86	186
—·90	—·92	—·84	—·84	—·84	—·84	—·86	—·86	1·02	1·02	1·06	1·06	—·40	—·40	.	25	72	187
1·—	1·—	1·—	1·—	1·24	1·24	1·26	1·26	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	29	80	188
—·12	—·12	—·12	—·12	—·10	—·12	—·10	—·10	.	.	.	.	.	.	.	2	88	189
—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	2	20	190
—·27	—·27	—·28	—·28	—·12	—·12	—·12	—·12	—·18	—·22	—·24	—·24	.	.	.	3	34	191
—·82	—·82	—·82	—·82	—·82	—·82	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	.	19	18	192
1·70	1·50	2·06	2·86	2·28	2·18	1·14	1·02	1·26	1·08	1·02	.	.	.	.	52	94	193
9·60	9·60	10·56	10·56	10·58	10·84	10·64	10·66	8·20	7·98	7·88	8·10	8·12	7·44	10·88	368	80	194
.	.	.	.	.	.	.	.	—·28	.	—·16	—·18	—·20	.	.	—	82	195
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	6	18	196
.	.	.	.	.	.	.	.	—·96	1·30	1·30	.	.	.	.	15	38	197
7·63	7·67	7·46	5·67	7·62	7·74	7·88	7·88	7·68	—·94	—·40	—·40	.	.	.	172	13	198
.	.	.	.	.	.	.	.	—·16	—·16	—·16	—·16	—·18	—·18	.	1	—	199
2·60	2·60	2·54	2·70	2·40	2·80	3·26	3·50	5·84	6·30	6·66	6·66	.	.	.	74	20	200
—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	17	28	201
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	7	20	202
—·70	—·70	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.	.	.	.	12	60	203
—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.	3	12	204
—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	.	8	26	205
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	206
1·86	1·88	1·06	1·08	1·08	1·48	1·18	1·22	1·35	1·47	1·67	1·61	1·50	1·26	.	37	39	207
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	25	16	208
—·84	—·84	1·32	1·32	1·34	1·34	1·34	1·34	1·50	1·50	1·50	1·50	.	.	.	34	34	209
1·09	—·46	—·46	—·46	—·48	—·46	—·46	3·82	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	21	22	210
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	32	211
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	.	21	—	212
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	7	20	213
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	13	20	214
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	10	—	215
.	.	1·30	1·30	1·30	1·34	1·34	1·34	1·50	1·50	1·52	.	.	.	.	12	44	216
—·50	—·52	—·48	—·50	—·50	—·86	—·88	—·88	—·36	—·38	—·38	.	.	.	.	16	24	217
—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·55	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	.	14	73	218
1·18	1·18	1·18	1·18	1·18	1·18	1·18	1·18	.	.	.	.	.	.	.	14	16	219
1·12	1·12	1·16	1·16	—·82	.	.	.	.	1·50	1·50	.	.	.	.	35	55	220
—·68	—·74	1·18	—·50	—·70	—·22	—·80	—·76	—·88	—·84	—·58	—·76	.	.	.	17	38	221
4·20	5·68	5·44	5·46	5·20	6·42	5·62	5·66	5·98	6·38	6·50	4·07	1·08	.	.	126	24	222
1·08	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·12	1·12	1·12	1·40	1·42	1·42	1·40	1·42	1·42	22	42	223
2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	.	.	.	.	56	40	224
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	6	60	225

Post-Nummer	Ort	1902										
		Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
226	Klein-Mohrau	1·72	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·36	—·36	—·36	—·14
227	Klein-Neusiedel	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
228	Kleinreifling	8·86	1·64	1·64	1·64	1·64	1·64	1·64	1·66	1·66	1·66	1·72
229	Kleinmünchen	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.
230	Klein St. Paul	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·44	—·44
231	Kleinwöhlen bei Bensen	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	1·04	1·02	—·98
232	Klösterle an der Eger	4·20	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40
233	Klostergrab	5·38	2·16	2·28	1·66	1·68	1·86	1·80	1·68	1·96	2·06	2·20
234	Klosterneuburg	5·—	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	1·10	1·10	1·10	1·10
235	Knittelfeld	3·—	.	.	.	.	—·20	3·60	—·92	—·96	2·33	—·76
236	Köflach	9·42	5·42	5·14	4·90	4·52	4·42	4·98	4·06	4·04	4·06	3·84
237	Königsberg an der Eger	6·55	1·93	1·93	1·93	1·33	1·33	1·33	—·92	—·92	—·92	—·94
238	Königshan	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
239	Königswald bei Bodenbach	2·92	1·66	1·68	1·68	1·38	1·38	1·38	—·96	—·96	—·98	1·12
240	Köstldorf bei Chodau	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·24	—·24	—·24	—·24
241	Kohlhau bei Karlsbad	2·16	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	·34	—·34	—·34	—·34
242	Kohlstadt	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·20	—·20	—·20	·20
243	Komotau	41·40	6·50	6·50	6·50	6·50	6·50	6·50	6·40	6·40	6·40	6·40
244	Korneuburg	2·14	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
245	Kosolup bei Tuschkau	2·70	—·90	—·90	—·90	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	— 80	—·80
246	Kosten bei Teplitz	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	·20	—·20	—·20	—·20
247	Kostenblatt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·08
248	Kratzau bei Reichenberg	2·70	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·60
249	Krems	6·54	2·20	1·94	2·14	2·02	2·16	2·86	2·22	2·22	2·12	2·06
250	Krenhof bei Köflach	2·16	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.
251	Kriegern	2·—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·70	—·70	—·70	—·70
252	Krieglach	2·75	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·52	—·52	—·52	—·70
253	Kritzendorf	.	1·—	2·26	1·—	1·—	1·06	1·10	1·12	1·06	1·04	1·02
254	Kröllendorf	2·04	—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	.	.	.	.
255	Krombach bei Zwickau	.	.	.	.	.	.	.	—·26	—·26	—·26	—·36
256	Krumau	6·20	3·76	3·78	4·21	4·30	4·87	5·72	2·92	2·98	2·65	2·72
257	Krummnußbaum	.	—·32	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·12	—·12	—·12	—·12
258	Krzemusch bei Teplitz	1·88	—·32	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	·50	.	.	.
259	Kufstein	2·24	1·28	—·56	—·56	1·42	—·70	—·70	—·68	1·72	—·68	—·98
260	Kukan	2·—	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
261	Kunnersdorf bei Zwickau	1·50	—·50	—·50	—·50	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
262	Kuttowitz-Schwaaz	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·44	—·44	—·44	—·44
263	Laa an der Thaya	2·20	—·88	—·88	—·90	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	—·48
264	Ladowitz	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
265	Laibach	.	.	.	.	.	.	—·28	—·26	—·28	.	—·12
266	Lampersdorf bei Schatzlar	10·—	1·—	1·—	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·60	—·60	—·60
267	Landeck	.	5·35	5·03	4·95	5·59	5·89	3·69	5·82	5·89	4·52	4·80
268	Lauterbach	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.
269	Landskron in Böhmen	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	—·30	.
270	Landskron bei Villach	.	.	.	—·40	—·40	—·42	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44
271	Langenbruck	.	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	—·34
272	Langenwang	3·60	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66
273	Langlammitz bei Buchau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
274	Langugest bei Bilin	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·58
275	Lanz bei Falkenau	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40
276	Leibnitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
277	Lend	—·12	—·62	—·24	—·50	—·90	—·56	—·56	1·46	—·96	—·96	—·98
278	Leoben	57·17	18·31	15·03	16·91	17·95	14·45	15·74	12·42	8·15	8·02	9·—
279	Leobersdorf	4·81	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·56	—·56	—·56	—·52
280	Liboje	.	.	—·36	.	.	.	—·48	.	.	—·48	.
281	Lichtenstadt	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·96	—·96	—·98	—·98
282	Lichtenwörth	2·—	—·32	·32	—·34	—·34	·34	—·34	.	.	.	.
283	Lieboritz bei Michelob	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
—·14	—·14	—·14	1·54	—·14	—·16	—·16	—·16	·16	—·16	—·16	.	.	.	.	7	92	226
.	.	.	.	.	.	.	.	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	1	78	227
1·66	1·74	1·74	1·72	1·76	1·72	1·70	1·68	1·66	1·58	1·62	1·54	1·56	.	.	47	08	228
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	26	229
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.	14	08	230
—·82	—·82	—·84	—·68	—·66	—·58	—·56	—·54	—·50	—·50	—·48	—·42	.	.	.	15	88	231
1·40	1·40	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	25	80	232
1·60	1·74	1·78	1·82	1·82	1·78	1·72	1·77	1·72	1·52	2·98	1·48	1·96	2·12	.	50	53	233
1·12	1·12	1·12	1·12	1·12	2·—	2·—	2·—	—·18	—·18	—·18	—·70	—·72	.	.	27	96	234
—·78	2·12	1·16	1·20	1·20	2·68	2·68	5·18	2·26	2·50	2·50	2·32	—·34	.	.	38	69	235
3·50	3·02	6·80	6·84	6·30	6·30	8·06	3·06	6·42	5·20	3·74	3·72	5·76	.	.	123	52	236
—·94	—·94	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	21	91	237
.	.	.	.	.	.	.	1·—	.	.	.	.	.	.	.	1	—	238
1·18	1·18	1·12	1·06	1·04	—·80	—·80	—·80	—·80	—·76	—·76	.	.	.	.	26	40	239
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	4	68	240
—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	10	20	241
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	·20	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	7	60	242
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	6·40	6·40	6·40	6·40	6·40	6·40	6·40	6·40	—·40	.	157	60	243
—·60	—·60	—·56	—·56	—·76	—·62	—·66	—·66	—·12	—·12	—·12	.	—·12	.	.	13	64	244
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	.	17	40	245
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	·20	—·20	·20	—·20	—·20	—·20	—·20	1·20	7	20	246
1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·20	1·20	1·20	1·28	1·28	1·28	.	.	.	.	13	92	247
—·60	—·60	—·60	·60	—·60	—·52	—·54	·54	·56	·56	—·56	—·58	—·58	—·58	.	19	42	248
2·—	1·74	2·08	2·—	2·08	1·80	2·42	2·56	2·40	3·39	3·31	2·08	2·06	.	.	58	40	249
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	96	250
—·74	—·74	—·76	—·76	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	12	60	251
—·70	—·72	1·34	1·76	1·50	1·30	1·44	1·—	—·68	1·34	5·86	2·68	1·44	.	.	29	51	252
1·02	1·02	1·02	1·02	—·96	—·94	·94	—·94	1·04	1·14	1·04	—·58	—·54	.	.	23	86	253
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	52	254
—·36	—·36	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	4	26	255
3·04	4·87	4·88	4·66	4·70	4·43	4·46	3·74	2·83	2·83	3·73	2·—	2·—	.	.	92	28	256
—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·06	—·06	—·06	—·06	—·06	—·06	—·06	.	.	3	58	257
.	.	.	.	.	1·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	80	258
—·48	1·16	·48	1·32	—·48	·48	—·48	—·62	—·18	—·12	—·14	—·14	—·16	.	.	17	76	259
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	4	40	260
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	9	—	261
—·44	·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	11	40	262
—·48	·48	—·48	—·48	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	10	90	263
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	21	—	264
.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·36	—·34	—·34	—·30	—·32	.	.	3	80	265
—·60	—·60	—·60	—·60	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	1·74	26	64	266
5·12	6·94	6·48	2·90	4·76	4·46	5·80	3·20	3·62	4·78	4·54	5·58	3·62	.	.	113	33	267
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	268
.	.	.	—·38	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	5	48	269
—·42	—·42	—·44	—·44	—·76	—·76	—·78	—·78	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	10	60	270
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	6	—	271
—·66	—·66	—·66	—·66	1·02	1·04	1·04	1·04	1·16	1·16	—·66	—·66	—·92	—·93	.	22	47	272
.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	1	20	273
—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	06	274
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	4	80	275
.	—·98	1·—	1·—	—·98	—·74	—·74	—·76	—·76	—·56	—·56	1·06	.	.	.	9	14	276
—·98	1·—	1·02	1·02	1·04	—·94	·92	—·90	1·02	1·02	—·58	.	.	.	.	18	30	277
7·45	7·47	8·52	7·20	8·46	10·96	10·—	10·02	17·48	18·14	24·30	13·50	13·50	15·80	.	365	95	278
—·52	—·54	—·54	·56	—·56	—·99	1·—	1·—	—·14	—·14	—·15	—·15	.	.	.	16	42	279
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	32	280
—·98	—·98	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	20	24	281
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	—	282
—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	·60	—·60	—·60	.	.	.	.	8	72	283

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
284	Lienz	.	2·40	2·40	2·40	4·32	4·42	4·70	3·55	4·07	3·53	3·20
285	Liesing	7·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
286	Lilienfeld	1·56	1·12	1·12	1·03	1·03	1·04	1·04	1·72	1·72	1·76	1·60
287	Linz	43·57	23·28	23·40	18·74	23·98	18·58	22·80	22·58	24·68	23·64	24·78
288	Litschkau bei Saaz	3·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	.
289	Littitz bei Pilsen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
290	Littmitz	12·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
291	Lobnig bei Römerstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
292	Loosch bei Dux	3·24	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·16	—·16	—·16	—·16
293	Lossin bei Staab	—·66	—·66	—·52	—·54	—·70	—·60	—·64	—·60	—·60	—·60	—·60
294	Lundenburg	—·90	—·90	—·90	—·82	1·12	1·02	1·20	2·50	2·50	2·50	2·90
295	Lusdorf	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
296	Machendorf	9·—	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	2·44	2·44	2·44	2·44
297	Mährisch-Neustadt	2·64	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44
298	Mährisch-Ostrau	.	.	.	.	1·32	1·34	1·34	1·32	1·34	1·34	1·—
299	Mährisch-Schönberg	8·52	5·—	4·60	5·80	5·02	5·22	4·88	4·80	4·62	5·42	5·48
300	Mährisch-Trübau	2·62	1·32	1·32	1·32	1·32	1·66	1·66	1·66	1·66	1·68	1·68
301	Märzdorf bei Braunau	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32
302	Massersdorf	—·72	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·40	1·40	1·42	1·42
303	Mannersdorf a. Leithageb.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
304	Mantau	.	2·10	2·10	2·12	3·53	3·54	3·54	3·02	3·04	3·04	2·98
305	Marburg	1·32	7·66	9·66	3·66	4·26	4·72	4·72	4·54	4·54	4·54	5·—
306	Marchegg	—·68	·68	—·68	—·68	—·68	1·68	1·64	1·60	1·60	1·58	1·58
307	Marchtrenk	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
308	Mariazell	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
309	Marienberg	—·74	—·74	—·76	—·76	—·76	·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76
310	Markersdorf-Gabel	3·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—.60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
311	Markersdorf in Schlesien	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
312	Markhausen bei Graslitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
313	Mautern	.	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	·38	—·36	—·38	—·34
314	Mauthausen	.	—·70	—·70	—·70	·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
315	Mayerbach	.	.	.	.	.	.	.	—·66	—·66	·68	·60
316	Meierhöfen bei Karlsbad	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·72	—·72
317	Meistersdorf-Ulrichsthal	.	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60
318	Meran	8·12	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	2·40	2·40	2·40	1·92
319	Merelitz bei Klösterle	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·34	—·34
320	Merkelsgrün	7·20	1·08	1·08	1·08	1·10	1·10	1·10	1·06	1·06	1·06	—·90
321	Mildenau	.	.	.	.	.	.	.	·24	—·24	—·24	—·24
322	Mistek	.	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	1·04	1·04	1·04	1·42
323	Mistelbach	3·14	—·46	—·46	—·46	·46	·48	·48	·64	·64	—·64	—·64
324	Mitterdorf-Wartberg	1·74	—·48	—·52	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·36
325	Möderbrugg	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·14	.	.	.	.	.
326	Mödling	18·32	1·98	2·14	1·98	2·16	2·96	2·70	2·03	1·71	1·71	1·73
327	Möllbrücken	.	.	.	.	.	.	.	—.20	—·20	—·20	—·20
328	Molln	1·04	—·52	—·52	—·52	—·42	—·52	—·42	—·50	—·42	—·42	—·47
329	Mondsee	.	.	.	.	.	.	.	—·14	—·14	—·14	—·14
330	Moosbrunn	.	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·70	1·70	1·70	1·70
331	Morchenstern bei Gablonz	6·72	—·28	·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	·30	—·30	—·30
332	Mürzzuschlag	12·86	6·—	5·02	4·88	4·74	6·52	5·88	8·64	6·82	5·96	5·36
333	Murau	—·34	—·26	.	—·44	—·20	—·26	·26	—·24	—·26	—·60	—·26
334	Nallesgrün bei Elbogen	2·04	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.
335	Nassengrub	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
336	Neu-Algersdorf[1]	8·06	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.
337	Neuberg	4·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	2·26	2·26	2·26	2·26
338	Neudeck	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
339	Neudonitz	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
340	Neundorf bei Kratzau	11·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.

[1] Jetzt mit Eggenberg.

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
2·90	2·94	3·12	3·28	3·46	2·88	3·04	3·24	3·66	3·32	3·28	3·16	3·16	1·—	.	77	43	284
.	1·—	.	.	.	.	.	1·—	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	.	.	10	54	285
1·62	1·50	1·88	1·92	1·92	1·46	1·46	1·48	1·—	1·—	1·—	—·98	—·98	—·98	.	34	02	286
20·56	21·08	23·88	22·80	16·84	17·98	18·34	18·40	18·22	21·80	15·62	16·12	4·96	3·54	.	510	17	287
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	288
.	.	.	.	.	.	.	—·68	—·68	—·70	—·64	—·66	—·66	.	.	4	02	289
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	290
.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·46	—·46	—·46	—·48	.	.	.	3	06	291
—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	.	8	52	292
—·60	—·60	—·36	—·36	—·36	—·56	—·56	—·58	—·52	—·52	—·52	.	.	.	.	12	26	293
2·84	3·02	3·22	3·38	2·80	4·08	3·62	3·60	5·—	4·08	5·06	5·48	4·58	5·64	.	73	66	294
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	9	60	295
2·44	2·44	2·46	2·46	2·46	2·46	1·86	1·86	2·—	2·—	2·—	1·78	1·78	1·78	.	57	54	296
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	12	—	297
1·60	1·60	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	13	—	298
5·54	5·48	4·90	5·64	5·54	5·78	6·10	6·20	5·54	6·10	6·06	4·22	4·50	.	.	130	96	299
1·68	1·72	1·72	1·72	1·72	1·72	1·72	2·44	2·44	2·46	2·46	.	.	.	.	39	70	300
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	3·—	10	—	301
1·42	1·42	—·84	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·66	—·66	—·66	.	.	.	.	24	36	302
.	.	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	2	94	303
3·—	3.—	3·54	3·54	3·54	2·72	2·72	2·72	3·70	3·72	3·72	.	.	.	.	64	93	304
4·98	4·74	5·14	5·16	10·50	12·04	12·20	10·76	7·46	11·26	8·52	10·30	9·66	8·64	.	175	98	305
1·54	1·54	1·52	1·52	1·38	1·38	1·36	1·38	—·52	—·52	—·50	—·48	—·48	.	.	27	20	306
.	.	.	.	.	.	.	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	.	.	5	—	307
—·10	—·10	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	20	308
—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	.	.	.	.	.	.	.	14	40	309
—·60	—·60	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	20	40	310
.	.	.	.	.	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	.	.	.	4	—	311
.	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	.	3	36	312
—·34	—·40	—·30	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	7	60	313
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	14	70	314
—·60	—·62	—·76	—·76	—·78	—·82	—·84	—·84	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	14	62	315
—·72	—·72	—·72	—·72	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	.	.	.	.	.	8	76	316
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	7	20	317
1·92	1·92	1·92	1·92	1·94	1·94	1·94	1·94	.	.	.	.	.	.	.	40	84	318
—·34	—·34	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	5	60	319
—·88	—·88	—·98	—·98	—·96	—·94	—·94	—·94	.	.	.	.	.	.	.	25	32	320
—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	44	321
1·44	1·06	1·96	1·80	1·82	2·08	1·60	1·80	2·86	2·02	2·02	2·96	2·30	1·76	.	35	26	322
—·64	—·66	—·66	—·68	—·72	—·74	—·74	—·52	—·54	—·54	—·92	—·92	.	.	.	16	78	323
—·36	—·36	—·36	—·36	2·34	2·34	1·06	1·08	2·06	2·08	2·29	2·29	1·68	1·70	.	25	70	324
—·46	.	.	.	.	—·48	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	68	325
1·73	1·79	1·74	1·74	1·56	1·72	1·84	1·70	1·20	1·51	1·54	1·24	1·26	.	.	59	99	326
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	2	40	327
—·44	—·56	—·50	—·52	—·50	—·34	—·38	—·62	.	.	.	.	.	.	.	9	63	328
—·14	—·14	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	.	1	80	329
1·70	1·70	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·69	1·69	1·70	.	.	.	.	35	68	330
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	12	—	331
5·50	5·50	5·92	5·48	5·40	4·64	4·88	12·10	7·46	10·82	9·82	4·80	.	.	.	155	—	332
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	1·44	1·46	.	.	.	.	.	.	.	7	70	333
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	16	334
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·50	—·52	—·52	.	.	.	.	4	42	335
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	11	66	336
2·26	2·26	2·26	2·28	2·23	1·70	1·70	2·70	1·52	1·52	1·52	1·—	1·—	1·60	1·—	45	19	337
—·50	—·50	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	13	—	338
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	339
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	—	340

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
341	Neunkirchen	2·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·72	—·76	1·08	—·32
342	Neuofen	6·64	2·32	2·32	2·32	1·66	1·66	1·68	1·92	1·92	1·92	2·32
343	Neuputschiern	3·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.
344	Neurode	1·68	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·32	—·32	—·32	—·32
345	Neusattl bei Elbogen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
346	Neustadt an der Tafelfichte	2·76	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	2·70	2·72	2·76	2·—
347	Neutitschein	8·14	2·90	3·08	3·09	2·92	2·92	3·36	2·74	2·74	2·78	2·78
348	Neu-Zedlisch	.	.	.	.	.	.	—·50	—·52	—·52	—·64	—·76
349	Neuzeug	2·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
350	Niedergrund bei Warnsdorf	3·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
351	Nieder-Ehrenberg	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
352	Niedereinsiedel	—·60	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.
353	Niemes	15·84	4·14	4·14	4·12	4·12	4·14	4·12	3·69	3·49	3·49	3·49
354	Nixdorf	1·80	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.
355	Oberalm	3·36	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	1·42	1·42	1·42	1·42
356	Ober-Altstadt bei Trautenau	.	.	.	.	.	.	.	1·06	1·06	1·06	1·06
357	Oberferlach	.	.	.	.	.	.	.	6·44	6·44	6·44	6·44
358	Obergrafendorf	.	.	.	.	.	.	.	2·10	.	.	.
359	Oberhennersdorf b. Rumburg	1·44	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·24	—·24	—·24	—·24
360	Oberhollabrunn	4·32	—·54	—·54	—·54	—·54	.	.	.	.	.	.
361	Oberkratzau	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·24	—·24	—·24	—·24
362	Oberleutensdorf	22·90	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	—·16	—·16	—·16	—·16
363	Oberplan	.	.	.	.	.	.	.	—·58	—·72	1·80	1·53
364	Oberrothau	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.
365	Ober-Tannwald	4·70	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.
366	Obertraun	.	.	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·16
367	Oberzeiring	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·42	—·42
368	Oderberg	3·—	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36
369	Oderfurt	6·02	6·34	6·30	5·94	6·10	6·72	6·90	7·02	7·22	7·56	7·86
370	Odrau	.	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
371	Olbersdorf bei Jägerndorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
372	Olmütz	4·72	2·68	2·78	2·94	2·84	3·54	3·32	3·50	3·50	3·30	5·22
373	Pankraz	1·68	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·40	—·40	—·40	—·40
374	Parchen-Schelten	12·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·34	1·34	1·34	1·34
375	Paulsdorf	4·20	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·60	—·60	—·60	—·60
376	Paulusbrunn	1·29	—·48	—·48	—·48	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36
377	Pechgrün bei Chodau	1·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
378	Peggau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
379	Perchtoldsdorf	7·20	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·50	—·30	—·30	—·30
380	Petersdorf bei Johannesthal	.	—·22	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·28	—·26
381	Petschau bei Karlsbad	1·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
382	Pettau	.	.	.	.	.	—·14	—·14	—·16	—·16	—·16	—·08
383	Pichlberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
384	Piesting	13·04	2·34	2·12	2·12	2·06	1·62	1·62	1·96	1·96	2·—	1·94
385	Pilnikau bei Trautenau	1·56	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26
386	Pihl	2·76	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·44	—·44	—·44	—·44
387	Pilsen	.	.	.	.	.	.	.	—·64	—·64	—·64	2·56
388	Plan	.	—·78	—·77	—·77	—·86	—·88	—·90	—·40	—·40	—·40	—·40
389	Podersam	10·36	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·32	1·32	1·34	1·34
390	Pöls bei Judenburg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
391	Pörtschach am See	—·26	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	.	.	.	.
392	Pola	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·70
393	Polaun	3·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
394	Pomeisl	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
395	Poschetzau bei Neu-Rohlau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·50
396	Possitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·18
397	Postelberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
398	Pottendorf	1·68	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·72	—·64	—·64	—·46

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
—·33	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·54	—·54	—·12	—·12	—·14	—·10	—·12	.	.	11	19	341
2·32	2·32	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·40	1·40	1·40	.		.	.	45	12	342
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	343
—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	.	7	20	344
.	.	.	.	.	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	.	.	.	.	18	—	345
2·02	2·02	2·—	2·—	2·02	2·02	2·02	2·02	—·82	·82	—·84	—·84	—·84	·84	.	36	82	346
2·78	2·81	3·12	3·12	3·12	3·04	3·04	3·04	.	.	.	.	.	.	.	61	52	347
—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	.	.	.	.	.	.	.	9	18	348
.	2·92	.	.	.	.	.	2·10	.	.	.	.	.	.	.	7	32	349
—·40	—·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	.	13	20	350
.	.	.	.	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	1·56	3	40	351
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	20	352
3·49	3·49	3·72	3·72	3·76	3·74	3·74	3·76	3·62	3·62	3·64	1·96	1·98	1·98	.	101	—	353
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	354
1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	.	.	.	.	.	.	.	25	—	355
1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	3·96	20	64	356
6·44	6·46	6·46	6·46	6·46	6·46	6·46	6·46	7·72	7·72	7·74	.	.	.	.	99	60	357
.	.	.	.	.	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	.	4	50	358
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	6	—	359
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	48	360
—·24	—·24	—·58	—·58	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	7	40	361
—·18	1·18	1·30	1·50	1·70	1·90	1·80	1·80	.	.	.	.	.	.	.	49	30	362
1·38	1·22	1·96	1·68	1·36	1·46	1·06	1·06	—·52	—·54	—·54	—·60	—·60	1·02	.	19	63	363
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6		364
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	—	365
—·18	·20	·18	—·18	—·18	—·18	—·20	—·20	—·20	—·18	—·10	.	.	.	.	3	90	366
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	5	—	367
—·36	—·36	—·36	—·36	—·42	—·42	—·42	—·42	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	11	—	368
8·02	8·12	8·10	8·04	8·18	6·94	6·94	6·94	9·—	6·72	8·10	8·90	7·78	.	.	175	76	369
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	48	—	370
.	.	.	.	.	.	.	.	—·26	·26	—·26	.	.	.	.	—	78	371
4·32	4·42	3·08	3·58	4·06	3·90	3·46	4·64	2·20	2·46	3·04	2·44	2·36	.	.	82	30	372
—·40	—·40	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	.	8	04	373
1·34	1·34	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	.	.	.	.	.	.	.	34	20	374
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·68	—·60	.	19	20	375
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	8	97	376
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	10	80	377
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·—	.	.	.	.	1	—	378
—·62	—·56	—·56	—·56	—·42	—·42	—·48	—·48	—·58	—·62	—·64	—·32	—·34	.	.	17	—	379
—·26	—·28	—·26	—·26	—·28	—·26	—·26	—·28	—·26	—·26	—·28	.	.	.	.	5	40	380
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	9	20	381
—·08	—·08	—·08	—·18	—·18	—·86	—·14	—·16	—·16	—·72	—·72	—·76	—·78	.	.	5	74	382
1·14	1·16	1·16	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	46	383
1·96	1·97	2·04	2·04	1·96	1·90	1·94	1·94	1·64	1·66	1·68	.	.	.	.	53	51	384
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	7	80	385
—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	.	10	80	386
2·86	2·74	2·92	2·94	2·16	3·46	2·82	2·04	5·06	—·66	3·10	2·44	2·44	.	.	40	12	387
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	10	96	388
1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·24	1·82	1·82	1·82	1·82	1·82	1·32	.	.	44	02	389
—·34	—·34	—·36	—·36	—·40	—·40	—·83	·84	—·84	—·32	—·34	—·34	.	.	.	5	71	390
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	10	391
—·70	1·20	1·22	—·86	—·86	1·22	1·34	1·34	1·42	1·20	1·24	1·16	1·18	.	.	15	64	392
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	6	80	393
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	12	—	394
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	395
—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·14	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	..	2	56	396
.	.	.	.	.	.	.	.	—·88	—·90	—·94	—·90	—·90	—·92	.	5	44	397
—·46	—·46	—·98	—·78	—·78	—·48	—·48	—·56	.	.	.	.	.	.	.	12	96	398

Post-Nummer	Ort	1902										
		Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
399	Prag	3·10	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·52	—·52	—·52	—·52
400	Pragerhof	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
401	Prasseditz	2·71	—·32	—·32	—·32	—·60	—·60	—·60	—·46	—·46	—·46	—·30
402	Preheischen	2·14	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
403	Prerau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
404	Preßbaum-Rekawinkel	.	—·46	—·42	—·52	—·46	—·50	—·50	—·40	—·34	—·42	—·34
405	Prestawlk	—·96	—·49	—·54	—·50	—·50	—·52	—·68	—·22	—·30	—·40	·30
406	Priesen bei Komotau	.	—·24	—·24	—·24	—·62	—·62	—·64	—·38	—·40	—·44	—·44
407	Priesten-Straden	—·80	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.
408	Prödlitz[1]) bei Aussig	1·38	1·30	1·30	1·30	—·88	—·90	—·90	1·—	1·—	1·—	.
409	Proschwitz	8·64	1·28	1·28	1·28	1·28	1·28	1·28	1·68	1·68	1·69	1·77
410	Proßnitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
411	Puchberg am Schneeberg	2·06	—·40	—·36	—·32	—·28	—·22	—·26	—·28	—·26	—·26	—·26
412	Puletschnei bei Gablonz	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
413	Puntigam bei Graz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
414	Puschwitz	.	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	1·—	1·—	1·—	—·60
415	Rankweil	1·70	—·62	—·62	—·62	—·36	—·38	—·38	1·—	1·—	1·—	—·52
416	Ratschendorf	4·08	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
417	Reichenau bei Gablonz	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
418	Reichenau bei Payerbach	1·34	—·40	—·64	—·30	—·46	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	.
419	Reichenberg	12·14	10·20	11·32	7·90	8·28	8·56	7·84	11·06	10·44	10·76	9·82
420	Reichstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
421	Reitendorf b. M.-Schönberg	4·80	.	.	.	.	.	.	1·70	1·70	1·72	1.72
422	Rettendorf	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·36	—·36	—·36	—·36
423	Ried	1·12	1·86	1·86	1·90	1·92	1·84	1·88	1·64	1·54	1·56	—·86
424	Ringelshain	.	—·22	—·22	—·22	—·22	·22	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24
425	Rochlowa	.	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.
426	Röchlitz	9·23	1·28	1·28	1·28	1·28	1·30	1·30	1·42	1·42	1·44	1·44
427	Römerstadt	7·20	—·60	—·60	—·60	—·60	·60	—·60	1·—	1·—	1.—	1·—
428	Rosenthal I	1·92	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—.50	—·50	·50	—·50
429	Rosenthal II	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·44	—·44	—·44	—·44
430	Rothau-Schindelwald	3·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
431	Rottenmann	—·68	—·36	—·70	—·71	—·72	—·50	—·50	—·50	—·52	—·70	2·08
432	Rudig	1·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
433	Rumburg	6·20	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	2·02	2·04	2·04	1·80
434	Ruppersdorf	.	.	.	.	.	.	.	—·88	—·88	—·88	—·88
435	Saalfelden	9·—	2·92	3·02	2·96	2·62	2·90	2·72	2·80	2·08	2·04	1·98
436	Saaz	37·91	3·28	3·20	3·24	3·22	3·18	3·16	4·70	4·68	4·74	4·82
437	Salzburg	31·46	16·98	14·30	14·58	16·08	13·46	14·40	18·38	15·78	16·78	18·16
438	St. Egid am Neuwald	1·56	2·26	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	—·92	—·92	—·94	—·94
439	St. Georgenthal b. Warnsdorf	.	.	.	.	.	.	.	—·48	—·48	—·50	—·40
440	St. Johann im Pongau	—·82	—·52	—·24	—·24	—·24	—·28	—·48	—·18	—·28	1·14	—·58
441	St. Lambrecht	—·48	—·24	·26	—·41	—·42	—·42	—·42	—·29	—·30	—·38	—·38
442	St. Michael ob Leoben	.	1·08	1·12	1·16	1·24	1·12	1·04	1·20	1·20	1·20	1·14
443	St. Peter ob Leoben	—·92	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
444	St. Pölten	14·50	1·97	1·96	2·01	2·16	2·08	2·06	1·48	1·50	1·53	1·12
445	St. Ruprecht bei Klagenfurt	.	—·22	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24	—·18	—·18	—·20	—·20
446	St. Stefan a. G.	83·08	10·40	10·40	10·40	8·50	8·50	8·50	8·52	8·52	8·52	8·54
447	St Veit an der Glan	9·48	6·04	5·54	5·56	5·92	5·68	6·12	5·84	5·50	5·62	5·06
448	St. Veit an der Triesting	12·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
449	St. Veit bei Mühlbach	—·32	—·32	—·32	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42
450	Schaben bei Dassnitz	2·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
451	Schaiba	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
452	Scharnstein	2·64	—·68	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
453	Schaßlowitz bei Böhm.-Leipa	2·88	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.
454	Schatzlar	6·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2· -	2·—	1·42	1·42	1·42	1·42
455	Scheibbs	1·78	—·30	—·30	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.

[1]) Seit 1. April 1903 mit Aussig.

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
—·53	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·48	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	14	63	399
.	.	—·56	2·10	1·76	1·50	—·60	—·62	2·04	3·25	2·16	1·24	.	.	.	15	73	400
—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	75	401
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	14	402
.	.	.	.	.	—·16	—·10	—·12	—·16	—·08	—·10	.	.	.	.	—	72	403
—·32	—·40	—·52	—·36	—·36	—·44	—·34	—·50	—·24	—·30	·30	—·28	. .	.	.	8	72	404
—·48	—·53	—·54	—·44	—·40	—·76	—·72	1·11	—·94	—·78	—·95	—·76	—·86	—·90	.	15	58	405
—·44	—·44	—·44	—·56	—·46	—·46	·46	—·46	·46	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	10	54	406
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	60	407
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10	96	408
1·77	1·78	1·54	1·56	1·66	2·—	2·—	2·—	2·37	2·49	2·49	1·32	—·32	—·32	.	46	76	409
.	.	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	2	16	410
—·26	—·34	—·30	—·28	—·28	—·26	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	7	16	411
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	·60	·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	14	40	412
.	.	4·50	4·50	4·36	2·56	2·56	3·—	3·—	3·	3·—	.	.	.	.	30	48	413
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	12	40	414
—·52	—·52	—·40	—·40	—·42	—·50	—·50	—·50	—·54	—·54	—·54	.	.	.	.	13	58	415
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·70	·70	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	21	76	416
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	8	80	417
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	20	418
11·54	8·68	10·86	11·52	10·30	10·54	12·16	10·88	6·50	9·22	6·68	8·08	7·32	1·40	.	234	—	419
.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	4	50	420
1·19	1·19	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	02	421
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	.	7	32	422
—·86	·80	—·84	—·86	—·72	—·78	—·82	—·76	—·72	—·80	—·68	—·90	1·04	.	.	28	56	423
—·24	—·24	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.	3	84	424
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	82	425
1·44	1·44	1·—	1·—	1·—	1·02	1·02	1·02	.	.	.	.	.	.	.	31	61	426
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	22	80	427
—·50	—·50	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	10	46	428
—·44	·44	—·44	—·44	·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	.	8	28	429
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	430
2·08	2·—	2·—	2·—	3·38	2·90	2·48	3·—	4·18	1·48	—·82	4·04	3·76	1·26	.	43	35	431
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	60	432
1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	1·80	.	.	.	.	.	.	.	33	50	433
—·88	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8		434
1·96	2·04	1·56	1·56	2·82	1·54	1·50	1·48	1·80	1·83	1·83	.	.	.	.	54	96	435
4·80	4·80	4·82	4·76	4·80	4·78	4·72	4·82	1·50	1·54	1·54	1·56	1·58	.	.	122	15	436
15·10	16·08	19·36	16·46	16·28	18·38	19·92	17·74	17·53	15·75	15·40	9·52	5·38	.	.	393	26	437
—·94	—·94	—·94	·94	1·02	1·02	1·02	1·04	.	.	.	.	.	.	.	25	40	438
—·40	·40	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	4	70	439
—·56	—·48	—·62	·72	—·40	—·48	—·51	—·22	—·50	—·55	—·45	—·49	—·51	—·50	.	11	99	440
—·38	—·53	—·54	—·54	—·67	—·68	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	10	94	441
1·46	1·	1·10	1·20	1·30	1·20	1·20	1·20	1·—	1·40	1·10	1·16	1·68	1·04	.	28	54	442
·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	8	92	443
1·14	1·17	1·22	1·26	1·87	2·—	2·02	2·02	1·12	1·76	1·36	—·74	—·16	.	.	50	21	444
—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	52	445
8·54	5·35	6·80	5·20	5·70	5·66	5·66	5·68	4·53	4·53	4·54	.	.	.	.	236	07	446
5·46	5·20	6·—	5·32	5·58	5·76	4·84	5·20	6·52	6·20	4·72	5·—	5·20	.	.	137	36	447
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	.	38	40	448
—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	.	.	8	34	449
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	11	50	450
.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	3	—	451
—·98	—·98	—·98	1·—	1·—	1·—	—·96	—·96	—·86	—·86	—·88	.	.	.	.	20	08	452
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	76	453
1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	37	08	454
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	62	455

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
456	Scheibmühl	3·30	1·40	1·24	1·26	1·16	–·88	1·02	1·14	1·14	1·02	1·28
457	Schlaggenwald	2·40	—·80	—·80	—·80	–·80	—·80	—·80	1·—	1·—	1·—	1·—
458	Schlackenwerth	2·—	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	·34	—·64	—·64	–·66	—·66
459	Schluckenau	—·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·30	—·30	–·30	—·30
460	Schmiedeberg	3·—	—·24	—·24	·24	—·26	—·26	—·26	—·24	—·24	—·24	—·26
461	Schneegattern	4·86	–·80	–·80	—·80	—·80	–·80	—·80	—·76	–·76	—·77	—·78
462	Schöbritz	2·48	–·64	–·64	—·64	–·66	—·66	—·66	—·66	—·66	–·66	—·62
463	Schönau bei Hainspach	.	—·20	—·20	—·20	–·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
464	Schönau bei Wernstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
465	Schönborn bei Reichenberg	1·80	·30	—·30	–·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.
466	Schönborn bei Rumburg	—·96	—·16	—·16	·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16
467	Schönbrunn	3·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
468	Schönlinde	6·—	—·70	—·70	·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
469	Schönwald bei Friedland	4·32	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	·24	—·24	—·24	—·24	—·24
470	Schwanberg	—·82	—·42	—·42	–·42	—·42	—·32	—·34	–·34	—·34	—·34	—·28
471	Schwarzwasser	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	–·60	—·60	.	.	.	.
472	Schwechat	1·—	·40	—·40	—·40	–·40	—·40	—·42	–·42	—·42	—·42	—·42
473	Schwertberg	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·–	1·50
474	Seeberg	1·20	—·24	—·24	–·24	–·24	—·25	—·26	–·24	—·25	—·26	—·24
475	Sedlnitz	.	—·66	–·66	—·66	—·66	–·68	–·68	.	.	.	.
476	Selzthal	5·08	3·12	2·70	2·64	2·86	1·84	2·72	2·78	2·62	2·84	2·—
477	Servola	6·35	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
478	Siebenhirten	—·76	—·38	—·38	–·38	—·38	—·40	—·40	—·20	—·20	—·22	—·22
479	Silberbach	8·40	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
480	Soborten bei Teplitz	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·52	—·48
481	Sodau	.	—·32	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	·34	–·34	—·34
482	Söhle	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
483	Sollenau	—·20	—·20	—·22	—·21	—·22	—·22	—·22	—·18	—·18	—·18	—·18
484	Sonnenberg	3·–	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
485	Sophienthal-Heinrichsberg	—·94	—·94	–·94	—·94	—.94	—·94	.	.	.	.	.
486	Spital a. Pyhrn	.	—·64	—·64	·66	—·58	—·58	—·58	—·84	—·84	—·84	—·64
487	Spittal an der Drau	2·42	—·36	—·36	·36	—·36	·36	—·38	—·50	—·50	—·52	—·52
488	Spittelgrund	1·44	–·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	·50	—·50	—·50
489	Staab	2·82	—·70	—·70	–·70	1·62	1·62	1·62	2·04	2·06	2·06	1·42
490	Stadlau	9·44	7·—	5·70	4·46	6·—	3·24	3·26	5·—	5·—	3·84	6·14
491	Stadl-Paura	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
492	Stainach	.	1·78	1·80	1·68	1·68	1·72	1·74	1·76	1·76	1·68	1·70
493	Stauding	1·90	—·28	—·28	—·28	—·32	—·34	·34	–·36	–·36	—·38	—·28
494	Stefanau	1·96	—·34	—·34	—·34	–·34	—·34	—·34	—·56	–·56	—·58	—·58
495	Steinaujezd	1·62	—·54	—·56	—·56	—·58	–·58	—·58	—·58	—·58	—·26	—·26
496	Steinbrück	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
497	Steinfeld im Drauthale	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
498	Steinpöhl	6·—	—·50	—·50	—·50	–·50	—·50	—·50	—·24	—·24	—·24	—·24
499	Steinschönau	.	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60
500	Sternberg	20·50	6·71	6·03	6·83	6·89	7·66	8·52	8·26	7·98	10·84	7·67
501	Steyr	13·86	4·86	4·84	4·72	4·54	4·86	4·56	4·87	4·80	4·68	4·92
502	Steyrermühl	.	.	.	.	1·36	1·36	1·38	—·78	—·78	—·78	—·78
503	Stich bei Dobrzan	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
504	Stockerau	8·70	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·90	—·54	–·54	–·54	1·14
505	Suczawa	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—
506	Tachau	6·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	3·40	3·02	3·22	1·—
507	Tannwald	1·20	—·20	–·22	—·22	—·22	—·22	—·22	1·—	1·—	1·—	1·—
508	Tarnów	.	.	.	.	.	.	—·20	—·14	—·14	—·14	.
509	Tarvis	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·98	2·12
510	Taschwitz	1·50	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	1·04	1·04	1·06	1·08
511	Teichstatt	—·60	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
512	Teplitz	15·82	3·72	3·72	3·72	3·86	3·86	3·26	5·16	4·58	4·58	3·90
513	Teschen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1903								1904							Summe		Post Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Voraus-zahlungen	K	h	
1·08	—·96	1·02	1·34	1·10	1·14	—·96	—·94	—·84	—·34	—·52	.	.	.	.	25	08	456
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1.—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	22	20	457
—·66	—·66	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	9	92	458
—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	8	82	459
—·26	—·26	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	8	—	460
—·78	—·78	—·74	—·74	—·74	—·74	—·74	—·75	—·80	—·80	—·80	—·80	—·81	—·82	.	23	87	461
—·62	—·62	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	16	82	462
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	3	60	463
.	.	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	1	80	464
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	60	465
—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	.	3	84	466
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	467
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	4·20	27	—	468
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	16	469
—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·66	—·66	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.	12	—	470
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	40	471
1·16	1·18	1·20	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·10	1·26	1·02	—·80	.	.	.	18	22	472
1·50	1·50	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	13	10	473
—·25	—·26	—·24	—·25	—·26	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	5	72	474
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	—	475
2·12	2·52	2·42	3·08	2·58	2·60	2·52	1·52	3·26	2·16	1·66	2·64	1·88	.	.	62	16	476
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	35	477
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	92	478
—·70	—·70	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	30	—	479
—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	96	480
—·34	—·34	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	.	6	90	481
1·—	1·—	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	16	20	482
—·18	—·18	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	—·12	.	.	.	.	.	.	3	41	483
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	484
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·20	.	.	.	.	6	84	485
—·66	—·66	—·74	—·74	—·74	—·76	—·76	—·78	—·74	—·74	—·74	.	.	.	.	14	90	486
—·52	—·52	1·32	1·36	1·36	1·44	1·38	1·38	—·10	.	.	—·10	—·10	.	.	16	22	487
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	10	32	488
1·42	1·44	1·12	1·12	1·12	—·92	—·94	—·94	1·30	—·96	—·60	.	.	.	.	29	24	489
3·98	4·04	5·24	5·62	4·14	5·34	5·36	5·44	4·68	4·30	5·94	8·64	7·46	.	.	129	26	490
.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.	3	20	491
1·72	1·70	1·84	1·76	1·72	1·66	1·66	1·70	1·48	1·60	1·70	1·50	1·52	1·54	.	40	40	492
—·30	—·40	—·40	—·40	—·36	—·38	—·38	—·38	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	9	62	493
—·40	—·40	—·40	—·40	—·34	—·34	—·36	—·36	—·39	—·38	—·38	.	.	.	.	10	43	494
—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	.	8	86	495
.	1·40	1·72	.	2·06	1·68	2·04	1·90	2·10	2·46	1·68	1·90	2·12	.	.	21	06	496
.	.	.	.	.	—·78	—·78	—·80	—·90	—·90	—·92	.	.	.	.	5	08	497
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	.	.	11	40	498
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	24	—	499
7·27	7·55	7·11	8·04	9·12	7·16	6·96	10·20	7·52	5·86	.	.	.	.	.	174	68	500
4·66	4·42	4·46	4·82	4·66	5·—	5·12	3·62	5·29	5·74	6·42	1·88	2·04	—·94	.	120	58	501
—·78	—·78	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·82	.	16	12	502
.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	.	.	1	28	503
1·15	1·01	—·84	—·84	1·10	1·12	—·96	—·96	—·96	—·84	—·82	—·34	—·34	.	.	26	34	504
1·—	1·—	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	8	—	505
2·80	2·40	2·20	1·80	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	41	84	506
1·—	1·—	1·—	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	.	.	.	.	.	.	.	14	60	507
.	.	—·24	—·15	—·15	·12	—·08	—·08	—·08	—·50	—·52	—·38	—·40	.	.	3	32	508
1·62	1·60	2·36	2·16	1·46	2·28	1·32	2·12	1·68	2·08	2·42	1·44	2·22	.	.	42	36	509
1·08	1·08	1·16	1·16	1·16	1·18	1·18	1·18	1·22	1·22	1·22	—·74	.	.	.	21	70	510
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	4	80	511
3·90	3·90	4·18	4·30	4·32	4·12	4·24	4·28	3·86	4·16	4·66	1·38	—·68	—·30	.	104	46	512
.	.	.	.	—·18	.	.	—·10	—·20	—·14	—·14	.	.	.	.	—	76	513

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1903 Jänner	Februar	März	April
514	Tetschen	1·84	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.
515	Theresienthal	.	.	.	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·24
516	Thiergarten	—·44	—·44	—·46	.	.	.	.	.	.	.	.
517	Thomasroith	1·20	—·40	—·40	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·40
518	Tollinggraben	2·20	.	.	1·15	.	.	2·01	.	.	1·12	—·50
519	Tomitschan	1·44	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·40	—·40	—·40	—·40
520	Traisen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
521	Traiskirchen	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40
522	Trautenau	—·72	3·86	3·80	3·72	3·82	3·92	3·84	3·98	3·98	3·98	3·88
523	Triest	.	2·26	2·26	3·08	2·52	2·08	2·54	2·48	2·80	2·82	2·78
524	Trinksaifen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
525	Trofaiach	.	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·28	—·28	—·28	—·30
526	Troppau	33·44	7·26	7·30	7·30	7·34	7·36	7·36	8·18	8·18	7·20	7·18
527	Türmitz bei Aussig	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·51	—·52	—·44	—·44	—·44	—·45
528	Türnitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·46
529	Tulln	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
530	Turn bei Teplitz	8·—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
531	Tuschkau a. d. M.	·82	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30
532	Ullersdorf	1·04	—·36	—·36	—·36	—·44	—·44	—·46	—·46	—·48	—·48	—·74
533	Ullitz bei Mies	—·66	—·34	—·30	—·28	—·30	—·26	.	.	.	.	.
534	Unterlangendorf	.	—·22	—·22	—·22	—·22	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
535	Unter-Maxdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
536	Untersekeřan	.	1·26	1·26	1·27	1·20	1·20	1·22	1·12	1·12	1·12	1·10
537	Untersiška	25·62	4·82	5·06	5·26	5·40	5·46	5·62	3·96	3·48	3·08	3·10
538	Unzmarkt	1·42	2·28	2·28	2·28	2·28	2·30	2·32	2·22	2·24	2·24	2·28
539	Urfahr	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
540	Veitsch	—·80	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	·40	1·—	1·01	1·02
541	Villach	5·58	—·70	—·70	4·50	5·96	5·86	6·20	7·38	7·62	7·20	5·56
542	Völkermarkt	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·42	—·42
543	Voitsberg	.	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·38	1·30	1·32	1·28
544	Vordernberg	.	1·86	1·86	1·86	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·06
545	Vordersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
546	Wagstadt	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
547	Waidhofen an der Thaya	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
548	Waidhofen an der Ybbs	7·92	3·22	2·30	2·34	2·10	2·28	1·90	2·34	2·34	2·54	2·74
549	Wald-Kalwang	.	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42
550	Waltsch	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2·—	.
551	Warnsdorf	.	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·18	2·18	2·18	2·08
552	Wartberg[1]	—·30	—·32	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34
553	Wehebitz	3·	3·16	1·60	1·62	1·64	1·20	1·20	.	.	.	.
554	Weipert	6·04	2·34	2·34	2·34	2·34	2·34	2·34	1·98	1·98	1·98	1·98
555	Weisbach	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·24	—·24	—·24	—·24
556	Weiskirch	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·—
557	Weißkirchlitz	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·54	—·54	—·54	—·24
558	Weißkirchen bei Kratzau	3·60	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20
559	Welhenitz	1·—	—·32	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.
560	Wels	19·28	2·70	2·70	—·90	2·32	2·32	2·32	2·70	2·70	4·16	3·50
561	Welsberg	.	.	.	.	.	.	.	—·48	—·48	—·48	—·48
562	Wenussen	.	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26
563	Wernersreuth	2·37	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	—·34
564	Wernstadt	1·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	1·20	1·20
565	Wetzwalde	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·56	—·56	—·56	·56
566	Weyer an der Enns	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
567	Wien	1711·96	550·43	547·98	559·55	604·21	583·48	546·98	585·36	590·66	590·89	659·77
568	Wiener-Neustadt	17·93	1·62	1·54	—·80	—·80	—·80	—·80	—·62	—·64	—·64	—·73
569	Wies	14·40	.	.	.	.	.	.	—·64	—·64	—·64	—·64
570	Wiesa-Oberleutensdorf	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·50	1·50	1·50	.

[1]) Ab 1. Sept. 1903 mit Mitterdorf.

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Vorauszahlungen	K	h	
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	72	514
—·24	—·24	—·24	—·24	—·30	—·30	—·30	—·24	.	.	.	.	.	.	.	3	06	515
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	34	516
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	62	517
—·50	—·51	1·30	1·30	1·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	11	89	518
—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	519
.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	2	40	520
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·20	.	.	.	.	.	.	5	—	521
4·20	4·04	3·94	3·98	3·66	3·92	3·82	3·24	4·38	3·88	3·50	3·98	3·48	—·60	.	90	12	522
2·22	2·54	1·56	1·56	2·54	2·44	4·08	4·20	4·96	6·18	5·10	1·76	1·76	.	.	67	52	523
.	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	4	50	524
—·30	.	.	.	.	.	.	—·71	.	.	.	.	.	—·64	.	4	49	525
7·18	7·20	7·42	7·42	7·44	7·84	7·86	8·70	4·92	4·50	4·78	4·—	4·—	4·—	.	195	36	526
—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	11	48	527
—·46	—·48	—·48	—·48	—·48	—·76	—·76	—·76	—·70	—·72	—·72	.	.	.	.	7	26	528
.	.	.	.	.	.	.	5·—	.	.	.	.	.	.	.	5	—	529
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	1·26	1·26	1·68	2·13	2·13	2·14	.	.	.	.	25	60	530
—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	30	531
—·74	—·74	—·50	—·50	—·50	—·86	—·86	—·88	—·86	—·86	—·88	.	.	.	.	13	80	532
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	14	533
—·20	—·20	·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	5	48	534
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	535
1·10	1·12	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	09	536
4·62	3·36	4·20	4·74	3·56	3·36	4·50	3·44	3·82	3·82	3·82	.	.	.	.	114	10	537
2·40	2·14	2·32	2·44	2·26	2·04	2·06	2·06	2·70	2·70	2·72	2·72	2·73	2·75	.	58	18	538
—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	11	20	539
1·02	1·02	1·02	1·44	1·44	1·46	1·46	.	—·50	—·34	.	.	.	.	.	16	33	540
7·18	5·56	6·10	7·42	7·02	6·42	6·96	6·62	4·98	5·72	5·02	3·58	5·14	2·96	.	137	94	541
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	5	—	542
1·28	1·30	1·30	1·34	1·34	4·40	4·40	4·40	2·48	4·08	6·88	6·88	—·10	.	.	52	66	543
2·06	2·06	2·02	2·02	2·02	1·78	1·78	1·78	2·12	2·12	2·12	2·12	2·12	1·80	.	47	56	544
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	.	.	1	20	545
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	2·60	2·60	2·60	.	.	.	.	13	80	546
.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·19	—·20	.	.	.	.	—	39	547
2·76	2·78	3·34	3·38	3·38	3·80	3·98	4·01	4·20	4·24	4·24	—·18	—·18	.	.	72	49	548
—·42	—·44	—·46	—·30	—·22	—·28	—·28	—·30	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	7	68	549
.	.	.	.	.	.	.	2·—	.	.	.	.	.	.	.	5	—	550
2·08	2·10	4·10	4·10	4·10	5·10	5·10	5·10	5·06	5·06	5·06	—·14	.	.	.	67	72	551
—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	02	552
.	.	.	.	.	.	—·74	—·74	—·90	—·90	—·90	—·92	—·92	—·92	.	20	36	553
1·98	1·98	1·78	1·78	1·78	1·78	1·78	1·78	2·02	2·02	2·02	—·42	—·42	—·42	2·52	52	48	554
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	5	28	555
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	21	.	556
—·24	—·24	—·64	—·64	—·64	—·66	—·66	—·66	—·72	—·74	.	.	.	.	.	12	50	557
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	.	.	.	28	80	558
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	559
3·42	3·63	3·80	3·82	3·06	2·80	2·80	3·82	.	.	1·84	1·88	1·92	1·62	.	80	21	560
—·48	—·38	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	6	32	561
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	5	46	562
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	8	25	563
1·20	1·10	1·10	1·10	1·06	1·06	1·07	1·06	1·06	1·07	—·50	—·50	.	.	.	19	28	564
—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·58	—·58	—·58	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	11	46	565
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	18	—	566
697·84	680·99	696·36	687·09	730·03	751·75	712·73	717·55	699·19	669·65	662·81	592·32	373·41	247·63	257·44	16708	06	567
—·73	—·75	—·44	—·44	—·45	—·44	—·80	—·83	—·74	—·68	—·70	—·40	—·40	.	.	34	72	568
—·64	1·76	1·76	1·76	1·76	1·76	1·90	—·72	—·72	—·74	1·18	1·18	1·18	1·18	.	35	20	569
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10	50	570

Post-Nummer	Ort	1902 Restzahlung	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
571	Wiesen-Rabersdorf	6·80	—·72	—·72	—·74	—·74	—·34	—·74	—·40	—·40	—·40	—·40
572	Wiesenberg	5·50	2·32	2·34	2·34	2·66	2·66	2·69	1·78	1·78	1·80	2·12
573	Wigstadtl	.	6·40	6·40	6·40	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—
574	Wilhelmsburg	1·44	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	1·13	1·13	1·13	1·13
575	Wilhelmshöhe	2·70	—·54	—·54	—·54	—·52	—·54	—·54	—·52	—·52	—·52	—·36
576	Wilten	6·84	1·14	1·14	1·14	1·14	1·14	1·16	1·32	1·32	1·32	1·32
577	Wintersgrün	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.
578	Wistritz-Pyhanken	13·72	1·46	1·46	1·46	1·46	—·28	—·28	—·28	—·28	1·42	—·28
579	Wittig	—·88	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22
580	Wölmsdorf	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
581	Wörgl	6·38	2·50	2·50	2·50	2·50	2·50	2·50	.	.	1·—	.
582	Wolfsberg in Kärnten	5·68	2·10	2·30	1·56	1·76	1·70	1·66	2·36	2·40	2·40	1·86
583	Wolfsberg bei Schönlinde	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·60	—·60	—·60	—·60
584	Wolfsegg	2·—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
585	Wschechlab bei Dux	5·76	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·12	—·12	—·12	—·14
586	Wscherau bei Pilsen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
587	Wünschendorf	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32
588	Würbenthal	.	.	.	.	.	.	.	1·20	1·20	1·20	1·20
589	Wustung bei Tannwald	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
590	Ybbs a. d. D.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
591	Zauchtel	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·40	—·40	—·40	—·40
592	Zech bei Elbogen	.	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50
593	Zell am See	—·16	—·60	—·60	—·56	—·60	—·60	—·86	1·26	1·16	1·18	1·20
594	Zeltweg	5·26	2·10	2·20	1·68	2·20	2·20	1·92	1·98	1·80	1·74	1·90
595	Znaim	16·80	3·—	3·—	3·—	3·—	3·02	3·02	3·26	2·86	2·68	2·84
596	Zuckmantel bei Teplitz	7·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
597	Zuckmantel in Schlesien	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
598	Zuflucht bei Klösterle	3·40	—·58	—·58	—·56	—·56	—·56	—·56	1·30	1·30	1·30	1·30
599	Zwettnitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·22
600	Zwickau	9·40	1·28	1·28	1·28	1·40	1·40	1·40	—·66	—·66	—·66	1·58
601	Zwittau	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	3·—	3·—

1903								1904							Summe		Post-Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Voraus-zahlungen	K	h	
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	18	60	571
2·12	2·12	3·—	3·01	3·02	2·96	2·96	2·96	2·41	2·42	2·42	.	.	.	.	57	38	572
4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	.	.	.	.	91	20	573
1·13	1·13	1·24	1·46	1·46	2·24	2·06	2·08	1·54	1·52	1·54	1·22	1·24	—·88	.	28	14	574
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·40	—·40	—·40	.	14	—	575
1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	.	.	.	.	.	.	.	29	70	576
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	577
—·30	1·44	—·30	—·30	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	28	22	578
—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	6	04	579
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	4	80	580
.	1·—	.	.	1·—	.	.	1·—	—·26	—·26	—·26	—·40	·40	.	.	26	96	581
1·91	1·91	2·08	2·30	2·30	2·26	2·44	2·46	1·56	2·98	2·24	1·06	1·10	.	.	52	38	582
—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	40	583
—·24	—·24	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	.	8	—	584
—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	80	585
.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·84	—·84	—·86	.	.	3	04	586
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	.	4	—	587
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·04	1·04	1·04	1·04	1·04	.	.	.	.	.	16	—	588
.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	1·20	3	60	589
.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·12	—·12	.	.	.	.	—	24	590
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	5	52	591
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	5	50	592
—·92	1·23	—·50	—·94	—·94	1·28	—·44	—·44	—·18	—·18	—·20	.	.	.	.	16	03	593
1·72	3·10	1·78	1·40	—·64	1·02	1·20	1·06	—·66	1·34	.	.	.	.	.	38	90	594
2·78	2·48	2·56	2·56	2·54	2·40	2·41	2·91	1·22	1·18	1·20	1·08	1·10	.	.	72	90	595
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	—	596
.	.	.	.	.	.	.	.	—·94	—·94	—·94	.	.	.	.	2	82	597
1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1.30	1·30	1·04	1·04	1·04	.	.	.	.	25	52	598
—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·20	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	2	46	599
1·58	1·58	—·96	—·98	—·98	1·02	1·02	1·02	2·—	2·—	2·46	.	.	.	.	36	60	600
3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·66	3·76	3·72	3·74	3·76	3·76	3·70	3·70	3·—	.	71	80	601

Beteiligung der einzelnen Wahlkreise

an der Gesamtsumme der Reichsparteisteuer vom 1. Juli 1900 bis zum 30. Juni 1902 und vom 1. Juli 1902 bis zum 30. Juni 1904.

Kronland	Wahlkreis	Zahl der Orte		Summe Kronen		Kronlandssumme der Orte		Kronlandssumme Kronen	
		1900 bis 1902	1902 bis 1904	1900 bis 1902	1902 bis 1904	1900 bis 1902	1902 bis 1904	1900 bis 1902	1902 bis 1904
Böhmen	I. Prag	1	1	16·22	14·63				
	III. Mies-Staab	40	37	440·03	469·06				
	IV. Eger-Falkenau	59	56	919·31	788·89				
	V. Teplitz-Saaz	45	45	918·03	1087·89				
	VI. Aussig-Leitmeritz	19	25	884·67	1400·45				
	VIII. Reichenberg	91	92	1448·29	1440·54				
	IX. Trautenau-Gabl.	33	32	521·06	575·48				
	XVI. Budweis-Krumau	9	9	183·47	227·04				
	XVIII. Pilsen	3	4	46·08	51·28	300	301	5377·16	6055·26
Bukowina	I. Czernowitz	1	1	30·47	98 86				
	II. Radautz-Suczawa	1	2	10·68	22·16	2	3	41·15	121·02
Galizien	V. Tarnów	.	1	.	3·32	.	1	.	3·32
Kärnten	Kärnten	11	17	470·03	683·28	11	17	470·03	683·28
Krain	Krain	.	2	.	117·90	.	2	.	117·90
Küstenland	Görz, Istrien, Triest	4	6	58·46	108·91	4	6	58·46	108·91
Mähren	I. Brünn	1	1	137·04	255·70				
	II. Iglau	1	1	92·33	52·94				
	III. Znaim	4	5	43·90	202·08				
	V. W.-Meser.-Proßnitz	1	3	3·—	38·14				
	VI. Olmütz-Ostrau	11	18	287·95	640·78				
	VII. M.-Schönberg	17	22	347·48	511·63	35	50	911·70	1701·27
Niederösterreich	I—V. Wien	1	1	11973·55	16708·06				
	VI. St. Pölten	24	28	507·34	623·54				
	VII. Krems-Gmünd	8	9	263·09	267·39				
	VIII. Floridsdorf	9	7	581 12	594 67				
	IX. Wr.-Neustadt	25	27	412·14	495·56	67	72	13737·24	18689·22
Oberösterreich	I. Linz	5	4	547·54	537·33				
	II. Steyr	19	21	536·50	440·17				
	III. Wels	3	4	75·46	116·97	27	29	1159·50	1094·47
Salzburg	Salzburg	10	11	491·68	617·46	10	11	491·68	617·46
Schlesien	I. Troppau-Jägerndf.	15	26	719·30	761·15				
	II. Teschen-Bielitz	3	4	42·53	139·37	18	30	761·83	900·52
Steiermark	I. Graz	8	10	1212·41	2069·83				
	II. Bruck-Leoben	35	39	1433·71	1662·50				
	III. Feldbach-Marburg	6	10	327·62	383·39				
	IV. Cilli	2	5	25·60	53·06	51	64	2999·34	4168·78
Tirol	I. Innsbruck	6	6	446 57	572·83				
	II. Bozen	3	4	153·49	262·89	9	10	600·06	835·72
Vorarlberg	Vorarlberg	5	5	208·35	225·81	5	5	208·35	225·81
	Summe	539	601	26816·50	35322·94	539	601	26816·50	35322·94

Bericht des Frauenreichscomités.

Die letzten Jahre hatten immer mehr dargetan, daß eine engere Verbindung der Genossinnen untereinander fehlt, daß in Orten wo eine verhältnismäßig gute Organisation besteht, nicht das Notwendige getan wird, um die agitatorische Tätigkeit auf die umliegenden Orte auszudehnen. Eine Zusammenkunft der in der und für die Partei tätigen Genossinnen wurde als notwendig empfunden und so berief das Frauenreichscomité für den 8. November 1903 die Zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz ein. Die Beratung über die Organisation nahm fast den ganzen Tag in Anspruch und endete mit der Annahme eines Organisationsentwurfes, der die Anzahl der Genossinnen bestimmt, aus welcher das Frauenreichscomité zu bestehen hat. (Acht als Mitglieder und zwei als Kontrolle.) Das Comité hat Plenarversammlungen der Wiener Genossinnen einzuberufen. Die Verbindung in der Provinz soll durch Korrespondentinnen aufrecht erhalten werden. In größeren Orten sollen Frauenagitationscomités eingesetzt werden, welchen obliegt, die Organisation in ihren Bezirken zu fördern. Die Verhandlungen der Konferenz sind von der Wiener Volksbuchhandlung als Broschüre unter dem Titel: „Was fordern die Arbeiterinnen Oesterreichs?" herausgegeben worden. Von den 5000 gedruckten Exemplaren wurden bis jetzt 3800 verkauft und es wird nur ganz geringer Anstrengungen bedürfen, um die für die Arbeiterinnen sehr lesenswerte unterrichtende Broschüre in der Gesamtzahl der Auflage zu verbreiten. Eine Umfrage, welche vom Frauenreichscomité unternommen wurde, hat ergeben, daß in sonst sehr guten Organisationsorten die Broschüre noch nicht gesehen wurde. Wir hoffen, daß dieser Hinweis dazu beitragen wird, ihren Vertrieb zu fördern. Agitationstouren wurden vom Frauenreichscomité in der Berichtszeit sehr viele unternommen. Allerdings nicht im eigenen Wirkungskreis des Comités, sondern auf Wunsch von politischen und Gewerkschaftsorganisationen. Die größte Tätigkeit haben die Comitémitglieder in den Organisationen der Tabakarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen und Textilarbeiterinnen entfaltet. Also vornehmlich in Berufen, wo die Beschäftigten überwiegend Frauen sind. Auch in den Protestversammlungen gegen die Lasten des Militarismus haben Frauen referiert; ebenso oftmals in Versammlungen streikender Arbeiterinnen.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat einen erfreulichen Aufschwung genommen, es werden per Nummer 5300 Exemplare verkauft, womit das Blatt aktiv ist.

Noch nicht durchgeführt ist die Bildung von Agitationscomités. Nur in Mährisch-Schönberg und im II. Wiener Wahlkreise besteht eines. Dort sind die Genossinnen nicht nur Mitglieder in der gewerkschaftlichen Organisation, sie nehmen auch an allen politischen Arbeiten teil. Dasselbe gilt für die meisten anderen Orte, wo nur halbwegs Ansätze einer Organisation vorhanden sind. Die Genossinnen beginnen überall, ihre Tätigkeit auszudehnen, um den Organisationen weibliche Mitglieder zuzuführen. Beim Einheben der Parteisteuer, bei allen Arbeiten, welche die Häuserorganisation erfordert, nehmen die Genossinnen hervorragend Anteil. Nur zu klein ist die Zahl der tätigen Genossinnen, was aber nicht an der Lauheit oder Unlust der Frauen liegt, sondern ihre Begründung in der Ueberbürdung mit häuslichen und Berufsarbeiten der Proletarierinnen hat. Dennoch berechtigt alles zur Erwartung, daß die nächste Zeit einen Aufschwung auch in der proletarischen Frauenbewegung bringen wird. Wo unter den Frauen die Versuche, sie der Organisation zuzuführen, mißglücken, sind die Ursachen im Darniederliegen der Gesamtorganisation des betreffenden Ortes zu suchen. Jedes Aufblühen und Aufleben der Organisation unter den Männern bringt auch einen Fortschritt der Arbeiterinnenbewegung mit sich, wenn man Wert darauf legt, die Frauen für die Betätigung in der Organisation zu gewinnen.

Im nachstehenden lassen wir den Spezialbericht der einzelnen Kreis- und Landesorganisationen folgen:

Böhmen.

I. böhmischer Wahlkreis (Prag). Deutsche Sektion. Diese Sektion zählt in Prag 15 und in der Umgebung 30 deutsche Mitglieder von denen ein Monatsbeitrag von 20 h für die politische Organisation eingehoben wird. In der Berichtszeit wurden 12 Vereins- und 4 Versammlungen nach § 2 V.-G. abgehalten. Als politisches Organ wird von einem Teile der Genossen neben der „Arbeiter-Zeitung" und den diversen Fachblättern die „Volkstribüne" in zirka 50 Exemplaren kolportiert. Bei der Maifeier und den sonstigen Parteiaktionen nehmen die Deutschen an den gemeinsamen Veranstaltungen mit den tschechischen Genossen teil. Im allgemeinen ist die deutsche Parteibewegung Prags in der letzten Zeit stark zurückgegangen.

III. böhmischer Wahlkreis (Mies). Der Sitz der Wahlkreisleitung ist Staab. Der Wahlkreis ist in sechs Bezirksorganisationen eingeteilt, die wieder eine Reihe von Lokalorganisationen umfassen. In organisatorischer Beziehung hat sich der Wahlkreis in der Berichtszeit nicht nur nicht gebessert, im Gegenteil — durch die Lauheit unserer Parteigenossen ist vieles schlechter geworden.

Soweit aus den spärlich eingelangten Berichten zu entnehmen ist, ist die Straßen- und Häuserorganisation nur in zwei Orten und hier höchst mangelhaft durchgeführt. Die Beiträge für die politische Organisation betragen in manchen Orten 5 h, in anderen wieder 6 bis 10 h.

Was die agitatorische Tätigkeit betrifft, so wurden, soweit Berichte vorliegen, in der Berichtszeit 15 Volks-, 37 Vereins- und 34 § 2-Versammlungen abgehalten.

Das Wahlkreisblatt „Der Vorwärts" erscheint derzeit in einer Auflage von 1600 Exemplaren.

An Lohnbewegungen fanden statt: ein Streik und eine Aussperrung bei den Bergarbeitern, an denen zirka 1200 Personen beteiligt waren und die mit einem teilweisen Erfolg endeten.

Was die politischen Verfolgungen anbelangt, so bestanden dieselben zumeist in Anklagen wegen Uebertretung des § 23 P.-G., wobei sechs Genossen zu insgesamt 16 Tagen Arrest und 65 K Geldstrafe verurteilt worden sind.

An Gemeindewahlen haben sich die Genossen, soweit zu erheben war, in vier Orten beteiligt. Der Erfolg war: in einem Orte wurden mittelst Kompromiß drei sozialdemokratische Gemeindevertreter und zwei Ersatzmänner gewählt, in einem Orte drangen zwei sozialdemokratische Kandidaten durch und in zwei Orten blieben wir in der Minorität.

Im ganzen Wahlkreise sind mit Ausnahme der Bergarbeiter fast nur land- und forstwirtschaftliche Arbeiter vorhanden, wodurch die organisatorische Arbeit sehr erschwert wird. Dazu kommt, daß in einer großen Anzahl von Orten die Arbeiter den Sommer über über die Grenze (Sachsengänger) auf Arbeit gehen, so daß auf Monate hinaus vielfach alles Parteileben brachgelegt wird.

IV. böhmischer Wahlkreis (Eger). Das politische Leben stockt hier fast gänzlich, auch bei den Bürgerlichen. Bei uns selbst wirkt neben der allgemein herrschenden Stagnation besonders nachteilig die geringe Aktionsfähigkeit der meisten auswärtigen Vertrauensmänner. Grundlegende erzieherische und organisatorische Arbeit hat es hier schon vom Anbeginn so gut wie keine gegeben und das ist das Haupthindernis für die Entwicklung der Bewegung. Dazu kommt noch der Konflikt unter den Bergarbeitern des Falkenauer Bezirkes, wo infolgedessen die politische Organisation vollständig brach liegt. Immerhin aber ist es gelungen, das wenige im Kreise festzuhalten; in einigen Bezirken sind sogar Ansätze vorhanden, die auf einen langsamen Fortschritt der Organisation hoffen lassen: so in Lichtenstadt, Asch und Karlsbad. Selbst im Falkenauer Bezirke scheint es, daß der gute Sinn der Arbeiterschaft zwar sehr allmählich, aber doch wieder durchdringt. Darauf läßt der sukzessive Zuwachs an Mitgliedern der Bergarbeiterunion schließen.

Funktionierende Lokalorganisationen bestehen im Wahlkreise 46 mit zusammen 3000 Mitgliedern; hinsichtlich der Ablieferung der Parteisteuer lassen auch diese viel zu wünschen übrig. Doch steigt die Zahl der Abnehmer des Kreisblattes da und dort, so daß auf diese Art der durch den Zwist im Falkenauer Bezirke erfolgte Abfall wettgemacht wurde und die Auflage die gleiche blieb. Die Auflage des „Volkswille" beträgt 2700, die zur Gänze abgesetzt wird.

Versammlungen wurden im Berichtsjahre, soweit die Daten vorliegen, 501 abgehalten, davon 69 Volks-, 310 Vereins- und 132 § 2-Versamm-

lungen. In einer Anzahl von Gemeindevertretungen sitzen im dritten Wahlkörper auch Parteigenossen.

V. böhmischer Wahlkreis (Teplitz). Der Teplitz-Saazer Wahlkreis hat sieben Bezirksorganisationen. Der Sitz derselben ist in Teplitz, Saaz, Komotau, Dux, Weipert, Oberleutensdorf und Kaaden. Diese Bezirksorganisationen umfassen 62 Lokalorganisationen mit zusammen 1087 den Bezirkswahlvereinen angehörigen Mitgliedern.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist in Saaz durchgeführt; in Teplitz und Turn ist der Wahlkataster auch angelegt, jedoch funktioniert in den beiden letztbezeichneten Orten der Apparat noch nicht so, wie es wünschenswert wäre. Auch in allen anderen Bezirken des Kreises ist mit der Anlage des Wahlkatasters begonnen worden. In Saaz ist auch die „Nordwestböhmische Volkszeitung" obligatorisch für die Parteigenossen eingeführt. Die von den politischen Vereinen als Bezirksorganisationen eingehobenen Beiträge betragen 20 h per Monat. Davon erhält die Kreisorganisation 4 h, die Reichspartei 2 h, die Lokalorganisation 4 h, der verbleibende Rest von 10 h fließt der Bezirksorganisation zur Bestreitung der Agitationsarbeiten zu. Als zur politischen Lokalorganisation gehörig betrachten wir jene Personen, die Mitglieder der politischen Vereine sind.

Im Wahlkreise erscheinen zwei Parteiblätter: zweimal wöchentlich das Kreisorgan „Freiheit" und einmal wöchentlich dessen Kopfblatt, die „Nordwestböhmische Volkszeitung", ersteres in einer Auflage von 2200, letzteres von 750 Exemplaren. Konfisziert wurde in der Berichtszeit die „Freiheit" fünfmal, die „Nordwestböhmische Volkszeitung" überhaupt nicht. In zwei Fällen wurde die Konfiskation der „Freiheit" aufgehoben und einmal wurde seitens des Staates für eine aufgehobene Konfiskation der Betrag von K 21·90 an Entschädigung an das Blatt bezahlt.

Versammlungen wurden im Kreise abgehalten: 132 Volks-, 786 Vereins- und 629 § 2-Versammlungen. Es sind diese Zahlen aber keineswegs vollständig, denn die Berichterstattung der Genossen Vertrauensmänner ist eine derart mangelhafte, daß es überhaupt schwer wird, einen insbesonders nach dieser Richtung hin nur halbwegs verläßlichen Bericht zu liefern. Versammlungsverbote sind keine erfolgt.

Die Maifeier fiel dieses Jahr überaus imposant aus und insbesonders in Teplitz nahm dieselbe einen großartigen Verlauf. Am Festzuge beteiligten sich ungefähr 7000 Personen, die Zahl der Teilnehmer am Festplatze wurde auf 10.000 geschätzt. Aber auch in allen anderen Bezirken, mit Ausnahme von Kaaden, verlief die Maifeier glänzend. In 16 Versammlungen des Kreises wurden am 1. Mai von der Kreisvertretung Referenten entsendet. Alle Versammlungen, bis auf jene in Kaaden, waren sehr zahlreich besucht.

Außer einigen kleinen Werkstättenlohnbewegungen und hie und da einmal aufgetretenen Differenzen auf den einzelnen Kohlenschächten, die aber alle schnell beigelegt wurden, sind Ausstände von längerer Dauer nicht zu verzeichnen. Dagegen wurde über die Görkauer bürgerliche Brauerei der Boykott verhängt, weil diese anläßlich der im Vorjahre stattgefundenen Wahlen der Bezirkskrankenkasse die Arbeiter zwang, die gegnerische Kandidatenliste — die der Deutschnationalen — zu wählen. Derzeit sind auch zwischen den Komotauer Genossen und der dortigen bürgerlichen Brauerei Differenzen ausgebrochen, da diese es nicht dulden will, daß in den ihr gehörigen Sälen tschechische Versammlungen abgehalten werden, und ist der Boykott über diese Brauerei seit 1. August 1904 bereits verhängt.

Bei Gemeindewahlen wurde seitens unserer Genossen in einigen Orten eingegriffen. In Graupen wurden im III. Wahlkörper zwei Genossen gewählt, die anderen sechs Kandidaten der sozialdemokratischen Liste erhielten nur zwei bis fünf Stimmen weniger als die gegnerische Liste. In Pyhanken ist die Majorität bei der Gemeindevertretung sozialdemokratisch. In Eichwald, Tischau, Prasseditz und einigen anderen Orten fielen unsere Genossen durch, brachten es aber zu ganz beachtenswerten Minoritäten.

Politische Verfolgungen fanden statt einige mit dem Gesamtresultate von 10 K Geldstrafe und 19 Tagen Arrest. Gegen die „Freiheit" wurden fünf Ehrenbeleidigungsprozesse anhängig gemacht, dieselben endeten durchwegs mit einem Ausgleich der Parteien, jedoch verursachten sie dem Blatte ziemlich viel Kosten.

Differenzen, die in Bilin zwischen den Genossen bestanden hatten, wurden beigelegt und eine vor einiger Zeit wieder einberufene Parteiversammlung war gut besucht und ein jetzt abgehaltenes Volksfest hat die Genossen, wenn auch noch nicht alle, wieder versöhnt und sie wesentlich einander näher gebracht, so daß anzunehmen ist, daß die vollständige Einigkeit in nicht allzu ferner Zeit wieder einkehren wird.

Der Bezirk Kaaden ist derzeit das Schmerzenskind der Partei. Stumpe intriguiert, wo er nur kann, gegen die Partei und die Bezirkskrankenkasse und sorgt für die Verbreitung der „Freien Worte" und der „Kaadener Nachrichten". Leider findet

er noch bei vielen Genossen Anklang, und wenn auch die Bewegung dadurch nicht lahmgelegt ist, so ist Kaaden für den Wahlkreis heute nicht mehr das, was es einst war. Halbwegs gute Organisationen im Kaadener Bezirke sind die von Zuflucht und Klösterle. Auch sonst gab es noch manche kleinere Streitigkeiten in den Organisationen, wie dies eben bei den mannigfachen Reibungsflächen in einer großen Organisation schwer ganz zu vermeiden ist. Im allgemeinen ist aber ein langsamer Fortschritt der politischen Organisation im Wahlkreis nicht zu verkennen.

VI. böhmischer Wahlkreis (Leitmeritz). Die Agitation hat im abgelaufenen Jahre tüchtige Fortschritte gemacht, so daß wir heute 80 Lokalorganisationen mit 2784 Mitgliedern besitzen. Diese bezahlen einen Monatsbeitrag von 20 h, von denen ein Teil der Lokalorganisation, ein Teil der Bezirks- und ein Teil der Kreisorganisation zugeführt wird. Von diesen Lokalorganisationen besitzen 30 einen Wahlfond von 952 K. Außer dieser politischen Organisation befindet sich im Wahlkreis eine ziemlich gute gewerkschaftliche Organisation, dann Turn-, Gesang- und Bildungsvereine und eine sehr gute Konsumvereinsbewegung. Die gewerkschaftliche Organisation umfaßt 73 Ortsgruppen von Gewerkschaftsverbänden und drei selbständige Fachvereine mit einer Mitgliederzahl von 5017. Turnvereine gibt es im Wahlkreis 19 mit 1249 und 28 Bildungs- und Gesangvereine mit 1017 Mitgliedern. Endlich sind zwei Frauenorganisationen (Aussig und Bodenbach) mit 259 Mitgliedern zu verzeichnen. Konsumvereine besitzt der Wahlkreis zehn mit elf Filialen, welche zusammen 3943 Mitglieder haben. Die Arbeiterbäckerei in Aussig zählt 497 Mitglieder.

Versammlungen wurden im ganzen 2590 abgehalten, und zwar 150 Volks- und Wählerversammlungen, 1344 Vereinsversammlungen und 1096 Versammlungen nach § 2 V.-G.

Das im Wahlkreis zweimal wöchentlich erscheinende Parteiorgan „Volksrecht" hat eine Auflage von durchschnittlich 3700 Exemplaren und erscheint jeden Mittwoch und Samstag. Konfiskationen erfolgten zwei.

Der 1. Mai wurde überall in imposanter Weise gefeiert.

Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahre keine statt. Dagegen mußten die Arbeiter in einzelnen Unternehmungen einige Forderungen auf gütlichem Wege zu erreichen suchen. Unerhört sind die Zustände unter den Bergarbeitern, denen im letzten Jahre fast auf allen Schächten die Löhne reduziert worden sind. Die Not ist daher groß und es wäre kein Wunder, wenn diese die Bergarbeiter, welche nur drei Schichten die Woche arbeiten, zur Verzweiflung treiben würde.

Politische Verfolgungen kamen im Berichtsjahre zwei vor, und zwar eine gegen einzelne Genossen wegen der Demonstration für die 8 Uhrladensperre. Nach mehrmaliger Einvernehmung wurde die Untersuchung eingestellt. Die zweite politische Verfolgung ist gegen einen Genossen im Bezirke Niemes, und zwar wegen Hochverrats, Majestätsbeleidigung ꝛc. Die Anklage wurde auf Grund einer Denunziation der Deutschnationalen erhoben.

Die Partei hat sich im Berichtsjahre bei fast allen Gemeindewahlen und auch bei der Landtagsersatzwahl in den Bezirken Aussig-Karbitz und Leipa-Niemes-Zwickau-Haida beteiligt. Einen wirklich nennenswerten Erfolg hatten die Genossen bei den Gemeindewahlen zu verzeichnen und es sind auch gegenwärtig im Wahlkreis in 42 Orten 181 sozialdemokratische Gemeindevertreter, und zwar sind im I. Wahlkörper 5, im II. Wahlkörper 11 und im III. Wahlkörper 165 zu verzeichnen. In zwei Orten sind Sozialdemokraten als Gemeindevorsteher gewählt worden.

Zu bemerken ist noch, daß durch die enorme Hitze der Wasserstand auf der Elbe so nieder ist, daß die Schiffahrt schon vor einigen Wochen eingestellt werden mußte. Dadurch entstand eine furchtbare Krise, die gegenwärtig ihren Höhepunkt erreicht hat. Einige Tausende Arbeiter sind arbeitslos, darunter die Kohlenverlader, deren Hauptarbeit in diese Jahreszeit fällt. Die Arbeiterschaft dieses Wahlkreises und mit ihr ein Teil der ländlichen Bevölkerung, soweit sie denken gelernt, stehen im sozialdemokratischen Lager.

VIII. böhmischer Wahlkreis (Reichenberg). Der Wahlkreis ist in drei Agitationsbezirke eingeteilt, und zwar: 1. Agitationsbezirk Reichenberg mit den Bezirksorganisationen: Reichenberg, Kratzau, Grottau, Friedland, Neustadt a. T., Deutsch-Gabel und Zwickau. 2. Agitationsbezirk Warnsdorf mit den Bezirksorganisationen: Warnsdorf, Rumburg, Schönlinde, Schluckenau, Nixdorf und Hainspach. 3. Agitationsbezirk Steinschönau mit den Bezirksorganisationen: Haida, Steinschönau und Böhm.-Kamnitz.

Die Kreisvertretung hat ihren Sitz in Reichenberg, wo auch das Wahlkreisorgan „Der Freigeist", zweimal wöchentlich, erscheint. Die Auflage des „Freigeist"

beträgt Dienstag 2600, Freitag 3000 Exemplare. In Warnsdorf erscheint die „Nordböhmische Volksstimme" wöchentlich einmal in einer Auflage von 2000 Exemplaren und in Steinschönau der „Nordböhmische Volksbote" in einer Auflage von 2000 Exemplaren.

Im Agitationsbezirke Reichenberg gehören 1750 Genossen, im Agitationsbezirke Warnsdorf 655 und im Agitationsbezirke Steinschönau 500, somit zusammen 2955 Genossen der politischen Organisation an.

Versammlungen nach § 2 wurden 491, Volksversammlungen 56 abgehalten, davon 4 unter freiem Himmel. Die Maifeier wurde in allen größeren Orten bezirksweise durchgeführt und erfreute sich eines regen Besuches.

Die Straßenorganisation ist mit 1. Jänner 1903 in Angriff genommen worden, jedoch begegnete sie einem großen Widerstande. Einesteils ist sie in den Dörfern nicht durchführbar, anderenteils ist in den Städten die Organisation zu schwach, um sie durchführen zu können. Nur in einzelnen Orten, wo die Arbeiter noch in den Städten wohnen, konnte ein kleiner Erfolg verzeichnet werden. Betreffs des Wahlfonds ist es mit Ausnahme der Orte Friedland, Haindorf und Langenbruck schlecht bestellt.

An den Gemeindewahlen haben sich die Parteigenossen in 15 Gemeinden beteiligt. In zehn Fällen wurde im dritten Wahlkörper ein vollständiger, in drei Fällen jedoch nur ein teilweiser Erfolg erzielt und in zwei Orten blieben die sozialdemokratischen Kandidaten in der Minorität. In allen Orten, wo die Genossen in die Wahl eingegriffen haben, ging es heiß her und betrug die Beteiligung 80 bis 85 Prozent sämtlicher Wähler. Desgleichen hatte sich die Partei an der Landtagsersatzwahl in den Bezirken Leipa, Niemes, Haida, Zwickau beteiligt. Der Erfolg war aber nur ein bescheidener, es wurden in den Bezirken Haida, Zwickau im ganzen 150 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben. Bei der Bezirkskrankenkassenwahl in Wassersdorf, an der sich ebenfalls die Partei beteiligte, blieb sie in der Minorität.

An politischen Strafen sind zu verzeichnen: acht Tage Arrest für den Redakteur des „Freigeist" in Reichenberg. Ein Genosse wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 10 K, ein Genosse wegen Ehrenbeleidigung eines politischen Gegners zu 30 K Geldstrafe verurteilt. Vier Genossen wurden wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen.

An Streiks sind im Berichtsjahre nur drei zu verzeichnen, und zwar: der Streik der Sattler und Taschner in Reichenberg, welcher resultatlos beendet wurde. Der Steik der Schneider in Reichenberg, welcher mit einem teilweisen Erfolge geendet hatte. Ferner der Streik der Gummiweber in Machendorf, welcher den Streikenden eine Niederlage brachte. Im Berichtsjahre sind an das Kreissekretariat 1243 Schriftstücke gekommen und 1541 ausgegeben worden. Auskünfte wurden in 522 Fällen erteilt. Nebstdem verschiedene Eingaben in politischen Angelegenheiten, dem Heimatsrecht, in Steuer-, Gewerbegerichts- und Unfallversicherungsangelegenheiten verfaßt. Im Berichtsjahre wurde eine Wahlkreiskonferenz in Haida abgehalten, in welcher eine andere Taktik bezüglich der Gemeindewahlen gegenüber der früheren beschlossen wurde.

Die Bewegung hat ein langsames Tempo eingeschlagen. Die Versammlungen sind nur mäßig besucht, die Leselust hat abgenommen. Dies alles ist zum großen Teil auf die verlotterten österreichischen politischen Zustände zurückzuführen, die zum Teil auch unsere Parteigenossen erfaßt haben.

Die Bildungsvereine haben zum größten Teil der gewerkschaftlichen Organisation Platz gemacht, ohne daß dieselbe wesentlich vorwärts schreitet. Die Turn- und Gesangvereine, soweit sie nicht aus älteren Parteigenossen zusammengesetzt sind, liefern nur sehr wenige Parteigenossen.

Die Partei hat im Wahlkreise mehrere Demonstrationsversammlungen gegen den Militarismus veranstaltet, welche gut besucht waren.

IX. böhmischer Wahlkreis (Trautenau). Der allgemein unerquicklichen Situation entsprechend, war der Stand unserer Parteibewegung in politischer sowie gewerkschaftlicher Richtung das verflossene Jahr nicht der beste. Ja, gerade in diesem Wahlkreise, der das ganze Iser- und Riesengebirge umfaßt, wo das Elend schon immer heimisch war, machte sich der wirtschaftliche Druck doppelt bemerkbar, so daß in vielen Distrikten die Bevölkerung nicht zu-, sondern abnahm. Und da die Auswanderer in der Regel die tatkräftigsten Elemente sind, die nicht ruhig verhungern wollen, wird gerade unsere Partei am meisten von der Auswanderung betroffen. Zudem kommt noch die mit dem allgemeinen Elende verbundene Rückständigkeit und Kraftlosigkeit, welche einen kräftigeren Aufschwung unserer Bewegung nicht zuläßt.

Die Kraft und Zahl unserer Organisationen ist im letzten Jahre nicht gewachsen, sowie keine größeren Aktionen unternommen wurden. Nur der Gablonzer Bezirkskrankenkassenwahlkampf macht eine Ausnahme. Dieser war eine glänzende Leistung der

Gablonzer Arbeiterschaft. Die Uebernahme der Kasseleitung wurde erst nach einem harten Rekurskampfe möglich.

Dem gegenüber steht freilich die durch die Mißwirtschaft in der Braunauer Arbeiterbäckerei herbeigeführte unerquickliche Lage unserer Partei im Braunauer Bezirke. Schmerzlich empfunden wird auch die durch die brutalsten Maßregelungen herbeigeführte Schädigung der Bergarbeiterorganisation im Schatzlarer Bezirke. Trotzdem hat aber das im dortigen Distrikte verbreitete „Trautenauer Echo" seine alte Auflage von 1200 Exemplaren nicht verloren. Der Ausfall in Schatzlar wurde durch einen Mehrabsatz im Aupatale gedeckt. Der „Gebirgsbote" in Gablonz erscheint in 2600 Exemplaren und hat in Gablonz-Stadt in der letzten Zeit, trotz des schlechten Geschäftsganges, nichts verloren. Die fachliche Organisation der Glasarbeiter des Isergebirges läßt zu wünschen übrig. Ebenso die der zahlreichen Textilarbeiter, was alles auf die eingangs des Berichtes angeführten Zustände zurückzuführen ist.

Von politischen Verfolgungen wäre ein Majestätsbeleidigungsprozeß zu nennen, der aber mit einem Freispruche vor dem Kreisgerichte in Königgrätz endete. Als Kuriosum sei eine Anklage wegen Uebertretung des § 2 des Versammlungsgesetzes gegen die Einberufer des vorjährigen Kreistages in Hohenelbe erwähnt. Auch hier folgte ein Freispruch. Wegen einer Ehrenbeleidigung mit politischem Hintergrunde, begangen durch die Presse an dem berüchtigten Bergingenieur Schottala in Schatzlar, wurde der Redakteur des „Trautenauer Echo", Genosse Kaulfuß, zu zwei Monaten Arrest von dem Reichenberger Geschwornengerichte verurteilt. Zudem gab es im verflossenen Jahre eine ganze Reihe aus dem Krankenkassenwahlkampfe in Gablonz stammender kleinerer Prozesse, die für den Redakteur des „Gebirgsboten" gut ausfielen. Sie alle hatten einen politischen Hintergrund. Jedoch der Hauptprozeß gegen den Redakteur des „Gebirgsboten" ist noch im Zuge. Derselbe wurde vom alten nationalen Krankenkassenvorstande wegen Ehrenbeleidigung angestrengt. Wir warten auf die Verhandlung, um dabei vor der weiten Oeffentlichkeit die Schlamperei und Mißwirtschaft der alten Kasseleitung darlegen zu können.

Genannt zu werden verdient auch ein Maurerstreik in Gablonz, der für die Streikenden gut ausfiel.

Das wäre die Situation im IX. böhmischen Wahlkreise. Der Mut der Genossen ist im allgemeinen nicht gebrochen, so daß wir mit Siegeszuversicht in den nächsten Wahlkampf eintreten werden.

XVI. böhmischer Wahlkreis (Budweis). Der XVI. böhmische Wahlkreis (V. Kurie) besteht aus den Gerichtsbezirken Budweis, Schweinitz, Neuhaus, Neubistritz, Wittingau, Kaplitz, Gratzen, Hohenfurt, Krumau, Kalsching, Oberplan, Prachatitz, Wallern, Winterberg, Bergreichenstein, Hartmanitz und Neuern. Die Bevölkerung ist deutsch und tschechisch. Vorwiegend deutsch sind die Bezirke: Neubistritz, Kaplitz, Gratzen, Hohenfurt, Krumau, Prachatitz, Neuern, Kalsching, Oberplan, Winterberg, Bergreichenstein, Hartmanitz; vorwiegend tschechisch: Budweis, Schweinitz, Neuhaus, Wittingau.

Die große Ausdehnung des Wahlkreises, dessen Bevölkerung zum großen Teil Land- und Forstwirtschaft betreibt, während Industrie nur in wenig Orten vorhanden ist, erschwert die Agitationsarbeit, so daß es bisher nur in verhältnismäßig wenig Orten gelungen ist, eine feste Parteiorganisation zu schaffen. Bis jetzt bestehen im Wahlkreise zwei Bezirksorganisationen: Krumau und Oberplan, und zwölf Lokalorganisationen mit 600 zahlenden Mitgliedern, die per Woche und Kopf 2 h an Parteisteuer entrichten, wovon je 25 Prozent der Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Reichsleitung zufallen.

Außerdem besteht im Kreise ein gemeinschaftlicher Wahlfond, der aus diversen Einnahmequellen, als Festüberschüssen ꝛc., gespeist wird. Im ganzen fanden etwa 100 Vereins-, 30 Volks- und 20 § 2-Versammlungen sowie 2 Bezirkskonferenzen statt.

Das Wahlkreisorgan „Der Böhmerwaldbote" hat einen schweren Kampf gegenüber dem Indifferentismus der Bevölkerung zu kämpfen und die geringe Bildung sowie die Armut der Bevölkerung machen es erklärlich, daß die Auflage nicht höher als 1200 Exemplare ist. Konfisziert wurde das Wahlkreisorgan trotz größter Vorsicht im Berichtsjahre zweimal.

Lohnbewegung war eigentlich im Berichtsjahre nur eine zu verzeichnen, und zwar verlangten die Bauarbeiter im Mai d. J. von der Firma Spior in Pötschmühle eine 15prozentige Lohnerhöhung. Gewährt wurden aber nur den Saisonarbeitern 5 Prozent. Ein Streik oder vielmehr eine Aussperrung der Papierarbeiter der Polakschen Fabrik in Kienberg hatte für die Organisation unangenehme

Folgen. Die Ursache war die Maßregelung einiger Kollegen. Auch „Der Böhmerwaldbote" erlitt dadurch Einbuße einer ziemlichen Zahl Abonnenten.

Von politischen Prozessen ist zu erwähnen, daß in vier Fällen Verurteilungen wegen Uebertretung des § 23 P. G. zu je 10 K Geldstrafe stattfanden, und zwar wegen unerlaubter Plakatierung und in zwei Fällen wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes. Einmal soll diese begangen worden sein, indem eine öffentliche Vereinsversammlung, das andere-mal, indem eine § 2-Versammlung von den betreffenden Bezirksgerichten als Volksversammlungen erklärt wurden, als die sie nicht angemeldet worden waren.

An Gemeinderatswahlen hat sich unsere Partei in Außergefield und Unterwuldau beteiligt und ihre Kandidaten im dritten Wahlkörper durchgebracht. Auch bei der Gemeinderatswahl in Krumau erhielt Genosse Seidel, obwohl die Partei sich offiziell nicht an der Wahl beteiligte, eine bedeutende Stimmenzahl. Der 1. Mai wurde in Krumau, Budweis, Glöckelberg und Prachatitz festlich begangen. In den beiden ersteren Orten fanden auch große Volksversammlungen und Umzüge statt. Die Straßen- und Häuserorganisation konnte vorläufig nur in Krumau durchgeführt werden.

XVIII. böhmischer Wahlkreis (Pilsen). Deutsche Sektion. Die Organisation beschränkt sich auf das Stadtgebiet Pilsen und zählt 109 Mitglieder. Die Wahlkreisparteisteuer beträgt per Monat 7 h.

In der ganzen Tätigkeitsperiode wurden abgehalten, und zwar 28 § 2-Versammlungen und 33 Ausschußsitzungen. Auf Kosten der Organisation wurden zwei Maireferate und eine Reichsratswahlversammlung abgehalten.

Angeklagt waren wegen politischer Vergehen zwei Mitglieder. Eines wurde bereits freigesprochen. Gegen das andere wird noch die Untersuchung, respektive Zeugeneinvernahme fortgeführt.

Bukowina.

Die zwei Wahlkreise der V. Kurie sind in einer Landesorganisation vereinigt. Doch ist in dem Lande, in welchem drei Volksstämme bunt durcheinander gewürfelt wohnen, die erfolgreiche Agitation und Organisationstätigkeit für die Partei sehr erschwert. Daher war es auch bisher nicht möglich, die Straßenorganisation durchzuführen. In der Organisation stehen im ganzen zirka 650 Personen. An Landesparteibeitrag werden 12 h per Monat eingehoben.

In der Berichtsperiode wurden 5 Volks-, 22 Vereins- und 36 § 2-Versammlungen abgehalten.

Als Landesorgan erscheint die „Volkspresse" in einer Auflage von 800 Exemplaren. Während der Berichtszeit wurde das früher vierzehntägig erscheinende Organ in ein Wochenblatt umgewandelt. Unter derselben Zeit wurde es sechsmal konfisziert.

Der 1. Mai wurde ziemlich gut gefeiert. In Czernowitz durch eine Versammlung, eine Unterhaltung und einen Fackelzug.

So viel unter den schwierigen Umständen getan werden konnte, wurde jedenfalls geleistet, und es ist zu hoffen, daß in der nächsten Zeit eine größere Festigung der Organisation eintreten wird.

Istrien.

Die deutsche Organisation, die in Pola längere Zeit bestanden hatte, löste sich am 14. Jänner 1904 auf und vereinigte sich mit der hiesigen italienischen Organisation zu gemeinsamer Arbeit.

Bis zur Auflösung hielt die deutsche Organisation während der Berichtsperiode eine Volks- und fünf § 2-Versammlungen ab. Der Parteibeitrag betrug 10 h per Monat.

Die Maifeier und alle übrigen größeren Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den italienischen Genossen durchgeführt.

Kärnten.

Wie bekannt ist, bildet das ganze Land bloß einen Wahlkreis der V. Kurie. Entsprechend den Bezirkshauptmannschaften ist das Landesgebiet in die sechs Agitationsbezirke Klagenfurt, Villach, Wolfsberg, Spittal an der Drau, St. Veit an der Glan und Völkermarkt eingeteilt. In der siebenten Bezirkshauptmannschaft des Landes — Hermagor — war es bisher nicht möglich, eine Bezirksorganisation in das Leben zu rufen. In der vorwiegend slovenischen Bevölkerung dieses Gebietes ist es sehr schwer möglich, einzudringen. In den sechs Bezirks-

organisationen bestehen 20 größtenteils gut funktionierende Lokalorganisationen. Die Straßen- und Häuserorganisation ist leider in Kärnten noch nirgends durchgeführt. Die Parteibeiträge werden dementsprechend auch nur durch acht Lokalorganisationen regelmäßig eingehoben.

Politische Versammlungen wurden während der Berichtszeit 178 abgehalten. Davon waren 38 Volksversammlungen. Auffällig ist die große Zahl von Sitzungen, die zur Bewältigung der Parteigeschäfte notwendig waren.

Das Landesorgan ist der Klagenfurter „Volkswille", der als Kopfblatt der Linzer „Wahrheit" in einer Auflage von 1500 bis 1700 Exemplaren erscheint und in den einzelnen Orten gut verbreitet ist. In der Berichtsperiode hatte das Blatt keinen Preßprozeß zu absolvieren.

In gewerkschaftlichen Organisationen sind im Lande Kärnten 2551 Personen vereinigt, darunter sehr viele Frauen. Besonders in Klagenfurt, wo es gelungen ist, die Tabakarbeiterinnen der gewerkschaftlichen Organisation größtenteils zuzuführen, ist die Zahl der organisierten Frauen groß. Am 28. und 29. Juni des Vorjahres feierten die Villacher Genossen den Gedenktag der vor 25 Jahren erfolgten Gründung des ersten sozialdemokratischen Arbeitervereines in Kärnten. Das Fest gestaltete sich zu einer großen Heerschau über alle sozialdemokratischen Organisationen im Lande und trug durch seinen würdigen Verlauf viel für die Hebung der sozialdemokratischen Agitation bei.

Politische Verfolgungen haben wir im ganzen 13 zu verzeichnen. Drei endeten mit Freispruch. In zehn Fällen wurde verurteilt und es wurden Strafen im Gesamtausmaße von zwei Jahren sechs Monaten und einer Woche verhängt.

An Gemeindewahlen beteiligten sich die Genossen in vier Orten. Sie erzielten überall bedeutende Stimmenzahlen, errangen aber einen positiven Erfolg nur in St. Veit an der Glan, wo es gelang, zwei Genossen durchzubringen.

Die Maifeier verlief im ganzen Lande ausgezeichnet und an allen Aktionen der Gesamtpartei nahmen die Genossen Kärntens lebhaften Anteil.

Dabei vergessen sie nicht an die Wahrung der lokalen Interessen der Kärntner Arbeiterschaft. So gelang es in Villach und Spittal, eine Verteuerung der Milch glücklich abzuwehren und in Wolfsberg eine Fleischverteuerung erfolgreich zu bekämpfen. Die scharfe Kritik der gesetzgeberischen Leistungen des Landtages und der Tätigkeit der Klagenfurter Stadtväter wurde durch die Presse und Versammlungen mit wertvollem agitatorischen Ergebnisse besorgt.

In jeder Richtung, kann man also sagen, hat die Parteiorganisation Kärntens während der Berichtsperiode sich bemüht, ihr Bestes zu leisten, und wenn auch der Erfolg nicht überall vollkommen befriedigend war, so ist doch eine Besserung der Parteiverhältnisse im großen und ganzen zu konstatieren.

Mähren.

I. mährischer Wahlkreis (Brünn). Deutsche Sektion. Die Stadt Brünn, auf die sich die Organisation der deutschen Genossen zumeist beschränkt, ist in sieben Bezirke eingeteilt, deren jeder eine Lokalorganisation besitzt. Der Durchführung einer wirklichen Straßen- und Häuserorganisation standen bis jetzt unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege. Die politische Organisation der deutschen Genossen Brünns zählt rund 300 Mitglieder, von denen 6 h per Woche eingehoben werden. Von diesem Beitrag werden 2 h wöchentlich an die Lokalorganisation abgeführt, 2 h monatlich an den Wahlfond, 2 h an die Landes- und 2 h an die Reichsparteivertretung, 2 bis 3 h verbleiben wöchentlich der Bezirksorganisation. Lokal- und Bezirksorganisation verfügen derzeit über einige 100 K Wahlfond.

Was die Agitation anbelangt, so fanden eine Reihe von massenhaft besuchten Volksversammlungen statt, darunter insbesondere die vom 7. September 1903, die infolge des brutalen Einschreitens der Polizei einen blutigen Ausgang nahm. Zirka 30 Teilnehmer wurden durch Säbelhiebe verwundet. Neben den Volksversammlungen fand eine große Zahl von Vereins- und § 2-Versammlungen statt.

Als Organ der deutschen Genossen erscheint der „Volksfreund" in einer Auflage von 3200 Exemplaren wöchentlich. In der Berichtszeit fiel der „Volksfreund" dem Rotstifte des Staatsanwaltes zweimal zum Opfer.

Der 1. Mai wurde in üblicher Weise durch Massenmeetings, Festzug und Volksfest im Schreibwalde gefeiert.

An politischen Verfolgungen wären zu vermerken eine Anklage gegen drei Genossen wegen der Demonstration am 7. September 1903, von denen zwei freigesprochen, der dritte aber zu drei Monaten schweren Kerkers verurteilt wurde. Außerdem wären noch einige Verurteilungen nach § 23 P.-G. zu verzeichnen, deren Strafausmaß jedoch nicht bekannt ist.

Der Ausdehnung der deutschen Parteiorganisation stehen, da die deutsche Arbeiterschaft nur langsam zunimmt, große Schwierigkeiten im Wege. Dessenungeachtet geht es, wenn auch langsam, so doch vorwärts. An speziellen Veranstaltungen gab es eine Aktion zugunsten des Gemeindewahlrechtes, dessen Entwurf trotz aller Versprechungen von den Liberalen seit zirka fünf Jahren noch immer im Landtage schlummert. Desgleichen wurde von seiten der mährischen Landesorganisation eine Bewegung für das Landtagswahlrecht und gegen die geplante Biersteuer ins Leben gerufen, die zu gegebener Zeit ihre Fortsetzung finden wird.

II. **mährischer Wahlkreis (Iglau).** Deutsche Sektion. Die deutsche Wahlkreissektion beschränkt ihre Tätigkeit vorwiegend auf die Stadt Iglau und ihre nächste Umgebung. Die deutsche Lokalorganisation Iglau zählt derzeit 60 Mitglieder, von denen monatlich ein Beitrag von 10 h eingehoben wird. Auch besteht der sozialdemokratische „Vorwärts" am Orte, der 45 Mitglieder umfaßt.

Volksversammlungen wurden 6, § 2-Versammlungen 10 abgehalten.

Lohnbewegung ist eine zu verzeichnen, an der sich 40 Personen (Textilarbeiter) beteiligten und die mit teilweisem Erfolg nach dreiwöchentlicher Dauer endete.

Der Mangel an tüchtigen aufopferungsfreudigen Kräften hinderte bisher ein sicheres Vorwärtsschreiten.

III. **mährischer Wahlkreis (Znaim).** Aus diesem Wahlkreis ist es infolge des Wechsels der Vertrauensmänner nicht möglich, einen vollständigen Bericht zu erhalten.

Allen Genossen wird noch der tapfere Kampf in Erinnerung stehen, den die keramischen Arbeiter Znaims so viele Wochen hindurch gegen die kapitalistische Uebermacht des Millionärs Ditmar geführt haben. Leider mit negativem Erfolge.

V. **mährischer Wahlkreis (Proßnitz).** Deutsche Sektion. Die deutsche Wahlkreissektion beschränkt ihre Tätigkeit ausschließlich nur auf den Ort Proßnitz. Sie umfaßt zirka 40 Mitglieder, die einen regelmäßigen monatlichen Beitrag von 4 h leisten. Diese Mitglieder gehören zugleich auch der tschecho-slavischen Organisation an, bei der sie ebenfalls ihrer Beitragspflicht genügen.

Selbständige Versammlungen hat die Wahlkreissektion — mit Ausnahme derer vom Verein der Kaufmännisch Angestellten (4 öffentliche, 14 nach § 2 und 58 Vereinsversammlungen) — keine abgehalten. Außer einer starken Bewegung zugunsten der Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die leider nicht den gewünschten Erfolg hatte, nahmen die deutschen Genossen an den gemeinsamen Veranstaltungen der tschecho slavischen Organisation am Orte teil.

VI. **mährischer Wahlkreis (Sternberg-Mährisch-Ostrau).** Die deutsche Sektion dieses Wahlkreises ist in die vier Bezirksorganisationen Sternberg, Olmütz, Mährisch-Ostrau und Neutitschein eingeteilt. Diese enthalten im ganzen 33 politische Lokalorganisationen mit 1171 Mitgliedern.

Die Straßenorganisation ist mit Ausnahme von sieben kleineren Provinzorten überall mit ziemlich gutem Erfolge eingeführt worden. Die Beiträge für die politische Partei betragen 10 bis 12 h per Monat, nur in zwei Organisationen werden 20 h eingehoben.

Ein eigenes Blatt gibt der Wahlkreis nicht heraus, sondern es gilt der Brünner „Volksfreund" als Wahlkreisorgan.

Versammlungen politischer Natur wurden im ganzen 374 abgehalten. Ueberdies vier Konferenzen.

In Vereinen und Gewerkschaften sind im ganzen 3039 Personen organisiert, darunter 645 Frauen. Die Frauen beteiligen sich überhaupt recht lebhaft an dem Partei- und Gewerkschaftsleben. Im Vorjahre waren bloß 2584 Personen organisiert. Also eine Steigerung von 445. Neben den Gewerkschafts- und Bildungsvereinen bestehen noch drei politische Vereine mit 215 Mitgliedern.

Auch die Genossenschaftsbewegung ist gut entwickelt. Es befinden sich zwölf Arbeiter-Konsumvereine im Wahlkreise, von denen aber nur fünf in unseren Händen sind. Auch die Arbeiterheimbewegung hat einen kräftigen Aufschwung genommen. Neun Arbeiterheimvereine sind im Wahlkreise und in sieben Orten besitzen die Organisationen wirklich schon ihre eigene Heime.

Politische Verfolgungen sind drei zu verzeichnen. Eine endete mit Freispruch. In den beiden anderen wurden Strafen von drei Monaten Kerker und 12 K verhängt.

An den Gemeindewahlen beteiligten wir uns in der Berichtsperiode in fünf Orten und es gelang uns, in vier Orten zusammen fünf Mandate im III. Wahlkörper zu gewinnen.

Die Maifeier verlief heuer besonders imponierend, da es diesmal durch die Sonntagsfeier auch möglich war, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter der staatlichen Betriebe an der Feier teilnehmen konnten.

Mit der tschechischen Organisation des Wahlkreises stehen wir im besten Einvernehmen, was sich schon durch den Umstand auch nach außen zum Ausdruck bringt, daß in einer Reihe von Orten mit deutscher und tschechischer Organisation regelmäßig gemeinsame Volksversammlungen abgehalten werden.

Der Fortschritt der Parteiorganisation im deutschen Teile des Wahlkreises ist nach all dem Gesagten unverkennbar.

VII. mährischer Wahlkreis (Schönberg). Der VII. mährische Wahlkreis ist in sieben Bezirksorganisationen eingeteilt, diese heißen: Mährisch-Schönberg, Müglitz, Mährisch-Trübau, Zwittau, Mährisch-Neustadt, Römerstadt und Wiesenberg. Das slavische Gebiet hat seine eigene Organisation, doch wird die Organisationsarbeit von den deutschen Genossen mit gefördert.

Nach den uns zur Verfügung gestellten Berichten ist in 13 Orten die Häuserorganisation durchgeführt, in 5 Orten teilweise, in 2 Orten nach Werkstätten und in 7 noch gar nicht.

Parteisteuer zahlen regelmäßig 1203 Genossen.

Die Art und Höhe der Parteibeiträge ist verschieden und schwankt dieselbe zwischen 8 bis 14 h monatlich. Von obgenannten Beiträgen wird die Reichsparteisteuer gezahlt und alle im Wahlkreise, Bezirke und der Lokalorganisation entstehenden Ausgaben. Einen Wahlfond besitzen die Genossen in zehn Orten.

Volksversammlungen wurden 95, § 2-Versammlungen 135, Vereinsversammlungen 175 abgehalten.

In Mährisch-Schönberg erscheint seit 1899 die „Volkswacht", welche gegenwärtig 3250 Auflage hat und die Organisation materiell mit unterstützt. Das Blatt wurde im Berichtsjahre zweimal konfisziert.

Der 1. Mai wurde in allen Orten des Wahlkreises, wo Lokale oder Gärten den Genossen zur Verfügung standen, durch Abhaltung von Versammlungen und Nachmittagskonzerten gefeiert.

Von Lohnbewegungen ist ein Streik zu verzeichnen, an dem 250 Personen beteiligt waren, der mit teilweisem Erfolg beendigt wurde, sowie eine Aussperrung von 17 Arbeitern.

In Mährisch-Neustadt wurde ein Genosse wegen einer Uebertretung zu 5 K Geldstrafe verurteilt. In neun Orten beteiligten sich die Genossen an den Gemeindewahlen mit Erfolg und eroberten zumeist den III. Wahlkörper ganz oder teilweise.

Die Wahlkreisvertretung, welche ihren Sitz in Mährisch-Schönberg hat, veranlaßte außer ihren sonstigen Obliegenheiten, daß alle von der Reichs- oder Landesparteivertretung ausgegangenen Aktionen im Wahlkreise durchgeführt wurden.

Niederösterreich.

Bericht der Landesparteivertretung.

Die niederösterreichische Landesorganisation hat es natürlich während der Berichtszeit ebenso wie in früheren Jahren als ihre Verpflichtung und als ihren Stolz angesehen, bei der Ausführung von Aktionen der Gesamtpartei in erster Linie zu stehen. So hat sie, als im Vorjahre das Manifest des Parteivorstandes und unserer Abgeordneten gegen das Privilegienparlament erschien, ein Massenmeeting unter freiem Himmel in Wien veranstaltet, welches von Zehntausenden besucht war und auf welchem die Beseitigung des versumpften Privilegienparlaments verlangt und die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht neuerdings auf das nachdrücklichste erhoben wurde. Dieser Massenkundgebung folgten gleiche Veranstaltungen in den größeren Provinzstädten und auch diese Versammlungen waren von großer agitatorischer Bedeutung. Auch bei Bekämpfung der neuen Millionenforderungen des Militarismus und allen anderen Reichsaktionen wurde das möglichste getan.

Aber nicht nur das Parlament, sondern auch „unser" Landtag, respektive dessen Tätigkeit für das Wohl der christlich-sozialen Majorität, gab unserer Partei Arbeit genug. Die christlich-sozialen Machthaber ließen es willig geschehen, daß den Arbeiter-Krankenkassen eine Erhöhung der Spitalverpflegskosten vorgeschrieben wurde. Sie „reformierten" trotz allen Protesten der arbeitenden Bevölkerung das Gemeindewahlgesetz für das Land Niederösterreich in einer Weise, daß dadurch Tausende von Gemeindewählern ihres bisherigen Wahlrechtes beraubt wurden, und sie verübten ebenso eine Verschlechterung der ohnehin mittelalterlichen Dienstbotenordnung; nicht zu sprechen von der neuerdings propagierten Lieblingsforderung der Christlich-Sozialen, der Einführung der siebenjährigen Schulpflicht. Da war es Pflicht der Parteiorganisation, durch unermüdliche Agitation in Stadt und Land die arbeitende Be-

völkerung über das gemeinschädliche Treiben der Landtagsmehrheit aufzuklären. Ueber Beschluß des vorletzten Landesparteitages veranstaltete die Landesparteivertretung am 20. Dezember 1903 eine Konferenz aller niederösterreichischen sozialdemokratischen Gemeindevertreter; eine Aktion, welcher allseitig zugestimmt wurde und durch die es auch gelungen ist, die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht nur nach einer bestimmten Richtung zu lenken, in der sie den proletarischen Interessen wirksamer dienen können, sondern auch diese Genossen zu einem einheitlichen Vorgehen in wichtigen Angelegenheiten der Kommunalpolitik zu veranlassen.

Außer dieser vielfachen propagandistischen Tätigkeit wurde während dieser Berichtsperiode an der Ausgestaltung und Festigung der politischen Organisation so intensiv wie nie zuvor gearbeitet. In den Wiener Wahlkreisen wurde das Landesorgan, die „Volkstribüne", als Quittierungsmittel bei Entrichtung des Wahlkreisparteibeitrages in Verwendung genommen, wodurch eine bedeutende Erhöhung der Auflage der „Volkstribüne" erzielt wurde. Dadurch wieder konnte den Wahlkreisen das Blatt zu einem entsprechenden Nettopreise übergeben werden, so daß der Organisation die Differenz zwischen dem Netto- und Verkaufspreis zufällt und jedem Wahlkreis eine regelmäßige und beträchtliche Einnahme sichert. Außer den materiellen Vorteilen wird durch die wöchentliche Parteibeitragserhebung noch erzielt, daß eine große Anzahl Straßen- und Häuservertrauensmänner mit den Genossen in den Bezirken und Rayons in stetem Kontakt verbleiben und eine Evidenzführung über die in den Bezirken wohnenden Genossen ermöglicht ist. Nicht weniger als 28.609 Wiener Parteigenossen entrichten nunmehr allwöchentlich ihre Wahlkreissteuer und der Gesamtertrag der Steuer beträgt alljährlich für die Wahlkreise beiläufig 52.000 K.

Anschließend daran sei nur noch mitgeteilt, daß durch diese Einführung die Auflage der „Volkstribüne" im letzten Jahre sich rapid erhöhte und am Ende der Berichtszeit 46.000 betrug.

Seit dem Bestande der Wahlkreisexpeditionen der „Arbeiter-Zeitung" ist auch für die Verbreitung unseres Zentralorganes mehr als wie bisher geschehen und die Wiener Wahlkreisorganisationen arbeiten unausgesetzt und mit Erfolg an der Gewinnung einer immer größeren Abnehmerzahl. Die Mittel des Landesorganes „Volkstribüne" gestatten es nun auch, mehr als wie bisher für die Förderung der Organisation und Agitation in den Provinzwahlkreisen zu unternehmen. Zu Ende des Berichtsjahres befanden sich in den vier Provinzwahlkreisen neun Vertrauensmänner, welche einen Gehalt, beziehungsweise eine Subvention aus Landesmitteln bezogen.

Auch die gewerkschaftliche Organisation hat große Fortschritte aufzuweisen. Nach den genauen Erhebungen der Gewerkschaftskommission waren am 31. Dezember 1903 in Gewerkschaften und Arbeiter-Bildungsvereinen organisiert: in Wien 47.248 Männer und 4245 Frauen, zusammen also 51.493 Personen, und in Niederösterreich, außer Wien, 11.676 Männer und 780 Frauen, zusammen 12.456 Personen. In allen neun niederösterreichischen Wahlkreisen sind also 63.949 Personen organisiert.

Erwähnt sei nur noch, daß die Landesvertretung mit der Frauenorganisation in steter Verbindung ist und dieselbe tatkräftigst unterstützt. Das gleiche gilt auch von der Organisation der jugendlichen Arbeiter, welche sich auch in der Provinz allmählich einen Anhang verschaffte und ebenfalls von den Genossen gefördert wird.

Versammlungen wurden im verflossenen Jahre abgehalten, und zwar in Wien 128 Volks-, 3523 Vereins- (politische und gewerkschaftliche, die letzteren nicht vollzählig angeführt), 1994 § 2-Versammlungen. In den Provinzwahlkreisen fanden 304 Volks-, 884 Vereins- und 1140 § 2-Versammlungen statt.

Der 1. Mai verlief im Berichtsjahre in Wien über alle Erwartungen großartig, und zwar hinsichtlich der Zahl der Versammlungen und deren Besucher sowie der Teilnahme an dem Marsche in den Prater. In der Provinz fanden viele Volks- und Branchenversammlungen mit ungemein zahlreichem Besuch statt, was ebenso hinsichtlich der Maifestveranstaltungen gesagt werden kann.

Ueber die politischen Verfolgungen ist zu berichten, daß in der ersten Hälfte der Berichtsperiode insgesamt 310 Fälle vorkamen, wobei die Genossen wegen Uebertretung des Straf-, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetzes verurteilt, beziehungsweise freigesprochen wurden. Die Freiheitsstrafen betrugen insgesamt 6 Monate schweren Kerkers, 1 Monat, 187 Tage Arrest. Die Geldstrafen beliefen sich insgesamt auf 55 K. In der zweiten Hälfte der Berichtsperiode ereigneten sich 84 Fälle, wobei es zu 73 Verurteilungen kam, welche ein Gesamtstrafausmaß von 816 Tagen Arrest und 163 K Geldstrafen nach sich zogen. Freisprüche erfolgten 11.

Nun folgen die Einzelberichte der Wahlkreise:

I. **Wahlkreis (Wien, I., II. und XX. Bezirk).** Die politische Organisation ist im II. und XX. Bezirk teilweise nach Sektionen und Rayons ausgebaut, im I. Bezirk jedoch nicht. In beiden erstgenannten Bezirken entrichten 2600 Genossen die Wahlkreissteuer und befinden sich mit unseren Vertrauensmännern in Kontakt. Die Einnahmen der Wahlkreissteuer betrugen K 4360·78, die Ausgaben K 3910·52. Versammlungen wurden abgehalten: 52 Volks-, 630 Vereins- und 172 § 2-Versammlungen. Politische Verfolgungen sind 70 Fälle zu verzeichnen. Bei 66 erfolgte eine Verurteilung zu insgesamt 814 Tagen Arrest und 60 K Geldstrafen. Ende der Berichtsperiode fand eine Ergänzungswahl für den Gemeinderat aus dem IV. Wahlkörper statt, bei der unser Kandidat 7053 Stimmen, gegenüber 9227 Stimmen des Gegners, erhielt.

II. **Wahlkreis (Wien, III., IV., X. und XI. Bezirk).** Für die politische Organisation des II. Wiener Wahlkreises war die Berichtsperiode eine Zeit der Konsolidierung. Die politische Organisation nach Straßen und Häusern hat sich in allen proletarischen Teilen des Wahlkreises innerlich gefestigt und die Einführung des niederösterreichischen Landesorganes „Volkstribüne" als Quittierungsmittel der Parteibeträge hat sich auch in finanzieller Beziehung ausgezeichnet bewährt.

Der Stand der in der politischen Straßenorganisation vereinigten Personen ist gegenwärtig:

III. Bezirk	1856
IV. „	333
X. „	4384
XI. „	1088
Summe	7661

Auch auf dem Gebiete der Agitation durch Versammlungen wurde sehr viel geleistet. Besonders die Zahl der § 2-Versammlungen, jener unentbehrlichen Behelfe der Kleinarbeit, war sehr groß. Folgendes Bild ergibt sich:

	Volksversammlungen	Vereinsversammlungen	§ 2-Versammlungen	Bezirkssumme
III. Bezirk	8	895	192	1095
IV. „	3	89	102	194
X. „	15	1048	480	1543
XI. „	5	624	108	737
Summe	31	2656	882	3569

Politische Wahlen sind für die Berichtsperiode nicht zu verzeichnen. Bei den Wahlen zur Personaleinkommensteuer-Schätzungskommission behaupteten die Genossen des X. und XI. Bezirkes ihre Mandate des III. Wahlkörpers mit großer Majorität. Im X. Bezirke wurde sogar im II. Wahlkörper eine sehr große Stimmenzahl aufgebracht. Im IV. Bezirke verzeichneten wir einen großen Stimmenzuwachs. Im III. Bezirke fand diesmal keine Wahl statt.

Die Frauenorganisation hat bedeutende Fortschritte aufzuweisen, und besonders durch die zielbewußte Tätigkeit des „Allgemeinen Vereines sozialdemokratischer Frauen und Mädchen" wurden viele Frauen der Häuserorganisation zugeführt und bewährten sich überall als stramme Mitarbeiterinnen.

Die selbständigen Konsumvereine, die früher in drei Bezirken des Wahlkreises bestanden haben, wurden aufgelöst und es bestehen heute in diesen Bezirken des Wahlkreises Filialen des Konsumvereines „Vorwärts". So haben auch auf diesem Gebiete die Genossen Verständnis für die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte zu einem größeren Ganzen gezeigt.

Wie schon oben gesagt, ist auch in finanzieller Beziehung eine bedeutende Besserung zu verzeichnen. Die alten Schulden wurden abgestoßen und wenigstens der Grundstock für einen selbständigen Wahlfond gelegt. So sehen wir im ganzen Wahlkreise einen stetigen Fortschritt und haben noch die besondere Genugtuung, unsere Genossen des X. Bezirkes zu beglückwünschen zu der prachtvollen Proletarierburg, die sie sich im Favoritener Arbeiterheim geschaffen haben.

III. **Wahlkreis (Wien, V., VI., XII. und XIII. Bezirk).** Die politische Organisation ist in den Bezirken teilweise durchgeführt. 256 Vertrauensmänner widmen sich dieser Arbeit, um mit den Genossen im Wahlkreise stets in Fühlung zu sein. Von den 323 § 2-Versammlungen ist die weitaus größte Anzahl auf Konto der Tätigkeit dieser Vertrauensmänner zu setzen. Volksversammlungen wurden 14, Konferenzen 15 abgehalten. Binnen verhältnismäßig kurzer Zeit haben wir es erreicht, daß jetzt 6700 Genossen wöchentlich die Wahlkreisbeiträge mittelst der „Volkstribüne" entrichten, deren Erlös teilweise den Bezirken und dem Wahlkreise zufließt. Die Wahlkreiskasse weist einen Kassestand von K 2126·07, die Bezirks-

kassen zusammen einen solchen von 710 K auf. In letzter Zeit fand im XIII. Bezirke eine Ergänzungswahl aus dem IV. Wahlkörper in den Gemeinderat statt, an der sich unsere Genossen beteiligten. Auf unseren Kandidaten entfielen 2572 Stimmen gegen 1600 im Jahre 1900. Die Christlich Sozialen siegten.

IV. **Wahlkreis (Wien, VII., VIII., IX., XIV. und XV. Bezirk).** Die politische Organisation hat, seitdem wir mit der Einführung der Wahlkreissteuer begonnen und uns dabei der „Volkstribüne" als Quittierungsmittel bedienen, einen bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen. Zirka 20 Rayons sind nur mehr im Wahlkreise unbesetzt. Zirka 220 bis 240 Genossen bestreiten unausgesetzt die Arbeiten der politischen Organisation. Versammlungen wurden in der Berichtszeit 15 Volks-, 173 Vereins- und 130 § 2-Versammlungen abgehalten. Frauenversammlungen fanden sechs statt. Die Genossen des XIV. Bezirkes beteiligten sich in letzter Zeit an den Wahlen in die Personaleinkommensteuer-Schätzungskommission und erzielten eine respektable Stimmenzahl. Bei der Wahlkreissteuer erzielte der Wahlkreis 1881 K, die Bezirke, welche an diesen Einnahmen prozentuell partizipieren, zusammen K 1452·70 Einnahmen.

Unsere Wahlkreisverschleißstelle weist hinsichtlich der Verbreitung der beiden Wiener Parteiblätter folgende Abnehmerzahl auf: „Arbeiter-Zeitung" 1. Juli 1903: 1662 Exemplare, 30. Juni 1904: 2225 Exemplare täglich; die „Volkstribüne" zählte am 1. Juli 1903: 1764, am 30. Juni 1904: 2971 Abnehmer, die also zugleich Parteibeiträge leisten.

V. **Wahlkreis (Wien, XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirk).** Im XVI. und XVII. Bezirk ist die Straßen- und Häuserorganisation vollständig, im XVIII. und XIX. Bezirk nur teilweise durchgeführt. Von den Bezirksorganisationen wurden in der Berichtsperiode 16 Volks-, 64 politische Vereins- und 487 § 2-Versammlungen abgehalten. Das Landesorgan, die „Volkstribüne", zählt 8500 Abnehmer, beziehungsweise der Wahlkreis ebensoviele Wahlkreisbeitragszahler. Die Einnahmen und Ausgaben der Wahlkreissteuer, welche zentralistisch verwaltet werden, zeigen folgenden Stand:

	Kronen
Saldo Ende Juni 1903	1035·92
Einnahmen vom 1. Juli 1903 bis 31. Mai 1904	30151·94
Summe . .	31187·86
Ausgaben vom 1. Juli 1903 bis 31. Mai 1904	29688·66
Verbleibt ein Saldo von . .	1499·20

Da einzelne Bezirke für den Monat Juni (zur Zeit der Fertigstellung des Berichtes) die Wahlkreisbeiträge noch nicht verrechnet haben, so wurde der Kassebericht mit 31 Mai l. J. abgeschlossen.

VI. **Wahlkreis (St. Pölten).** Der Wahlkreis hat 24 Bezirksorganisationen, in welchen teilweise die politische Häuserorganisation besteht. Für die Agitation auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete wurde durch die Abhaltung von 68 Volks-, 230 Vereins- und 496 § 2-Versammlungen Sorge getragen. Der St. Pöltener Bezirk versuchte es zuerst allein, von den Genossen die Wahlkreisbeiträge mittelst Abquittierung durch das Landesorgan einzuheben, was nach mühevoller kurzer Arbeit auch gelang. Als der Versuch einen Erfolg aufwies, wurde dieses System der Steuereinhebung im letzten Viertel der Berichtsperiode für den ganzen Wahlkreis eingeführt. Da die Einrichtung dieses Apparates zunächst große Ausgaben verursacht, ist der finanzielle Effekt erst abzuwarten; jedoch haben wir von derselben nur das beste zu erhoffen und es werden dadurch dem Wahlkreise regelmäßige Einnahmen zugeführt, die bisher in einer so spärlichen Weise flossen und unsere Tätigkeit für den Wahlkreis empfindlich hemmten. An politischen Verfolgungen haben wir acht Fälle zu verzeichnen, wovon fünf mit einer Verurteilung zu Geldstrafen (insgesamt 22 K) und in drei Fällen durch Freispruch erledigt wurden. An den Wahlen in die Gemeindevertretung in St. Pölten beteiligten sich unsere Genossen nur durch Aufstellung von Zählkandidaten.

VII. **Wahlkreis (Krems).** Im Wahlkreise befinden sich 4 Bezirks- und 25 Lokalorganisationen, in welchen teilweise eine territoriale politische Organisation besteht. Versammlungen fanden insgesamt im Wahlkreise statt: 37 Volks-, 46 Vereins- und 113 § 2-Versammlungen, zusammen 196. Eine derselben wurde vom Regierungsvertreter „wegen des bedrohlichen Charakters der Versammlung" aufgelöst. Gewiß ein Kuriosum!

Die Einnahmen an Wahlkreissteuer beliefen sich auf K 683·87, die Ausgaben auf K 398·77. Der Stand des Wahlfonds beträgt K 285·10.

Politische Verfolgungen, und zwar wegen Uebertretung des fürchterlich lächerlichen § 23 P.-G. wurden sechs Fälle gezählt. Es erfolgten vier Verurteilungen,

welche zusammen 24 Stunden Arrest und 41 K Geldstrafe nach sich zogen. Freisprüche waren zwei. Im Wahlkreise beteiligten sich die Genossen beinahe überall an den Wahlen in die Bezirkskrankenkassen, welche zumeist von Erfolg begleitet waren.

VIII. **Wahlkreis (Floridsdorf-Kornenburg).** Eine Zählung jener Genossen, die für die politische Organisation Abgaben leisten, ist derzeit noch nicht möglich, da in acht Bezirken die Beiträge für die politische Organisation durch Blocks aufgebracht werden und dieses System eine genaue Zählung ausschließt. Nur in Floridsdorf ist jetzt eine politische Steuer von 20 h monatlich eingeführt und wird ein Verzeichnis jener Genossen geführt, die für die politische Parteiorganisation Beiträge leisten. Sollte dieses System im ganzen Wahlkreis eingeführt werden, dann könnte man erst genau angeben, wie viel politisch organisierte Genossen es im Wahlkreise gibt.

Wahlen hatten wir nur in die Personaleinkommensteuer-Kommission, die im Floridsdorfer Land- sowie Stadtbezirk für uns glänzend ausfielen.

Auch war im Berichtsjahre im Floridsdorfer Bezirke die Konstituierung der Gehilfenvertretungen der kleingewerblichen Arbeiter, wo wir, obwohl in diesen Gruppen eine nennenswerte Organisation nicht vorhanden war, doch überall Sieger blieben.

Die Gewerkschaften machten, wenn es uns auch viel Mühe kostete, im letzten Jahre schöne Fortschritte. Die Streiks, welche stattfanden, waren zumeist regellos ausgebrochen und wurden nur durch das Eingreifen der Organisation glücklich zu Ende gebracht. Wo die Organisation eine gute war, kam es nirgends zum Streik, da die Streitpunkte durch Verhandlungen erledigt wurden.

Die Maifeier fiel in allen Industrieorten glänzend aus; vormittags waren Versammlungen und dann Feste mit demonstrativen Umzügen.

Das Bürgertum und die Bauern, auch in solchen Orten, wo sich früher Nationale und Freisinnige in der Herrschaft teilten, versinken immer mehr in die Luegerei, die am Lande ganz klerikal ist.

Die Wahlkreiskasse verzeichnet K 2873·48 an Einnahmen und K 2293·86 an Ausgaben. Das Wahlkreisorgan, der „Volksbote", dessen Auflage während der Berichtszeit um 200 Exemplare gestiegen ist, erstattete dem diesjährigen Landesparteitage folgenden Kassebericht für das Jahr 1903:

	Kronen
Einnahmen	15619·25
Ausgaben	15816·81
Aktivstand am Ende des Jahres 1903	3934·99

IX. **Wahlkreis (Wiener-Neustadt).** Endlich geht es auch in unserem Wahlkreise zwar langsam, aber sicher vorwärts. Die Bezirke Wiener-Neustadt, Neunkirchen, St. Veit a. d. Triesting, Leobersdorf, Traiskirchen, Pottendorf, Mödling, Schwechat, Hainburg, Piesting und Gloggnitz, in die der Wahlkreis eingeteilt ist, sind alle nur zum Teile organisiert und bedürfen einer gründlichen Bearbeitung. Nun, die Wahlkreisleitung geht mit Ernst daran, nicht nur in Wiener-Neustadt die politische und gewerkschaftliche Organisation zu heben, sondern auch in den Bezirken des Wahlkreises. Der Mangel an materiellen Mitteln erschwerte uns diese so notwendige Arbeit am meisten, und deshalb war die Wahlkreisleitung darauf bedacht, auch nach dieser Seite Remedur zu schaffen. Vorläufig mußte die Lokalkasse in Wiener-Neustadt für die notwendigsten Ausgaben aufkommen. Sie verzeichnete in der Zeit vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904 an Einnahmen K 1397·75 und an Ausgaben K 1111·49. Ueber einige Mittel verfügen nur noch die Bezirks-, beziehungsweise Lokalorganisationen in Leobersdorf, Mödling, Schwechat und Piesting. Die übrigen Bezirke besitzen gar keine eigenen Fonds.

Versammlungen wurden im Wahlkreise abgehalten: 96 Volks-, 348 Vereins- und 154 § 2-Versammlungen. Unser Wahlkreisorgan „Gleichheit" ist nun endlich in der Lage, sich selbständig zu erhalten, denn es ist aktiv geworden und hat noch nebenbei eine Schuldenlast von 1300 K binnen Jahresfrist abgezahlt. Laut Rechnungsabschluß vom ersten Halbjahre 1904 hatte das Blatt K 6530·70 Einnahmen und K 6349·69 Ausgaben, wonach ein Saldo von K 218·81 resultiert. Die Auflage beträgt per Nummer 2700 Exemplare.

Die letzte Maifeier verlief in den meisten Orten imposant.

Oberösterreich.

Die drei Wahlkreise der V. Kurie, in die unser Land eingeteilt ist, sind in einer Landesorganisation vereinigt. Zur leichteren Bewältigung der organisatorischen Arbeit ist das ganze Gebiet in zwölf Bezirksorganisationen geteilt, von denen vier

(Linz, Mauthausen, Freistadt und Rohrbach) auf den I. Wahlkreis Linz, sechs (Steyr, Weyer, Kirchdorf, Gmunden, Ischl-Goisern und Wolfsegg) auf den II. Wahlkreis Steyr und zwei (Wels und Ried) auf den III. Wahlkreis Wels entfallen. Lokalorganisationen bestehen 63, von denen auf den I. Wahlkreis 16, auf den II. Wahlkreis 35 und auf den III. Wahlkreis 12 kommen. Die Häuser- und Straßenorganisation ist in Linz und Urfahr, von denen das erstere in zehn, das letztere in sechs Sektionen eingeteilt ist, ziemlich gut durchgeführt. In den anderen Orten fehlt sie größtenteils noch.

Die Beiträge für die politische Organisation schwanken in jedem Bezirke, in dem einen 4 h, in dem anderen bis zu 12 h, ausschließlich der Reichsparteisteuer. Die Ortsorganisationen wären verpflichtet, per Mitglied und Monat 4 h Landesparteisteuer einzuheben und hiervon 50 Prozent an die Landesvertretung einzusenden, 50 Prozent verbleiben für Ortsbedürfnisse; sind diese höher, so ist durch größere Beisteuer für diese Zwecke aufzukommen.

Von den 50 Prozent der an die Landesparteivertretung abgelieferten Parteisteuer werden 25 Prozent für den Wahlfond festgelegt, die anderen 25 Prozent für Agitationszwecke verwendet. In den Organisationen des ganzen Landes sind beiläufig 4500 Personen vereinigt.

Die Versammlungstätigkeit war besonders in dieser Berichtsperiode eine sehr rege, weil in sie auch die zahlreichen Versammlungen fallen, die für die Nachwahl in der V. Kurie im Steyrer Wahlkreise notwendig waren. Die Zahl der § 2-Versammlungen war außerordentlich groß, doch läßt sich leider die genaue Ziffer nicht feststellen, weil die Berichte fehlen. Wir müssen uns also mit der Ziffer von 146 Volksversammlungen begnügen, für die direkt von der Landesvertretung die Redner besorgt wurden. Verboten wurde eine Versammlung.

Im Lande erscheinen zwei Parteiorgane, in Linz die „Wahrheit" mit einer Auflage von 3500 und in Steyr ihr Kopfblatt, der „Steyrer Volksfreund", mit einer Auflage von 800 Exemplaren. Beide Organe sind Wochenblätter.

Die Maifeier wurde in allen Organisationsorten entsprechend ihrer Stärke durch Versammlungen, Feste und Ausflüge begangen. Besonders groß in Linz durch vormittägige Festversammlung, Straßenumzug und Festkonzert mit 5000 Teilnehmern, dann in Hallstadt durch das gemeinsame Bezirksfest und in Mauthausen, Wels und Steyr durch Versammlungen, Umzüge und Feste; ebenso in Kirchdorf, Gmunden, Pettenbach, Wolfsegg und Holzleithen.

Bei der schon oben erwähnten Ersatzwahl für den Reichsrat aus der V. Kurie im Steyrer Wahlkreise erhielt der Kandidat unserer Partei 3509 Stimmen. Auf einen Sieg war in dem größtenteils ländlichen Kreise von vornherein nicht zu rechnen. Bei Gemeindewahlen beteiligte sich die Partei in Linz, Steyr, Hallstadt und Goisern. In Linz errangen wir einen schönen Achtungserfolg — 415 Stimmen bei einem Zensus von 10 K — und in Steyr gelang es uns leider nicht, die drei Mandate der hauptsächlich durch unsere Agitation neugeschaffenen IV. Kurie zu erobern. In der Stichwahl siegten die vereinigten Gegner. Positive Erfolge errangen wir in Hallstadt, wo der ganze III. Wahlkörper sozialdemokratisch ist, und in Goisern, wo uns ein Ausschußmandat und drei Ersatzstellen zufielen.

Politische Verfolgungen sind, bis auf eine Verurteilung zu einer Polizeistrafe von 10 K in Weyer, nicht vorgekommen.

Im allgemeinen ist eine langsame Besserung der Organisation im ganzen Lande zu konstatieren, aber der Fortschritt bricht sich nur äußerst langsam Bahn. Die Ursache davon sehen wir hauptsächlich in dem Fehlen genügender agitatorischer und administrativer Kräfte, deren Mangel sich oft bitter fühlbar macht.

Salzburg.

Die Wahlkreisorganisation hat bis jetzt erst im Tennengau, Pongau und Pinzgau festen Fuß gefaßt und besitzt in diesen Landesteilen 18 Lokalorganisationen, die von vier Bezirkszentren, das ist Salzburg, Hallein, Sankt Johann i. P. und Lend, geleitet werden. Die Zahl der Mitglieder beträgt 1400, die auch ihrer Parteisteuerpflicht nachkommen. Die Geldmittel für Agitations- und Organisationskosten werden durch Einhebung einer Steuer, deren Höhe die Wahlkreiskonferenz auf 10 h per Mitglied und Monat festgesetzt hat, aufgebracht. 50 Prozent von dieser Steuer verbleiben den Bezirksorganisationen zur Deckung der Agitationskosten und sonstigen Ausgaben und die restlichen 50 Prozent werden monatlich an die Wahlkreiskasse abgeführt.

Der Wahlfond, der leider noch nie aus dem schwindsüchtigen Stadium herauskam, ist durch den hartnäckigen, schwere Geldopfer heischenden Gemeinderatswahlkampf in Salzburg stark mitgenommen worden.

Versammlungen wurden im Berichtsjahre insgesamt 218 abgehalten, und zwar 51 Volks-, 10 Wähler, 102 Vereins- und 55 § 2-Versammlungen.

Lohnbewegungen wurden sechs durchgeführt, und zwar mit einem durchgreifenden Erfolg. In den Streik traten 100 Aluminiumarbeiter in Lend, der schon nach 24stündiger Dauer mit einem vollständigen Siege der Arbeiter endete. Ferner 350 Bauarbeiter in Salzburg, die nach einem vierwöchentlichen harten Kampfe die gestellten Forderungen durchsetzten. Auch den Bäckergehilfen gelang es nach einem achttägigen Ringen, bei 30 Meistern ihre Forderungen zur Geltung zu bringen. Ueber acht Bäckereien, die nicht bewilligten, wurde die Sperre verhängt.

Anklagen politischer Natur wurden gegen sieben Genossen erhoben, und zwar sämtliche wegen Uebertretung des § 23 P.-G. In sechs Fällen erfolgte Verurteilung zu insgesamt sechs Tagen Arrest und 70 K Geldstrafe. Der Ausgang des Ehrenbeleidigungsprozesses Bürgerklub contra Jakob Prähauser endete leider mit einer Erklärung, die für den letztgenannten sehr unangenehme Konsequenzen nach sich zog.

An den Kommunalwahlen beteiligte sich die Partei in den Gemeinden Goldberg, Dienten, Maxglan, Gnigl und Salzburg. In Goldberg erhielten unsere Genossen von 94 abgegebenen Stimmen 28. In Dienten wurden unsere Kandidaten jedoch mit großer Majorität gewählt und es gelang ihnen auch, durchzusetzen, daß Gen. J. Prähauser zum Gemeindevorsteher gewählt wurde. In Gnigl siegten die vereinigten bürgerlichen Parteien. Von 260 abgegebenen Stimmen erhielten unsere Kandidaten 122. Auch in Maxglan blieben unsere Genossen mit wenigen Stimmen in der Minorität.

Besonders heiß war der Kampf um die Mandate in Salzburg. Von 1221 abgegebenen Stimmen erhielten unsere Genossen 517, die Bürgerklubler 479 und die Klerikalen 151 geschlossene Stimmen. Bei der Stichwahl erzielte unsere Liste 510, die der Klubkandidaten mit Hilfe der Klerikalen 535 geschlossene Stimmen. Die Bürgerlichen konnten nur siegen, weil sie erstens nach Herzenslust schwindelten und betrogen, und weiters hauptsächlich deshalb, weil unsere Straßen- und Häuserorganisation noch viel zu mangelhaft durchgeführt war. Schon vor ungefähr vier Jahren wurde dieses Organisationssystem in Salzburg eingeführt, doch wie weit es noch fehlt, zeigt nur zu deutlich das Resultat der Gemeindewahl. Nicht zu unterschätzende Gegner dieses Systems hat man hier auch an einer Anzahl alter Genossen, die sich gar nicht in die neue, durch das gewaltige Anwachsen der Bewegung zur Notwendigkeit gewordene Organisationsform hineinfinden können.

Eine wackere und schneidige Bundesgenossin in allen Kämpfen haben wir an unserer Presse, der „Salzburger Wacht", die wir am 14. April 1899 gründeten und jetzt als Wochenblatt in einer Auflage von 2400 Exemplaren herausgegeben wird. Konfisziert wurde im Berichtsjahre nur die Nummer 49 vom 4. Dezember 1903, angeblich wegen Kollission mit dem § 63 St.-G.

Schließlich wäre noch zu berichten, daß heuer die Maifeier in allen Organisationsorten des Wahlkreises imposant durchgeführt wurde. Die Versammlungen waren massenhaft besucht sowie die Demonstrationszüge in Salzburg und Hallein von imponierender Wirkung.

Obwohl im Berichtsjahre die Zahl der Arbeiter infolge des äußerst schlechten Geschäftsganges bedeutend zurückging, die Klerikalen mit Hochdruck ihre Maulwurfsarbeit fortsetzten, gelang es uns, nicht nur die innegehabten Positionen zu behaupten, sondern auch noch in einigen bisher von Klerikalen beherrschten Orten festen Fuß zu fassen und so trotz alledem die Zahl der Kampfgenossen zu vermehren.

Schlesien.

I. schlesischer Wahlkreis (Troppau-Jägerndorf). Innerhalb dieser Berichtsperiode haben sich für die beiden schlesischen Wahlkreise wichtige organisatorische Veränderungen vollzogen. Zunächst kommt in Betracht die im August vorigen Jahres auf der mährisch-schlesischen Landeskonferenz in Freudenthal beschlossene Trennung der bisherigen gemeinsamen Landesorganisation und die dadurch bedingte Schaffung einer eigenen Landesorganisation für Schlesien, welche auf der Ersten schlesischen Landeskonferenz im Jahre 1903 offiziell festgelegt wurde. Auf dieser Konferenz wurde des ferneren auch der Beschluß gefaßt, für den I. schlesischen Wahlkreis ein Kopfblatt ins Leben zu rufen, und können wir auf Grund der damit gemachten Erfahrungen erklären, daß unsere Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern sogar übertroffen wurden.

Wenn sich auch die Berichterstattung in den einzelnen Orten bedeutend gebessert hat, so bleibt dennoch vieles zu wünschen übrig und können die nachfolgenden Zahlen nur als annähernd richtig bezeichnet werden.

Der I. schlesische Wahlkreis gliederte sich bis zuletzt in 15 Lokal- und 4 Bezirksorganisationen. Von den letzteren berichtete aber nur eine regelmäßig. Die Straßen- und Häuserorganisation, leider ein Stiefkind unserer Bewegung, ist im Werden begriffen und in vier größeren Orten mit zufriedenstellendem Erfolg bereits eingeführt. Gegenwärtig wird mit Fleiß daran gearbeitet, dieses Organisationssystem überall zur Durchführung zu bringen. Zu diesem Zwecke wurde der Wahlkreis in zehn Bezirke eingeteilt, wovon jedem ein größeres Agitationsgebiet zugewiesen wurde, in welchem nun mit Eifer das bisher Versäumte nachgeholt wird werden müssen. Die bisher bestandenen vier Bezirksorganisationen waren leere Formen, mußten solche bleiben, da der Bezirk ein zu großes Gebiet umfaßte, als daß eine erfolgreiche Arbeit zu erwarten gewesen wäre. Die Zahl der den Lokalorganisationen angehörenden Mitglieder beträgt nach den gemachten Angaben 2014.

Die Landespartei-, Wahlkreis- und Lokalsteuer sollte je 2 h per Mitglied und Monat betragen. Doch läßt deren Abführung vieles zu wünschen übrig und es wird Aufgabe der neu eingeteilten Bezirksorganisationen sein, in dieser Beziehung gründlich Wandel zu schaffen. Von den 15 Lokalorganisationen verfügen nur 4 über einen Wahlfond.

Versammlungen wurden im Wahlkreise abgehalten: 49 Volks-, 182 Vereins-, 86 § 2- und 29 Werkstättenversammlungen.

Lohnbewegungen fanden drei statt, von denen zwei mit gutem, eine ohne Erfolg beendet wurden.

Das seit 1. Februar 1904 erscheinende Kopfblatt des „Volksfreund", „Schlesische Volkspresse", hat eine Auflage von wöchentlich 2500 Exemplaren und ist begründete Aussicht vorhanden, daß dasselbe in kürzester Zeit noch eine weit höhere Auflage erreichen wird. Konfiskationen erfolgten nicht.

Der erste Mai wurde im ganzen Wahlkreise festlich gefeiert und die Teilnahme war befriedigend.

Politische Prozesse fanden nicht statt.

An Gemeinderatswahlen haben sich die Genossen in fünf Orten beteiligt, und zwar in vier mit und einem ohne Erfolg. Die Zahl der für unsere Kandidaten abgegebenen Stimmen betrug: Odrau 191 (ein Mandat), Wigstadtl 210 (zwei Mandate), in Oberdorf 130 (ein Mandat; früher hatten wir in beiden Orten je sechs Mandate inne), Karlsthal 33 (der ganze dritte Wahlkörper erobert), Jägerndorf 192 (kein Mandat).

Die gewerkschaftliche Bewegung macht erfreulicherweise sehr gute Fortschritte und ist eine ganze Reihe von Organisationen im Berichtsjahre gegründet worden, die sehr gut prosperieren.

Eine über den ganzen Wahlkreis ausgedehnte Aktion galt der Abwehr einer Nahrungsmittelverteuerung — hauptsächlich Milch und Butter. Die Aktion wurde erfolgreich zu Ende geführt.

Dies der Bericht, und wenn er auch nur in knappen Zügen das Wichtigste enthält, so ist dennoch daraus zu sehen, daß Fortschritte gemacht wurden, die zur begründeten Hoffnung auf regen Fortgang der Bewegung Anlaß geben.

II. **schlesischer Wahlkreis (Teschen-Bielitz).** In unserem Wahlkreise ist die Parteiarbeit sehr schwer, weil die Mehrsprachigkeit der Organisationstätigkeit große Hindernisse in den Weg legt. Trotzdem können wir sagen, daß während der Berichtsperiode verhältnismäßig große Erfolge zu verzeichnen waren, die besonders in den deutschen Teilen des Wahlkreises deutlich zum Ausdrucke kommen.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist zwar nirgends gut durchgeführt, aber es werden in den größeren Orten regelmäßig monatlich 10 h an Parteibeiträgen eingehoben.

Die Versammlungstätigkeit war eine ziemlich rege. Wir verzeichnen 28 Volks-, 93 Vereins- und 108 § 2-Versammlungen und Konferenzen. Zusammen also 229 Versammlungen. Verbot haben wir nur eines zu verzeichnen.

Von großer Bedeutung für den steigenden Einfluß der Partei ist der Aufschwung unseres Kreisorganes, der „Bielitzer Volksstimme", die heute in einer Auflage von 1300 Exemplaren erscheint, während vor Gründung des Blattes nicht mehr als 100 deutsche Parteiblätter im Wahlkreise vertrieben wurden. Wir hatten auch Verfolgungen zu überstehen, vier Preßprozesse, als deren Ergebnis uns 16 Tage Arrest und 100 K Geldstrafe beschert wurden.

An Gemeindewahlen beteiligten wir uns in zwei Orten und wir hatten in einem Falle, in Kamitz, den Erfolg, von vier Mandaten des III. Wahlkörpers drei und die zwei Ersatzmandate zu erobern.

Das Bielitzer Parteisekretariat wird fortwährend um Rat und Hilfe von vielen Hilfsbedürftigen aus allen Gesellschaftskreisen angegangen, so daß es zum Teile Funktionen zu erfüllen hat, die ähnlich den Leistungen der reichsdeutschen Arbeiter-

sekretariate sind. Freilich ist dies auch nur ein Beweis des steigenden Vertrauens, das sich die Partei in der Bevölkerung erwirbt. Auch die Gewerkschaftsorganisation hat in der Berichtszeit große Fortschritte gemacht. Es wird aber noch lange dauern, bevor ihr Stand wirklich befriedigend sein wird. Zum Schlusse wollen wir noch darauf hinweisen, daß sich in der letzten Zeit die Bielitzer Genossen ein eigenes Heim geschaffen haben.

Steiermark.

Das Land Steiermark, für welches eine Wahlkreisorganisation nicht besteht, ist in 15 Bezirks- und 38 Lokalorganisationen eingeteilt. Außerdem sind noch in zirka 25 Orten Vertrauensmänner aufgestellt, so daß sich die Verbindung der Bevölkerung mit der Partei auf 73 Orte des Landes erstreckt. Die Leitung der Parteigeschäfte besorgt die Landesparteivertretung mit dem Landessekretariate in Graz. Außerdem besteht ein Parteisekretariat für die Bezirksorganisation Leoben.

Die Straßenorganisation ist in 46 Orten eingeführt. In der gewerkschaftlichen Organisation stehen 13.000 Mitglieder, in der politischen Organisation nur zirka 9000. Durch die Straßenorganisation wird in allen Orten eine Parteisteuer von 10 h monatlich eingehoben, wovon 4 h seitens der Lokal- und Bezirksorganisationen an die Landesparteivertretung und 2 h monatlich an die Reichsparteivertretung abgeliefert werden.

Die Landesparteivertretung vereinnahmte an Parteisteuer von den Genossen in Graz K 3981·58, von den Genossen in der Provinz K 3359·63. Gegen das vorhergehende Berichtsjahr ist die Parteisteuereinnahme um K 2047·21 gestiegen. Die Straßenorganisation ist in dem Berichtsjahre in 21 Orten neu eingeführt, ist daher bedeutend vorgeschritten. Sämtliche Organisationen hatten zusammen einen Wahlfond von K 1713·96. Im Berichtsjahre wurden zusammen 889 Versammlungen abgehalten nach den eingelangten Berichten, es dürften aber bedeutend mehr abgehalten worden sein, da die Gewerkschaftsversammlungen nicht von allen Orten angegeben wurden. Davon sind 232 Volksversammlungen, 390 § 2-Versammlungen und 267 Vereinsversammlungen.

Das Landesparteiorgan, der „Arbeiterwille", erscheint täglich. Die Auflage ist im Berichtsjahre an Wochentagen um 1150, an Sonntagen um 2100 gestiegen. Konfisziert wurde das Blatt einmal, und zwar wegen der Bileker Affaire.

Streiks waren im ganzen sechs zu verzeichnen, an welchen zirka 3300 Arbeiter beteiligt waren. Mit vollem Erfolg wurde 1 Streik, mit teilweisem Erfolg 4 und ohne Erfolg 1 Streik beendet. An diesen Streiks waren folgende Branchen beteiligt: Tischler, Bergarbeiter, Bauarbeiter und Textilarbeiter. Außerdem wurden 30 Glasarbeiter ausgesperrt, weil sie in eine Lohnreduzierung nicht einwilligten. Bei Wiederaufnahme der Arbeit mußte ihnen eine namhafte Lohnerhöhung zugesprochen werden.

Die Partei beteiligte sich in 21 Orten an den Gemeindewahlen mit ziemlich bedeutenden Erfolgen. In 14 Orten (gegen 11 des Vorjahres) sitzen zusammen 72 (gegen 59 des Vorjahres) Sozialdemokraten in der Gemeindestube. Einen besonders glänzenden Sieg errang die Partei in Graz bei den Gemeindewahlen, wo im ersten Wahlgange sämtliche sechs sozialdemokratische Kandidaten gewählt wurden. Von den 16 Mandaten des III. Wahlkörpers sind 9 durch die sozialdemokratische Partei besetzt.

Politische Verfolgungen und Verurteilungen fanden statt: Weges des § 23 P.-G. 2 Fälle, zusammen 60 K Geldstrafe. Wegen der Demonstrationen am 1. Mai 1903 wurden 8 Arbeiter, darunter 3 Genossen, verurteilt zu 37 Monaten schweren Kerkers und 24 Tagen Arrest. An einem Genossen wurde ein „Justizirrtum" begangen. Er wurde auf Grund des Diensteides eines Wachmannes zu acht Monaten schweren Kerkers verurteilt. Der Wachmann, welcher diesen „Diensteid" geschworen, wurde später wegen unmoralischen Lebenswandels entlassen. Dies hatte zur Folge, daß der Prozeß gegen den unschuldig verurteilten Genossen wieder aufgenommen wurde, was nach viermonatlicher Haft zu seinem Freispruch führte. Das Justizministerium erkannte ihm eine Entschädigung von über 300 K zu. Eine ganze Reihe von Prozessen hatte der Redakteur des Parteiblattes auszufechten gegen eine Schwindlerbande, die sich in Graz etablierte und hinter der das nun im eigenen Kot erstickte Blatt „Der Volksanwalt" steckte, ein Blatt, das sich Arbeiterblatt nannte, aber die schmutzigsten Geschäfte für die Feinde der organisierten Arbeiterschaft besorgte. Der Kampf dieser Schwindlerbande wurde besonders gegen einzelne Vertrauensmänner der Partei geführt. Weil nun unser Redakteur die Bande beim wahren Namen nannte, wurde er beim Schwurgericht geklagt, aber einstimmig freigesprochen. Dafür wurden die Schwindler später zu 6 Wochen, 1 Monat und 4 Tagen Arrest wegen Verleumdung unseres Redakteurs verurteilt.

Die Feinde der Partei waren besonders im abgelaufenen Jahre bestrebt, die Partei und deren Vertrauensmänner zu verunglimpfen. Alle Hunde waren los und trotzdem hat die Partei im Berichtsjahre die bedeutendsten Fortschritte gemacht. Die politische und gewerkschaftliche Organisation hat sich bedeutend gebessert, das Parteiorgan ist in der Auflage gestiegen, bei den Gemeindewahlen haben wir Siege errungen trotz alledem. Das Sprichwort: „Viel' Feind', viel' Ehr'" hat sich hier wenigstens bewahrheitet. Mögen auch im kommenden Jahre gleiche Erfolge erzielt werden.

Tirol.

I. **Tiroler Wahlkreis (Innsbruck).** Der Wahlkreisausschuß dieses Kreises ist zugleich die Landesparteivertretung. Eingeteilt ist dieser Wahlkreis in die fünf Bezirksorganisationen Innsbruck, Landeck, Wörgl, Kufstein und Kitzbühel. Seit der letzten Landeskonferenz sind die Lokalorganisationen daran, das Straßenvertrauensmännersystem durchzuführen. Die Parteibeiträge, welche monatlich eingehoben werden, sind 20 h. Derzeit beträgt die Anzahl zahlender Parteigenossen im Wahlkreise nur wenig über 500. Indes sind wir der Ueberzeugung, daß diese Organisationsform der Partei neue Kämpfer und insbesondere bedeutendere Mittel zuführen wird. Erfreulicher ist über den Stand der Gewerkschaftsbewegung im Wahlkreise zu berichten. Von 2200 im Vorjahre hat sich die Zahl der Mitglieder auf 2700 erhöht, was zumeist freilich auf die Erstarkung der Gewerkschaften in Innsbruck zurückzuführen ist.

Die Verbreitung des Landesorganes, der „Volkszeitung", hat mit dem Wachsen und Erstarken der Gewerkschaften leider nicht Schritt gehalten. Immer noch beträgt deren Auflage 2000 Exemplare, wovon die Hälfte im Wahlkreise abgesetzt wird. Außer dem Landesorgane werden noch zirka 500 verschiedene andere Parteiblätter abgesetzt.

Die Zahl der abgehaltenen Versammlungen sowohl der Vereine als nach § 2 wird stetig größer. Die Anzahl der abgehaltenen Volksversammlungen beträgt 26.

Die diesjährige Maifeier nahm im Wahlkreise einen glänzenden Verlauf. In Wörgl beteiligten sich über 1000, in Innsbruck mehr als 5000 Personen an derselben.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: In Schwaz (an welchem Orte ein Kesseltreiben von der bunten Gegnerschaft auf die junge Organisation der Tabakarbeiter stattfand) die Maßregelung einer Deputation. Diese wurde drei Tage ausgesperrt, weil sie eine, angeblich im ungehörigen Tone gehaltene Resolution der Direktion der Tabakfabrik überreichte. Gerichtlich dortselbst wurden abgestraft vier Tabakarbeiterinnen wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes zu 15 K Geldstrafe. Eine andere Tabakarbeiterin wurde wegen Amtsehrenbeleidigung freigesprochen. In Innsbruck sind Verurteilungen wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes zu verzeichnen, und zwar ein Genosse zu 8, zwei zu 6, zwei zu 3 und einer zu 2 Tagen Haft. Es gebührt sich, zu registrieren, daß alle diese Strafen auf Denunziationen christlich-sozialer Parteigänger zurückzuführen sind.

In Anführung bringen wir noch, daß unsere Partei in diesem Jahre zum erstenmale selbständig in Innsbruck in die Gemeindewahlen eingegriffen hat. In Anbetracht des hohen Wahlzensus (16 K) mit bemerkenswertem Erfolge. Unsere Kandidaten erhielten 125 bis 192 Stimmen bei rund 1100 Wahlbeteiligten, worin sich fünf Parteien teilten.

Es zeigt sich auch in unserem Wahlkreise, daß zunehmend die Agitation unter den Arbeitern auch in italienischer Sprache geführt werden muß. Die in mehreren Orten wahrnehmbare Industrialisierung und das Bestreben der Unternehmer, billige Arbeitskräfte zu erhalten, führt Scharen immer neuer italienischer Arbeiter herbei.

Im allgemeinen sind wir der Zuversicht, daß mit dem Wachsen unserer Organisation und deren Ansehen sowie der Opferfreude der Parteigenossen auch in Tirol unserer Partei es möglich wird, über neue und größere Erfolge zu berichten.

II. **Tiroler Wahlkreis (Bozen).** Im Wahlkreise bestehen drei Bezirksorganisationen: Bozen, Lienz und Meran. Die Organisation läßt noch viel zu wünschen übrig, da in unserem Wahlkreise die Arbeit schwierig ist. Die Industrie fehlt im größten Teile des Wahlkreisgebietes ganz. Ueberdies sind viele Arbeiter Italiener und die Agitation ist daher doppelt schwer. Die Häuserorganisation konnte noch in keinem Orte ernstlich durchgeführt werden. Die starke Zu- und Abwanderung erschwert alle darauf gerichteten Bestrebungen und dazu kommt noch die Protzigkeit der vielfach klerikalen Hausherren, die sozialistischen Mietern sehr ungern Quartier geben.

Der Parteibeitrag beträgt in Bozen 10 und in Meran 8 h monatlich.

Versammlungen wurden erhoben: 11 Volks-, 25 Vereins- und 8 § 2-Versammlungen. Die Liste dürfte nicht komplett sein.

Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, doch werden die Innsbrucker „Volkszeitung" und noch andere Blätter rege kolportiert.

Eigene Kandidaten bei Gemeindewahlen wurden nirgends aufgestellt. Der 1. Mai wurde in den drei Hauptorten des Wahlkreises gut gefeiert.

Verurteilungen hatten wir zwei, zusammen 25 K Geldstrafe.

Betont muß noch werden, daß im Wahlkreise die Agitation auch deshalb besonders schwierig ist, weil eigene agitatorische, rednerische Kräfte fehlen und die Aufstellung von auswärtigen Rednern wegen der großen Entfernung von Wien mit sehr großen Kosten verbunden ist.

Vorarlberg.

Die sozialdemokratische Partei Vorarlbergs besteht aus den Lokalorganisationen Bregenz, Feldkirch, Bludenz, Hard, Hohenems, Rankweil, Dornbirn, Lustenau, welche insgesamt zirka 800 Mitglieder umfassen. Die Leistung der Parteisteuer stellt sich folgend. Die Mitglieder der verschiedenen Organisationen, welche in den Lokalorganisationen politisch vereinigt sind, zahlen per Woche 4 h oder per Monat 20 h Die nur politisch organisierten Mitglieder der freien Organisation Dornbirn und Bregenz per Monat 30 h, welche Beträge dann per Monat und Mitglied zu 8 h Landesparteisteuer, 4 h Preßfond und 2 h Reichsparteisteuer verrechnet werden, das übrige verbleibt der Lokalorganisation.

Im Berichtsjahre wurden 28 Volks-, 61 Vereins- und 56 § 2-Versammlungen abgehalten und wir haben in den Volksversammlungen an allen Aktionen der Partei teilgenommen. Eine Volksversammlung in Bregenz wurde aufgelöst. Die Vereinsversammlungen sowie die § 2-Versammlungen waren größtenteils der inneren Organisations- und Agitationsarbeit gewidmet.

An Wahlen haben wir uns im Berichtsjahre nicht beteiligt.

Der erste Mai wurde in den größeren Orten durch Veranstaltung von Versammlungen, Umzügen und geselligen Unterhaltungen gefeiert.

Lohnbewegungen einer ganzen Branche fanden in Bregenz drei statt. Weitere Aussperrungen, respektive Arbeitsniederlegungen im Umfange eines Betriebes sind eine in Hohenems, eine in Rankweil und zwei in Feldkirch zu verzeichnen. welche sämtlich zugunsten der Gehilfen endeten.

Politische Verfolgung haben wir eine zu verzeichnen. Wegen Beleidigung der Regierung durch eine Versammlungsrede in Bregenz wurde ein Genosse zu einer Arreststrafe in der Dauer von einer Woche verurteilt.

Der Kampf, den die Partei in unserem Ländchen zu führen hat, ist sehr schwer. Trotz der verhältnismäßig großen Industrie ist die einheimische Arbeiterbevölkerung zum großen Teile noch in den Händen der Klerikalen, die hier als Christlich-Soziale auftreten, und nur mit großen Anstrengungen für unsere Ideen zu gewinnen. Die Klerikalen führen den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit großer Brutalität. So wurde uns vergangenes Jahr in Dornbirn eine Versammlung gesprengt. Mit der Brutalität geht natürlich, wie überall, die Verleumdung und Beschimpfung Hand in Hand. Zu diesen Hindernissen, die der Parteientwicklung in Vorarlberg entgegenstehen, kamen in der Berichtszeit noch lokale Streitigkeiten innerhalb der Partei und die unangenehme Art des Abganges des bisherigen Landesparteisekretärs.

Heute sind die Folgen dieses Ereignisses doch schon ziemlich überwunden, der lokale Streit ist beigelegt und so hoffen wir auf besseren Erfolg in der kommenden Periode.

Bericht der sozialdemokratischen Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses

für die Zeit vom Juli 1903 bis August 1904.

Allgemeines.

Die Hoffnungen, die ein kleines Häuflein unverbesserlicher Optimisten auf unser Abgeordnetenhaus gesetzt hat, sind unerfüllt geblieben. Alle Bemühungen, diese wenig ansehnliche Körperschaft lebensfähig zu gestalten, sind an dem Widerwillen der Volksvertreter gegen den Racker Staat, der in dem Parlamente seinen politischen Ausdruck findet, gescheitert. Ja, es ist in der Berichtsperiode noch viel schlimmer geworden, als man es ohnedies für möglich gehalten hätte. Von sachlichen Beratungen ist in den Protokollen über die „Verhandlungen" des Abgeordnetenhauses keine Spur zu finden, die Mehrzahl der Sitzungstage wurde mit der wörtlichen Verlesung des Einlaufes totgeschlagen, zu welchem die offenbar zur Hebung des Buchbindergewerbes verfertigten dickleibigen Interpellationen das stärkste Kontingent gestellt haben. Hie und da wurde die öde Langweile des Buchstabierens vernachlässigter Handschriften von einem wüsten Schimpfkonzert unterbrochen, das mitunter in einen Raufexzeß auszuarten drohte. Die Verhandlung aktueller Vorkommnisse wurde durch die Einbringung von Dringlichkeitsanträgen der deutschen Parteien verhindert, so daß das Abgeordnetenhaus auch noch das kleine Restchen seines Wertes als parlamentarische Tribüne eingebüßt hat. Wenn es früher noch möglich war, die Regierung wegen eines Gewaltstreiches oder einer flagranten Gesetzesverletzung durch Stellung eines Dringlichkeitsantrages, dem in den meisten Fällen von den obstruierenden Jungtschechen die Priorität eingeräumt und der dann sofort verhandelt wurde, zur Verantwortung zu ziehen, so ist dies in der letzten Zeit wegen der Weigerung der deutschen Parteien, in eine Rückstellung ihrer Dringlichkeitsanträge zu willigen, unmöglich geworden. Die Christlich-Sozialen haben auf diese Weise in der Berichtsperiode der Regierung manchen Liebesdienst erwiesen und ihr die Verantwortung für ihre verbrecherischen Liebesdienste gegenüber der klerikalen Maffia erspart. Waren die Obstruktionsparteien einmal gerade gut gelaunt und geneigt, der physischen Erschöpfung der verlesenden Schriftführer Rechnung zu tragen, so wurde wieder ein Dringlichkeitsantrag verhandelt, der schon vor einem Jahre nicht mehr dringlich war und eine Reihe von Monologen absolviert. Die Gewohnheit unserer bürgerlichen Volkstribunen, nicht mit Argumenten zu kämpfen, sondern einander mit Schimpfworten zu traktieren, hat diesmal Konsequenzen gehabt. Wohl keine ernsten, denn es gab nur Mißbilligungsdebatten. Unsere Abgeordneten sind schon so erfinderisch geworden, daß sie Beschimpfungen symbolisch andeuten: Skala zeigte Wolf ein Stückchen Zucker, Graf Sternberg seine gut fassonierte Reversseite.

So ist dieses Parlament unter der werktätigen Mithilfe der bürgerlichen Parteien und der Regierung zur Parodie einer gesetzgebenden Körperschaft geworden, die nicht einmal zu ihren primitivsten Funktionen veranlaßt werden kann und auch als Instrument des Klassenstaates unbrauchbar geworden ist.

Die bürgerlichen Parteien haben sich mit dem Bankerotte des Parlaments in ihrer Art abgefunden. Die tschechischen Parteien betrachten die Obstruktion als Mittel, um ihre nationalen Forderungen durchzusetzen und prunken bei jeder Gelegenheit mit ihrer das Zentralparlament vernichtenden Tätigkeit. Im Bedarfsfalle aber laufen sie oder ihre Vermittler zu dem verhaßten

Ministerpräsidenten, um ihm Maßnahmen abzubetteln, die eigentlich in die Kompetenz der Legislative gehören. Die deutschen Parteien ertragen die Obstruktion mit Gleichmut, weil sie den Preis für die Einstellung derselben nicht zahlen wollen und der Meinung sind, daß sie der Fortbestand der Parlamentskrise des Kampfes um ihren nationalen Besitzstand enthebt. Sie identifizieren ihre nationalen Interessen mit denen des Gesamtstaates und überlassen es in ihrer angeborenen Faulheit dem Herrn v. Koerber, den Kampf mit den Jungtschechen auf eigene Rechnung zu führen. Auch die Hyänen des parlamentarischen Schlachtfeldes fehlen nicht. Da sind vor allem die Christlich-Sozialen, welche für die Handlangerdienste, die sie der Regierung leisten, Konzessionen erpressen, die ihnen die Fortsetzung ihrer das öffentliche Leben demoralisierenden Tätigkeit auf lange Zeit hinaus sichern. Wir erinnern an die Sanktionierung der niederösterreichischen Gemeindewahlreform und die Sanktionierung des Beschlusses des niederösterreichischen Landtages, mit welchem der Stadt Wien die Einhebung einer Gebühr bei der imperativen Aufnahme von Ausländern in den Heimatsverband zugestanden wurde. Getreu dem Grundsatze: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut", schlagen sie ihre patriotischen Kapriolen nur, wenn sie Erfüllung ihrer schamlosen Forderungen heischen, drohen aber gleich mit der Kündigung ihrer Freundschaft, wenn die Regierung zögert, ihrer Schandwirtschaft den Stempel der Legitimität aufzudrücken. In einer Rathausversammlung im Dezember v. J. hat Lueger öffentlich erklärt: „Mit Herrn v. Koerber kann nicht anders verhandelt werden, als mit dieser Devise: Ich gebe, wenn du gibst. Wenn du tust, was wir wollen, werden wir dir auch geben. Nächstesmal muß uns alles schriftlich gegeben werden." Strobach rief: „Eine Kaution muß er erlegen."

Trotz der parlamentarischen Wirren kommen die bürgerlichen Parteien infolge der unglaublichen Dummheit ihrer Wähler noch immer auf ihre Rechnung. In den Wählerversammlungen wüstes Geschimpfe auf die Gegner, chauvinistisches Phrasengeklingel, demagogische Versprechungen und der Spießer geht zufrieden nach Hause. Im aktionsunfähigen Parlamente eine Flut von Anträgen zur Rettung des Bauern- und Gewerbestandes, hier und da wird eine Deputation vorgestellt, für die Herr Koerber immer zu sprechen ist und deren Wünsche er entgegennimmt, ohne nervös zu werden. Wenn es gar nicht mehr gehen will, helfen einflußreiche Protektoren oder der Weg über die Hintertreppen.

Die Regierung selbst scheint sich in diesem Sumpfe am wohlsten zu fühlen. Ja, sie hat alle Ursache, einer parlamentarischen Behandlung ihrer sogenannten Staatsnotwendigkeiten aus dem Wege zu gehen. Obwohl Herr v. Koerber jeder Bewilligung der Militärlasten sicher ist (sogar die Jungtschechen bereiten da, weil sie hoffähig bleiben wollen, keine ernsten Schwierigkeiten); obwohl die unaufhörlichen Erhöhungen der indirekten Steuern immer prompt erledigt wurden, weiß die Regierung, daß sie selbst unter unseren korrupten Reichsboten für den Ausgleich mit Ungarn keine Majorität findet. Hierzu kommen noch die nationalen Schwierigkeiten, die sich bei der parlamentarischen Behandlung der meisten Regierungsvorlagen geltend machen. Herr v. Koerber macht sich nun das Regieren leicht. Unter Berufung auf die parlamentarischen Wirren, die zu lösen eigentlich seine berufsmäßige Pflicht wäre, läßt er die Wünschelrute des § 14 in Aktion treten, verordnet sich jedes Halbjahr das Budget und was er noch sonst nötig zu haben glaubt. Ja, in der letzten Zeit hat er offen ausgesprochen, daß er nicht an eine Aenderung der Verfassung denkt, sondern ruhig zuwarten will, bis das Parlamentswerkel wieder von selbst geht. Er ernennt sich taxfrei zum Kurator Oesterreichs, scheint aber vergessen zu haben, daß die bürgerlichen Herren nur die Minorität der österreichischen Bevölkerung bilden, die Majorität der denkenden, arbeitenden und darbenden Bevölkerung des unwürdigen Komödienspieles ernstlich satt ist.

In der nächsten Zeit müssen schwerwiegende Angelegenheiten entschieden werden. Der Ausgleich mit Ungarn, der Zolltarif und die Handelsverträge sollen ihre Erledigung finden. Die ungeheuerlichen For-

derungen des Moloch Militarismus, deren Bewilligung sich die Delegationen schuldig gemacht haben, sollen, wie verlautet, durch die Aufnahme einer Staatsschuld Bedeckung finden. Wenn die Regierung die Vermessenheit haben sollte, die Lösung dieser Fragen mit dem § 14 zu versuchen, so wird der Alarmruf des organisierten Proletariats eine Volksbewegung zustande bringen, die das Koerbersche Regierungssystem schwer überdauern dürfte. Für das organisierte Proletariat Oesterreichs ist der Stillstand in der Gesetzgebung ohnedies schon unerträglich geworden. Die Gesetze, welche die Beziehungen unseres öffentlichen Lebens regeln, sind mit verschwindenden Ausnahmen durchaus rückständig und wurzeln zum größten Teile in den Anschauungen der vormärzlichen Zeit. Die gegenwärtige Ordnung der Dinge verstößt gegen die wichtigsten Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Hierzu kommen noch die stetigen Erhöhungen der indirekten Steuern und die Raubzüge kapitalistischer Cliquen gegen die Taschen des Volkes, die von der Regierung ruhig geduldet werden. Staatsnotwendigkeiten werden zu Lasten des Volkes verordnet, die notwendigsten Bedürfnisse der Arbeiterschaft unbefriedigt gelassen. Die so oft und feierlich versprochene Reform der Arbeiterversicherung, die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung vermodert im ministeriellen Aktenschranke. Eine Wiedergeburt des Parlaments ohne eine großzügige demokratische Verfassungsänderung liegt nicht mehr im Bereiche der Möglichkeit. Das haben die jahrelangen Experimente bis zum Ekel erwiesen. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gleichen einem Pulverfaß und es dürfte Zeit werden, die Lunte anzulegen.

Das organisierte Proletariat ist die einzige Hoffnung dieses bankerotten Reiches, hoffen wir, daß es immer gerüstet sei für die bevorstehenden Kämpfe und die Regierung sowie die bürgerlichen Parteien belehren wird, daß die Zeiten vorüber sind, in welchen es die arbeitenden Schichten der Bevölkerung dem herrschenden Klüngel überlassen mußten, die gesellschaftliche Ordnung ihren Bedürfnissen entsprechend einzurichten.

Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes.

Bei den vorgeschilderten Verhältnissen wird es begreiflich erscheinen, daß die wenigen Vertreter der organisierten Arbeiterschaft in diesem lebensunfähigen Privilegienparlamente in der wirkungsvollen Vertretung der proletarischen Interessen stark behindert wurden. Wir bilden uns wahrhaftig nicht ein, daß eine verhältnismäßig kleine Gruppe sozialdemokratischer Abgeordneten in die Lage kommen könnte, die bürgerlichen Reaktionäre zur Abdikation zu zwingen. Gewiß ist aber, daß bei normaler Funktion des Parlaments die Möglichkeit der Förderung der Arbeiterinteressen nicht ausgeschlossen ist und vor allem die rücksichtslose Geltendmachung derselben der Regierung und den bürgerlichen Parteien arge Verlegenheiten bereitet. Unser Lebenselement ist der Kampf. Wenn wir auch oft voraussehen, daß demselben kein unmittelbarer praktischer Erfolg beschieden ist, so haben wir doch die Genugtuung, den österreichischen Machthabern einige derbe Wahrheiten gesagt und die bürgerlichen Parteien an den Pranger gestellt zu haben. Wir sind auch dessen sicher, daß unsere Angriffe in der arbeitenden Bevölkerung tausendstimmigen Widerhall finden werden.

Wenn aber einem sozialdemokratischen Vertreter die Möglichkeit benommen ist, den Wünschen und Beschwerden der arbeitenden Bevölkerung Ausdruck zu geben, wenn über ihn die Maulsperre verhängt und ihm zugemutet wird, der geisttötenden Vorlesung von Interpellationen oder der Verhandlung schimmelig gewordener Dringlichkeitsanträge, denen jede Aktualität fehlt, zuzuhören, so ist dies eine Situation, die geeignet ist, den Ekel vor dem Tiefstande unserer Volksvertretung zu einem unüberwindlichen zu machen. Waren wir doch in der Berichtsperiode genötigt, die wichtigsten Angelegenheiten in Form von Interpellationen zu erörtern. Die von der Regierung verübten Ungesetzlichkeiten beim ungarischen Eisenbahnerstreik konnten nur im Wege von Interpellationen gebrandmarkt werden, denn der in dieser Angelegenheit gestellte Dringlichkeitsantrag gelangte nicht zur Verhandlung.

Um unseren Standpunkt präzisieren zu können, waren wir mehrmals genötigt, einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, welcher die gleiche Materie behandelt hat wie ein Obstruktionsantrag, dessen Verhandlung bereits angesetzt war. Dieser Antrag wurde dann mit dem alten Obstruktionsantrage zur Debatte gestellt. So oft sich also Gelegenheit geboten hat, proletarische Interessen geltend zu machen, ist es geschehen. Die Ungunst der Verhältnisse hat verhindert, daß dies in dem Maße geschehen ist, das wünschenswert gewesen wäre. Wenn man die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten gerecht beurteilen will, so müssen auch die parlamentarischen Zustände in Rücksicht gezogen werden und dann wird man dem Verbande das Zeugnis nicht versagen können, daß er, soweit dies bei den obwaltenden Schwierigkeiten möglich war, seine Pflicht erfüllt hat.

Zu erwähnen ist noch die umfangreiche agitatorische Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten. Sie mußten nicht nur in ihren Wahlkreisen einen großen Teil der Agitationsarbeit auf sich nehmen, sie durften auch bei keiner größeren Aktion, die in anderen Wahlkreisen veranstaltet wurde, fehlen. Es hat sich bei den Genossen vieler Orte überhaupt die Gepflogenheit herausgebildet, größere Versammlungen ohne einen Abgeordnetenreferenten nicht zu den gelungenen Veranstaltungen zu zählen. Dem Parteisekretär dürfte es oft Verlegenheiten bereitet haben, die Nachfrage nach Referenten zu befriedigen, wenn er auch schon die stärksten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Verbandsmitglieder gestellt hatte. Außerordentlich zahlreich waren die Fälle, in welchen die Verbandsmitglieder von einzelnen Genossen oder Organisationen um Intervention bei den verschiedenen Behörden ersucht wurden.

Nun zur detaillierten Darstellung unserer parlamentarischen Arbeit:

Sessionsabschnitt vom 23. bis 26. September 1904.

Diese kurze Tagung war nur der Beratung des Rekrutenkontingents gewidmet. Die Blamage, welche der gemeinsamen Kriegsverwaltung und damit auch den österreichischen Stiefelwichspatrioten durch die ungarische Obstruktion bereitet wurde, hatte eine neuerliche Rekrutenvorlage notwendig gemacht. Die Chiarische Klausel verhinderte nämlich die Einreihung der Rekruten, weil diese in Ungarn noch nicht bewilligt waren, andererseits hatte sich der Erlaß des Kriegsministers über die Zurückbehaltung der Drittjährigen bis Ende Dezember, vornehmlich durch die energische Agitation unserer Partei, als unhaltbar erwiesen. Die Regierung hatte nun die verwegene Absicht, das erhöhte Rekrutenkontingent als sichere Beute festzuhalten und verlangte lediglich vom Parlamente die Aenderung der Chiarischen Klausel in der Weise, daß nur das Plus an Rekruten erst nach Maßgabe der Bewilligung durch den ungarischen Reichstag eingereiht werden könne, das bisher übliche Kontingent aber ohne weitere Förmlichkeiten einzuberufen sei. Von der Bewilligung dieser Vorlage machte der Ministerpräsident die Beurlaubung der Drittjährigen abhängig. Nun brachten die Jungtschechen einen Dringlichkeitsantrag ein, in welchem das Verlangen gestellt wurde, die Drittjährigen sofort zu beurlauben und erklärten, die Regierungsvorlage zu obstruieren, wenn ihr Antrag nicht vorher angenommen werde. Die deutschen Parteien wollten diesem Verlangen nicht entsprechen und es vergingen zwei Tage, die mit zwecklosen Verhandlungen vertrödelt wurden, bei denen die Eifersüchteleien und die Reklamesucht der maßgebenden Parteien in den widrigsten Formen in Erscheinung traten. Da die Gefahr bestand, daß der Regierung die Erhöhung des Rekrutenkontingents im Prinzipe würde zugestanden werden, mußte die Probe gemacht werden, ob sich denn die bürgerlichen Parteien nach den Erfahrungen des Sommers wieder in so würdeloser Weise den Forderungen des Militarismus anbequemen werden. Da von den bürgerlichen Parteien ein Antrag auf Bewilligung des einfachen Rekrutenkontingents nicht gestellt worden war, beschloß der Sozialdemokratische Verband, einen derartigen Antrag in Verbindung mit dem Antrage auf Einführung der zweijährigen Dienstpflicht zu stellen. Die bürgerlichen Parteien, denen eine nochmalige Abstimmung über die zweijährige Dienstzeit, nach den Versprechungen des ungarischen Honved-

ministers äußerst unangenehm war, hetzten bei dem Präsidenten gegen den sozialdemokratischen Antrag, der dann erklärte, er lasse eine Abstimmung über denselben nicht zu, weil die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bereits anläßlich der Verhandlung des erhöhten Rekrutenkontingents abgelehnt worden sei. Da überdies im Wege eines Kompromisses die Einbringung eines Antrages auf Einstellung des einfachen Rekrutenkontingents in Aussicht stand, wurde der Antrag der Fraktion, nachdem Gen. Schuhmeier denselben benützt hatte, um zum Wort zu gelangen, zurückgezogen. Die Erhöhung des Rekrutenkontingents für die Landwehr hat die Regierung durch eine unredliche Auslegung der Chiarischen Klausel durchgesetzt. Die Haltung der Fraktion in dieser Angelegenheit wurde auf dem vorjährigen Gesamtparteitag eingehend diskutiert und es erscheint als überflüssig, sie an dieser Stelle nochmals zu motivieren. Ueberdies wird sich der nächste Gesamtparteitag eingehend mit unserer prinzipiellen Stellungnahme zum Militarismus befassen, ob er aber den sozialdemokratischen Abgeordneten brauchbare Direktiven für die Kämpfe des Tages wird geben können, muß abgewartet werden.

Herbstsession (vom 17. November bis 12. Dezember 1903).

In dieser Session wurde der Staatsvoranschlag per 1904 vorgelegt und vom Finanzminister mit einem der in ihrer Art bekannten Exposés einbegleitet. Dann kam das Cliché einer Koerberschen Rede über die Situation und hiermit durch sechs Sitzungstage die unvermeidliche Debatte über die Regierungserklärung. Gen. Ellenbogen präzisierte in einer längeren Rede den Standpunkt des sozialdemokratischen Verbandes und gab einer Reihe von Beschwerden und Forderungen Ausdruck. Unterbrochen wurde diese Debatte am 27. Dezember, um die schmutzige Wäsche der Schimpfakrobaten Fresl und Stein zu waschen. Es handelte sich um den Vorwurf des Stein gegen Fresl, derselbe habe im serbischen Konak Wertsachen gestohlen. Gen. Pernerstorfer benützte die Gelegenheit, um die Verleumdungstaktik der radikalen Radaumacher, vor allem die des Stein, zu brandmarken, und gab schließlich unserer Ueberzeugung Ausdruck, daß sie alle beide stinken.

Auf die Debatte über die Regierungserklärung folgte die Verhandlung des Dringlichkeitsantrages Dr. Dwořak, betreffend die Aufhebung des § 14. In der Debatte ergriff Gen. Pernerstorfer das Wort und brandmarkte den Mißbrauch, den die Regierung seit Jahren mit dem § 14 treibt, aber auch das feige Verhalten der bürgerlichen Parteien und den unechten Charakter des Antrages. Der Antrag wurde abgelehnt. Hierauf kam die Verhandlung von Dringlichkeitsanträgen in Notstandsangelegenheiten, in welcher auch Genosse Hybes das Work nahm und zum Schlusse die Verhandlung der Dringlichkeitsanträge Foŕt, Dr. Ellenbogen und Romanczuk, betreffend die Reform der Verfassung. Gen. Dr. Ellenbogen begründete in einer ausgezeichneten Rede, die weit über die Reihen unserer Partei hinaus volle Beachtung fand, den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und die Gewährung der nationalen Autonomie. Ellenbogen wies auf die Ursachen des politischen und wirtschaftlichen Verfalles hin, ging mit den Sünden der österreichischen Regierungen, dem Servilismus und der chauvinistischen Barbarei der bürgerlichen Parteien strenge ins Gericht und führte den strikten Beweis, daß nur eine große politische Reform, bei welcher die in unserem Antrage enthaltenen Forderungen volle Berücksichtigung finden, Oesterreich vor dem Verderben retten kann. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt. Für die nationale Autonomie stimmten gar nur die Sozialdemokraten und die Italiener.

Dringlichkeitsanträge wurden eingebracht:

Dr. Ellenbogen, betreffend die Haltung der Regierung in der Frage der wissenschaftlichen Forschung (Vivisektion). Anlaß hierzu boten die skandalösen Vorgänge im niederösterreichischen Landtag und die jämmerliche Haltung des Statthalters.

Pernerstorfer, betreffend die Berichterstattung über die noch nicht erledigten Immunitätsangelegenheiten.

Diese Anträge gelangten nicht zur Verhandlung.

Ellenbogen, betreffend die Einsetzung eines 48gliedrigen Ausschusses zur Ausarbeitung eines Entwurfes einer neuen, auf dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechte, sowie auf der nationalen Autonomie fußenden Verfassung. Ueber die Ablehnung dieses Antrages haben wir bereits berichtet.

Anträge wurden in dieser Session vom Verbande nicht überreicht.

Interpellationen wurden 44 eingebracht, von denen wir nur die bemerkenswertesten anführen:

Dr. Ellenbogen, betreffend die Aufhebung des Petroleumzolles.

Pernerstorfer, betreffend die Nichtschließung des niederösterreichischen Landtages.

Ellenbogen, betreffend die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Schuhmeier, betreffend die Lage der Finanzwache.

Eldersch, Hybes, betreffend die Handhabung der Verordnung über die Begnadigung jugendlicher Verbrecher.

Vier Petitionen wurden im vollen Wortlaute im Protokolle aufgenommen und betreffen zumeist die Verhältnisse staatlicher Bediensteter.

Beantwortet wurden 19 sozialdemokratische Interpellationen, und zwar 17 vom Ministerpräsidenten und 2 vom Eisenbahnminister.

Erste Frühjahrssession (vom 8. bis 22. März 1904).

In dieser Session wurden die Obstruktionsanträge Sileny, Kratochwil und Dvořak verhandelt, deren Inhalt uns nicht weiter interessiert. Diese Verhandlungen wurden unterbrochen durch die Mißbilligungsaffairen Dyk contra Iro und Sehnal contra Herzog-Stein. Anmutige Schimpfereien gaben hierzu Veranlassung. Gen. Pernerstorfer nahm in der Affaire Sehnal contra Herzog-Stein das Wort, um diesen parlamentarischen Rowdies gehörig die Meinung zu sagen. Die übrige Zeit der Sitzungen wurde mit der Verlesung des Einlaufes und mit namentlichen Abstimmungen über Petitionen totgeschlagen.

Dringlichkeitsanträge und Petitionen wurden vom Verbande in dieser Session nicht eingebracht.

Interpellationen wurden 38 überreicht, von welchen als bemerkenswert zu verzeichnen sind:

Pernerstorfer, Daszynski, betreffend die Drohungen Luegers gegen Koerber.

Schuhmeier, betreffend die Einfuhr ausländischen Fleisches.

Schuhmeier, Eldersch, betreffend den Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Ellenbogen, betreffend die Ausdehnung der Sonntagsruhe.

Daszynski, betreffend die Regelung des Auswanderungswesens.

Daszynski, betreffend die Verhaftung in Galizien (Russenkurs).

Eldersch, betreffend die Löhne der Salinenarbeiter.

Interpellationsbeantwortungen sind in dieser Session nicht erfolgt.

Zweite Frühjahrssession (vom 19. April bis 10. Mai 1904).

In dieser Session wurden nur die Obstruktionsanträge der Abgeordneten Dvořak und Sileny verhandelt und abgelehnt. Die übrige Zeit wurde in der üblichen Weise totgeschlagen. Am 28. April fand eine Debatte über die Mißbilligungsaffaire Choc contra Steinwender statt, in welcher sogar mit Mehrheitsbeschluß durch Ablehnung der Mißbilligung für Steinwender dem Abgeordneten Choc attestiert wurde, daß er ein dummer Kerl sei. Wie kann man aber auch von diesem Parlamente ein psychiatrisches Gutachten verlangen. Am 22. April hat eine außerordentliche Sitzung stattgefunden, in welcher die Wahlen der Delegationen vorgenommen wurden. Da der Präsident in dieser Sitzung die Vornahme der Verlesung des Einlaufes verweigerte und auch die Bestimmungen der

Geschäftsordnung über die Festsetzung der Tagesordnung als auf die Sitzung nicht anwendbar erklärte, nahm Gen. Pernerstorfer das Wort und legte gegen eine derartige Verletzung der Geschäftsordnung Verwahrung ein. Dieser Protest war notwendig geworden durch die freche Anmaßung einiger parlamentarischer Unterhändler, die für die Erledigung der Reform der Geschäftsordnung eifrig agitierten. Es sollte verhindert werden, daß das Gelingen dieses unsauberen Planes auf dem Wege der außerordentlichen Sitzungen, in welchen dann kein anderer Gegenstand als der auf die Tagesordnung gesetzte zur Verhandlung zugelassen werden sollte, ermöglicht werde. Der Präsident erklärte, daß es langjährige Gepflogenheit sei, die Wahl der Delegation immer in einer außerordentlichen Sitzung vorzunehmen, in welcher weder der Einlauf verlesen noch sonst ein anderer Gegenstand verhandelt werde. Er gab jedoch zu, daß dieser Usus bei der Wahl der Delegation kein Präjudiz bilden könne für die Beratung anderer Gegenstände, bei welcher dann die Bestimmungen der Geschäftsordnung volle Anwendung finden mußten. Dieser Erfolg befriedigte jedoch die Tschechischradikalen nicht und sie begannen auf eigene Faust zu randalieren, um die Vornahme der Wahl unmöglich zu machen. Obwohl voraussichtlich war, daß diese Aktion nur mit einer Blamage enden konnte, da die Wahl nur von einer großen Zahl von Abgeordneten mit Brachialgewalt hätte verhindert werden können, pfiffen, sangen und schrien sie bis zur Bewußtlosigkeit und demolierten die Pulte, bis sie in ihrer physischen Erschöpfung dem Holze nichts mehr anhaben konnten. In diesem Sturme, der der Komik des Theaterdonners nicht entbehrte, wurden jene gewissenlosen Menschen gewählt, die den frivolen Forderungen der Militärkamarilla in so ungeheuerlichem Maße entsprochen und der österreichischen Bevölkerung neue Lasten von nahezu 400 Millionen Kronen aufgebürdet haben. Die Affaire Walewski gab auch Gen. Daszynski Veranlassung, in einer Anfrage an den Präsidenten von der Regierung die Vorlage eines Verzeichnisses jener Abgeordneten zu verlangen, welche mit der Regierung in geschäftlicher Verbindung stehen.

Dringlichkeitsanträge wurden eingebracht:

Ellenbogen, betreffend die Vorkommnisse bei den Wahlen in die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen.

Seitz, betreffend die Aenderung des Reichsvolksschulgesetzes, hinsichtlich der Verteilung der Schullasten auf den Staat, die Länder und die Gemeinden.

Daszynski, betreffend die Regelung des Auswandererwesens.

Seitz, betreffend das Verbot der Heranziehung von schulpflichtigen Kindern zur Erwerbsarbeit.

Schuhmeier, betreffend die Heranziehung des k. u. k. Eisenbahnregiments anläßlich der Ausstandsbewegung der ungarischen Eisenbahner.

Hannich, betreffend die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Hausindustrie,

Daszynski, Pernerstorfer, betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in der Affaire Walewski.

Von diesen Anträgen gelangte keiner zur Verhandlung. Einige derselben wurden gestellt, um gegen die Reform der Geschäftsordnung Obstruktionsmaterial in Bereitschaft zu haben.

Interpellationen wurden 54 eingebracht, von denen als die bemerkenswertesten anzuführen sind:

Ellenbogen, betreffend den Erlaß über Besuch von Kunden durch Reisende.

Eldersch, betreffend die Ausdehnung der Sonntagsruhe auf das gesamte Handelsgewerbe in Mähren.

Ellenbogen, betreffend die Verwendung des österreichischen Eisenbahnregiments und von Ersatzreservisten beim Eisenbahnerstreik in Ungarn.

Ellenbogen, betreffend die Einberufung von Ersatzreservisten zur Dienstleistung bei den ungarischen Staatsbahnen.

Seitz, betreffend die Erhöhung der Verpflegsgebühren bei den Wiener Krankenanstalten.

Ellenbogen, betreffend die Gemeinderatswahlen in Wien.

Hybeš, betreffend Soldatenmißhandlung beim 6. Dragonerregimente in Wels.

Elbersch, betreffend die Verwendung von Soldaten als Streikbrecher aus Anlaß eines Schneiderstreiks in Reichenberg.

Pernerstorfer, betreffend die Verhältnisse der Finanzwache.

Daszynski, betreffend die Arbeitsverhältnisse bei den Restaurierungsarbeiten der Kathedrale und des Königsschlosses am Wawel und die Mißwirtschaft des Krakauer Fürstbischofes Kardinals Puzyna.

Seitz, betreffend die Vorlage der Schul- und Unterrichtsordnung.

Hybeš, betreffend die Lage der Gefangenhausaufseher in Brünn.

Pernerstorfer, Daszynski, betreffend die Beziehungen der Regierung zu den Christlich-Sozialen.

Elderſch, betreffend die Handhabung der Verordnung über die Begnadigung jugendlicher Verbrecher.

Der Eisenbahnminister beantwortete zwei sozialdemokratische Interpellationen.

Anträge und Petitionen wurden nicht überreicht.

Infolge der Unfruchtbarkeit der Session feierten auch beinahe alle Ausschüsse. Die einzige Arbeit, die geleistet wurde, besorgte der Sanitätsausschuß, der ein Subcomité zur Beratung des neuen von der Regierung ausgearbeiteten Apothekengesetzentwurfes einsetzte. Dieses Subcomité, dem auch Gen. Dr. Ellenbogen angehörte, veranstaltete eine Enquete, zu der die Vertreter der Stadt- und Landapotheken, des pharmazeutischen Hilfspersonals, der Aerzte und der Krankenkassen eingeladen wurden. Die Ergebnisse dieser Enquete liegen bereits in deren Protokoll gedruckt vor.

Zum Schlusse wollen wir noch die gesamte Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes während der Berichtsperiode in einige Ziffern zusammengefaßt veranschaulichen.

Die Vertreter des Verbandes haben sich neunmal an der Debatte beteiligt oder zur Begründung von Anträgen das Wort genommen.

Dringlichkeitsanträge wurden zehn überreicht, davon nur einer in Verhandlung gezogen.

Interpellationen wurden 136 eingebracht, davon 7 an die Gesamtregierung, 43 an den Leiter des Ministeriums des Innern, 33 an den Leiter des Justizministeriums (17 derselben wegen Konfiskation), 20 an den Eisenbahnminister, 8 an den Handelsminister, 12 an den Landesverteidigungsminister, 5 an den Finanzminister, 2 an den Ackerbauminister, 2 an den Justiz- und Handelsminister, 1 an den Justiz- und Landesverteidigungsminister, 2 an den Unterrichtsminister und Minister des Innern und 1 an den Minister des Innern und den Landesverteidigungsminister. Von diesen Interpellationen wurden zwei beantwortet.

Petitionen wurden vier überreicht.

Geschäftsordnung

für die Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.
In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt, Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Anträge zum Parteitag.

Zur Abänderung der provisorischen Tagesordnung.

1. Antrag des Parteivorstandes:

Der Parteivorstand sieht sich veranlaßt, zu beantragen, daß nachträglich noch an Stelle des Punktes 6: Die Lebensmittelverteuerung (Berichterstatter: Karpeles) gestellt wird.

2. Antrag der Genossen Seliger und Hillebrand (Teplitz):

In der Tagesordnung ist als Punkt 4 aufzunehmen: Der Generalstreik.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Partei- und Wahlorganisation.

3. Antrag der Lokalorganisation Karlsbad:

In das Parteistatut ist betreffend die Aufstellung von Kandidaten für die Reichsratswahlen folgender Passus aufzunehmen:

Die Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen der V. Kurie in den Reichsrat obliegt lediglich der Konferenz der Genossen des betreffenden Wahlkreises.

Der Parteileitung steht jedoch das Recht zu, eventuell vorhandene objektive Gründe gegen die Aufstellung eines Genossen in der betreffenden Konferenz vor der Abstimmung namhaft zu machen.

Der in der Konferenz gewählte Kandidat gilt jedoch unwiderruflich als Kandidat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für den betreffenden Wahlkreis.

4. Antrag des Landesparteicomités für Vorarlberg und der Lokalorganisation Dornbirn.

In Erwägung, daß in Vorarlberg eine überaus große Arbeitermasse in den Fabriken beschäftigt ist, die bei zielbewußter, tatkräftiger Agitation für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen wäre; in Erwägung, daß diese Arbeiterschaft dem christlich-sozialen Schwindel auf den Leim geht, wenn nicht geeignete Agitationskräfte für uns tätig sind; in weiterer Erwägung, daß im Lande Vorarlberg keine agitatorisch tätigen Genossen vorhanden sind und seitens der Reichsparteileitung höchst selten ein Referent nach Vorarlberg gesendet wird, wahrscheinlich infolge der allzu großen Entfernung, beauftragt der Parteitag in Salzburg die Parteileitung, die Wiederbesetzung des Vorarlberger Sekretariats im Einvernehmen mit der österreichischen Gewerkschaftskommission und den hieran interessierten Zentralorganisationen sofort zu veranlassen, so daß das Sekretariat bis Jänner 1905 besetzt ist.

Da das Proletariat in Vorarlberg durch die Sucht der deutschnationalen Fabrikanten nach billigen Arbeitskräften, obwohl die deutschen Arbeiter ohnehin schon sehr genügsam sind, schon einen großen Prozentsatz Italiener aufweist, wäre es notwendig, wenn entweder ein eigener italienischer Vertrauensmann subventioniert würde oder aber der zukünftige deutsche Sekretär der italienischen Sprache auch mächtig wäre.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Die Lebensmittelteuerung.

5. Antrag des Parteivorstandes:

Die in den letzten Wochen eingetretene außerordentliche Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel ist nicht in der Ungunst der Produktionsbedingungen begründet, sondern die Folge systematischer Treibereien der Agrarier und der Börsenspekulation. Die staatlichen und autonomen Behörden und die Gemeindevertretungen, die diese Bestrebungen auf jede Weise fördern, machen sich an der schamlosen Ausbeutung der breiten Masse der Bevölkerung mitschuldig.

Indem der Parteitag diese Tatsachen feststellt, fordert er die Arbeiterschaft auf, den Kampf gegen das Agrariertum mit größter Schärfe und Energie zu führen und durch den rastlosen Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation den Sieg von Tendenzen zu verhindern, die die wichtigsten Interessen des Proletariats bedrohen.

Der Parteitag erkennt an, daß in dem Kampfe gegen den Lebensmittelwucher auch der wirtschaftlichen Organisation des Proletariats eine wichtige Rolle zufällt, und fordert die Arbeiter auf, unter genauer Beobachtung des Beschlusses des Wiener Parteitages (1903), den Fortschritt der Konsumvereinsbewegung zu fördern.

6. Antrag der Bezirksorganisation Wien XI.

Durch die heurige Mißernte und die hierdurch bewirkte unerhörte Lebensmittelteuerung ist die Not des arbeitenden Volkes in Oesterreich entsetzlich gestiegen. Wenn schon in normalen Zeiten in Oesterreich in allen Lebensmitteln — und zwar insbesondere in Brotgetreide, Fleisch und Zucker — ein gewaltiger Unterkonsum und in dessen Folge eine allgemeine Unterernährung des Volkes besteht, so bedeutet die neuerliche Erhöhung aller Lebensmittelpreise buchstäbliche Hungersnot für das arbeitende Volk.

Mit Rücksicht auf die besorgniserregende Tatsache und in weiterer Erwägung, daß durch das österreichisch-ungarische Zoll- und Handelsbündnis im Falle großer Not infolge gemeinsamen Beschlusses der beiden Regierungen eine zeitweilige Suspendierung der Getreidezölle zulässig ist, beschließt der Parteitag:

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird beauftragt:

1. Im Falle der Einberufung des Reichsrates sofort einen Dringlichkeitsantrag auf Suspendierung der Getreidezölle zu stellen.

2. Einen weiteren Dringlichkeitsantrag einzubringen, der fordert, daß die Personaleinkommensteuer allen steuerpflichtigen Personen, deren steuerpflichtiges jährliches Einkommen weniger als 2000 K beträgt, für das Jahr 1904 erlassen wird.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Parteipresse.

7. Antrag der Lokalorganisation Mährisch-Ostrau (deutsche Sektion):

Viele Leser des Zentralparteiorgans „Arbeiter-Zeitung" haben das Bedürfnis, die „Arbeiter-Zeitung" getrennt vom Unterhaltungsbeiwerk aufzubewahren. Wenn Feuilleton und Romanfortsetzung ausgeschnitten werden, so wird das oft zur Agitation erforderliche Blatt verunstaltet, ja unbrauchbar gemacht. Wir stellen hiermit den Antrag:

Die „Arbeiter-Zeitung" möge, statt das Feuilleton und die Romanfortsetzungen unter dem Striche zu bringen, eine gesonderte tägliche Unterhaltungsbeilage, analog der des „Vorwärts" in Berlin, herausgeben. Eventuell könnten aus Administrationsrücksichten entweder eine oder zwei Seiten mit Inseraten gefüllt werden.

8. Antrag der Wiener Preßkontrollkommission:

Um den notwendigen Kontakt zwischen der Parteivertretung und der Preßkontrollkommission herzustellen, möge der Parteitag beschließen: Ein von der Preßkontrollkommission delegiertes Mitglied hat das Recht, allen Parteivertretungssitzungen mit beratender Stimme beizuwohnen und ist daher auch zu allen Sitzungen einzuladen.

9. Antrag der Bezirksorganisation des VI. Wiener Bezirkes:

Die „Arbeiter-Zeitung" möge auf die einzelnen Gewerkschaften mehr Rücksicht nehmen als bisher, in der Weise, daß allwöchentlich an einem bestimmten Tage den Gewerkschaften mehr Raum zur Veröffentlichung aktueller Artikel zur Verfügung gestellt werde.

Es kommen im Leben auch der kleinen Gewerkschaften derart wichtige Dinge vor, die auch für die breite Oeffentlichkeit von Wert sind. Ein Fachblatt mit seinem kleinen Leserkreis hat nie den Wert wie ein Parteiorgan, das für die Massen geschrieben und verbreitet wird. Der indifferente Arbeiter wird aufgerüttelt, das Unternehmertum fürchtet die Tagespresse, zudem wird es leichter für alle Agitatoren, die Gewerkschafter als Abonnenten zu gewinnen. Die Leitungen der Gewerkschaften verpflichten sich, das Material, beziehungsweise die Artikel einzusenden.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Verfassungsrevision.

10. Antrag der Lokalorganisation Mährisch-Ostrau (deutsche Sektion):

Der Parteitag möge beschließen, es sei von nun ab bei Aktionen und Demonstrationen zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes nachdrücklichst auch die Einführung des Proportionalwahlrechtes zu verlangen. Es sei auch zu veranlassen, daß dieses System und seine Vorteile in Versammlungen und Druckschriften populär gemacht werden, und auch zu betonen, daß dies eine Forderung unseres Programms sei.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Allgemeine Parteiangelegenheiten.

11. Antrag der Lokalorganisation Mährisch-Ostrau (deutsche Sektion):

Trotzdem unsere Abgeordneten im Parlament wiederholt den Antrag auf Einführung der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung gestellt haben, trotzdem auch Petitionen überreicht worden sind und das Ministerium wiederholt darüber interpelliert worden ist, erachten wir es dennoch für notwendig, daß sofort beim Zusammentritt des Parlaments unsere Abgeordneten Einfluß nehmen, damit endlich die Alters- und Invaliditätsversicherung auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gestellt werde.

12. Antrag der Bezirksorganisation Kratzau:

Der Parteitag möge dahin wirken, daß ein Kommunalprogramm ausgearbeitet werde, das für unser Eintreten in die Gemeindewahlen maßgebend sein muß.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Partei- und Kassenbericht.

13. Antrag der Kontrolle:

Der Parteivertretung das Absolutorium zu erteilen.

14. Antrag Skaret (Wien):

Die Angelegenheit Dr. Hugo Stark (Karlsbad), Pechota (Vorarlberg) und Jenischek (Wien) einer Kommission zur Untersuchung und Berichterstattung zuzuweisen.

15. Antrag Dietl (Saaz)

schlägt in die von Skaret beantragte Kommission folgende Mitglieder vor: Barth (Gablonz), Elderisch (Brünn), Muchitsch (Graz), Schäfer (Reichenberg) und Widholz (Wien).

16. Antrag Pernerstorfer-Ellenbogen:

Der Parteitag spricht den italienischen Genossen in ihrem unerschrockenen und aufopferungsvollen Kampfe gegen die Brutalisierungsbestrebungen der italienischen Bourgeoisie die begeisterte Sympathie aus.

Parlamentarische Tätigkeit.

17. Antrag Schrammel und Genossen:

Der Parteitag anerkennt die schwere Lage, in welcher sich der sozialdemokratische Verband innerhalb der gegenwärtig politischen Versumpfung Oesterreichs befindet, und ist daher überzeugt, daß der Verband all seinen Verpflichtungen dem Proletariat gegenüber nach allen Richtungen nachgekommen ist. Er spricht ihm deshalb das Vertrauen und die Anerkennung aus und erwartet, daß derselbe auch in Zukunft mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten wird.

Partei- und Wahlorganisation.

18. Antrag Skaret:

Nachstehenden Beschluß des Grazer Parteitages ins Organisationsstatut aufzunehmen:

Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung, respektive wo diese fehlt, von der Wahlkreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung des Vorschlages der Wahlkreise.

19. Zusatzantrag Skaret:

Die endgültige Aufstellung der so nominierten Kandidaten für den Reichsrat erfolgt mit Ausnahme von Ersatzwahlen durch eine Reichskonferenz, der neben der Parteivertretung die Wahlkreisvertrauensmänner beizuziehen sind.

20. Antrag Seliger:

Am Schlusse des letzten Absatzes des Punktes 1 des Organisationsstatuts wird folgende Bestimmung angeregt: Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Parteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen.

21. Antrag Hackenberg:

Hinter dem Worte Parteivertretung soll eingeschaltet werden: „oder einzelne Mitglieder derselben", so daß der Satz lauten soll: „Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Parteivertretung oder einzelne Mitglieder derselben entscheidet die Parteikontrolle."

22. Antrag Seliger:

Der Punkt 3 (Parteitag) ist wie folgt abzuändern: An Stelle des zweiten Absatzes soll es fernerhin heißen: „Die Delegierten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes oder Wahlkreises bestimmt.

Die Wahl der Delegierten hat in den Konferenzen, beziehungsweise Plenarversammlungen dieser Organisationen zu erfolgen."

Im vierten Absatz desselben Punktes sind die Anfangsworte „Die Wahlkreisvertretungen" zu streichen.

23. Antrag Skaret:

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Organisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Gesamtpartei gelten und steht dem davon Betroffenen das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen. Der Ausschluß aus der Gesamtpartei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Verzichtet oder unterläßt ein Parteigenosse, dessen Ausschluß verlangt worden ist, vom Zeitpunkt der Verständigung an innerhalb vierzehn Tagen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

24. Antrag Winarsky. (Zusatz zum Antrag Skaret):

Nach Absatz 2 dieses Antrages soll eingeschoben werden:

Der Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Genossen gestellt werden.

25. Antrag Winarsky und Genossen:

Absatz 2 und 3 des Punktes 3 des Organisationsstatuts sollen in Hinkunft heißen:

Die organisierten Parteigenossen jedes Ortes, respektive Bezirkes und jedes Wahlkreises der V. Kurie haben das Recht, je einen Delegierten auf den Parteitag zu entsenden. Orte, respektive Bezirke und Wahlkreise, in denen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, eventuell außer dem männlichen Delegierten auch eine Genossin auf den Parteitag zu schicken. Die Wahl der Delegierten hat in den Konferenzen, respektive Plenarversammlungen dieser Organisationen zu erfolgen.

26. Antrag Behr (Kruman):

Die Parteivertretung wird beauftragt, das Organisationsstatut der Partei einer gründlichen Revision zu unterziehen und dasselbe am nächsten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs zur Beschlußfassung vorzulegen.

27. Antrag Witzmann (Wien):

Das Parteiorganisationsstatut, dritter Teil, „Parteitag", 4. Absatz hat zu lauten:

Die Wahlkreisvertretungen, Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter und jener Parteifachblätter, deren Branchenorganisationen die Reichsparteisteuer entrichten, haben gleichfalls das Recht, je einen Vertreter mit Sitz und Stimme auf den Parteitag zu entsenden.

28. Antrag Preußler und Genossen:

Nachdem aus dem Parteibericht hervorgeht, daß in verschiedenen Wahlkreisen die Partei- und Wahlorganisation sowie die Einhebung der Parteibeträge nicht durchgeführt wurden, wird der Parteivorstand beauftragt, in alle jene Wahlkreise, in welchen sich der Durchführung dieser Organisation besondere Schwierigkeiten entgegenstellen, Instruktoren zu entsenden, welche die Vertrauensmännerversammlungen mit allen Einzelheiten der praktischen Arbeit vertraut machen.

Parteipresse.

29. Antrag der Preßkontrollkommission:

Der „Arbeiter-Zeitung" das Absolutorium zu erteilen.

30. Antrag Emmerling:

Um den notwendigen Kontakt zwischen der Parteivertretung und der Preßkontrollkommission herzustellen, beschließt der Parteitag: Ein von der Preßkontrollkommission delegiertes Mitglied hat das Recht, allen Parteivertretungssitzungen, in denen die Presse zur Verhandlung steht, mit beratender Stimme beizuwohnen, und ist daher auch zu diesen Sitzungen einzuladen.

Die Preßkontrollkommission hat das Recht, jederzeit eine Sitzung der Parteivertretung verlangen zu können.

Preßangelegenheiten sind in der Parteivertretung nur unter Beisein eines Mitgliedes der Kontrollkommission zu verhandeln.

31. Antrag Witzmann:

In Erwägung der Tatsache, daß besonders in der Provinz große Massen Arbeiter, wie Weber, Steinarbeiter, Waldarbeiter und sonstige landwirtschaftliche Arbeiter, infolge ihrer tristen wirtschaftlichen Lage nur sehr selten in die Lage kommen, unsere Agitationsschriften kennen zu lernen; in weiterer Erwägung, daß viele dieser Arbeiter zu den Agitationsversammlungen aus irgendwelchen Gründen eben nicht kommen, wird die Parteivertretung beauftragt, auf Verlangen der Wahlkreise von Zeit zu Zeit kleine billige Agitationsbroschüren unentgeltlich zur Verbreitung zu bringen.

32. Antrag Freundlich:

Der Parteitag beauftragt die Administrationen der Parteiblätter, Inserate unlauteren Charakters, insbesondere Ankündigungen, deren Inhalt unseren Parteigrundsätzen zuwiderläuft, sowie solche, welche Mangel an Reellität vermuten lassen, unbedingt zurückzuweisen.

33. Antrag Behr:

Um der Presse größere Verbreitung zu sichern, sollen nicht nur die Redner der Partei in Versammlungen jede Gelegenheit benützen, um auf die Wichtigkeit der Parteipresse und die Notwendigkeit ihrer Verbreitung hinzuweisen, sondern diese Agitation muß, namentlich durch Ausbau und Benützung der Straßen- und Häuserorganisation, beziehungsweise der Parteiorganisation auf dem flachen Lande, entsprechend organisiert werden.

34. Antrag Preußler, Widholz, Grünwald, Wolfik, Frankl und Polke:

Die Anstellung von Redakteuren und des Administrationspersonals der „Arbeiter-Zeitung" sowie die Festsetzung der Gehalte fällt in die Kompetenz der Parteivertretung.

35. Antrag Beer, David und Winarsky:

Der Parteitag weist den Antrag Nr. 34, dessen Berechtigung er anerkennt, der Parteivertretung zu, die die Angelegenheit im Einvernehmen mit der Preßkommission und der Lokalorganisation einer Lösung im Sinne dieses Antrages zuführen soll.

36. Antrag Gröbner, Damask, Richter Paul, Sonnet und Stark:

Die Parteivertretung wird beauftragt, sofort nach dem Parteitag an die Ausarbeitung einer Dienstpragmatik für sämtliche Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" zu schreiten und baldigst das Elaborat der Lokalorganisation zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Kommissionsbericht.

Angelegenheit Dr. Hugo Stark, Pechota und Jenischek.

37. Antrag der Kommission für den Fall Dr. Hugo Stark:

In Erledigung des Antrages der Lokalorganisation Karlsbad betreffend die Affaire des Dr. Hugo Stark gegen Pernerstorfer, Skaret und Hueber konstatiert der Parteitag, daß Dr. Stark nach dem bisher erhobenen Tatbestand keinen Anlaß hat, über eine ihm zugefügte Rechtsverweigerung Klage zu führen.

Die Parteivertretung konnte über die Beschwerde des Dr. Stark nicht entscheiden, weil die von ihm beschuldigten Genossen als Delegierte der Parteivertretung auf der Konferenz in Chodau anwesend waren und deshalb ein von ihr gefälltes Erkenntnis wegen mangelnder Objektivität sehr leicht hätte in Zweifel gezogen werden können.

Die Parteivertretung hat sich um das Zustandekommen eines Schiedsgerichtes bemüht und auch die Beschuldigten haben erklärt, daß sie sich einem schiedsgerichtlichen Urteil unterwerfen.

Das illoyale, unter Parteigenossen nicht übliche Verhalten des Dr. Stark gegen das Schiedsgericht hat zu wiederholtenmalen den Mandatsverzicht von Schiedsrichtern beider Streitteile veranlaßt und sohin die erwünschte Erledigung dieser Angelegenheit unmöglich gemacht.

Der Parteitag hat daher keinen Anlaß, auf das Meritum dieser Angelegenheit einzugehen und stellt es der Erwägung der Parteivertretung anheim, eine Ergänzung unseres Organisationsstatuts durch Aufnahme einer Bestimmung über die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zur Austragung persönlicher Differenzen zu veranlassen.

38. Antrag der Kommission für den Fall Pechota:

Der Parteitag beschließt, dem Ansuchen des seinerzeitigen Vertrauensmannes für Vorarlberg, Franz Pechota, auf Annullierung des in der Vorarlberger Landeskonferenz vom Jänner dieses Jahres gefaßten Beschlusses auf Ausschluß aus der Partei aus formalen Gründen Folge zu geben, ohne zu untersuchen, ob die ihm zur Last gelegten Beschuldigungen den Ausschluß aus der Partei rechtfertigen.

Den Parteigenossen Vorarlbergs soll es hingegen freigestellt sein, wenn sie es dermalen noch für notwendig halten, die erforderlichen Vorkehrungen zur Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu treffen, das, im Sinne des Organisationsstatuts zusammengesetzt, auch die dem Pechota zur Last gelegten Beschuldigungen zu untersuchen und, was das Wichtigste ist, ihn anzuhören hat. Der Parteitag findet es wohl begreiflich, daß die Genossen Vorarlbergs in der damals herrschenden Situation diesen Beschluß faßten, muß jedoch auch seinem Grundsatz, dem Beschuldigten die Möglichkeit der Verteidigung bietend, gerecht werden.

39. Antrag der Kommission für den Fall Jenischek:

Der Ausschluß Jenischeks aus dem Bildungsverein „Lassalle" kann weder der Form noch dem Inhalt nach als gerechtfertigt bezeichnet werden. Jenischek hat aber im Kampfe gegen das ihm widerfahrene Unrecht zu Mitteln gegriffen, die bei strenger Auslegung der Parteiorganisationsbestimmungen seinen nachher erfolgten Ausschluß aus der Partei gewissermaßen rechtfertigen ließen. Aber mit Rücksicht darauf, daß der Fehltritt Jenischeks im Kampfe gegen erlittenes Unrecht erfolgte, beantragt die Kommission: Dem durch die Organisation des XIX. Wiener Bezirkes erfolgten Ausschluß Jenischeks aus der Partei stimmt der Parteitag nicht zu, sondern beschließt: Jenischek ist zwar nicht aus der Partei als ausgeschlossen zu betrachten, aber er hat dadurch, daß er im Streit mit seiner Organisation die Polizei als Helfer angerufen hat, den Anspruch, in der Partei oder einer ihr zugehörigen Organisation eine Funktion zu bekleiden, verloren.

Lebensmittelteuerung.

42. Antrag Kiesewetter und Genossen:

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, die Rede des Gen. Dr. Karpeles über die Lebensmittelverteuerung schnellstens in Broschürenform herstellen zu lassen, so daß diese zur Agitation massenhaft verbreitet werden kann.

40. Zusatzantrag Petersilka, Sever, Volkert und Hanschka zum Antrag Kiesewetter:

Es wird beantragt, in der Broschüre an die Rede des Gen. Dr. Karpeles auch die Reden der Genossen Hackenberg und David anzuschließen.

41. Zweiter Zusatzantrag Witzmann zum Antrag Kiesewetter:

Nach dem Worte „massenhaft" ist einzuschalten: „gratis verbreitet werden kann".

43. Antrag Langer (Wien):

Da durch die Annahme des österreichisch-ungarischen Ausgleiches eine neuerliche Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel bevorsteht, fordert der Parteitag die Parteivertretung sowie den Verband der Abgeordneten auf, zu geeigneter Zeit eine energische Agitation gegen diesen Ausgleich sowie gegen die weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, sei es durch Versammlungen, Verbreitung von Flugschriften oder Demonstrationen, einzuleiten.

44. Antrag Martinet:

In Erwägung, daß durch das österreichisch-ungarische Zoll- und Handelsbündnis im Falle großer Not infolge gemeinsamen Beschlusses der beiden Regierungen eine zeitweilige Suspendierung der Getreidezölle zulässig ist, wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten beauftragt, im Falle der Einberufung des Reichsrates sofort einen Dringlichkeitsantrag auf Suspendierung der Getreidezölle zu stellen.

Verfassungsrevision.

45. Resolution des Referenten.

Angesichts des vollständigen Zusammenbruchs der politischen Organisation Oesterreichs, des endgültigen und unwiderruflichen Bankerotts des Parlaments, dessen Grundlage das Unrecht, dessen höchste Leistung die Verhüllung des Absolutismus ist:

angesichts des ebenso beschämenden wie empörenden Schauspiels eines Verfassungslebens, das nur durch gehäuften Verfassungsbruch weitergefristet werden kann:

angesichts der damit zusammenhängenden fortschreitenden Lähmung jeder politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Völker Oesterreichs

erklärt der Parteitag:

Alle Versuche, die geltende Verfassung aufrecht zu erhalten, müssen an deren inneren, längst offenbar gewordenen Unmöglichkeit scheitern und die Politik des Ministeriums Koerber, die eine kostbare Zeit mit kläglichen Künsteleien vertrödelt, ist eine Politik der Selbsttäuschung, hinter der sich jene Halbheit verbirgt, die von jeher Oesterreichs Fluch war.

Die bürgerlichen Parteien, die an ihren längst hinfällig und gemeinschädlich gewordenen Privilegien borniert festhalten, die den nationalen Streit frivol weiterspinnen und ihn ausnützen, um sich der Pflicht zu entziehen, gegenüber dem Willen der Dynastie die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Völker Oesterreichs mit Energie und Rücksichtslosigkeit zu wahren, betreiben eine Politik der Feigheit und des Volksverrates. Der Parteitag bringt darum neuerlich seine im Programm der österreichischen Sozialdemokratie niedergelegte Ueberzeugung zum Ausdruck, indem er erklärt:

Die Verwesung Oesterreichs kann nur dadurch gehindert werden, daß die Trümmer der abgestorbenen Verfassung entschlossen und gründlich weggeräumt werden; daß der Dualismus beseitigt wird, der Oesterreich politisch entehrt und wirtschaftlich ausbeutet; daß das dann erst selbständig gewordene Oesterreich allen seinen Völkern das Recht und die Möglichkeit voller kultureller Entwicklung gebe, indem es sich als Nationalitätenbundesstaat konstituiert, der jedem Volke auf seinem Gebiete nationale Selbstverwaltung einräumt und der zur Grundlage durchgängig die Demokratie hat. Schließlich erklärt der Parteitag, daß der Beginn jeder Neugestaltung die Beseitigung des Privilegienparlaments und die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes sein muß.

Allgemeine Parteiangelegenheiten.

46. Antrag Winarsky und Genossen:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich verurteilt auf das entschiedenste die total ungesetzlichen Verfolgungen der ungarischen Sozialdemokraten durch die ungarische Regierung, er brandmarkt das asiatische, jeder sozialpolitischen Einsicht bare Willkürregiment Tiszas vor den Augen der zivilisierten Welt und spricht der ungarländischen Sozialdemokratie, die unter so schweren Verhältnissen unbeirrt ihren Kampf für das Recht der Arbeiterklasse und damit für die Umgestaltung Ungarns in einen Staat wirklicher Kultur fortführt, ihre wärmsten brüderlichen Sympathien aus.

47. Antrag Pölzer:

In Erwägung, daß durch das Gesetz vom Jahre 1896 über die Personaleinkommensteuer ein Einkommen von mehr als 1200 Kr., das nicht einmal annähernd ausreicht, daß eine Arbeiterfamilie leben kann, besteuert wird; in weiterer Erwägung, daß durch das dreijährige Durchschnittseinkommen, welches der Bemessung zugrunde liegt, gerade jene, welche durch Arbeitslosigkeit oder kleineren Verdienst in dem betreffenden Steuerjahr nicht steuerpflichtig wären, besteuert werden müssen, beschließt der Parteitag:

Der Sozialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses wird beauftragt, im Parlament dahin zu wirken, daß die Besteuerung erst dann einzutreten hat, wenn der durch das Dreijahrsdurchschnittseinkommen erzielte steuerpflichtige Betrag 2000 K übersteigt.

48. Antrag Schiller und Genossen:

Die Gefertigten beantragen, den nächsten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs in Reichenberg abzuhalten.

49. Antrag Rießner:

Der nächste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs findet in Brünn statt.

Erster Verhandlungstag.

Montag den 26. September 1904. — Vormittags 9 Uhr.

Preußler (Salzburg): Namens der Salzburger Genossen gestatte ich mir, Sie auf das herzlichste zu begrüßen. Wenn Sie von Salzburg sprechen, so denken Sie nicht an gewaltige Kämpfe, wie wir sie etwa in Böhmen oder Niederösterreich haben. Hier entwickeln sich die Dinge bloß im kleinen und wir sind bescheiden. Dennoch können wir uns einer bedeutenden sozialdemokratischen Organisation rühmen. Leben wir auch in einem industriearmen Lande, so mag dafür der Gemütsreichtum der Alpenländer beigetragen haben, daß unsere hehre Idee hier rasche Wurzel fassen konnte, als die materiellen Vorbedingungen sich entwickelten. Was in Salzburg von seiner Hände Arbeit lebt, ist sozialdemokratisch. Das Land ist noch eine Hochburg des Klerikalismus, der in Oesterreich so lange die proletarische Entwicklung niedergehalten hat. Deshalb wird uns der Parteitag nicht bloß eine Schule sein für die Stärkung unserer Erkenntnis, sondern auch uns Ansporn geben zu unermüdlicher Arbeit im Dienste der Idee. Wir heißen Sie darum auf das herzlichste willkommen. Ich bin ersucht worden, auch im Namen der hiesigen Arbeitertouristen, der „Naturfreunde", einige Worte der Begrüßung an Sie zu richten, und bitte Sie hiermit, die hübschen Edelweißsträußchen in Empfang zu nehmen, die dieser Verein jedem einzelnen Delegierten gewidmet hat. (Lebhafter Beifall.) Nehmen Sie dieses kleine Geschenk als Zeichen, daß die braven Genossen, die gewohnt sind, die mächtigen Bergriesen dieses Landes zu bezwingen, auch erfüllt sind von der Pflicht der Solidarität mit euch im Kampfe gegen die riesenhaften Mächte, die vergebens unseren Siegeslauf hemmen wollen (Beifall), daß sie entschlossen sind, den sozialistischen Gedanken bis ins letzte Alpendorf zu tragen.

Tomschik (Wien): Gestatten Sie, daß ich im Namen der Parteileitung erwidere. Wir sind gewiß alle von dem herzlichen Empfang, den uns die Salzburger Genossen bereits gestern bei der Vorbesprechung zuteil werden ließen, freudig bewegt. Es berührt uns freudig, daß es im schönen Lande Salzburg, wo leider die Sonne noch mit Kutten verhängt ist, die Arbeiter mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie eines Sinnes sind. Hoffen wir, daß Sie auch bald so schöne Siege erkämpfen wie unsere Genossen in Steiermark; hoffen wir, daß es auch Ihnen bald gelingt, alle Unterdrückten zu überzeugen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ernstlich die Lage der arbeitenden Klassen verbessern will und kann. Wir schreiten nun zur

Konstituierung des Parteitages.

Skaret (Wien) schlägt vor als Vorsitzende: Tomschik (Wien) und Preußler (Salzburg); als Schriftführer: Muchitsch (Graz), Schrammel (Aussig) und Winarsky (Wien).

Die Vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt.

Hierauf wird die Geschäftsordnung festgesetzt, der von Genosse David (Wien) gestellte Antrag auf eine ununterbrochene Arbeitszeit von 9 Uhr bis 3 Uhr nachmittags abgelehnt und der Antrag Skaret, von 8 bis 12 Uhr mittags und von 2 bis 6 Uhr abends zu tagen, angenommen.

Skaret (Wien) bespricht kurz die zur Aenderung der Tagesordnung gestellten Anträge und empfiehlt die Einschaltung des vom Parteivorstande vorgeschlagenen Punktes „Die Lebensmittelverteuerung". Dagegen empfiehlt er die Ablehnung des Antrages Seliger und Hillebrand, daß auch der Generalstreik auf die Tagesordnung gesetzt werde mit nachstehender Motivierung:

Eine Diskussion über den Generalstreik ist nicht dringend, weil die österreichische Arbeiterschaft klar darüber ist, daß der Generalstreik als Allheilmittel zur Durchführung unserer letzten Ziele eine Utopie ist, daß aber der politische Massenstreik ein unter gewissen Umständen brauchbares und wirksames Mittel der Aktion ist, auf das das Proletariat nicht verzichten kann und das es sich vorbehält, und weil schließlich der Amsterdamer Kongreß eine durchaus bestimmte und sachgemäße Resolution in dieser Frage beschlossen hat.

Angenommen.

Weiters wird beschlossen, daß der Punkt „Generalstreik" auf die Tagesordnung des nächsten Gesamtparteitages gestellt werde.

Es wird sodann die

Tagesordnung

wie folgt festgesetzt:

1. Konstituierung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. Berichte:
   a) der Parteivertretung, Berichterstatter: Skaret;
   b) Kassenbericht, Berichterstatter: Ellenbogen;
   c) der Kontrolle;
   d) über die parlamentarische Tätigkeit, Berichterstatter: Eldersch.
3. Partei- und Wahlorganisation, Berichterstatter: Skaret.
4. Lebensmittelverteuerung, Berichterstatter: Karpeles.
5. Parteipresse, Berichterstatter: Emmerling.
6. Wahl der Parteivertretung.
7. Verfassungsrevision, Berichterstatter: Adler.
8. Allgemeine Parteiangelegenheiten.

In die Mandatprüfungskommission werden gewählt: Abram (Innsbruck), Seliger (Teplitz), Sever (Wien), Tuller (Leoben) und Zuschratter (Jägerndorf).

Skaret: Für die vorbereitende Kommission zur Wahl in die Parteivertretung schlage ich folgende nominierte Mitglieder vor: für Wien: Polke; für Niederösterreich: Hackenberg; für Böhmen: Reitzner; für Steiermark: Ausobsky; für Oberösterreich: Spielmann; für Salzburg und Tirol: Rattay und für Mähren: Freundlich.

Der Vorschlag wird angenommen.

Tomschik begrüßt nun die erschienenen auswärtigen Delegierten, Abgeordneten v. Vollmar (München), Remec (Prag) und Großmann (Budapest).

Vollmar: Parteigenossen! Es ist mir der ehrenvolle und erwünschte Auftrag geworden, Sie im Namen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands herzlichst zu begrüßen und Ihrer Tagung beizuwohnen. Wir Sozialdemokraten nennen uns mit Recht international. Denn das werktätige Volk, dessen Interessen wir vertreten, wird in allen Ländern von den herrschenden Klassen wesentlich gleich unterdrückt und ausgebeutet, woraus sich notwendig eine Interessengemeinschaft und Kampfgenossenschaft unter den sozialistischen Parteien aller Länder ergibt. Darum beobachten wir mit Aufmerksamkeit unsere gegenseitigen Aktionen und Fortschritte, um uns vor Einseitigkeit und Selbstgenügsamkeit zu behüten, um zu vergleichen und aus den Erfahrungen aller zu lernen. Wenn wir dies aber gegenüber den Bruderparteien aller Länder tun, so stehen wir noch in einem ganz besonderen Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs. Unsere beiden Parteien haben einen gemeinsamen Ursprung und sind von jeher brüderlich Hand in Hand gegangen; und wenn auch die Politik der Herrschenden unsere Länder von einander getrennt hat, so sind wir doch ein Volk mit gleicher Sprache und Sitten, mit gleichem Denken, Fühlen und Streben und werden es bleiben! (Beifall.) Ich darf wohl auch noch hinzufügen, daß

es gerade mich als Bayern besonders freut, zu Ihnen sprechen zu können; tagen Sie doch unmittelbar vor unseren Toren, und ist uns doch kein Volk durch die Bande des Blutes und des Gefühles näher verbunden.

Parteigenossen! Auch die geschichtliche Entwicklung in unseren beiderseitigen Reichen zeigt, wenn auch nicht Gleichheit, so doch viele Aehnlichkeiten. Viele Ueberlebtheiten, mit denen wir uns herumzuschlagen haben, sind in Deutschland und in Oesterreich die gleichen, und wenn es auch richtig ist, daß Sie davon noch eine ziemliche Portion über uns hinaus zu tragen und Hindernisse zu überwinden haben, die wir nicht oder nicht in demselben Maße kennen, die Ihren Kampf besonders schwer machen und Ihnen unsere ungeteilte Sympathie sichern: so können wir gelegentlich auch wieder hinter Euch zurück sein. Denn während ich hier frei zu Ihnen spreche, haben wir es in Deutschland kürzlich erleben müssen, daß unser Freund Pernerstorfer, der gehofft hatte, im Deutschen Reiche freier atmen zu können (Heiterkeit), nicht nur den preußischen Maulkorb zu spüren bekam. Und wenn es schon schlimm genug war, daß Preußen auch in diesem Falle einen Schimpf auf Deutschland gebracht hat, wie es das leider so oft tut — ich brauche da nur auf die Beziehungen zu Rußland hinzuweisen — so kam noch das Schlimmere hinzu, daß sich auch eine süddeutsche Regierung gefunden hat, die Preußen Schergendienste leistete und damit die gleiche Verurteilung über sich gebracht hat. Wenn darum unser Freund Schuhmeier in Bremen gemeint hat, daß er mit einem gewissen Neide auf unsere Verhältnisse blicke, so können Sie sehen, daß man hier doch sehr kritisch sehen muß, und daß, wenn vielleicht manches für Sie besser erscheinen mag, doch auch wir in Deutschland viele der allereinfachsten und ursprünglichsten politischen Rechte uns erst noch zu erkämpfen haben.

Unsere Parteidiskussionen in den verschiedenen Ländern sind im Laufe der letzten Zeit vielfach lebhafter geworden und das scheint mir sehr natürlich. Denn mit der fortschreitenden Entwicklung, mit der gewaltigen Ausdehnung des Einflusses, den die Sozialdemokratie auf die öffentlichen Angelegenheiten ausübt, mit dem steten Fortschreiten auf dem Wege zur Erringung der politischen Gewalt kommen naturgemäß mehr und mehr neue Aufgaben in unseren Gesichtskreis, an die wir früher kaum gedacht oder die wir wenigstens in einem wesentlich anderen Lichte gesehen haben, deren Lösung sich aber heute aufdrängt. Daraus resultierten mit Naturnotwendigkeit Meinungskämpfe, und wir wollen uns nicht darüber täuschen, daß wir hier noch viel zu tun haben werden, bevor wir zu voller Klarheit kommen. In einem solchen Stadium müssen wir um so mehr von einander lernen und verstehen, daß eine ruhige, scharfsinnige Beobachtung der Tatsachen nicht minder notwendig ist als das begeisterte Eintreten für unsere Prinzipien. Vor allem aber wollen wir niemals vergessen, daß die Meinungskämpfe in diesen Dingen kein anderes Ziel haben, wie man am besten und erfolgreichsten der Sache dienen kann, für die wir alles, was in unseren Kräften steht, einsetzen wollen.

In diesem Sinne begrüße ich Sie nochmals im Namen der deutschen Sozialdemokratie und wünsche Ihnen den besten Erfolg Ihrer Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Großmann: Ich bin beauftragt, Ihnen die besten Grüße der ungarischen Sozialdemokratie zu überbringen. In einer Zeit, da in Ungarn der Wahnsinn des Chauvinismus tobt, fühlen wir uns doppelt verpflichtet, unsere Zusammengehörigkeit und unsere Solidarität mit den österreichischen Arbeitern zu dokumentieren. Wir haben in dem letzten Jahre nicht sehr viel von unserer Partei hören lassen. Wir haben den Ratschlag Adlers, den er Ihnen in Aussig gegeben hat: „Zurück in die Organisationen" nach unserer Weise erfüllt. Wir haben die Zeit benützt, um neue Organisationen zu schaffen und die bestehenden zu stärken. Unsere ganze Arbeit war dem Sammeln unserer Kräfte gewidmet, denn wir stehen vor heftigen Kämpfen. Die Unternehmerklasse unseres Landes hat von den ausländischen Unternehmern alles Schlechte gelernt. Wir haben gegenwärtig große Aussperrungen — zehntausend

Bauarbeiter sind schon ausgesperrt und heute sollen in Budapest 2000 Buchbinder ausgesperrt werden — die Unternehmer kämpfen mit den schändlichsten Mitteln gegen uns und die Staatsgewalt steht ihnen völlig zur Verfügung. Wir haben eine Regierungsverordnung an die Gerichtshöfe, daß diese gegen die Sozialdemokraten energischer vorgehen sollen, eine Verordnung, in der ausdrücklich angeführt ist, daß die Polizeibehörden sich darüber beklagen, daß die Gerichte ihnen im Kampfe gegen die Sozialdemokraten nicht vollständig zu willen sind. Infolge dieser Verordnung sind bereits zwei Genossen zu zweieinhalb Jahren, respektive zwei Jahren Zuchthaus wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt worden. Wir haben keine Preßfreiheit, unsere Presse wird nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv verfolgt. Wir haben kein Vereins- und Versammlungsrecht und so keine Agitationsfreiheit. Wir haben es sogar erlebt, daß die Unternehmer offen an die Regierung die Forderung richteten, sie möge bei Streiks fremde Arbeiter ausweisen und die einheimischen einsperren. Dieser Wahnsinn wird in Ungarn ganz ernsthaft behandelt und in einer Stadt — Békes-Gyula — wurde er auch durchgeführt. Dort wurden am ersten Tage des Streiks der Bauarbeiter alle Streikenden eingesperrt und die nicht Zuständigen abgeschoben. (Hört!)

Wir haben also einen noch schwereren Kampf zu führen als Sie und unsere Zustände lassen sich vielfach nur mit den russischen Zuständen vergleichen. Die moralische Unterstützung, die wir bei unserem Kampfe — und wir stehen jetzt auch im Kampfe ums Wahlrecht — von Ihnen erwarten, wird uns, davon sind wir überzeugt, auch zuteil werden. (Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik:** Wir erwidern die Grüße unserer ausländischen Genossen auf das herzlichste; es ist selbstverständlich, daß wir die Vorgänge in den Bruderparteien mit unserem lebhaftesten Interesse verfolgen, und Sie können unserer wärmsten Sympathien sicher sein. (Beifall.)

Nun werden die eingelaufenen **Begrüßungsschreiben** verlesen.

Den

Bericht der Parteivertretung

erstattet

Skaret: Ich habe nur noch einige Bemerkungen zu dem Ihnen vorliegenden Bericht zu machen. Es ist wahr, wir leben in einer Zeit, wo man am politischen Leben verzweifeln könnte, und wir konnten wiederholt an unseren Parteigenossen das Drängen nach politischen Aktionen wahrnehmen. Es ist auch in der letzten Zeit wiederholt die Klage über die Parteivertretung laut geworden, sie lasse sich allzuviel von der schlechten politischen Situation beeinflussen und sie lasse es an der notwendigen Initiative fehlen. Es ist ja sehr erfreulich, wenn man diesen Tätigkeitsdrang merkt, aber wenn Sie glauben, daß es von der Parteivertretung abhängt, große politische Aktionen zu machen, oder wenn Sie sich beschweren, daß diese politischen Aktionen nicht gemacht wurden, so möchte ich Sie nur auf eines verweisen: Was sollen alle die großen politischen Aktionen, wenn jene Stelle, wohin unser Ruf dringen soll, schon seit Jahren vollständig versagt? Ich meine, es ist verfehlt, wenn Sie immer uns Vorwürfe machen, daß wir nichts machen und daß dadurch das ganze Parteileben versumpfe. Wir haben ja eine Reihe von verschiedenartigsten Aktionen unternommen. Ich erinnere Sie nur an die Demonstration gegen die Militärforderungen, den Zoll- und Lebensmittelwucher 2c. Aber wenn der Tätigkeitsdrang unter Ihnen gar so groß ist, so meine ich, daß die Parteigenossen wohl auch aus eigener Initiative jene Veranstaltungen treffen könnten. Wir haben — wie bereits erwähnt — im Frühjahr wieder größere Aktionen wegen der Militärforderungen gehabt. Wir haben immer hinausgehorcht, ob sich denn dort nichts rührt, und wir mußten — es ist bedauerlich, daß es so ist — neuerlich hinausgehen und den Wahlkreisen sagen: So rührt euch doch auch!

Das und vieles andere beweist, daß es durchaus nicht immer an der Parteivertretung gelegen ist, wenn draußen nicht immer das geschieht, wovon

die Genossen glauben, daß es geschehen sollte. Die Genossen sollten doch auch selbst solche Dinge in Angriff nehmen und brauchten da nicht immer erst auf das Acquit von Wien zu warten.

Was die Entwicklung unserer Organisation seit Aussig anlangt, muß ich konstatieren, daß wir damit — einige wenige Wahlkreise ausgenommen — sehr zufrieden sein können. Wohl machen wir keine besonders großen Sprünge, aber wir haben immerhin gerade in den letzten Jahren bemerkt, daß die Wahlkreise nunmehr den Ausbau ihrer Organisation ganz energisch in die Hand genommen haben und daß die Organisationen in der Tat eine festere und solidere Basis erhalten haben. Die Parteivertretung ist bestrebt, diese Organisationen, so weit als in ihren Kräften steht, zu unterstützen, und wir haben in der letzten Zeit wiederholt trotz unserer knappen Mittel an eine Anzahl Vertrauensmänner Subventionen erteilt, damit jemand in den einzelnen Bezirken, respektive Wahlkreisen, die Aufgaben der Partei erfüllen könne, ohne Furcht, gemaßregelt zu werden und dann die Stätte seiner Tätigkeit verlassen zu müssen. Vielfach ist ja unsere ganze politische und wirtschaftliche Organisation davon abhängig, ob wir einen unabhängigen Vertrauensmann erhalten können. Freilich können wir allen Anforderungen, die an uns herantreten, da nicht nachkommen. Es gibt heute fast keinen nennenswerten Parteiort, der nicht bestrebt wäre, einen solchen unabhängigen Agitator zu besitzen, und wir müßten uns die Parteikasse unserer deutschen Parteigenossen ausleihen, um allen diesen Forderungen Genüge zu tun. (Heiterkeit.) Und solche Forderungen werden oft in ganz unangebrachter Weise gestellt. Wir haben vor kurzem in Nordwestböhmen, dem zweijährigen Drängen der Genossen nachgebend, einen Vertrauensmann angestellt, nachdem wir lange genug uns dagegen gewehrt hatten, mit der Begründung, daß ohne jede Organisation und ohne jede finanzielle Grundlage kein Vertrauensmann über Wasser gehalten werden könne. Aber die Genossen schrieben uns immer: Gebet uns zuerst einen Vertrauensmann und wir werden euch zeigen, was wir aus dem Bezirke zu machen imstande sind. So haben wir dem ewigen Drängen nachgegeben. Aber die Genossen waren nicht imstande, auch nur die allerbescheidensten Anforderungen befriedigen zu können, und vor acht oder vierzehn Tagen hat der Vertrauensmann seinen Posten wieder verlassen müssen. Ich führe das nur an, weil die Parteigenossen in ihrer Kritik oft durchschimmern lassen, als ob es böser Wille wäre, wenn wir nicht allen ihren Forderungen nachgeben. Die Subventionen, die die Parteivertretung an Vertrauensmänner leistet, betragen monatlich über 400 K, immerhin bei unseren beschränkten Mitteln eine nicht zu unterschätzende Ziffer, besonders wenn man bedenkt, wie viel wir auch sonst noch für die Agitation auszugeben haben.

Nun muß ich noch eines Umstandes Erwähnung tun, der sich in den letzten Jahren sehr zum Schaden der Partei herausgebildet hat. Da ist bei Ersatzwahlen, sei es für den Reichsrat, sei es für den Landtag, wiederholt beschlossen worden, auch wenn der Wahlgang noch so aussichtslos war, einen Kandidaten aufzustellen, damit glaubte man auch schon alles getan zu haben. Mangels der hierzu notwendigen Agitation war die Folge, daß unser Kandidat weit weniger Stimmen erhielt als in früheren Wahlgängen, was durchaus nicht geeignet ist, das Prestige unserer Partei zu heben. Wenn wir uns einmal an einer Wahl beteiligen, so müssen wir das doch mit aller Kraft tun und müssen allen unseren Ehrgeiz daransetzen, vorwärts zu kommen und nicht zurückgeschlagen zu werden. Es ist eine zweifellos falsche Taktik, den Kandidaten aufzustellen und dann nichts für die Kandidatur zu tun.

Aber wenn wir auch derartige Vorkommnisse rügen müssen, so müssen wir doch andererseits auch wieder erfreuliche Zeichen von Tatkraft und Opfermut rühmend hervorheben, wie sie sich zum Beispiel bei den letzten Landtagswahlen in Steiermark gezeigt haben. Wenn wir auch bloß imstande waren, zwei Mandate aus diesem Wahlkampf zu holen, so hat doch die Wahl das ganz bedeutende Erstarken unserer Parteiorganisation in Steiermark geoffenbart. (Beifall.)

Und nun muß ich eine Angelegenheit besprechen, die in der letzten Zeit schon einigermaßen aus der Parteidiskussion verschwunden ist, die aber leider noch immer einige Genossen beschäftigt: die Angelegenheit des Simon Stark. Wir haben uns lange bemüht, den auf Abwege Geratenen wieder zur Vernunft zurückzuführen, und die Parteivertretung hat wiederholt Konferenzen und Besprechungen im Egerer Wahlkreis abgehalten, um doch einen Ausgleich zu ermöglichen. Bei der letzten Konferenz am 10. Mai 1903 waren Adler und ich anwesend, und wir haben uns redlich Mühe gegeben, den Zwist beizulegen. Es hatte auch fast den Anschein, als ob die Sache gut werden wollte, und die Anhänger Starks haben, wenn auch keine bindende Zusage, so doch das Versprechen gegeben, nunmehr wieder gemeinsam mit den übrigen Organisationen arbeiten zu wollen. Aber schon die Zieditzer Konferenz, die vierzehn Tage später tagte, hat unsere Absichten wieder über den Haufen geworfen und wir haben gesehen, wie Simon Stark versucht hat, selbständig politische Lokalorganisationen zu gründen, und wie er sein Blatt zu vertreiben und Kopfblätter von diesem zu gründen versuchte: allerdings nicht mit dem von ihm gewünschten Erfolg. Leider blieb kein anderer Ausweg, um endlich mit diesen Quertreibereien fertig zu werden, als die Konstatierung, daß sich Simon Stark mit Rücksicht auf sein Verhalten außerhalb unsere Partei gestellt hat.

Nun ist es begreiflich, daß sich solche persönliche Angelegenheiten, je stärker wir werden, immer häufiger wiederholen, und wir hatten in der letzten Zeit noch einen zweiten solchen Fall, der allerdings nicht denselben Umfang angenommen hat: das ist eine Angelegenheit in Vorarlberg. Unser ehemaliger Landesvertrauensmann Pechota hat dort verschiedene Dummheiten gemacht, die zur Folge hatten, daß er aus der Vorarlberger Organisation ausgeschlossen wurde. Ich betone ausdrücklich, daß die Ausschließung nicht in Gemäßheit des Organisationsstatuts erfolgte, sondern kurzerhand ohne Schiedsgericht vorgenommen wurde. Nun hat sich Pechota, der sich in der Schweiz befindet, an den Parteitag gewendet und protestiert gegen seine Ausschließung.

Noch ein anderer persönlicher Konflikt hat uns zu beschäftigen. Auf einer Wahlkreiskonferenz des Egerer Wahlkreises, die im März in Chodau stattfand und an der für die Parteivertretung Pernerstorfer und ich teilnahmen, sind wir mit Dr. Hugo Stark aus Karlsbad scharf aneinandergeraten. Die Ursache lag darin, daß er die Motive, die die Parteivertretung in bestimmten Fragen leiteten, zu verdächtigen suchte und daß er eine frühere Anwesenheit Huebers zum Vorwand nahm, um Privatgespräche in entstellender Weise gegen die Parteivertretung auszunutzen. Wir haben damals vielleicht scharfe, aber, wie ich glaube, nicht ganz unberechtigte Worte gebraucht, durch die sich Stark in seiner Ehre gekränkt fühlte. Er wendete sich nach dieser Konferenz an die Parteivertretung und verlangte die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zur Untersuchung des Falles. Die Parteivertretung hat diesem Ansuchen Rechnung getragen, aber das Schiedsgericht wurde durch die Art, wie Dr. Stark es angriff, gesprengt. Es waren die von ihm bestimmten Schiedsrichter, die sich durch die Art seiner Schreiben beleidigt fühlten und ihre Mandate zurücklegten. Unsere Schiedsrichter haben diese Zurücklegung einfach zur Kenntnis genommen und damit war die Angelegenheit für uns erledigt. Nun wendete sich Stark nachträglich noch ein paarmal an diese und jene Personen, die allerdings kein Mandat hatten, mit dem Verlangen, ein Schiedsgericht einzusetzen, bis endlich die Karlsbader Lokalorganisation an die Parteivertretung das neuerliche Ersuchen stellte, ein Schiedsgericht gegen Skaret, Pernerstorfer und Hueber einzuberufen. Die Parteivertretung betrachtete die Angelegenheit mit der Niederlegung der Mandate der Schiedsrichter Dr. Starks für sie als erledigt. In Konsequenz dieses Beschlusses lehnte die Parteivertretung beidemale das Ansuchen der Lokalorganisation auf Wiedereinsetzung eines Schiedsgerichtes ab. Die Folge ist, daß sich nunmehr die Lokalorganisation Karlsbad, die die Angelegenheit Stark zu der ihren gemacht zu haben scheint, an den Parteitag wendet, damit dieser Stark „Gerechtigkeit

widerfahren lasse". Nun kann die Angelegenheit aus zwei Gründen hier nicht erörtert werden. Zunächst ist es eine rein persönliche Angelegenheit und wir haben uns noch auf keinem Parteitag mit solchen Dingen mehrere Stunden lang aufgehalten und wir haben auch nicht die Zeit dazu. Dazu kommt, daß der eigentliche Ankläger auf dem Parteitag gar nicht anwesend ist.

Wir schlagen Ihnen daher vor, die Angelegenheit der Ausschließung Pechotas wie auch den Antrag der Karlsbader Organisation wegen des Schiedsgerichtes einer fünfgliedrigen Kommission zuzuweisen, die die Sache prüfen und dann dem Parteitag Bericht erstatten soll.

Nun ist aber in letzter Stunde noch ein Schreiben eingelangt von einem Genossen Jenischek, der vor ungefähr zwei Jahren aus der Bezirksorganisation Wien XIX ausgeschlossen wurde. In Aussig wurde vom Parteitag an den er rekurrierte, die Ausschließung aufgehoben, aber mit Rücksicht auf die groben Verstöße Jenischeks und auf die ganze Art seines Betragens in der Organisation beschlossen, er sei zu keiner Partei- oder Vereinsfunktion zuzulassen. Gegen diese Einschränkung wendet sich der neuerliche Rekurs des Jenischek und bitte ich Sie, auch diese Sache der Kommission zu überweisen.

Ich bin fertig und bitte Sie nur, die Tätigkeit der Parteivertretung nicht so zu beurteilen, daß wir Sie immer anzuweisen haben, was für Aktionen gemacht werden sollen. Tun Sie in Ihrer Organisation, was notwendig und möglich ist. Dort, wo in den beiden letzten Jahren genügend gearbeitet worden ist, haben wir Erfolge aufzuweisen und unsere Organisation hat dort ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Leider ist das aber nicht überall in dem notwendigen Ausmaße geschehen. Ich hoffe aber, daß wir auch dort, wo es bisher nicht nach Wunsch gegangen ist, Erfolge verzeichnen werden. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Tomschik** (Wien).

Den

Kassenbericht

erstattet

Dr. **Ellenbogen:** Aus meinem gedruckt vorliegenden Bericht werden Sie ersehen, daß die Parteisteuereingänge angewachsen sind, woraus Sie deutlich erkennen können, in welchem Grade die Organisation in der Provinz fortschreitet. Es muß festgehalten werden, daß diese Fortschritte in einer Zeit zu verzeichnen sind, wo die schleichende Krise auf den Gipfelpunkt gestiegen ist. Da haben wir eine Steigerung um 31 Prozent an Parteisteuer zu konstatieren. Tatsächlich hat sich herausgestellt, daß durch den auf dem Linzer Parteitag gefaßten Beschluß die einzelnen Organisationen enger an die Parteileitung angeschlossen wurden, wodurch eine genaue Kontrolle über die Entwicklung der Organisationen in der Provinz ermöglicht wurde. Wir sind jetzt in der Lage, in jedem Augenblick sagen zu können, ob eine bestimmte Organisation fortschreitet oder ob sie stagniert. Allerdings wäre es wünschenswert, daß die Genossen uns hier ausführlicher berichten und wenigstens auf dem Parteitag uns einen besseren Einblick in ihre Tätigkeit geben würden.

Von den einzelnen Ausgabsposten sei angeführt, daß wir für Agitation 5591 K ausgegeben haben, für die spezielle Agitation anläßlich der Aktion für die Altersversorgung 242 K; das ist nur der Rest dieser Ausgabe, der in die letzte Periode fällt. Für Subventionen haben wir 9750 K ausgegeben, für Delegationskosten zu den verschiedenen Konferenzen 2719 K, und wenn wir diese Posten mit anderen kleineren Posten zusammennehmen, so ergeben sich Agitationskosten im Betrage von 24.193 K. Auch für Prozesse haben wir 1774 K ausgegeben; das ist vielleicht auch ein Zeichen der Zeit, ich meine die Geringfügigkeit der Summe gegenüber der vergangenen Perioden. 1760 K haben wir an die Gesamtexekutive abgeliefert.

Das sind einige Ziffern, die ich Ihnen anführen mußte; das übrige haben Sie in dem Ihnen vorliegenden gedruckten Bericht.

Den

Bericht der Kontrolle

erstattet

Beer (Wien): Wir haben die Geschäfte der Partei gewissenhaft geprüft und sind auf Grund der Ergebnisse zu der Ueberzeugung gekommen, daß alles in vollster Ordnung ist. Der Parteikassier Ellenbogen hat darauf hingewiesen, daß eine erfreuliche Steigerung der Einnahmen zu verzeichnen sei. Ich glaube jedoch, es ließe sich auf diesem Gebiete noch mehr tun, als bisher geschehen ist. Ganz besonders verweise ich darauf, daß sich im Berichte auf jenen Seiten, die die Abgaben der Organisationen an die Parteikasse ausweisen, ganz bedauerliche Lücken finden. Das beweist, daß die Organisationen nicht pünktlich zahlen. Wir beantragen, dem Parteivorstand und dem Parteikassier das Absolutorium zu erteilen.

Dietl (Saaz): Wir haben auf dem Parteitag eine ganze Menge Angelegenheiten zu erledigen, können uns also mit den persönlichen Angelegenheiten nicht befassen. Wir müssen es der Kommission überlassen, die Angelegenheit Dr. Stark, Pechota-Vorarlberg und Jenischek-Wien zu überprüfen, die auch in der Lage ist, den diesbezüglichen Briefwechsel einer eingehenden und gründlichen Prüfung zu unterziehen. Bei der Zusammensetzung der Kommission müssen wir auf die einzelnen Länder Rücksicht nehmen, damit sich kein Teil benachteiligt fühlen kann. Ich beantrage: Widholz, Elderfch, Muchitfch, Schäfer und Bartel.

Seliger (Teplitz): Skaret hat die Affaire Simon Stark nicht ganz richtig dargestellt, indem er von einer Ausschließung Starks sprach. Es lag der Landeskonferenz der deutschen Wahlkreise in Böhmen, die sich mit der Sache beschäftigt hat, der Antrag vor, die Ausschließung Simon Starks gutzuheißen. Aber die Konferenz erkannte, daß eine Ausschließung überflüssig ist, weil sich Stark durch seine Tätigkeit selbst außerhalb des Rahmens der Parteiorganisation gestellt hat, und es blieb der Organisation nichts übrig, als den Austritt Starks aus der Partei zur Kenntnis zu nehmen. Das ist dann auch auf der Kreiskonferenz des Falkenauer Wahlkreises so beschlossen worden. Ich muß das deshalb erzählen, weil Stark überall damit krebsen geht, daß er wegen abweichender Meinungen ausgeschlossen worden sei.

Dr. Ellenbogen hat den Wunsch ausgesprochen, es mögen sich die Parteigenossen hier aussprechen, wie es in der Provinz aussieht. Das ist in zehn Minuten schwer zu sagen. Die Berichte, die Ihnen vorliegen, geben gewiß kein richtiges Bild der Verhältnisse in den Wahlkreisen. Ich kann hier nur über das sprechen, was in unserem Wahlkreise vorgeht, und da muß ich Ihnen sagen, die Parteibewegung befindet sich bei uns — und das wird auch für eine Reihe anderer Wahlkreise Deutschböhmens zutreffen — unter tristen Verhältnissen. Es ist ungemein schwer zu arbeiten. Was wir auf das schwerste empfinden, ist, daß sich der Arbeiterschaft eine Hoffnungslosigkeit bemächtigt hat, die alle ihre Tatkraft lähmt. Skaret hat gemeint, man solle doch nicht an die Parteivertretung herantreten, daß sie Aktionen einleite. Ich erkläre Ihnen, ich habe immer Angst davor, daß es der Parteivertretung einfallen könnte, in irgend einer Sache eine Aktion zu unternehmen. Wir haben ja in diesen letzten zwei Jahren Aktionen gehabt, die wir unternehmen mußten. Es ist einfach nicht möglich, selbst bei Dingen, von denen man glauben sollte, daß doch Verständnis für sie vorhanden ist, das Interesse der Arbeiter zu wecken. Wir haben erlebt, daß es uns nicht möglich war, zum Beispiel in der Frage der Militärvorlage auch nur halbwegs respektable Versammlungen zustande zu bringen, Versammlungen, wie wir sie sonst in den traurigsten Zeiten des politischen Stillstandes gehabt haben. Von einem demonstrativen Charakter der Versammlungen von der Art, daß man von Aktionen großen Stils reden könnte, ist nicht die Rede. Wir haben jetzt eine Aktion gegen die Milchverteuerung unternommen, aber ich erkläre Ihnen, es ist uns vielfach nicht möglich, diese Aktion auch nur halbwegs zum Leben zu erwecken. Es ist unter den Verhältnissen, wie sie bei uns vorhanden sind, einfach nicht möglich, diese Aktion auch nur halbwegs zum Leben zu erwecken. Es ist unter den Ver-

hältnissen, wie sie bei uns vorhanden sind, einfach nicht möglich, große Aktionen zu unternehmen, und je weniger die Parteivertretung solchen Wünschen, wenn sie an sie herantreten, Gehör schenkt, desto besser für uns. Es ist nicht möglich, in der kurzen Zeit über die Ursachen dieser Dinge und die Möglichkeit der Beseitigung zu sprechen.

Zum Fall Dr. Stark (Karlsbad) möchte ich bemerken, daß mir da ein Mangel des Organisationsstatuts vorzuliegen scheint. Wie kommt die Parteivertretung überhaupt dazu, dem Wunsche Starks nach einem Schiedsgericht, das über Differenzen zwischen einzelnen Genossen und der Parteivertretung entscheiden soll, nachzukommen? Mit welchem Recht verlangt Dr. Stark ein solches Schiedsgericht? Dem Mangel abzuhelfen, schlage ich vor, daß nach dem ersten Absatz unseres Organisationsstatuts eingefügt werden soll: „Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Parteiorganisationen gegen die Parteivertretung entscheiden die Parteikontrollore. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen." Das würde ungefähr der Einführung entsprechen, die auch in Deutschland besteht. (Beifall.)

Winarsky (Wien): Nicht um eine politische Rede zu halten, habe ich mich zu diesem Punkte der Tagesordnung zum Worte gemeldet, obgleich es sehr verlockend wäre, auf die Frage, ob die Parteivertretung zur Belebung der Agitation genug getan hat, einzugehen, und ich bin überzeugt, daß in einer etwaigen Diskussion nicht viele mit Seliger übereinstimmen würden, der da meinte: Je weniger die Parteivertretung in der Agitation tut, desto besser. Nach dieser Anschauung wäre es ja am allerbesten, wenn die Parteivertretung überhaupt ihre Tätigkeit einstellen würde. Doch ich will, wie gesagt, Selbstbeschränkung üben und zum Bericht wirklich über den Bericht sprechen. So viel Arbeit der Parteibericht auch gemacht hat und so sehr er sich durch seinen reichen Inhalt günstig von früheren Parteiberichten unterscheidet, ist er doch nicht imstande, ein richtiges Bild von der Entwicklung unserer Parteiorganisationen und vom Umfang der Parteitätigkeit zu geben. Es ist zum Beispiel unmöglich, daraus zu erfahren, wie stark die Partei in den einzelnen Gemeinden des Reiches vertreten ist. Aus den Angaben, die von den einzelnen Wahlkreisen der Parteivertretung zur Verfügung gestellt wurden, sind absolut keine zuverlässigen Daten herauszuziehen. Die einen teilen bloß mit, an wie vielen Wahlen man sich beteiligt hat, andere wieder bloß, wie viele Mandate sie besitzen, andere, in welchen Orten unsere Partei sich an den Wahlen beteiligt hat. Es ist also nicht festzustellen, wie es in dieser Hinsicht wirklich mit der Stärke der Partei bestellt ist. Ebensowenig vermag der Bericht anzugeben, wie groß die Zahl der politisch organisierten Proletarier eigentlich ist. Aus den Berichten der Wahlkreise ist in dieser Hinsicht fast gar nichts zu ersehen. Das ist aber sehr bedauerlich und ein Uebelstand, der wohl kaum bei einer Bruderpartei in anderen Ländern vorkommen dürfte. Dabei geht es mit vielen anderen Dingen so. So ist die Zahl der abgehaltenen Versammlungen ganz unrichtig und unzuverlässig. Eine Wahlkreisorganisation gibt bloß eine Liste der politischen Versammlungen, eine andere mengt unterschiedslos die gewerkschaftlichen hinein, eine dritte erwähnt die § 2-Versammlungen gar nicht und schließlich kommt es vor, daß man einfach berichtet: Die Zahl der Versammlungen war ungeheuer groß. (Heiterkeit.) Auch die politischen Verfolgungen werden nur höchst ungenau registriert und es ist vorgekommen, daß das Sekretariat einzelne politische Verfolgungen, die bekannt waren, erst in den Wahlkreisbericht, der sie nicht erwähnte, hineinschreiben mußte; das muß künftighin besser gemacht werden. Es ist notwendig, daß bessere Berichte abgefaßt werden, die ein genaues Bild der Stärke der politischen Organisation geben. Wir müssen doch vor allem selbst wissen, wie stark wir sind. Genosse Ellenbogen hat gemeint, daß man den Bericht hier in der Diskussion ergänzen könnte. Da kann ich ihm nicht beipflichten. Wir würden ja gewiß recht interessante Dinge erfahren; aber die Zeit des Parteitages ist denn doch zu beschränkt dazu. Besser ist es, wenn die Wahlkreisvertrauensmänner die Mahnung beherzigen und ihre Berichte das nächstemal genauer machen. (Beifall.)

Petersilka (Wien): Winarsky hat gemeint, sich mehr auf die Kritik des Parteiberichtes beschränken zu müssen, und wollte auf die Ausführungen Skarets und Seligers nicht näher eingehen. Er scheint das mir überlassen zu wollen. Ich bin der Anschauung, daß die Parteivertretung zwar nicht Wunder wirken kann, aber daß mehr schon möglich gewesen wäre. Die Berichte, die uns zugekommen sind, zeigen uns, daß es im Reiche mit der Parteibewegung sehr flau steht. Nicht etwa, daß wir wenig Sozialdemokraten haben; aber Tatsache scheint es mir, daß die Bewegung in Bahnen gelangt, die uns nicht erwünscht sind. Ich habe mir erlaubt, Auszüge zu machen über Aeußerungen von Mitgliedern der Parteivertretung auf früheren Parteitagen.

Auf dem Gesamtparteitag in Brünn 1899 sagte Dr. Adler: „Unsere Haltung in Zukunft wird sein, daß wir jedem Versuch, mit Scheinkonstitutionalismus zu regieren, entgegentreten werden; nicht, indem wir durch Obstruktion das Parlament mechanisch zum Stillstand bringen, sondern indem wir die lebende Kraft des Volkes aufrufen, indem wir an alles, was politisch fühlt, indem wir an die Arbeiter appellieren und so dieses alte Oesterreich ad absurdum führen."

Auf dem Parteitag in Graz 1900 heißt es in einer Resolution: „In Erwägung dessen hält der Parteitag den Zeitpunkt für eine mächtige, sich über das ganze Reich erstreckende Agitation gegen den Volksbetrug der fünften Kurie und für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für gekommen und beauftragt die Parteivertretung, sofort an die Organisation dieses Kampfes zu gehen."

In Wien 1901, in Aussig 1902 und wieder in Wien 1903 hörte man ähnliche Aeußerungen und überall wurde betont, daß man nun den Kampf ums Wahlrecht mit aller Energie führen müsse. Ich frage Sie nun, wo das alles, was uns da in Resolutionen und Reden vor Augen geführt wurde, von der Parteivertretung auch durchgeführt worden ist. Und wenn uns nun Seliger ein so trauriges Bild entworfen hat, dann müssen wir ihm unsere steirischen Genossen entgegenhalten, bei denen wir in erfreulicher Weise das Umgekehrte sehen. Das kann überall so gehen, und wofern nur den Genossen die Möglichkeit gegeben wird, sich zu betätigen, werden wir überall Erfolge haben. Viele Wiener Genossen glauben, daß die Parteivertretung es da an starker Initiative vermissen läßt. Wenn die Verhältnisse zehn Jahre so weiter bleiben werden, sollten wir da etwa noch zehn Jahre warten, bis Wandel geschaffen wird? Die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Klasse haben es ja gewiß nicht dringend, aber die Arbeiter wollen nicht länger warten. Wie lange sollen wir uns denn noch mit den bloßen Versprechungen von Preßreform, Altersversicherung und anderen Dingen abspeisen lassen? Wir müssen endlich darangehen, eine systematische und ausgebreitete Agitation zu entfalten und nicht eine solche, die sich auf Volksversammlungen beschränkt und die wir bald wieder versanden lassen. Wir müssen trachten, daß das Ministerium Koerber endlich verschwinde, denn die finstere Reaktion, ja selbst eine Regierung des Ausnahmszustandes ist besser als diese Situation, die auf die Dauer unerträglich wird. Wir müssen es der Parteivertretung zur Pflicht machen, die Sache endlich einmal energisch zu betreiben und vor keinem Mittel zurückzuschrecken. (Beifall.)

Schrammel (Aussig): Gestatten Sie mir, daß ich die Ursachen beleuchte, warum es in einzelnen Bezirken schlechter aussieht. Die Schuld liegt nicht in den Genossen der einzelnen Wahlkreise, sondern in den einzelnen Vertrauenspersonen, die an der Spitze der Organisation stehen. Der innere Zwist verhindert da eine gute Organisation, da sich mit ihm die Genossen fortwährend beschäftigen müssen. Ich meine da vor allem den Falkenauer Wahlkreis, wo gerade wegen der persönlichen Streitigkeiten eine ordentliche Organisation nicht aufkommen kann. Auch im Teplitzer Kreis ist es nicht viel besser, wo aber nicht jene Leute, die jetzt an der Spitze stehen, daran schuld sind, sondern jene, die früher das Vertrauen mißbraucht haben. Ich muß entschieden erklären, daß die österreichische Arbeiterschaft nicht so gleichgültig ist, wie Seliger geschildert hat; daß sie uns nicht gleichgültig gegenübersteht, dafür ist unser

Wahlkreis ein Beweis. Da waren alle Versammlungen bei allen Aktionen gut und sogar sehr gut besucht, und zwar überall, an jedem Orte. Aber ein noch besserer Beweis sind die Ziffern des Parteikassiers im Vergleich mit denen der früheren Jahre. Unser Wahlkreis hat diesmal über 500 K mehr an Parteisteuer abgeliefert und ich muß bemerken, daß auch die Reichenberger Steuern dasselbe beweisen. Wir haben keinen Anlaß, uns selbst für schlaff zu erklären, und wir können uns ruhig gestehen, daß trotz der Versumpfung im politischen Leben unter der Arbeiterschaft ein reges Leben herrscht.

Ein Beispiel noch: In Aussig haben wir einen Konsumverein gegründet, der nichts auf Borg gibt, und dieser Verein hat heute bereits 1000 Mitglieder. So geht es bei uns auch in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen vorwärts. Es ist wahr, daß wir nicht zu rosig malen dürfen, aber ich halte es auch für gefehlt, wenn man so spricht, als ob die Versumpfung, die im Staate herrscht, auch die Arbeiterbewegung ergriffen habe.

Muchitsch (Graz): Die Aufforderung Ellenbogens an die Provinzdelegierten hätte mich nicht veranlaßt, zu sprechen; wohl aber habe ich nach den Ausführungen Seligers die Pflicht gefühlt, diese Ausführungen nicht unwidersprochen zu lassen. Seliger hat es so dargestellt, als ob die Arbeiterschaft jede Hoffnung, jeden Glauben an ihre Bewegung verloren hätte. Das ist aber einfach nicht wahr. Wir Steirer wurden heute wegen unseres Sieges vielfach gelobt. Es hat uns wirklich gefreut, Anerkennung zu finden, und ich kann nicht sagen, daß wir selbst irgendwie unzufrieden mit unserem Siege wären, weil wir vielleicht mehr erwartet hätten. Im Gegenteil, die Wahl hat uns den Beweis erbracht, daß wir gut gearbeitet haben, aber sie hat uns auch gezeigt, wo wir noch mehr arbeiten müssen, um bei den nächsten Reichsratswahlen Erfolge zu erzielen. Wir hatten in den letzten zwei Jahren Erfolge aufzuweisen, wie wir sie bisher überhaupt noch nicht hatten. Die Häuser- und Straßenorganisation, auf die sich unsere Organisation aufbaut, ist in einer großen Zahl von Orten ausgebaut worden. Die Organisation ist heute bedeutend schlagfertiger als früher. Unsere Parteipresse hat einen bedeutenden Aufschwung genommen, unsere Finanzen haben sich bedeutend gebessert. Aber alle diese Erfolge sind nicht gar so leicht errungen worden. Es ist zum Beispiel ein Blatt von einem ehemaligen Parteigenossen herausgegeben worden, in dem nicht nur die Partei, sondern alle an der Spitze stehenden Genossen in der unflätigsten Weise beschimpft worden sind. Bei der Gemeinderatswahl wurde das Blatt vom deutschnationalen Wahlausschuß an alle Wähler des dritten Wahlkörpers verschickt. Trotzdem haben wir aber alle Mandate des dritten Wahlkörpers erobert. Eine förmliche Maffia hat gegen uns gekämpft. Wir haben uns nicht beirren lassen, sondern haben tapfer weitergearbeitet. Trotz dieser geradezu unglaublichen Anfeindungen haben wir bedeutende Erfolge erzielt. Für diese Landtagswahl haben wir seit dem Beginn dieses Jahres gearbeitet und wir haben nahezu zweihundert Versammlungen abgehalten, in denen wir zu Zehntausenden sprachen. Ein Kandidat allein hat sechzig Versammlungen abgehalten. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß wir aus unserer Landeskasse monatlich 100 K an Subventionen für unsere Vertrauensmänner ausgeben.

Wenn es wahr wäre, daß sich der Arbeiterschaft solche Hoffnungslosigkeit bemächtigt hat, so müßte das doch wenigstens zum Teile auch in der Steiermark zutreffen. Wir haben heute in Graz 500 Vertrauensmänner fortwährend auf den Beinen, die in der Straßenorganisation tätig sind, und das ist gewiß mit ein Beweis, daß es nicht so ist, wie es Seliger sagte. Es ist dann gesagt worden, daß vielfach persönliche Differenzen schuld sind, wenn die Organisation nicht die gewünschten Fortschritte macht. Persönliche Differenzen kommen überall vor. Wir sind auch nicht davon verschont. Aber wir haben das Glück, daß bei uns die persönlichen Angelegenheiten noch nicht auf die Organisation übertragen worden sind. Wenn auch über die Landtagskandidaturen Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, so hat sich doch jeder, sobald der Beschluß der Landesorganisation vorlag, dem Beschluß gefügt und alle haben mit bewunderungswürdiger Begeisterung dafür gearbeitet,

daß jene Kandidaten durchdringen, die von der Parteivertretung vorgeschlagen und von der Landeskonferenz beschlossen worden sind. (Lebhafter Beifall.)

Wenn sich eine Versumpfung zeigt, so tragen wir dem nicht dadurch Rechnung, daß wir sie auch in unsere Reihen einlassen, sondern wir nehmen das zur Ursache, mit noch größerer Kraft zu arbeiten, damit angedeutet werde, was unserer Organisation im Wege steht. (Lebhafter Beifall.)

Schäfer (Reichenberg): Winarsky hat darüber Klage geführt, daß im Bericht über die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu wenig enthalten sei. Ich muß aber sagen, daß ich damit ganz zufrieden bin, und ich glaube, daß es nicht möglich ist, einen detaillierten Bericht zu geben. In sehr vielen Fällen läßt sich die Zugehörigkeit der „sozialdemokratischen" Gemeindevertreter zur Partei nicht feststellen. Es wurden eben sehr oft Kandidaten aufgestellt, ohne daß man sich mit den zuständigen Körperschaften ins Einvernehmen gesetzt hätte und ohne daß man auch nur die nötigste Vorsicht bei der Auswahl der Kandidaten beobachten würde. Was für Zwecke hätte es, wenn man uns erzählen würde, daß in soundsoviel hundert Gemeinden sozialdemokratische Vertreter sind, wenn wir wissen, daß diese eine ganz andere Haltung einnehmen, als wir sie von Sozialdemokraten erwarten müssen? Es wäre sehr an der Zeit, daß unsere Organisationen da viel rücksichtsloser vorgehen als bisher. In unserem Wahlkreis haben wir die meisten sozialdemokratischen Gemeinderäte. Aber wir haben schon vor zwei Jahren Stellung dagegen nehmen müssen, daß man sich an den Wahlen beteiligt, wenn nicht die geeigneten Kandidaten vorhanden sind und wenn bloß Leute aufgestellt sind, die oppositionell sind, aber alles andere eher tun, als was die Sozialdemokratie verlangen könne. Ich würde wünschen, daß die Parteiorganisation Einfluß darauf nehme und gegen die Mißstände auftrete.

Seliger hat auseinandergesetzt, daß die politische Bewegung ganz darniederliege, und er hat nicht so unrecht. Aber wenn wir ihm ganz recht geben, so müssen doch ganz andere Umstände der Stagnation zugrunde liegen. Es kann nicht allein die Hoffnungslosigkeit der Arbeiter sein, sondern es muß wohl an den nötigen organisatorischen Kräften fehlen oder daran, daß man vielleicht auf die kleine organisatorische Arbeit nicht jenen Wert legt, der notwendig ist. Wir sollten uns Steiermark zum Muster nehmen und ich glaube, es gibt auch in Böhmen eine Menge von Industriestädten, wo sich in der politischen Organisation mehr erreichen läßt. Es ist nicht richtig, daß, weil die Einnahmen des Parteikassiers viel größer geworden sind, schon bewiesen sei, daß die politische Organisation einen riesigen Aufschwung genommen habe. Die Vermehrung der Einnahmen ist nur zum geringsten Teile dem Aufschwung der politischen Organisation, zum größten Teile aber dem Aufschwung der anderen Organisationen zuzuschreiben. Wir müssen das auch begrüßen; aber wir sollten uns ernstlich damit beschäftigen, wie es möglich ist, die politische Organisation bedeutend besser auszubauen. Es ist geradezu eine Schande, wenn wir in den Parteiberichten verschiedener Organisationen nicht einmal die Ziffern finden, wie viel politisch organisiert sind. Skaret sollte solche Berichte, die darüber gar keine Aufschlüsse geben, nicht mehr annehmen. Wenn auch die Organisation schlecht steht, so dürfen das die Genossen doch nicht verschweigen, weil es sonst nie besser werden kann.

Wenn Petersilka der Parteileitung vorwirft, daß sie eine Anzahl von Parteitagsbeschlüssen nicht durchgeführt hat, so sage ich, daß in den letzten Jahren überhaupt nichts geschehen ist, was nicht auf eine Anregung der Parteileitung zurückzuführen wäre. Und ein Vorwurf trifft nicht die Parteileitung, sondern die Genossen, die diese Anregungen nicht befolgen. Es würde wahrlich nicht besser werden, wenn die Parteileitung dem Wunsche Seligers nachkäme und die Anregungen nicht mehr hinausschicken würde. Wir dürfen nicht verkennen, daß es zahlreiche Bezirke und Wahlkreise gibt, wo ohne das Drängen der Parteileitung überhaupt nichts geschähe.

Zum Schluß will ich noch feststellen, daß gerade jetzt in der letzten Zeit in einem Teile von Deutschböhmen sich eine Besserung bemerkbar macht. Die Lebensmittelverteuerung ist durchaus nicht so gleichgültig aufgenommen

worden. Wir haben da eine Reihe von Massenversammlungen abgehalten und es hat sich dabei ein so reges Interesse für die Aktionen der Partei gezeigt, daß wir vollkommen zufrieden sein können.

Wir brauchen den Mut nicht sinken zu lassen. Der angeblich trostlose Zustand in Deutschböhmen läßt sich zum großen Teil aus dem Temperament unserer Arbeiter erklären, das nicht so lebendig ist als das der österreichischen und steirischen Arbeiter; wir müssen diese scheinbare Gleichgültigkeit wettmachen durch ausgiebige Arbeit in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Bartel (Falkenau): Unser Wahlkreis ist das Schmerzenskind der Partei schon seit Jahren. Vor allem fehlt es hier an dem, was die Grundbedingung für jedes gemeinsame Arbeiten ist: an einem natürlichen politischen Zentralpunkt. Wir haben drei oder vier ziemlich große Städte, aber keine Stadt wie Teplitz, Reichenberg, Aussig mit pulsierendem politischen Leben, nach der alles gravitiert. Falkenau ist eine vollständig tote Stadt, auch bei den bürgerlichen Parteien rührt sich dort nichts. In Karlsbad, das aber wieder von Falkenau aus sich wenig beeinflussen läßt, ist in der Stadt so gut wie keine Bewegung. Wir haben Eger, Asch, eine ganze Anzahl kleinerer Orte, die jeder für sich arbeiten, aber keinen natürlichen Zentralpunkt. Es kommt aber auch in Betracht, daß in Westböhmen der Boden für Sonderbestrebungen, wie wir sie dort haben, ganz besonders geeignet ist, daran sind die intellektuellen Verhältnisse unter der Arbeiterschaft schuld. Viele Bergarbeiter zumal sind Gefühlsmenschen, die sich leicht von dem beeinflussen lassen, der immer um sie her ist und ihren vielfach rückständigen Anschauungen schmeichelt. Wir haben Bezirke, die ganz agrarisch sind, und eine rein industrielle Arbeiterschaft gibt es nur im Karlsbader und Ascher Bezirk. Die persönlichen Streitigkeiten haben viel beigetragen, daß die Organisation einen Rückgang zu verzeichnen hat. Aber diese allein nicht. Man darf nicht vergessen, daß es eine wirkliche Organisation in Westböhmen überhaupt nicht gegeben hat. Was 1897 dort bestand, war keine Organisation, sondern ein künstliches Gewächs, das sich so lange erhielt, als die Quellen flossen. Hätten wir mehr intelligente, geschulte Arbeiter, so wäre es jetzt anders dort. Der Falkenauer Bezirk gehört so gut wie gar nicht unserer Bewegung an, der steht im Lager des Simon Stark. Wir haben dort etwa 700 Abonnenten des „Volkswillen" verloren. Die Auflage des Blattes ist aber trotzdem nicht gesunken, ein Beweis, daß es im Wahlkreise doch nicht so ganz still ist. Der Verlust wurde im Karlsbader Bezirk wettgemacht, wo man jetzt anfängt, wirklich brav zu arbeiten, in Liechtenstadt und zum Teil auch in Asch. Die Arbeit würde besser gehen, wenn wir genügend Kräfte hätten. Unsere Vertrauensmänner sind ja ganz gute Genossen, aber von einer geregelten Tätigkeit haben die meisten keine Ahnung und oft lassen sie sich zum Beispiel bei Gemeindewahlen sogar von den bürgerlichen Parteien ins Schlepptau nehmen.

Der Mangel an Kräften ist der Grund, warum es bei uns nicht vorwärts gehen will. Die Parteileitung möge uns da zu Hilfe kommen, und ich glaube, es wird gehen. In Falkenau allerdings, glaube ich, werden wir nicht so bald fertig mit den Streitigkeiten, aber wir können es in den anderen Bezirken wettmachen.

Stein (Wien): Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Frage lenken, die bis jetzt nicht in Diskussion gezogen wurde. Es wurde die Frage aufgeworfen, warum es in den einzelnen Bezirken trostlos oder weniger trostlos aussieht. Ich glaube, daß es tatsächlich an der nötigen Aufklärung der breiten Massen fehlt und daß dieses Interesse nicht nur durch Versammlungen und Konferenzen, sondern viel mehr noch durch Lektüre der Broschüren geweckt werden kann, durch die unsere Parteigenossen in früheren Jahren so viel an Begeisterung und Hoffnungsfreudigkeit gewonnen haben. Ich will Ihnen nicht ein Bild der Kolportage unserer Zeitschriften geben; aber da diese Angelegenheit mit der agitatorischen Tätigkeit unserer Partei im engsten Zusammenhang steht, sollte sie auch jetzt besprochen werden. Die Einnahmen aus den Broschüren, ehemals eine der wichtigsten Einnahmsquellen für die Partei, sind,

wie Sie aus dem Bericht des Kassiers ersehen können, ungeheuer zurückgegangen. Nach dem Bericht von 1900 waren die gesamten Einnahmen dieses Kontos 20.664 K, so daß auf ein Jahr 10.332 K Reineinnahmen entfielen. Der heurige Bericht weist 15.867 K für die beiden Jahre auf und wenn wir die zwei vorigen Jahre noch dazu nehmen, so kommen auf ein Jahr durchschnittlich 6267 K, das heißt um 4100 K weniger als vor vier Jahren.

Diese Ziffern sollten uns Anlaß zum Nachdenken geben. Wir müssen die Leute, die nicht in die Versammlungen kommen, um sich da aufklären zu lassen, mit Flugblättern und Broschüren aufsuchen, und der Parteitag hätte die Pflicht, die Genossen überall auf die Notwendigkeit dieser politischen Kleinarbeit sowohl in organisatorischer als agitatorischer Hinsicht aufmerksam zu machen.

Schloßnikel (Sternberg): Zunächst möchte ich mich gegen die Behauptung Skarets wenden, daß die Initiative zu größeren Aktionen nicht notwendig von der Parteileitung ausgehen muß. Aber das ist nicht anders möglich. Solche Aktionen können nur von Wien aus angeregt werden. Auch in den einzelnen Wahlkreisen müssen ja alle Aktionen von der Zentrale ausgehen, und wenn bei uns im VI. mährischen Wahlkreise die Organisation ganz gut ist, so ist das vor allem dem zu danken, daß die Leitung der Aktionen in den Händen der Wahlkreisleitung ist. Ebenso muß es auch mit allen anderen Aktionen sein, die nur von der Parteileitung bestimmt werden können. Wenn Ellenbogen wünscht, daß die Vertrauensmänner auf dem Parteitage berichten, so finde ich, daß das ein Rückfall in alte Mißbräuche ist. Wir haben die mündlichen Berichte seinerzeit abgeschafft, weil die Parteitage dadurch nur überlastet wurden. Nebenbei sei bemerkt, daß es gut wäre, wenn man die schriftlichen Berichte nicht gar so sehr zustutzen würde. Denn dadurch wird oft den Berichten das einzig Interessante, was darin ist, genommen. Wenn sich einzelne Genossen über die Mangelhaftigkeit der Berichte beschweren, so müssen Sie sich nicht an die Berichterstatter wenden, sondern an diejenigen, die die Berichte so zugeschnitten haben.

Was die Versammlungen anlangt, so muß ich mich energisch dagegen wenden, wenn Seliger erklärt, es mache ihm Grauen, wenn die Parteivertretung mit Aktionen komme. Ich weiß nicht, wie es in seinem Wahlkreis ist, aber bei uns sind auch bei Aktionen lokalen Charakters die Versammlungen ausgezeichnet besucht, ebenso auch bei außerordentlichen Anlässen, wo die Parteivertretung für das ganze Reich Aktionen arrangiert. Was die Gemeindewahlen anlangt, so meine ich, daß wir uns einmal auf einem Parteitag speziell mit dieser Frage werden beschäftigen müssen. Wir haben in unserem Wahlkreise auch einige Erfolge erzielt; in einigen Orten haben wir den ganzen Wahlkörper erobert, aber nach der Eroberung haben wir Erfahrungen gemacht, daß es uns lieber gewesen wäre, wir hätten den Wahlkörper nicht erobert.

Dötsch (Asch): Es ist nicht alles ganz richtig, was Bartel über den IV. böhmischen Wahlkreis gesagt hat. Aber die Zustände sind doch wirklich derart, daß sie der gesamten Parteiorganisation zum Schaden gereichen. Täuschen Sie sich nicht, daß die Starksche Bewegung so schwach wäre. Die Bewegung hat wohl keinen festen Untergrund, aber die Leute arbeiten unermüdlich und wir dürfen die Bewegung nicht unterschätzen. Da müssen wir auch die Kleinarbeit verrichten, sonst können wir sicher sein, daß wir ein riesiges Fiasko erleiden müssen. Wenn Dr. Stark über Pernerstorfer so beleidigt ist, so meine ich, daß Pernerstorfer ebenso von Stark beleidigt wurde. Ich möchte an die Parteivertretung die Bitte richten, daß sie in Hinkunft dem Wahlkreis mehr Aufmerksamkeit schenke und daß sie dort, was sie uns schon lange versprochen haben, endlich ein Parteisekretariat errichte. Mit Versprechungen allein ist uns nicht gedient.

Hillebrand (Teplitz): Es läßt sich nicht leugnen, daß wir bei jeder Aktion auf eine Gleichgültigkeit stoßen, die uns geradezu zur Verzweiflung treiben könnte. Wir hatten Versammlungen über den Zolltarif, über die Militärvorlagen, über die Landesbiersteuer, in der letzten Zeit über die Milch-

verteuerung — und immer war es dieselbe Erscheinung. Ganz wenige Versammlungen ausgenommen, zeigte es sich, daß die Leute kein Interesse hatten. Wenn Muchitsch gegen uns die Steiermark ausspielt, so sind dort die Verhältnisse eben wesentlich anders. Der nationale Kampf hat bei unseren Arbeitern eine gewisse Abstumpfung erzeugt, die eben bei den steirischen Arbeitern nicht eingetreten ist. Die Steirer sind auch sonst temperamentvoller, sie sind leichter in Bewegung zu setzen als die böhmischen Arbeiter. Die meisten Genossen haben die Ausführungen Seligers nicht richtig aufgefaßt. Es liegt auf der Hand, daß Seliger nicht gemeint hat, wir sollen uns jetzt auf die Bärenhaut legen und die Dinge gehen lassen, wie sie eben gehen. Davon war doch nicht die Rede. Wenn wir unter den angeführten Verhältnissen zu oft Versammlungsaktionen machen, so ist es doch klar, daß schließlich der Besuch der Versammlungen schwächer wird und daß selbst gute Genossen kein Interesse für die Versammlungen mehr zeigen. Seliger meint also, daß man mit solchen Anregungen nicht allzu häufig komme, daß man uns Zeit lasse, stille Organisationsarbeit zu verrichten, die speziell im V. böhmischen Wahlkreis in der letzten Zeit tatsächlich geleistet worden ist. Trotz der politischen Teilnahmslosigkeit haben wir organisatorisch bedeutende Fortschritte gemacht. Das wird Ihnen Skaret bestätigen können. Ich glaube auch, daß es notwendig ist, mit diesen großen Aktionen etwas zurückzuhalten und dafür den Ausbau der Organisation, die Werbearbeit im kleinen zu betreiben; so werden wir jedenfalls Besseres leisten, als wenn wir immer großes Geschrei erheben.

Mit unseren Gemeinderäten ist es wirklich ein Kreuz. Es geht nicht, daß in ganz kleinen Orten, wo nur wenige Genossen sind, um jeden Preis Kandidaten aufgestellt werden. Die Leute wissen vielfach nicht einmal recht, was Arbeitervertreter in der Gemeindestube zu tun haben, und alle Dummheiten, die sie machen, werden dann der Partei aufgepelzt. Es wäre ganz gut, wenn wir das einmal ausführlich auf einem Parteitag besprechen würden.

Die Anregung Steins bezüglich der größeren und planmäßigen Verbreitung von Parteibroschüren finde ich erwägenswert. Es würde dies gewiß dazu beitragen, die Partei vorwärts zu bringen.

Nießner (Brünn): Es sind von einigen Rednern Details über einzelne Wahlkreise vorgetragen und besprochen worden, die nicht hierher gehören. Für diese Leiden und Klagen sind die Landeskonferenzen die geeignete Instanz. Ich werde Sie selbstverständlich mit so etwas verschonen und nur in einer ganz bestimmten Sache Klage über die Parteivertretung führen. Die Reichsparteivertretung kümmert sich viel zu sehr um Wien und viel zu wenig um die Provinzen. Insbesondere gilt dies von Mähren. Bei zwei Landeskonferenzen hat die Parteivertretung trotz unserer dringlichen Bitten unter nichtigen Vorwänden die Beschickung unterlassen, obwohl es sich um Dinge handelte, die ein Eingreifen der Parteivertretung notwendig machten. Man klagt über das mangelhafte Ergebnis der Reichsparteisteuer. Aber durch ein solches Vorgehen wird man nicht angeregt, darin Besserung zu schaffen. Die Parteivertretung mag vielleicht auf dem Standpunkt stehen, daß in Mähren für die deutsche Parteiorganisation nicht viel zu holen ist. Das ist aber nicht richtig, die deutsche Sozialdemokratie steht in Mähren durchaus nicht auf dem Aussterbeetat, wenngleich die Verhältnisse schlecht und besonders ungünstig sind. Wir verlangen, daß sich die Parteivertretung in Zukunft mehr um uns kümmere. (Beifall.)

Skaret (Wien, Schlußwort): Wir sind, wenn man die Sache im allgemeinen betrachtet, als Parteivertretung sehr glimpflich weggekommen. Nur Genosse Petersilka hat es einigermaßen scharf auf uns gehabt. Er meint, es sei vieles nicht geschehen, was auf früheren Parteitagen beschlossen wurde. Wenn schon von Versäumnissen gesprochen wird, dann sollte man sie namentlich anführen. Sich bloß auf die Resolutionen früherer Parteitage zu berufen, geht nicht an, denn nicht alles, was unter ganz eigenartigen Verhältnissen beschlossen worden ist, läßt sich gleich in den nächsten Monaten, die vielleicht wieder andere Dinge in den Vordergrund schieben, in die Tat umsetzen. Und

gerade die Wiener Genossen würden sich bedanken, wenn wir ihnen immer und immer nur die Litanei vom Wahlrecht singen wollten; dann würde vielleicht das eintreten, was Seliger uns schildert: es würde niemand mehr kommen, die Bewegung würde durch ihre Eintönigkeit verflauen.

Nun gibt es allerdings Lücken im Parteibericht, aber das ist nicht unsere Schuld. Die Mängel der Wahlkreisorganisationen tragen die Schuld. Wir leiden unter der großen Fluktuation der Vertrauensmänner die Wahlkreisverhältnisse können leider so schwer zu einer inneren Festigung gelangen. Die neuen Wahlkreisvertrauensmänner kümmern sich um das Vergangene nicht und sind deshalb nicht imstande, richtige Bilder der Organisationsentwicklung zu geben. Heute geht die Sache schon etwas besser als früher, aber eine lange Zeit hindurch hatten wir Anlaß, auf die Detailberichte einfach zu verzichten.

Wenn damals Fragebogen hinausgesendet wurden, so waren die Wahlkreisvertrauensmänner nie imstande, ordentliche Auskünfte einzutreiben. Sie schrieben also einfach: Bin nicht in der Lage zu antworten, habe keine Auskünfte erhalten. Wenn Winarsky meint, es wäre wünschenswert, über unsere Stärke etwas Genaueres zu wissen, so ist das richtig. Aber ich habe wenig Hoffnung, daß wir das bald erreichen werden. Wo das Vertrauensmännersystem nach Straßen und Häusern nicht ausgebaut ist, werden wir immer nur nebulose Resultate erhalten und immer im Dunkeln tappen. Ein notdürftiges Bild des Wachstums der Partei haben wir ja durch die Eingänge der Parteisteuer. Wir sollen per Monat und Mitglied einen Kreuzer erhalten. Nun ist es sicher, daß wenigstens ein Drittel der Organisierten dieser Verpflichtung noch nicht nachkommt. Trotzdem ist die Parteisteuer in den letzten Jahren um etwa 11.000 K gewachsen, und das ist ein unfehlbarer Maßstab dafür, daß die Organisation wenigstens in den einzelnen Ländern ganz schön emporgewachsen ist.

Es ist wahr, wir haben lange nicht die Kräfte, die wir notwendig hätten. Aber es geht nicht, immer zu sagen, die Parteivertretung soll uns Kräfte abgeben, soll uns mit Agitatoren und Organisatoren versorgen. Wie sollen wir das machen, wo sollen wir sie hernehmen? Wir sehen im Gegenteil immer, daß tüchtige Provinzgenossen sehr häufig nach Wien gravitieren und so die Provinz entblößt wurde, wenn nicht gerade die Parteivertretung dem entgegenarbeiten würde. Was die Beschwerde Nießners betrifft, so ist das auch so eine Sache. Die Landeskonferenzen sind gewöhnlich an Doppelfeiertagen und da trifft es sich oft, daß mehrere zu gleicher Zeit stattfinden. Natürlich wird die Parteivertretung nur dorthin gehen, wo die Schwäche der Verhältnisse ihre Anwesenheit heischt. Von Mähren wissen wir aber, daß dort eine ganze Menge tüchtiger Genossen an der Arbeit ist, auf die wir uns verlassen können und die auf unsere Ratschläge nicht so dringend angewiesen sind. Gerade Nießner hat es nicht notwendig, uns Interesselosigkeit vorzuwerfen, denn oft genug hat er Anstoß daran genommen, daß wir uns zu viel für die mährische Organisation interessierten. (Heiterkeit.)

Was wir zu leisten imstande waren, haben wir redlich und nach bestem Wissen getan. Wir fragen Sie: Können wir allein alle Fehler beseitigen? Wir leiden unter denselben Verhältnissen wie Sie und wir können nichts tun, als Sie ermahnen, der Organisation alle ihre Kraft zu widmen. Tun Sie es, dann werden wir bald zu Zuständen gelangen, wo wir dann nicht mehr über Lauheit, Schwäche und Mangel an energischer Betätigung zu klagen haben werden. (Beifall.)

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge **13, 14, 15** und **16** angenommen,

Den

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit

erstattet

Abgeordneter **Elderfch:** Es ist mir eine unangenehme Aufgabe zugefallen. Ich soll über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in einem

Parlament berichten, das eigentlich gar nicht existiert. Wir haben eine lange Zeit der Parlamentslosigkeit hinter uns und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß wir noch ebensolange ohne Parlament weiter zu arbeiten haben. Die kurzen Tagungen des Parlaments in der Berichtszeit haben dessen Aktionsunfähigkeit erst recht bewiesen. Wir haben auf das Parlament niemals unsere Hoffnungen gesetzt. Wir haben immer unserer Abneigung gegen dieses Privilegienparlament lauten Ausdruck gegeben und es als ein Hindernis des politischen Fortschritts erklärt. Aber in unserem Kampfe konnte das Parlament wenigstens als eine Tribüne des freien Wortes gegen die Unterdrückung der Arbeiter dienen. Dieses kleine Restchen des Wertes für die Arbeiter hat das Parlament im letzten Jahre ebenfalls eingebüßt. Ich erinnere Sie daran, daß wir die wichtigsten Angelegenheiten oft nur in Form von Interpellationen zur Sprache bringen konnten. Das Parlament befindet sich in einem Zustande, der mit der Bezeichnung: „es krepiert" erschöpfend dargestellt ist. Nur wenn es galt, die unverschämten Forderungen des Militarismus zu befriedigen und der arbeitenden Bevölkerung schwere Lasten aufzubürden, hat der Kadaver noch einige Lebensfähigkeit aufgebracht. Wenn sich die Jungtschechen auch immer als Feinde des Parlaments und der Wiener Kamarilla gerieren, so geben sie doch immer klein bei, wenn es sich um die Forderungen des Militarismus handelt. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in diesem Parlament war daher im Berichtsjahre wesentlich erschwert. Dem Wunsche vieler Parteigenossen, dieses Parlament endlich aus der Welt zu schaffen, konnten wir auch nicht entsprechen. Es kommt eben leider nicht auf unsere Fraktion an, denn die bürgerlichen Parteien bemühen sich selbst ausgiebig darum, das Parlament so lebensunfähig als möglich zu gestalten.

An eine Aktion des Verbandes muß ich ganz besonders erinnern: die Verhinderung der Geschäftsordnungsreform. Im Mai hatte sich wieder eine freiwillige Rettungsgesellschaft zusammengefunden, die den Versuch unternahm, das Parlament durch eine neue Geschäftsordnung lebensfähig zu machen. Die zersetzende und korrumpierende Wirkung des Wahlrechtes sollte mit technischen Hilfsmitteln bekämpft werden. Es sollten durch eine Geschäftsordnungsreform die kleinen Parteien mundtot gemacht werden. Wir sind der Ansicht, daß die Geschäftsordnung gewiß reformbedürftig ist. Aber ebenso sicher ist für uns, daß ein Parlament, das so jede Fühlung mit dem Volke verloren hat, dessen Grundlage der Wahlrechtsraub an der österreichischen Bevölkerung ist, niemals den Anspruch erheben darf, daß das Majoritätsprinzip in ihm unbedingt Geltung habe. Trotzdem es sich oft zur Genüge erwiesen hat, daß das Parlament nicht lebensfähig ist, will es Herr v. Koerber doch nicht sterben lassen. Es ist eine Anomalie in der Geschichte der konstitutionellen Staaten, daß es eine Regierung gibt, die eigentlich nur davon lebt, daß das Parlament aktionsunfähig ist. Wir sozialdemokratischen Abgeordneten bedauern es gewiß am meisten, wenn sich die parlamentarischen Verhältnisse so gestaltet haben, daß es uns nicht möglich war, den Wünschen und Beschwerden der arbeitenden Bevölkerung in wirksamer Weise Rechnung zu tragen. Wir können aber auch für die Zukunft nicht der Hoffnung Ausdruck geben, daß es in diesem Parlament möglich sein wird, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu fördern. Sie dürfen also unter den gegebenen Verhältnissen auf die parlamentarische Aktion keine Hoffnung setzen.

Die bürgerlichen Parteien ertragen die gegenwärtigen parlamentarischen Zustände ziemlich leicht. Wenn es ihnen einmal schlecht geht, laufen sie wieder zu Herrn v. Koerber oder senden ihre Vermittler zu ihm. Er verordnet ihnen schließlich doch, was sie brauchen. Sie leben ja vom nationalen Streite und sind nicht gewillt, auf einen nationalen Ausgleich einzugehen. Ich erwähne da nur, daß für unseren Antrag auf Gewährung der nationalen Autonomie nur die Italiener und Sozialdemokraten gestimmt haben. Die Parteien leben von der chauvinistischen Hetze und wenn der nationale Ausgleich zustande käme, hätten sie jede Existenzberechtigung verloren. Den bürgerlichen Parteien gibt die Regierung auch während der parlamentslosen Zeit Konzessionen und

Konzessiönchen. Nur für die Arbeiter hat sie nichts übrig. Ja, durch die Verordnung der vielen Staatsnotwendigkeiten mit dem § 14 schlägt Koerber den Arbeitern Wunden, an deren Heilung er nicht denkt. Man spricht von der Freiheit, die uns Herr v. Koerber gewährt. Aber wer gibt uns die Gewähr, daß das nicht im nächsten Augenblick anders wird, und schließlich: wird das Maß unserer Freiheiten nicht noch immer von der Willkür eines Polizeikommissärs bestimmt?

Die Verhältnisse sind für die Arbeiter unerträglich geworden und es ist nur begreiflich, wenn sich in unseren politischen Organisationen ein gewisser Mißmut bemerkbar macht, und wir dürfen uns nicht verhehlen, daß das Barometer einen ziemlichen Grad der Verdrossenheit anzeigt. Wir Abgeordnete sind nicht in der Lage, diese Verhältnisse abzuändern.

Daran können auch Beschlüsse des Parteitages nichts ändern. Wir haben wiederholt Anläufe zu großen Wahlrechtsbewegungen unternommen. Aber die Stimmung war nicht da. Das Mittel der Wahlrechtsversammlungen hat, wie es scheint, vollständig versagt, und es wird notwendig sein, nach einem anderen Mittel zu suchen, mit dem die Arbeiterschaft ihre Forderungen wirksamer geltend machen kann. Ich will hier radikalen Lösungen nicht das Wort reden. Es ist auch nicht die Aufgabe des Parteitages, nach einem derartigen Mittel zu suchen. Aber es wird notwendig sein, in der nächsten Zeit die Kraft der Organisation darauf zu prüfen; es wird die Aufgabe unserer Organisation sein, festzustellen, ob wir nicht genügend erstarkt sind, um nicht nur den bürgerlichen Parteien, sondern auch dem Ministerium Koerber zu zeigen, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht gewillt ist, eine weitere Versumpfung zu dulden. Wir wollen den Parlamentarismus nicht überschätzen. Aber gewiß ist, daß die Regierung absichtlich die Komödie mit dem Parlament fortführt, um daraus Kapital für den Absolutismus zu schlagen. Dagegen muß die organisierte Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit Front machen. Es wird Ernst gemacht werden müssen. Wir haben keine Hoffnung, daß es in der nächsten Zeit besser wird, und es ist auch gewiß, daß wir nicht die Kraft haben, die Oeffentlichkeit von diesem parlamentarischen Wechselbalg zu befreien. Es muß Sache der Arbeiterschaft sein, in entsprechender Weise dafür zu sorgen, daß der Regierung und den bürgerlichen Parteien mit allem Nachdruck der Beweis erbracht werde, daß sich die Arbeiterschaft nicht länger mehr in der Weise behandeln läßt, wie es bisher geschehen ist.

Die parlamentarischen Verhältnisse werden nicht mehr gesunden. Das Parlament wird nicht mehr zu einer praktischen Arbeit kommen. Ich erinnere Sie daran, daß sich die Regierung nun auch anschickt, die Kosten der Forderungen des Militarismus durch ein Anlehen, das sie mit Hilfe des § 14 aufnehmen will, zu decken. Das ist ein offenkundiger Gesetzesbruch. Die Arbeiterschaft darf sich diese Attentate auf keinen Fall gefallen lassen. Sie wird zum entscheidenden Schlag ausholen müssen, nicht nur gegen die Verlogenheit der bürgerlichen Parteien, sondern auch gegen die Regierung, die an diesen Verhältnissen mitschuldig ist und die sich auf keine Weise bemüht, wie es ihre Pflicht wäre, durch eine Aenderung der unbrauchbaren Verfassung eine Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse herbeizuführen.

Welche Form diese Aktion annehmen wird, muß allerdings der Entscheidung unserer Organisationen im Verein mit der Parteivertretung überlassen bleiben. (**Freundlich:** Das wird dem nächsten Parteitag überlassen werden!) Ich war auch der Meinung, daß hier über den Generalstreik gesprochen werden solle. Nachdem sich aber die Majorität dagegen ausgesprochen hat, will ich es unterlassen. Es kann auch eine solche Frage nicht ohne gewissenhafte Vorbereitung diskutiert werden. Eines aber ist sicher, daß wir nicht an unseren Besitzstand an Organisationen und durch die zu große Besorgnis, diesen Besitzstand vielleicht zu verlieren oder irgendwie zu gefährden, einer Untätigkeit verfallen dürfen, die uns weit mehr Schaden bereiten muß als eine Aktion, die vielleicht nicht in vollem Umfange glückt. Gewiß aber ist, daß die bisherigen Mittel, die wir angewendet haben, nicht

mehr ausreichen und daß wir nachdenken müssen, wie wir unseren Wünschen Nachdruck verschaffen. Es muß die Kraft unserer Organisation richtig eingeschätzt, aber auch dem Bedürfnis nach einer entsprechenden Aktion Rechnung getragen werden.

Vielleicht wird der Mißbrauch des § 14 und die fortgesetzte Hintansetzung der Interessen der Arbeiterschaft schon in der nächsten Zeit eine Stimmung in der Arbeiterschaft erzeugen, die der Einleitung einer solchen Aktion günstig ist. Wir dürfen kein Mittel unversucht lassen, um aus dieser unerträglichen Situation herauszukommen. Nach einer Zeit der ruhigen Organisationsarbeit, der Stärkung und Kräftigung unserer Organisation haben wir auch die Pflicht, zu versuchen, die Schädigung der Arbeiterschaft durch die von der Regierung beliebte Art der Verordnung von Gesetzen hintanzuhalten. Wir bedauern, daß unsere Tätigkeit nicht intensiver sein konnte, und Sie können sich denken, daß es uns, die wir gewohnt sind, bei jeder Gelegenheit unseren Gegnern die Zähne zu weisen, unter der Untätigkeit am meisten zu leiden gehabt haben. Mehr wie Ihnen hat uns der Aufenthalt in dieser parlamentarischen Totenstadt Ekel bereitet, wo kein vernünftiger Gedanke Aussicht auf Verwirklichung hat. Wir müssen Sie bitten, die Organisation auszugestalten, daß es in Bälde möglich werde, dem österreichischen Volke ein volksfreundlicheres Parlament zu verschaffen, und daß es in der nächsten Zeit möglich werde, die Aenderung des Wahlrechtes, wie wir sie seit Jahrzehnten propagieren, endlich zu verwirklichen. (Beifall.)

Pölzer (Wien): Ich kann die Rede des Genossen Eldersch nicht verstehen. Er sagt, wir müssen mit allen Mitteln trachten, der Regierung Hiebe zu versetzen. Die Sache steht nun so, daß es wahrscheinlich wieder bei leeren Drohungen bleiben wird. Ja, was wird denn eigentlich geschehen? Eldersch meint, wir sollen das der Parteivertretung überlassen. Ja, wenn die Zeit kommt, wird die natürlich wieder sagen, jetzt ist die Gelegenheit ungünstig. Man klagt, daß die Wahlrechtsbewegungen im Sande verlaufen. Ja, wenn die leitenden Personen immer sagen: Es ist nicht Zeit, es ist nicht möglich, dann verlaufen sich natürlich die Arbeiter. Genossen, das geht nicht weiter. Wenn wir Drohungen aussprechen, müssen wir sie verwirklichen, sonst sind wir die reinsten Komödianten. Eingreifen gilt es mit aller Macht, denn lange genug haben wir bloß gedroht.

Frau **Schlesinger** (Wien): Der Genosse Eldersch hat uns gesagt: Wenn Koerber wieder versuchen sollte, die wichtigsten Staatsnotwendigkeiten mit dem § 14 zu machen, dann wird die Arbeiterschaft zu entscheidenden Schlägen ausholen müssen und kein Mittel unversucht lassen dürfen. Das, was da Eldersch sagt, ist sehr viel, aber genau betrachtet, gar nichts. Was sind entscheidende Schläge? Was für Mittel sind gemeint? Was ist eine entscheidende Aktion? Solche allgemeine Redensarten klingen sehr radikal, besagen aber gar nichts und erschweren den Leuten, die in den Organisationen zu arbeiten haben, die Arbeit außerordentlich, weil sie jedem unklaren und unsinnigen Radikalismus Vorschub leisten. Es wird dann heißen: Ja, in Salzburg ist von entscheidenden Schlägen gesprochen worden, warum führen wir sie nicht? Also, was haben wir uns eigentlich darunter vorzustellen, inwieferne sollen wir jetzt unsere Taktik abändern? Das muß uns ausdrücklich gesagt werden, damit wir darüber diskutieren und die gemachten Vorschläge annehmen oder verwerfen können. (Bravo!)

Adler (Wien): Genossin Schlesinger war so grausam, zu verlangen, daß wir ihr klar angeben, was wir tun sollen, und sie hat die Grausamkeit so weit getrieben, zu verlangen, daß wir sofort angeben, was wir uns unter diesen so leidenschaftlich begehrten Aktionen vorstellen. Selbstverständlich hängt die Debatte zusammen mit jener Debatte, die wir beim vorigen Punkte hatten. Wir sollen zwar vom Parlamente reden, da wir aber keines haben, ist es selbstverständlich, daß man von den Dingen außerhalb des Parlaments spricht. Deshalb bin ich der Debatte gefolgt und habe gewartet, ob wir nicht endlich einen Fingerzeig für das haben könnten, was zu finden wir in der

Parteileitung uns fortwährend den Kopf zerbrochen haben. Es liegt in der Bitterkeit der Situation, daß man etwas Humor bekommt, wenn es auch nur Galgenhumor wäre. Täuschen wir uns doch nicht. Wir können niemand anderen täuschen und uns selbst zu täuschen wäre ein Verbrechen an uns selbst. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Situation, in der heute Oesterreich ist, durch eine Aktion des Parlaments allein, mag sie noch so energisch sein, nicht geändert werden kann. Wir müssen uns doch endlich darüber klar werden und wir sind uns doch klar — wir haben nur oft nicht den Mut, es uns einzugestehen, weil wir von der verrückten Einbildung ausgehen, als ob wir gelähmt wären und uns selbst bankerott erklären würden — es ist wahr, die Geschicke Oesterreichs zu lenken und Oesterreich vernünftig zu machen, dazu sind wir Sozialdemokraten außerstande. Wir können es nicht und wenn wir uns zerreißen und Aktionen phantastischer Art mit dem größten Aufwand von Hingebung, Leidenschaft und Intelligenz ausführen würden, wir können aus diesem Staatengebilde nicht durch eine Aktion etwas Vernünftiges machen. Aus diesem Gefühl der Unmöglichkeit, diesen Staat auf normale Verhältnisse zu bringen, aus dem Gefühl des fruchtlosen Ankämpfens gegen ein Verhängnis, gegenüber dem wir augenblicklich machtlos sind, entspringt alle die Unzufriedenheit, die sich bald nach oben, bald nach unten richtet, die sich bald darin äußert, daß man sagt: „Die Leute, die an der Spitze stehen, tun nichts!" bald darin, daß man sagt: „Die Masse ist stumpf und nicht in Bewegung zu setzen." Das ist in solchen Lagen immer so, wo man eben das, was man am sehnlichsten wünscht, nicht durchsetzen kann.

Es ist so, daß wir uns einrichten müssen, in unserem ganzen Gedankengang, in unserer Organisation, in unserer Politik, daß wir auf einige Zeit diesen Zustand der permanenten chronischen Krise mit allen Fäulniserscheinungen, die damit zusammenhängen, über uns ergehen lassen müssen, anstatt die vergeblichen Versuche zu machen, verzichten müssen, Oesterreich, das von Hirnlosen beherrscht wird, von Staatsmännern, die noch viel feiger sind, als sie borniert sind, dieses Oesterreich in Ordnung zu bringen, und unsere ganze Arbeit darauf hinlenken müssen, wo wir Macht und Einfluß haben, wo wir etwas leisten können: das ist das Proletariat selbst. Immer wieder sage ich Ihnen: Oesterreich gesund machen können wir nicht, aber das Proletariat lebendig erhalten, es aufklären, es weiterbringen, es erziehen, das können wir, das müssen wir.

Elderſch hat in seiner Antwort auf einen Zwischenruf den Generalstreik gestreift. Ich will darauf nicht eingehen. Aber welches Mittel der Aktion Ihre Phantasie ersinnen kann, gegen wen soll es denn gerichtet sein? Von wem verlangen Sie das alles dann? Wer soll die Forderung, die Sie stellen, gewähren? Was ist überhaupt diese Forderung? Eine Neukonstruierung Oesterreichs! Sie werden mir zugeben, daß das keine Forderung ist, die von uns mittelst einer Aktion durchgeführt werden kann. Wenn es einmal zu dem kritischen Punkte kommen soll, der das unabweisbar macht, wir können ihn nicht herbeiführen. Aber er wird uns bereit finden. Wenn der Augenblick kommt, wo ein sofortiges Eingreifen einen Erfolg herbeiführen kann, dann wird ein jedes derartiges Eingreifen von Volksmassen in Oesterreich selbstverständlich die Sozialdemokraten an der Spitze finden. Aber die Bedingungen dafür herzustellen, das sind wir außerstande und es ist völlig müßig, solchen Träumereien nachzuhängen. So viel an uns ist, wird die Agitation in den Massen immer dahin geführt werden müssen, daß wir ihnen sagen: Schaut nicht, was die anderen tun, sondern was ihr selbst tut. Geht auf euch selbst zurück! Das ist das einzige, was ihr da machen könnt.

Nun bin ich der letzte, der nicht empfinden würde, wie die allgemeine Stagnation auch für uns schädlich ist, und abgesehen davon, wenn die Stagnation gar nicht so wäre, wäre es gar kein Wunder, wenn eine gewisse Abflauung in unserer Agitation für einige Jahre empfunden werden würde. Alle psychologischen Dinge — auch die Politik ist ja in erster Linie eine

Hirnleistung — vollziehen sich in Wellenlinien. Da gibt es Wellenberge; aber auf jeden Wellenberg, auf jeden Hochstand einer Bewegung folgt mit mechanischer Notwendigkeit ein Abflauen, ein Niedergang, der zugleich eine Zeit der Ruhe ist und wieder ein Aufwärtssteigen der Erregung ermöglicht. Eine psychologische Erregung, die fortwährend in die Höhe geht oder die jahrelang auf einem Höhepunkt zu erhalten wäre, gibt es nicht. Nun haben wir in dem Dezennium von 1891 bis 1900 eine fieberhafte, über den Rahmen des Normalen hinausgehende Bewegung, Kraftanstrengung und Erregung in den Massen gehabt, und es ist schon aus diesem Grunde kein Wunder, wenn es da etwas abflaut.

Aber es ist auch notwendig, daß wir nicht nur von der außerparlamentarischen Tätigkeit sprechen, sondern auch ein bißchen, was im Parlament vorgeht, mit ruhigem, objektivem, leidenschaftslosem Blicke beobachten. Das Parlament erregt keine Leidenschaften mehr, höchstens ein Gefühl des Ekels — und das ist kein leidenschaftliches Gefühl — aber wir dürfen uns davon nicht hindern lassen und wir müssen sehen, was unsere Abgeordneten dort machen. Es ist sehr ungerecht, wie es vielfach geschehen ist, die traurige Situation unserer ganzen Politik, unseres ganzen Staates bewußt oder unbewußt die Abgeordneten entgelten lassen, die ebenso wie die Parteileitung lauter gescheite Leute sind (Heiterkeit), aber doch unfähig, daran etwas zu ändern, und die ihr Aeußerstes tun, um in diesem furchtbaren Milieu das Ansehen der Partei und die Interessen des Proletariats zu wahren. Zu unserem parlamentarischen Bericht können wir nur sagen: Unsere Abgeordneten haben unter den schwierigsten, fürchterlichsten Bedingungen, wie sie niemals sozialdemokratischen Abgeordneten auferlegt waren, reichlich ihre Pflicht mit einer bewunderungswerten Ausdauer und Selbstverleugnung getan.

Ich resumiere also: Suchen wir nicht nach traumhaften Mitteln, nicht nach Eingebungen, die uns über Nacht kommen sollen oder von denen wir verlangen, daß sie den Abgeordneten oder der Parteivertretung über Nacht kommen, sondern richten wir uns darauf ein, daß wir einige Zeit in diesen trostlosen Verhältnissen leben müssen. Wir haben nicht nur in Steiermark, sondern auch in Wien und in gar vielen Orten Mährens und Böhmens durchaus Erfolge gerade in dem Sinne der fortschreitenden Organisation, auf die wir nicht nur stolz sein können, sondern die auch zu den besten Hoffnungen berechtigen. Wenn Oesterreich verfault, die österreichische Arbeiterschaft wird dabei nicht zugrunde gehen. (Lebhafter Beifall.)

Winarsky (Wien): Eldersch hat uns auseinandergesetzt, wie der Absolutismus in Oesterreich allmächtig ist und wie mittelst des § 14 ohne Rücksicht auf Parlament, Verfassung und ähnliche Kleinigkeiten die Regierung alles zu tun imstande ist, was sie will, wie sie sogar das Unerhörteste zu wagen sich anschickt, das Anlehen auf Grund des § 14 aufzunehmen. Nach dieser ausgezeichneten Darlegung der politischen Verhältnisse, nach dieser Schilderung der ungeheuren Uebergriffe des Absolutismus hätte jeder erwartet, jetzt kommt der Clou, jetzt kommt das, was der Abgeordnete dem Volke zu sagen hat (**Adler:** Das Rezept!), jetzt kommt die Aufforderung: Weil der Absolutismus auf solche Weise herrscht, weil wir im Parlament nicht imstande sind, das Gewünschte auszurichten, weil unsere einzige Hoffnung in Oesterreich bloß das organisierte Proletariat ist, deshalb kommen wir zu euch, Parteitagsdelegierte, Vertreter des organisierten Proletariats, und rufen euch auf zum Kampfe gegen den Absolutismus! Aber so folgerichtig diese Ausführungen gewesen wären, so ist es nicht gekommen. Statt mit diesem Aufrufe hat Eldersch seine Ausführungen mit einem langgedehnten Seufzer geschlossen. Adler hat uns dann ein Lied vorgesungen, das wir schon öfter gehört haben. Er ist hergekommen, um unsere Ratschläge zu hören, aber er hat keinen gehört (**Adler:** Jetzt werde ich sie hören!) Er hat den Fortgang unserer Bewegung mit dem Steigen und Fallen einer Wellenflut verglichen und hat gemeint, wir seien eben jetzt in einem Wellental und müßten uns dementsprechend einrichten. Es

scheint mir nur, daß wir immer im Tal sind, schon seit längerer Zeit wenigstens. Der Berg kommt nicht. Uebrigens, wie wird mir da? Was Adler hier auseinandersetzte, ist gewiß sehr schön, aber ich denke, eigentlich ist bis jetzt in den Köpfen und Augen der Sozialdemokraten das Bild der sozialdemokratischen Bewegung doch etwas anders gewesen, als es Adler in seinem Gleichnis von den Wellen dargestellt hat. Bisher war es dargestellt durch die vorwärtsschreitende Entwicklung, die immer größere Massen der Organisation zuführt und auf diese Weise die Macht des Proletariats anwachsen läßt. Wenn wir uns aber einrichten, wie es Adler wünscht, dann bedeutet das nicht ein Aufsteigen, sondern ein Einrichten auf einen langsamen, aber stetigen Rückgang. Ein Einrichten auf den kampflosen Verlust von Position auf Position. Es wurde uns heute wieder die Parole von Aussig, „Zurück in unsere Organisationen!" wiederholt, aber Sie haben die Berichte von Deutschböhmen gehört und Sie können vergleichen, inwieweit der Fortschritt gerade dort, wo diese Parole vor zwei Jahren ausgegeben wurde, zu verzeichnen ist.

Es handelt sich nicht um Träume, die hier zum Ausdruck kommen, wenn die Genossen von Parteitag zu Parteitag immer wieder und mit immer mehr Energie fordern, daß die Parteivertretung und die Fraktion anders vorgehen mögen als bisher; es sind nicht Halluzinationen, nicht Schwärmereien, sondern die Genossen reden heraus aus den Bedürfnissen der Partei, aus dem, was die Massen der Partei fordern, und das ist nicht abzutun mit solchen Redensarten. Ich glaube natürlich ebenfalls nicht, daß eine einfache Aktion der Partei mit einem Ruck Oesterreich umgestalten kann; aber wo haben wir das Bild, das Oesterreich bietet, in irgend einem Lande gesehen? Eine absolutistische Regierung, seit sieben Jahren Gesetzlosigkeit auf Gesetzlosigkeit, Uebergriff auf Uebergriff und die radikalste demokratische Partei im Lande schweigt und unternimmt nichts Ernstliches, um diesen Zuständen entgegenzutreten. Dieses Schauspiel Europa zu bieten ist allein Oesterreich berufen gewesen, und deshalb glaube ich, daß, wenn wir auch nicht imstande gewesen sein mögen, dieses Oesterreich umzukonstruieren durch eine solche Aktion, wir als Sozialdemokraten, als einzige ernst zu nehmende demokratische Partei dieses Landes, die Verpflichtung haben, wenigstens unser möglichstes zu tun, um nicht ruhmlos zu sterben, uns nicht geschlagen zu geben, bevor wir den Kampf versucht haben.

So ist es heute in Oesterreich. Wir haben die Aufgabe, den Kampf gegen das absolutistische Oesterreich auf der ganzen Linie aufzunehmen und diese Losung hinauszutragen in die Massen des Volkes. Die Abgeordneten aber, die fühlen, daß sie in diesem Parlament unfähig sind zu einer ernsten Tat, daß dort kein Boden für sie ist, sie mögen mit dazu beitragen, die Volksbewegung zu entfesseln, dem Absolutismus das Terrain abzugraben.

Schuhmeier (Wien): Es ist vor allem festzustellen, daß auch dieser Parteitag unter den Einflüssen steht, die sich in ganz Oesterreich auf jedem politischen Gebiete geltend machen. Es läßt sich nicht leugnen, daß in unseren Reihen die Stimmung abgeflaut ist, daß das Feuer der Kampfesbegeisterung nachgelassen hat. Es wäre aber ein arger Fehlschluß, wenn man meinen würde, daß auch wir versumpfen, weil dieser Staat rettungslos versumpft. In uns schlummert noch dieselbe Kraft wie früher, denn wir sind vom Schicksal Oesterreichs nicht abhängig. Aber es ist uns auch nicht möglich, in dieses Schicksal einzugreifen. Wir besitzen noch unsere Kraft, was hilft sie uns aber, wenn wir keine Möglichkeit haben, zuzupacken, wenn die kritische Lage des Staates keinen Punkt bietet, wo man derb zugreifen könnte, wenn es keinen Moment zum Einsetzen gibt? Man darf also aus der Versumpfung unserer Umgebung nicht auf unsere Kraftlosigkeit schließen. Nur die bürgerlichen Parteien, die gleichgültig den Handlungen der Regierung gegenüberstehen, versumpfen. Wir verrichten doch, unbeirrt um die politischen Verhältnisse, unser Tagewerk im Klassenkampfe und haben vollauf zu tun. Haben wir nicht unsere Lohnkämpfe? Ringen wir nicht täglich und unermüdlich mit dem Unternehmertum? Die Genossen wollen allerdings eine weithin sichtbare Betätigung. Ja,

wie denn, wenn, wie schon gesagt, der Staat so gar keine Handhabe bietet? Winarsky hat von Eldersch erwartet, daß er seine Rede mit einem „Clou" schließen, daß er ein unfehlbar wirksames Mittel angeben wird, dessen wir uns bedienen müssen. Aber hat uns Winarsky denn selbst diesen „Clou" geboten? Er hat sich gehütet, uns eine deutliche Direktive für den Kampf gegen den Absolutismus zu geben; er verlangt bloß von uns, daß wir neue und überraschende Weisheiten zutage fördern sollen. Winarsky hat ja oft Gelegenheit, uns seine Ideen mitzuteilen. Er berät mit der Parteivertretung und könnte da seine Stimme erheben. Er sitzt bei uns und hat da mehr als zehn Minuten Zeit, über das geeignete Mittel nachzudenken. (Heiterkeit.) Warum ist ihm da noch nichts Rechtes eingefallen? Wo keine parlamentarische Tätigkeit im Lande ist, können Sie von uns nicht verlangen, daß wir uns hervorragend betätigen. Unser ganzes Sein ist im Kampfe, das wissen wir. Haben wir jemals gezögert, den Kampf gegen den Absolutismus zu führen? Was haben wir an flammenden Artikeln in der Presse geleistet, wie unermüdlich waren wir mit unserer Versammlungstätigkeit! Täglich und stündlich kämpfen wir. Ja, aber, was können wir allein ausrichten gegen die Regierungsgewalt?

„Auf zum Kampfe gegen die Regierung Koerber!", das wäre immerhin eine deutliche Direktive. Nun, wir kämpfen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Und man könnte ja sagen: „Weg mit dem Trugbild dieser Koerberschen Regierung! Das ist das Wichtigste und das muß geschehen, selbst wenn wir dann eine klerikale, erzklerikale Regierung bekämen. Dann hätten wir wenigstens ein Kampfobjekt, das wir tüchtig anpacken könnten." Aber was können wir tun, wenn das Parlament lebensunfähig ist und sich gegen den Absolutismus nicht wehrt? Unser Unglück ist, daß wir untätige Zeugen dieses Fäulnisprozesses sein müssen, die Zeitgenossen des Verfalles; da können wir nichts tun als die Nasen zuhalten und uns auf unser eigenes Haus zurückziehen, es zu einer starken Festung umgestalten, bis die Zeit kommt, wo dieses faule Staatsgebilde zusammenbricht und wir dann aus unserer Festung herausbrechen können, um auf dem neuen Boden Spielraum zur Betätigung zu gewinnen. Wir, die wir der Geschichte voraus sind, müssen leider warten, bis die Verhältnisse die anderen vernünftig gemacht haben, obgleich von diesem Parlament und von dieser Regierung keine Vernunft zu erwarten ist. Ich bin heute überzeugt, daß wir vom allgemeinen Wahlrecht weiter entfernt sind als je. Wenn selbst die Erwägung, daß das allgemeine Wahlrecht den Staat auf eine neue Grundlage stellen, eine neue Klammer des Reiches bilden würde, nichts nützt, was soll denn die Herrschaften da zur Vernunft bringen? Im Jahre 1893 war der Regent dieses Reiches überzeugt, daß das allgemeine Wahlrecht notwendig ist. Heute wäre es vergebens, ihn daran zu erinnern.

Es bleibt uns nichts übrig, als unermüdlich Organisationsarbeit zu leisten. Im Innern der proletarischen Bewegung haben wir genug Betätigung und so können wir ohne Furcht, daß wir verflauen, den Moment abwarten, wo sich Gelegenheit finden wird, mit ganzer Kraft einzusetzen, um die Entwicklung der parlamentarischen Politik machtvoll zu beeinflussen. Wenn es einst not tut, werden wir wie immer über die alte Kraft verfügen, die immer bereit sein wird, aufzulodern, wenn die Zeit unser Eingreifen heischt. (Beifall.)

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Die Fäulnis der politischen Verhältnisse hat in den Massen eine Hoffnungslosigkeit und Teilnahmslosigkeit gegenüber dem politischen Leben erzeugt, wie sie in diesem Umfange noch nicht beobachtet worden ist. Wir haben alle möglichen Mittel versucht, um eine Verbesserung des Wahlrechtes, die Altersversorgung u. s. w. herbeizuführen. Wir haben demonstriert, Massenversammlungen abgehalten, geredet, agitiert, sozusagen mit Händen und Füßen gearbeitet. (Heiterkeit.) Trotzdem sind wir dem Ziele nicht näher gekommen. Da ist es kein Wunder, wenn sich der Massen Hoffnungslosigkeit bemächtigt, wenn sie sagen: Wir haben nichts zu hoffen! Auch hier hat sich diese Stimmung geäußert. Wir alle stehen unter ihrem Eindruck. Es tut in diesem Augenblicke not, der Arbeiterschaft zu zeigen, daß es Mittel gibt, die wir noch in Reserve haben, die wir noch nicht ver-

sucht haben, kräftige Mittel, die uns für den äußersten Fall noch bleiben. Man ist heute um diese Frage herumgegangen wie um einen heißen Brei. Es wurde gesagt, daß man von Elderſch und anderen Genossen einen „Clou“ erwartet hätte. Sagen wir es offen heraus, was wir unter diesem „Clou“ verstehen — den Generalstreik. Ja, wir müssen uns mit der Frage des Generalstreiks vertraut machen und näher befassen. Wir müssen den Arbeitern sagen, daß es noch ein Mittel gibt, das wir noch nicht versucht haben, daß unsere Rüstkammer noch nicht erschöpft ist. Wenn wir uns auf die Wellentheorie des Genossen Adler zurückziehen, dann werden wir unseren Kampf so führen wie Kuropatkin, der immer glauben machen will, daß seine Rückzüge Erfolge sind. Wir sind die einzigen, die noch die Kraft haben können zu entscheidenden Schritten, und deshalb müssen wir den Arbeitern offen sagen, daß wir im Generalstreik noch ein letztes Mittel besitzen, das geeignet ist, uns im Kampfe gegen politische Unfreiheit und wirtschaftliche Unterdrückung als wertvolle Waffe zu dienen und das im geeigneten Augenblick anzuwenden wir gewillt sind. (Beifall.)

Muchitsch (Graz): Mir kommt es so vor, als bestünde unter den Delegierten aus dem Norden des Reiches eine Verschwörung, um dem Parteitag einzureden, daß die Arbeiterschaft hoffnungslos ist und nichts mehr erwartet in Oesterreich. Das ist nicht wahr. Es wird so viel übertrieben, daß man sich förmlich fürchten muß. Winarsky hat gar etwas ausgesprochen, was er nie beweisen kann, nämlich, daß wir Position um Position kampflos preisgeben. Ja, welche Position haben wir denn schon preisgegeben? Wo ist sie? Winarsky, der von der Fraktion erwartet, daß sie uns ein Arkanum gibt, ist selbst nicht imstande, uns auch nur eine Richtschnur zu geben. Es ist notwendig, auszusprechen, was ist. Das haben Adler und Schuhmeier getan. Wenn diese Genossen ein Mittel wüßten — na, so schlecht sind sie ja gewiß nicht gegen die Partei, daß sie es verheimlichen würden. (Heiterkeit. — **Adler:** Das sagt nur der Winarsky!) Ist denn das Parlament das einzige, was für uns wichtig ist? Haben wir denn sonst nirgends was zu tun als im Parlament? Wichtig wäre es ja gewiß, dieses elende Privilegienparlament zu beseitigen, aber das ist doch nicht unsere einzige Aufgabe.

Ich habe die Ueberzeugung, daß diese trügerischen Verhältnisse von selbst zusammenbrechen müssen. Es ist notwendig, daß wir gerüstet dastehen, es ist notwendig, unser Haus zu bestellen, und wir haben so viel revolutionäre Kraft, um, wenn es notwendig und möglich sein wird, mit Vehemenz einzusetzen. Wenn man die Fraktion mit dem einen immer quält, verekeln Sie ihnen das ekelhafte Geschäft noch mehr. Ich erkenne vollständig die Schwierigkeiten an, mit denen unsere Fraktion zu kämpfen hat, und glaube, daß es unsere Pflicht ist, ihr Dank und Anerkennung für ihre Tätigkeit auszusprechen. (Beifall.)

Sonnek (Wien): Nicht zum erstenmal kommt heute der Unwillen über das Parlament auf dem Parteitag zum Ausdruck. Es ist mit ungeheuren Schwierigkeiten verbunden, Oesterreich zu einem vernünftigen Staat zu machen, und man kann die Fraktion nicht verpflichten, diese unmögliche Aufgabe durchzuführen. Es ist aber unzweifelhaft, daß unter der Arbeiterschaft ein Radikalismus herrscht, der nach Betätigung drängt und nur der immer von den führenden Personen eingedämmt wird. Gewiß ist die Organisation das Wichtigste und erst muß sie ausgebaut werden, ehe die Arbeiterschaft zu radikalen Mitteln schreiten kann. Aber immer wieder muß die Begeisterung entfacht werden, sonst droht die Bewegung zu verflachen. Wir glauben, wir haben etwas erreicht, weil wir von der Polizei jetzt mehr Ruhe haben. Aber wir geben ihr auch gar keinen Vorwand, sich gegen uns zu betätigen. Wir sind ruhig und zu leidenschaftslos geworden. Unsere Fraktion ist nicht deshalb gewählt, damit sie zwecklose Petitionen einbringt. Wenn sie schon nichts anderes machen können, so sollen die Abgeordneten hinausgehen als Agitatoren, als lebende Brandfackeln den Genossen voranschreiten. Wenn wir den Badeni weggefegt haben, so muß es möglich sein, auch den Koerber Mores zu lehren. Das muß gesagt werden und diese Meinung kann man nicht immer abdämpfen. Wir

leiden furchtbar unter den parlamentarischen Zuständen und zum Teil hängen ja sogar die industriellen Krisen mit ihnen zusammen. Geben Sie uns Betätigung für unseren Radikalismus, lassen Sie unsere revolutionäre Kraft nicht verrosten! (Beifall.)

Pernerstorfer (Wien): Der parlamentarische Bericht ist das Werk des Referenten, aber ich muß Wert darauf legen, zu erklären, daß Eldersch nicht etwa im Auftrage des Verbandes hier gesprochen hat, und daß er nur seine persönliche Meinung, die allerdings von anderen auch geteilt wird, zum Ausdruck gebracht hat. Die Mehrheit des Verbandes ist nicht in der Lage, seine Aufforderung zu großen Taten mit zu unterschreiben und zu vertreten. Ich glaube, daß hier nicht viele sind, die meinen, daß wir in der Tat zu einem politischen Massenstreik greifen können. Winarsky sagt ‚wir sollen die Führung zu großen politischen Bewegungen übernehmen. Nun wäre hier Klarheit notwendig. Wenn die Genossen meinen, das wir Versammlungen abhalten und dann gegen das Ministerium und gegen das Parlament reden sollen, so muß ich sagen, daß wir das ohnedies tun. Es muß also gemeint sein, daß wir auf die Straße gehen, daß wir die Parteigenossen auffordern, eine Art von Demonstrationen zu beginnen, wie sie ja schon einmal gemacht worden sind. Nun meinen wir aber ganz ernstlich, daß wir mit einer solchen Aktion jetzt ein Fiasko erleben würden. Die Apathie, über die hier geklagt worden ist, ist viel mehr im allgemeinen politischen Leben der bürgerlichen Parteien als bei uns zu suchen. Ich habe wenigstens in meinem Wahlbezirk und auch anderswo diese Apathie unter den Genossen nicht gefunden. Ein großer Ekel vor dem Parlament und vor Oesterreich ist ja zweifellos da, aber ich habe gerade gefunden, daß der Eifer für die Parteiarbeit sehr groß ist.

Wenn wir also, die wir die Verantwortung dafür tragen, zu solchen Schritten aufforderten und es käme ein Mißerfolg, der einer Reihe von Genossen schwere Leiden verursachen würde, so würde man uns hinterher streng aburteilen. Es ist nicht gut, immer neue Illusionen zu erwecken; und wenn wir heute auf die Straße steigen, würden wir die Illusion bei unseren Genossen hervorrufen, daß wir damit etwas erreichen können. Das ist aber völlig ausgeschlossen. Wenn jemand meint, daß wir imstande sind, die Massen, auch die nicht in unserer Organisation stehen, mitzureißen, möge er sich offen zu dieser Meinung bekennen. Wir haben diese Meinung nicht. Zweifelt jemand, daß, wenn die Situation sich so zuspitzte, daß unser Eingreifen Erfolg verspräche, wir dann zaudern würden, wirkliche Maßregeln zu ergreifen? Was im Augenblick geschehen kann, ist aber nur die Aufforderung an das Proletariat, sich zu sammeln. Was haben denn unsere deutschen Parteigenossen durch zwölf Jahre getan, als das Sozialistengesetz über ihnen lagerte? Wäre es nicht, theoretisch betrachtet, ganz erklärlich gewesen, wenn die volle flammende Wut des Proletariats sich gegen dieses schändliche Gesetz gekehrt hätte, auch mit gewaltsamen Mitteln? Die Deutschen haben aber zwölf Jahre einer namenlosen politischen Bedrückung über sich ergehen lassen. Aber sie haben nicht geschlafen, sonst wäre nicht die Bewegung so gewaltig angewachsen. Was also den deutschen Genossen möglich war, müssen wir unter viel weniger ungünstigen Verhältnissen auch zustande bringen.

Wir haben unter Taaffe eine Wahlrechtsbewegung durchgeführt; aber die Verhältnisse sind heute anders. Der § 14 hat sich so ausgezeichnet bewährt, daß in der Tat die Verlegenheit des Koerber größer wäre, wenn das Parlament aktionsfähig wäre, als sie es ist dadurch, daß das Parlament obstruiert wird. Die Verhältnisse sind also für einen solchen Kampf so ungünstig wie nur möglich. Wir können die indifferenten Massen nicht mitreißen und sind nicht in der Lage, heute eine solche Aktion mit einiger Aussicht auf Erfolg zu unternehmen. Wenn man an verantwortungsvoller Stelle steht und der Meinung ist, daß eine Aktion unternommen werden soll, so muß man sagen, welche Aktion, und Winarsky, der uns das jede Woche einmal sagen könnte, hat es uns weder in unseren Sitzungen gesagt noch heute auf dem Parteitage. Mit leeren Worten und Drohungen ist uns nicht gedient. Es

gibt viele, die glauben, die Sozialdemokratie hier in Oesterreich soll zuerst große Aktionen machen, dann wird sie groß und mächtig werden. Der umgekehrte Weg ist der richtige: Wir müssen stark und mächtig werden, um dann große Aktionen unternehmen zu können. Es ist die österreichische Ungeduld und — verzeihen Sie das Wort — auch ein Stück österreichischer Zuchtlosigkeit, das Heil immer von außen zu erwarten, statt es zuerst im Innern vorzubereiten. Wenn wir zweifellos die einzige Partei sind, die an die Zukunft denkt, dann haben wir die große Verantwortung auf uns, keinen Schritt zu unternehmen, ohne ihn uns genau zu überlegen. Wir haben die größte Verantwortung, nicht eine Aktion geschehen zu lassen, wenn wir nicht wissen, daß sie Aussicht auf Erfolg hat. Es gibt heute kein anderes Rezept als das, welches Ihnen von dieser Stelle schon angeraten wurde. Wenn die Partei innerlich konsolidiert, stark und mächtig wird, dann werden wir unsere Macht schon gebrauchen können. (Beifall.)

Bartel (Falkenau): Die Vorwürfe, die da erhoben werden, sind menschlich begreiflich. Die Genossen, die sie hier vorbringen, halten sich einfach schadlos für die Vorwürfe, die sie selbst aus der Masse erhalten. Die Prügel, die wir draußen bekommen, geben wir hier weiter (Heiterkeit; Rufe: Danke!), die Genossen brauchen einen Blitzableiter für ihren Unmut. Wir sind eine Kampfpartei und können daher ohne Kampf nicht sein. Nun haben wir eine Situation, wo der Gegner gar nicht zu fassen ist, wo wir kein Feld für den Kampf finden. Natürlich empfinden das viele Genossen als Flauheit und sehen sich um, was schuld daran ist. Einer beschuldigt den anderen und aus dieser Stimmung heraus ist auch der Gedanke gewachsen, der hier von einzelnen ausgesprochen wurde, daß selbst ein Ausnahmszustand besser wäre als die herrschende politische Versumpfung. Weil es keine Gelegenheit gibt zu Aktionen, ärgert man sich sogar, daß die Polizei uns verhältnismäßig unbelästigt läßt. Man möchte halt gerne raufen (Heiterkeit), Gelegenheit haben zur Tätigkeit. Muchitsch sieht die Verhältnisse gar zu rosig und das ist auch kein Wunder. Sie haben ja in Steiermark eben einen großen Wahlsieg erfochten; wir haben aber nicht überall so viel Glück und bei uns in Böhmen sieht es mitunter recht trostlos aus. (**Schrammel** ruft: In Aussig nicht!) Gut, so stelle ich denn fest, daß es in Aussig beim Genossen Schrammel großartig bestellt ist, aber das ist doch nur eine Ausnahme bei der allgemeinen Niedergeschlagenheit, die man bei uns findet. Trotzdem dürfen wir nicht gleich nach Ausnahmszuständen schreien, um etwas zu tun zu bekommen. Den Genossen, die so was aussprechen, wäre es gar nicht so angenehm, wenn sie eines Morgens vom Gendarmen ausgehoben und in Ketten weggeführt würden. Solche leichtsinnige Wünsche grenzen doch ein bißchen an Bierbankpolitik, auch wenn sie nur eine drastische Uebertreibung sind. Wir haben jetzt keine Angriffspunkte, unserer Aktion günstige Fragen gebiert die gegenwärtige Situation leider nicht; also ziehen wir uns auf die eigene Organisation zurück. Die gegenseitigen Vorwürfe werden ja nie schwinden, weil die Genossen einen unversiegbaren Drang nach Betätigung haben. (Beifall.)

Abgeordneter **Seitz**: Wir sollten uns nicht scheuen, ruhig einzugestehen, daß die Arbeiterschaft heute nicht die Macht hat, allein mit dem Absolutismus aufzuräumen. Weil wir die Macht dazu nicht haben, machen wir uns gegenseitig den Vorwurf der Lauheit, und es scheint, daß die meisten darauf vergessen, wer denn sonst noch schuld ist an den Zuständen, unter denen wir leiden. Winarsky hat uns in einer schönen Periode geschildert, daß kein anderer Staat in Europa solche Zustände ertragen könnte. Er hat aber die historischen Ursachen dieses Elends vergessen. Er vergißt aber auch, daß die bürgerlichen Parteien kein Interesse an einer Aenderung haben und daß sie das Parlament jetzt gar nicht wollen. Der Ausgangspunkt der Lage ist bekanntlich die Ausgleichsfrage. Keine Partei hat den Mut, das unpopuläre Ausgleichswerk zu vollbringen; aber auch keine hat den Mut, mit dem Dualismus kurzen Prozeß zu machen. Ferner haben auch, das ist sehr zu beachten, besonders die Unternehmer ein Interesse an der Beibehaltung dieser Zustände. In dieser parlamentslosen Zeit bröckelt Stück für Stück von

der Arbeiterschutzgesetzgebung ab. Ich erinnere an den Ueberstundenerlaß, an die Krankenkassen und an die Machtlosigkeit der Gewerbeinspektoren. Die Unternehmer haben den Weg der Hintertreppenpolitik eingeschlagen und suchen da Stück für Stück von unseren Arbeiterschutzbestimmungen wegzustehlen. Gar manche schädliche Entscheidung haben sie bereits ergattert und wenn sie fleißig auf den Hintertreppen lungern und betteln, finden sie sehr häufig Gehör bei der Regierung. Was liegt ihnen da am Parlament?

Wir haben eine Verfassung, aber sie ist nichts Erworbenes, nicht auf den Barrikaden erkämpft; sie ist „geschenkt". Wie man nichts mehr gewußt hat, unter dem Drucke der Kriegsnot und später der Kreditnot, ist der österreichische Konstitutionalismus entstanden. Eine Verfassung aber, die nicht errungen ist, wird auch nicht mit rechtem Mute verteidigt. Vielleicht kommt der Moment, wo wir uns die Verfassung erkämpfen; aber das steht fest, daß wir sie heute mit keinem Mittel aus eigener Kraft erreichen können. Winarsky sitzt in der Parteileitung. Warum hat er dort das Mittel nicht gesagt? Heraus mit dem Mittel! Sie stellen uns ja hin, wie wenn wir Lumpen wären, die das Mittel wissen und nur zu feig sind, damit herauszurücken. Wir sind alle nur Beamte der Partei und werden alles tun, was Sie uns auftragen; aber Unmögliches dürfen Sie nicht verlangen.

Nun hat ja Freundlich das Mittel herausgesagt, das Winarsky zu meinen scheint, er hat vom Massenstreik gesprochen. Ich bin kein Gegner dieser Idee. Wenn Freundlich uns verbürgen könnte, daß es möglich ist, mit Hilfe des Generalstreiks Oesterreich neu aufzubauen, wäre niemand dagegen, nicht einmal die Genossen der Gewerkschaftskommission würden zögern, den Säckel, den sie so wohl hüten, zu öffnen, wenn sie wüßten, daß Oesterreich dadurch mit einem Schlage ein moderner, freier, sozialpolitischer Staat würde. Wir sind bereit, jedem Auftrag Folge zu leisten, wenn er durchführbar und vernünftig ist. Das können wir Ihnen aber leider nicht versprechen, daß wir imstande sind, das Parlament wieder auf die Beine zu bringen und lebensfähig zu machen. Es ist gewiß kein Vergnügen, in den Couloirs zu weilen, während man Interpellationen des Klofac verliest, wir müssen aber im Parlament ausharren, trotzdem es uns vielleicht lieber wäre, mit Winarsky und Freundlich auf die Barrikaden zu steigen. (Heiterkeit und Beifall.)

Um 6 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag den 27. September 1904. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Tomschik** eröffnet um 9 Uhr die Sitzung.

Seliger (Teplitz) erstattet im Namen der Mandatprüfungskommission Bericht. Der Kommission lagen 85 Mandate zur Ueberprüfung vor. Zwei von den anwesenden Delegierten haben ihre Mandate nicht mitgebracht. Gegen ihre Anerkennung liegt, da sie beide von ihren Organisationen ordnungsgemäß angemeldet worden sind, nichts vor. Außerdem sind auf Grund des Organisationsstatuts 9 Mitglieder des Parteivorstandes und der Parteikontrolle und 7 Abgeordnete, zusammen 103 Delegierte anwesend. Davon sind 11 Delegierte von Korporationen und Redaktionen ohne Stimmrecht.

Es wird sodann die Debatte über den Bericht der Fraktion fortgesetzt.

Adler (Wien): Winarsky hat, wie es bei ihm zu einer Art Spezialität geworden ist, eine ungemein flammende, aufgeregte Rede für irgend eine nicht näher bestimmte Aktion gehalten und er hat gemeint, es müsse etwas geschehen, und er hat die Parteivertretung und damit auch bis zu einem gewissen Grade sich selbst, aber auch die Abgeordneten sehr gerügt, daß sie so tief empfundene und hochgehende Aktionen nicht veranlaßt haben. Nun

freue ich mich immer, wenn ich sehe, daß die Masse der Partei nicht der Empfindung der Selbstzufriedenheit verfällt, und nichts würde mir als schlechteres Zeichen gelten, als wenn auch bei uns Zeichen der Versumpfung zu merken wären. Aber wenn man auf dem Parteitag im engsten Kreise von Verantwortlichen so spricht wie Winarsky, dann muß man doch auch wenigstens so entfernt und ungefähr wissen, was man will. Nun gibt es verschiedene Zeichen, durch die man seinen brennenden Wunsch, daß etwas geschehe, andeuten kann und zugleich eine Täuschung darüber erzielen kann, als wüßte man, was man will. Eines der harmlosesten Mittel, um solche Täuschungen zu erzeugen, sind Anträge. Eine Resolution ist noch lange keine Aktion, aber sie ist doch geeignet, manche Leute glauben zu machen, als wüßte man, was man will. Wenn aber Winarsky nicht einmal zu diesem Minimum von Feststellung dessen, was er etwa wollen könnte, kommt, ist das ein sehr bedenkliches Symptom, daß er sehr viel Stimme, aber sehr wenig Vorstellung von dem hat, was er etwa wollen könnte. Anfragen ist sehr hübsch, anklagen immer nützlich, aber für die Partei kommt dabei wenig heraus. Winarsky hat unter anderem selbstverständlich auch mir den schweren Vorwurf gemacht, daß ich den Genossen gesagt habe, sie müßten nicht verzweifeln, daß es heute etwas stiller zugeht. Ich habe auf die physiologische Tatsache, daß auf Erregung immer Beruhigung folgt, hingewiesen. Da hat er nun pathetisch gesagt: Ja, wir befinden uns immer im Wellental und wir sind doch eine aufwärtsstrebende Bewegung. Ja wer, wie Winarsky, Bewegung mit Erregung verwechselt, wer glaubt, daß die Partei nur fortschreitet, wenn sie sehr laut schreit, wenn sie aufgeregt ist, der beurteilt unsere Partei sehr schlecht. Von einer immer fortschreitenden Aufregung des Proletariats habe ich nie etwas gehört (Heiterkeit) und nur in den wirrsten Köpfen kann sich unsere Bewegung in dieser Weise malen. Wenn unsere Bewegung und ihr Fortschritt an eine wachsende Aufregung gebunden wären, so müßten unsere Hoffnungen sehr tief gesunken sein, und es ist ein mit dem Charakter und der Geschichte unserer Bewegung im letzten Jahrzehnt verknüpfter, aber durchaus nicht vorteilhafter Irrtum, daß unsere Bewegung nur dann gut geht, wenn sie sehr laut auf den Straßen sich geltend macht. Ich glaube, wir können die Aufregung Winarskys sich selbst überlassen. Sie wird sich beruhigen, sie wird abflauen wie die Erregung im ganzen, um bis zum nächsten Parteitag wieder jenen Höhepunkt in der Wellenlinie erreicht zu haben, die es ihm ermöglicht, auch hier wieder die gewohnte, von uns allen mit Befriedigung, daß er noch immer der Alte ist, entgegengenommene Rede zu halten. (Heiterkeit.)

Freundlich war so gütig, entgegen unserer Abmachung und unserem Beschluß uns plötzlich den Generalstreik zu präsentieren. Er hat zwar keinen Antrag gestellt, er hat das Wort nur so hinausgeschmettert. Er hat nur gemeint, wenn er für den Ausgang garantieren könnte, würde er ihn beantragen. Ich schätze Freundlich sehr, er ist ein eifriger, tüchtiger, verläßlicher Genosse, aber ich muß gestehen, ich würde mich, wenn ich einen Beschluß zu fassen hätte, mit seiner Bürgschaft allein nicht begnügen. Er müßte schon eine zweite Unterschrift haben. (Heiterkeit. — **Freundlich:** Das hat ja Seitz gesagt, nicht ich.) So, das macht nichts. Das ist dasselbe. (Heiterkeit.) Ich meine, alle sachlichen Gründe gelten da ebenso.

Lassen Sie doch dieses Spielen mit den großen Worten, das hier schon gar keinen Zweck hat und auch zu keinem praktischen Erfolg führen kann. Wenn Sie vom Parteitag weggehen mit dem Entschluß, die Sozialdemokratie aktionsfähiger zu machen, nicht nur wenn es um die Rettung Oesterreichs geht, wenn Sie Ihre ganze Energie in die Reihen des Proletariats hinein richten, haben Sie genug getan. Der Absolutismus ist ja eine Tatsache, aber wir dürfen uns doch nicht einbilden, daß durch uns allein Oesterreich vom Absolutismus zu retten ist, und müssen es uns versagen, die einzige und wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie darin zu sehen, uns mit dem Staate abzugeben, anstatt, was wichtiger und notwendiger ist und mehr in dem Bereiche der Möglichkeit liegt, mit der Arbeiterschaft selbst. (Beifall.)

Winarsky (Wien): Auf meine gestrigen Ausführungen hat eine Anzahl Genossen verlangt, ich solle doch das Allheilmittel bekanntgeben, das geeignet ist, die Bewegung der Partei über den gegenwärtigen toten Punkt hinwegzubringen, ihnen sagen, wie man mit einem Schlage aus allen Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, herauskommen kann. Aber es ist mir gar nicht eingefallen, Ihnen ein solches Allheilmittel zu verschreiben, aus dem Grunde, weil es kein solches Mittel geben kann. Wenn ich mich mit der gegenwärtigen Taktik der Partei nicht einverstanden erklärt habe — wobei ich nicht im geringsten die Absicht habe, etwa der Fraktion das Mißtrauen auszusprechen — habe ich nur meiner Ueberzeugung Ausdruck geben wollen, daß das Tempo der Parteibewegung, ihr Grundton, wenn ich so sagen darf, die ganze Art ihres Auftretens nicht dem entspricht, was ich im Interesse der Partei für nützlich und notwendig halten würde. Es ist die Ueberzeugung auch vieler anderer Parteigenossen, die begründet ist in den Erfahrungen der letzten Jahre, daß eine große politische Partei, die auf eine Massenbewegung aufgebaut ist, auf die Dauer nicht die Taktik des Zuwartens sich zu eigen machen kann. Zuwarten, das ist eine Taktik für eine kleine Körperschaft, die ausharren kann, weil sie jedes einzelnen Mitgliedes sicher ist, aber nicht für eine Massenpartei, weil es unter der Zeit des Wartens geschehen kann, daß ein Teil der Masse, statt hinter ihren Führern zu warten, fortgeht. Freilich, wenn man so genügsam ist wie Schuhmeier und feststellt, daß die Sozialdemokratie nicht auseinanderfällt, wenn man also dort angekommen ist, zu konstatieren, daß die Sozialdemokratie ist (Heiterkeit), dann mag man ja mit alledem, was wir sehen, zufrieden sein. Man hält mir entgegen: Unsere Aufgabe ist die Erstarkung der Organisation. Ist denn aber ein Gegensatz zwischen dem, was ich will, und unserer Organisationsarbeit? Glauben Sie, wir müssen die Tätigkeit für die Organisation des Proletariats aufgeben, wenn wir den Absolutismus bekämpfen? Eines schließt das andere nicht aus. Aber ich glaube, daß doch nicht die Organisationsarbeit, die das tägliche Brot unserer Agitation ist, den ganzen Inhalt des politischen Kampfes und das ganze Wesen der Partei auszumachen vermag. Deshalb ist es keine Widerlegung meiner Ausführungen, wenn man mir gegenüber die Notwendigkeit der Organisation betont. Es wird doch niemand behaupten können, daß zu der Zeit, wo die Partei in mächtiger Bewegung gewesen ist, die Entwicklung der Organisation gelitten hat. Haben wir ein so schlechtes Gedächtnis, daß wir schon vergessen haben, daß gerade die Jahre des heftigsten politischen Kampfes auch die Jahre der Konstituierung der sozialdemokratischen Organisation in Oesterreich gewesen sind? Die Arbeit mit der Maurerkelle läßt sich sehr wohl mit der Arbeit des Schwertes verbinden und wir haben bisher immer diese beiden Arbeiten als Einheit aufgefaßt.

Was ich will, habe ich gestern deutlich genug gesagt. Ich halte es für eine Pflicht der Partei, alles daranzusetzen, um gegen den Absolutismus alle Kräfte dieses Landes mobil zu machen. Die Partei hat ja auch gar keinen anderen Weg für ihre energische Betätigung. Wenn sie auf die Massen wirken, wenn sie groß bleiben, größer werden will, bleibt ihr nichts übrig als die schärfste Betonung des demokratischen Moments, daher der entschiedenste Kampf gegen den Absolutismus. Ich leugne ja nicht, daß hie und da ein Zeitungsartikel, hie und da auch eine Versammlung sich damit beschäftigt hat. Aber was ich will, unterscheidet sich eben sehr stark von den sogenannten Aktionen, die manchmal unternommen wurden mit halbem Herzen und mit einem spöttischen Lächeln über ihren wahrscheinlichen Erfolg auf den Lippen und ohne die energische Absicht, sie bis zum Ende durchzuführen. Ich will sagen, daß tatsächlich die ganze Kraft der Partei eingesetzt werden muß für den Kampf gegen den Absolutismus, den ich für das einzig Mögliche, unumgänglich Notwendige im Interesse der sozialdemokratischen Partei halte. (**Pernerstorfer**: Also, was soll geschehen?) Alles: Versammlungen, Agitation, Presse, Demonstrationen und so weiter! (**Adler**: Nämlich?) Es gibt kein Ende in dieser Beziehung. (**Adler**: Im Reden!) Auch im Handeln. Aber, wenn man,

so oft ein Genosse hier auftritt und erklärt, daß die Partei mit der Taktik des Wartens nicht weiter fortfahren darf, immer mit dem kalten Hohn kommt, mit jenem Lächeln, das jede Begeisterung ertötet, wenn man jeden Idealismus geringschätzt und von vornherein an der Möglichkeit einer energischen Betätigung der Partei verzweifelt: dann ist es aussichtslos, etwas zu unternehmen. Mit ganzem Herzen müssen wir die Dinge anpacken, die wir durchsetzen wollen (Beifall), wenn wir aber am Anfang jeder Aktion zu gescheit sind, wenn man sogar, wenn es sich um die Einberufung einer Versammlung handelt, sagt: Eine Versammlung mehr, was ist denn weiter damit los?; wenn man bei jeder Aktion sagt: Was kann denn dabei herauskommen?, dann glaube ich gern, daß Resultate zu verzeichnen sind, wie sie Seliger aus seinen Erfahrungen heraus zum besten gegeben hat. Was uns Seliger erzählt hat, ist eben nicht zu erklären daraus, daß die Parteivertretung zu viel Aktionen unternommen hat, sondern daraus, daß die Genossen schon zu viel Aktionen beginnen, aber nicht durchführen gesehen haben.

Es fällt mir nicht ein, zu meinen, daß die Fraktion Oesterreich ummodeln kann, und sie verantwortlich zu machen für den Zustand Oesterreichs; es fällt mir nicht ein, die sozialdemokratische Partei für stark genug zu halten, alles zu ändern; aber ich glaube, es genügt nicht, den Tiefstand bloß zu konstatieren und nichts zu unternehmen, um ihn zu bekämpfen.

Nun hat einer der Redner gemeint, es sei eine Art Zuchtlosigkeit, wenn derartige Meinungen hier auf dem Parteitage zum Ausdruck gebracht werden; ein anderer meinte wieder: der Winarsky sitzt im Sekretariat, dort redet er nicht; er hätte doch auch den Parteibericht korrigieren können, mit dem er nicht zufrieden ist. Da muß ich zuerst erklären, daß ich nicht am Bericht des Sekretärs, sondern an der Berichterstattung der einzelnen Organisationen Kritik übte. Die plötzliche Ueberraschung, daß ich anderer Meinung über die Taktik der Partei bin als die Mehrheit der Genossen der Parteivertretung und der Fraktion, finde ich merkwürdig. Ich glaube, kein Genosse, der in der inneren Parteitätigkeit bewandert ist, wird im unklaren darüber sein, daß ich nicht einverstanden bin mit der bisherigen Taktik der Partei. Es war nicht Tändelei, nicht die Lust, ein bißchen Sensation zu machen, was mich bewogen hat, hier zu sprechen. Ich habe keinen Antrag gestellt, denn was ich hier sage, läßt sich nicht in einem Antrag zusammenfassen, wenn er nicht ein Mißtrauensvotum gegenüber der Fraktion und der Parteivertretung sein soll. Ich hatte aber nicht die Absicht, ein solches Votum hier zum Ausdruck zu bringen, sondern nur die Absicht, zu sagen, was notwendig ist. Wenn die Parteivertretung und die Fraktion wollen, können sie auch ohne präzisen Antrag den richtigen Weg gehen. An Ihnen liegt es, sich darüber zu entscheiden. Wir haben sieben Jahre gewartet, und ich glaube, es ist endlich notwendig, daß diese Zeit des Wartens im Interesse der Partei ein Ende nehme. Wir haben gewartet und wir sehen nun die Folgen des Wartens. Man muß sehr bescheiden sein, wenn man mit diesen Folgen, wenn man mit der gegenwärtigen Stellung der Sozialdemokratie im Lande vollkommen zufrieden ist. Die sozialdemokratische Bewegung ist nicht allein eine Bewegung der kühlen Vernunfttätigkeit, sondern sie muß zum Inhalt haben die Vernunft, gepaart mit jener Begeisterung, ohne die, wie schon unser Altmeister Saint-Simon gesagt hat, große Taten niemals vollbracht werden können.

Czech (Brünn): Die Debatte ist etwas lebendiger und leidenschaftlicher geworden, es sind fast alle Abgeordneten auf den Plan getreten, so daß es den Anschein haben könnte, als wenn unsere Abgeordneten es notwendig hätten, sich zu rechtfertigen. Deshalb muß ich hier erklären, daß es keinem Redner eingefallen ist, unsere Abgeordneten zu tadeln und ihnen für ihre parlamentarische Betätigung andere Direktiven zu geben. Wenn es trotzdem zu einer lebhafteren Auseinandersetzung gekommen ist, so nur deshalb, weil alle Parteigenossen gern den ersten Anlaß ergriffen haben, Ihnen zu sagen, wie die Dinge in der Provinz liegen. Da muß ich denn auch erklären, daß auch wir in Mähren der Ueberzeugung sind, daß es so, wie es bisher gewesen

ist, einfach nicht weiter geht und daß irgend etwas geschehen muß; was, das soll erst erörtert werden. Ich werde nicht das Wort vom Generalstreik, vor dem sich fast alle Genossen dreimal bekreuzigt haben, in den Mund nehmen. Aber wir haben es nicht so gut wie die Genossen in Steiermark. Muchitsch ist gesättigt von dem schönen Erfolg der Landtagswahlen, er will weiter nichts haben. Organisieren wir uns, sagt er, das ist die Hauptsache. Haben wir denn keine andere Sorge als das Parlament? So, wie die Dinge in Steiermark liegen, liegen sie eben nicht überall. Ich würde Sie einladen, sich ein wenig die mährischen Verhältnisse anzuschauen, und Sie würden mit uns die Empfindung haben, daß unsere Kampfesweise sich unbedingt ändern muß. Mähren ist eines der entwickeltsten Industrieländer und hat eine starke Arbeiterbewegung. Nichtsdestoweniger ist es unseren Bemühungen bis heute nicht gelungen, dort die Schmach des indirekten Wahlrechtes zu beseitigen. Wir haben ein Landtagswahlrecht mit einem Zensus von 20 fl., in Brünn ein Gemeindewahlrecht mit einem Zensus von 10 fl. Alle unsere Bemühungen, eine Wahlreform zu erzwingen, sind vergebens gewesen und wir sind so zur Ueberzeugung gekommen, daß die bisherige Kampfesweise nicht in Permanenz erklärt werden darf, sondern daß wir einen anderen Ton anschlagen müssen, daß mit der bisherigen Phrase: „Wir werden nicht ruhen und nicht rasten!" aufgeräumt werden muß. Mag das durch den Generalstreik geschehen — ich will auch diesen nicht ausgeschlossen wissen — oder durch Kundgebungen auf der Straße; das wird der Moment ergeben.

Wir wollen hier offen sagen, daß wir unzufrieden sind und daß wir eventuell auf die Straße steigen wollen, um uns das Wahlrecht zu holen. (Beifall.) Es ist wahr, wir werden diese große Aktion nicht schon morgen machen; aber wissen sollen es die Herren, daß wir es auf alles ankommen lassen, auch auf das Aeußerste. (Beifall.) Wir können nicht warten. Die Verhältnisse bei uns sind allerdings infolge des nationalen Trubels viel schwieriger. Die Majorität im Landtag hängt da von ein paar Stimmen ab. Freiwillig werden die Herren nichts geben; sie müssen dazu gezwungen werden. Wenn uns gesagt wird, daß wir uns organisieren sollen, so erklären wir, daß wir das ohnedies tun. Hueber wird es Ihnen sagen, daß sich die gewerkschaftliche Organisation mit jedem Jahre mehr entwickelt, und Beer wird Ihnen bestätigen, daß die gewerkschaftliche Bewegung der Metallarbeiter im Vorwärtsstreben begriffen ist. Wir arbeiten unermüdlich. Aber wir wollen auf die alten bewährten Kampfmittel der Partei nicht verzichten, uns nicht zur Ruhe setzen und warten, bis wir einmal so stark und schlagfertig geworden, um dann mit kühler Berechnung den Generalstreik oder welches Kampfmittel sonst zu unternehmen. Seitz hat erklärt, man solle ihm garantieren, daß der Generalstreik siegreich ausgehe, und er werde dafür sein. Das ist sehr bequem. So werden wir es nie haben, schwarz auf weiß von vornherein, um klar sagen zu können, daß jenes Kampfmittel, das wir benützen, unbedingt zum Siege führen muß. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß durch politische Kundgebungen die gewerkschaftliche Organisation nicht ruiniert wird. Eines der Hauptargumente Adlers in der Vorbesprechung war, daß wir nicht mit dem Generalstreik ausrücken können, weil wir fürchten müssen, was wir besitzen, zu verlieren. (**Adler:** Das habe ich nicht gesagt!) Dann habe ich es falsch verstanden. Ich glaube jedoch richtig gehört zu haben.

Wir wollen nicht, daß man denkt, als würden wir gegen die bisherige Taktik der Partei ankämpfen wollen, als würden wir der Parteileitung oder dem Verbande Ausstellungen machen wollen. Aber wir müssen uns sagen, wie die Situation ist, und ich erkläre Ihnen, daß das, was wir Ihnen hier sagen, die Stimmung unter den Arbeitern ist. Daran werden wir nichts ändern, wenn wir uns kühl und ruhig die Situation überlegen. Ich will selbstverständlich auch keinen präzisen Antrag stellen, kann Ihnen auch keine Vorschläge bezüglich des Generalstreiks machen, Ihnen nicht einmal sagen, was unbedingt zum Siege führen muß. Aber schließlich entscheidet ja doch der Augenblick, das haben wir ja an Italien gesehen. (Beifall.)

Ellenbogen (Wien): Winarsky hat heute mit einer Verwahrung dagegen begonnen, daß man ihm zumute, er wisse, was er wolle (Heiterkeit), und er hat wieder einmal das Hohelied des Idealismus, wie er es nennt, gesungen. Ich gehöre gewiß nicht zu denjenigen, die etwa wünschen, daß sich die sozialdemokratische Partei Oesterreichs zu einer Partei alter Herren entwickele, auch meine ich nicht, daß die Vorsicht bis zur absoluten Tatenlosigkeit übertrieben werden soll, und ich glaube auch nicht, daß die Disziplin allein das Um und Auf unserer Stärke ist, daß vielmehr auch dem Enthusiasmus die Fähigkeit zur Eroberung von Machtpositionen innewohnt. Die Selbstkritik ist sehr schön, aber ich sehe nicht ein, warum wir der Welt einreden müssen, daß wir gar so schwach sind, wenn es nicht wahr ist, ja ich halte das geradezu für unklug. Alle Genossen, die für eine scharfe Taktik gesprochen haben, können mich in diesem Sinne auf ihrer Seite sehen. Aber man muß doch sagen, wie man bestimmte scharfakzentuierte Aktionen haben will, man muß doch vor allem sagen, welches bestimmte Ziel man meint und welche bestimmte Aktion man will. Da finde ich, daß in wohltuendem Gegensatz zu Winarsky mein Vorredner steht. Jener sprach uns vom Absolutismus, andere vom politischen Elend in Oesterreich, und wenn man nun meint, daß man gegen diesen unfaßbaren Begriff, gegen dieses schwammige, quallige Ding mit Straßendemonstrationen und Generalstreik vorgehen will, so liegt die Unlogik auf der Hand. Das Eigentümliche der sogenannten großen Aktionen liegt darin, daß es sich bei ihnen immer nur um engumgrenzte, also in diesem Sinne kleine Ziele handelt. Es liegt mir selbstverständlich fern, zu meinen, daß das Wahlrecht ein kleines Ziel ist, aber im Verhältnis zur Beseitigung der politischen Versumpfung oder zum Sturz des Absolutismus ist es doch nur ein kleines Ding. Es mag sein, daß wir manchmal, um das Wahlrecht oder die Altersversorgung zu erreichen, selbst vor blutigen Kämpfen nicht zurückscheuen dürfen. Man muß etwas wagen, wenn man etwas erreichen will. Ein Kampf ohne Verluste dürfte wohl in der Weltgeschichte nicht oft vorkommen. Aber das eine muß man doch verlangen, daß man ein konkretes Ziel vor Augen habe.

Anders als Winarsky hat Czech gesprochen. In Mähren haben sich die Dinge wirklich zugespitzt auf die Frage, ob denn nicht endlich dieser Klüngel das betrügerische Spiel mit dem Chauvinismus aufgeben will; es handelt sich wirklich um nichts als um den letzten Tropfen, der das Glas zum Uebergehen bringt, nur um den letzten Anstoß, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Wenn die Genossen dort auf die Straße steigen, habe ich gar nichts dagegen. Ich bin auch bereit, mich daran zu beteiligen. Aber das kann man nicht auf einem Parteitag beschließen. Hier kann man sich wieder nur in ganz allgemeinen Redensarten ergehen. Wenn der große Moment gekommen sein wird, wo eine solche radikale Taktik einen Sinn hat, soll man uns dieses Mittel nicht verbieten, und ich glaube, die kälteste Schnauze unter uns würde nicht gegen die Anwendung eines solchen Mittels sein. Da muß man sich aber gegen Winarsky wenden, daß er gar so geheimniskrämerisch ist. „U. s. w.", weiter weiß er uns nichts zu sagen? In dem Moment, wo er gar so von Begeisterung durchglüht ist, hört er plötzlich, wie von Wasser begossen, auf, und es macht stark den Eindruck, als ob sich hinter dem „U. s. w." die Tatsache verbirgt, daß ihm das entscheidende Mittel selbst unbekannt ist.

Es ist gut, wenn wir die Stimmung in der Bevölkerung, zu deren Ausdruck sich Winarsky und Czech gemacht haben, konstatieren, aber auch die Bereitwilligkeit, sie auszunützen; aber immer mit dem Hinweis auf ein bestimmtes konkretes Ziel. Aber unterlassen wir zu allgemeine Reden, die keine Vorstellung von dem geben, was wir eigentlich wollen.

Schrammel (Aussig): Ich erachte es als ungeschickt, daß man die Parteivertretung oder die Fraktion für die Flauheit der Bewegung verantwortlich macht. Czech stößt in dasselbe Horn und sagt zum Beispiel von Muchitsch, daß er gut zu reden habe, er sei durch den Erfolg der Landtagswahlen saturiert. Ja, wer hindert uns, dieselbe Kraft zu entfalten wie die Steirer? Wir haben im böhmischen Landtage Zustände, die unerträglich sind.

Die Obstruktion wütet und indessen werden wir mit Verordnungen belastet. Man will jetzt gar womöglich im Verordnungswege die Biersteuer erhöhen. Warum wird in Böhmen nicht dagegen demonstriert? Hat uns die Parteivertretung schon jemals an einer Aktion gegen solche Zustände gehindert? Ich verstehe aber auch nicht den Widerspruch, der hier immer herauskommt. Einzelne aus Deutschböhmen sagen: „Es ist nichts zu machen, die Leute wollen nicht mehr in Versammlungen gehen." Ja, wie wollen Sie denn auf der anderen Seite die Leute da zu großen Demonstrationen, wie wollen Sie sie auf die Straße bringen? Wer wird Ihnen da kommen, wenn die Leute wirklich so bewegungsmüde sind, wie Sie sie schildern? Wenn Sie die Leute haben wollen, dann müssen Sie sie haben, und geht das nicht, dann ist es ganz ungerechtfertigt, für diese angebliche Flauheit die Parteivertretung verantwortlich zu machen. Die Fraktion hat sich zum Beispiel in der Militärdebatte gewiß ganz ausgezeichnet gehalten. In unserem Wahlkreise hat das auch entsprechend nachgeklungen. Bauen Sie Ihre Organisationen aus, damit die Genossen da sind, wenn es notwendig wird, zu demonstrieren. Bei dieser Taktik würden alle Wahlkreise Erfolge erzielen. Nichts ist notwendiger, als mit aller Kraft Organisationsarbeit zu leisten. Tun wir das, so werden wir bald sehen, daß wir stark genug sind, um im gegebenen Moment alles unternehmen zu können.

Seliger (Teplitz): Es ist im Laufe der Debatte vielfach an meine Ausführungen angeknüpft worden. Man macht mir den Vorwurf der Schwarzmalerei und hat das auch als unklug hingestellt. Wir haben die Pflicht, hier das auszusprechen, was ist. Unbegründete Schwarzmalerei wäre ebenso ein Fehler, wie das unbegründete Rosigmalen einer ist. Ich habe mir nur erlaubt, das zu sagen, was wir wirklich erfahren. Muchitsch hat leicht reden, wenn er sagt: „Macht es ebenso wie wir." Er scheint sich nicht ganz klar zu sein über die Bedingungen eines politischen Kampfes. Diese Bedingungen sind bei uns nicht vorhanden. Vor allem haben die Steirer im Landtag ein wirkliches politisches Zentrum. Es gehört doch zum Kampfe auch die Möglichkeit des Eingreifens. Die Sozialdemokratie ist eine Angriffspartei, sie kann nicht immer in Verteidigungsstellung ausharren. Wir leiden da nun in Böhmen unter demselben Uebel, das von Czech für Mähren geschildert worden ist. Es ist bei unseren Verhältnissen unmöglich, einen Kampf um das Landtagswahlrecht auszulösen. Wir sind durch die Obstruktion gelähmt. Wenn der Landtag zusammentritt, so geschieht das nur, um seine Lebensunfähigkeit zu bekunden. Was uns aber am meisten trifft, ist, daß die böhmische Arbeiterschaft unter den Folgewirkungen des nationalen Kampfes schwer zu leiden gehabt hat. Bei uns hat der nationale Chauvinismus am meisten getobt und unsere politische Entwicklung schwer geschädigt. In gewerkschaftlicher Hinsicht haben wir ja nichtsdestoweniger schöne Fortschritte zu verzeichnen, aber für den politischen Kampf genügt das nicht. Und die Arbeiter werden mutlos, wenn sie die Aussichtslosigkeit jedes politischen Kampfes sehen. Es ist ja schwer, das zu sagen, was Adler und andere von Winarsky verlangt haben, daß er es sagen sollte. Man hat uns ja schon in der Vorbesprechung den Mund verstopft und die Möglichkeit benommen, über den Generalstreik zu sprechen. Schrammel sagt, in anderen Wahlkreisen seien von früher her persönliche Streitigkeiten an der Teilnahmslosigkeit viel schuld. Diese alten Dinge haben heute so viel wie gar nichts mehr mit der Sache zu tun. Wovon ich gesprochen habe, ist, daß die Arbeiterschaft unter dem Drucke der Empfindung steht, daß mit den bisherigen Mitteln nichts erreicht werden kann, daß die Waffen nicht ausreichen, mit denen wir bisher gekämpft haben. Es geht ihnen verloren der Glaube an die Sieghaftigkeit dieser Waffen. Das ist der springende Punkt dieser Sache. Deshalb ist es unsere Aufgabe, nach neuen Mitteln zu suchen und nach Waffen, die vielleicht scharf genug wären. Das hielte ich für eine nützliche Arbeit des Parteitages und man sollte denen, die diese Frage aufwerfen, nicht so begegnen, wie es hier geschieht. Nicht nur Organisationsarbeit ist notwendig und vernünftig, sondern auch die Begeisterung brauchen wir. Aber begeistert ist man nur, wenn man den Glauben hat an die Sieghaftigkeit der

Mittel. Daß den Arbeitern dieser Glaube abhanden gekommen ist, befürchte ich und halte es deshalb für notwendig, darüber zu sprechen.

Nießner (Brünn): Auf der Tagesordnung steht die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion und wir haben unversehens eine Debatte über den Generalstreik. Dieser merkwürdige Umstand ist, darüber glaube ich kein Zweifel, ein Symptom für die Stimmung eines großen Teiles der Delegierten und eines großen Teiles der Arbeiterschaft. Ich besitze selbstverständlich so viel Disziplin, um mich an den in der Vorkonferenz gefaßten Beschluß zu halten, aber das Wort Generalstreik kann man schon aussprechen. Es ist sehr bedauerlich, daß unsere Abgeordneten, soweit sie hier zu Worte gekommen sind, nur gebremst haben, und daß Genosse Dr. Adler sich hier als Oberbremser etabliert hat und entschieden dagegen Stellung genommen hat, daß auch nur gesprochen werde über diese Frage. Und doch wäre eine Aussprache von großem Vorteil und von keiner Gefahr gewesen. Der Generalstreik ist doch kein Noli me tangere, keine Sache, die gleich losgeht, wenn man nur darüber redet. Gerade unter dem Einfluß der italienischen Vorgänge wäre es von Vorteil gewesen, das Für und Wider zu erwägen, anstatt der beständigen Furcht, daran zu rühren. Wenn wir aus dem politischen Elend heraus wollen, geht es mit der bisherigen Taktik absolut nicht. Wir müssen zu anderen, schärferen Mitteln greifen. Das steht fest. Wie sollen wir uns denn nach dem Muster von Steiermark in Mähren mit Kämpfen um das Landtagswahlrecht betätigen? Was wir tun, rührt die Landtagsherren nicht im mindesten. Wir veranstalten Demonstrationen und Versammlungen, ohne daß sie Beachtung finden würden, und es ist daher schon so weit, daß die Arbeiter meinen, das beste wäre, sich einmal vor dem Landtag aufzustellen und die Herrschaften gut durchzuprügeln. Denn anders sind sie einmal nicht zur Vernunft und zum Eingehen auf unsere Forderungen nach dem allgemeinen Wahlrecht zu bringen. Der Generalstreik ist nun allerdings keine Sache, die ohne weiteres gemacht werden kann und nur proklamiert zu werden braucht, und es müssen die Bedingungen hierzu vorhanden sein. Aber er ist zweifellos die Ultima ratio und ich glaube, der Tag ist gar nicht so fern, daß wir zu dieser Ultima ratio werden schreiten müssen. Es sieht nach Annahme der Generalstreikresolution so aus, als wenn wir uns vor dem Generalstreik fürchten würden. Das ist nun keineswegs der Fall. Wir halten es vielmehr für notwendig, hier auszusprechen, daß die Ueberzeugung, daß aus der Stumpfheit, aus der Enge und Beschränktheit unserer politischen Verhältnisse nicht anders herauszukommen ist als durch Anwendung eines radikalen Mittels, die Massen ergriffen hat. Ich erinnere hier an das Wort des jungen Marx, der die auf unsere Verhältnisse passenden Worte schrieb:

Darum laßt uns alles wagen,
Nimmer rasten, nimmer ruh'n!
Nur nicht dumpf so gar nichts sagen
Und nichts wollen und nichts tun! (Beifall.)

Es folgen nun tatsächliche Berichtigungen.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Gegenüber Seitz, dem Anhänger des Generalstreiks gegen beglaubigte notarielle Garantie, bemerke ich: Wir haben nicht gefordert, der Parteitag soll den Generalstreik proklamieren oder beschließen, sondern er soll nur erwägen, inwieweit wir uns vorbereiten müssen, dieses Mittel als letzten Trumpf in das Bewußtsein der Massen zu bringen.

Muchitsch (Graz): Es ist wiederholt behauptet worden, daß wir durch unsere Erfolge gesättigt seien, oder ich hätte gesagt, die anderen Genossen sollten es uns nachmachen. Das ist beides nicht wahr. Ich habe vielmehr deutlich merken lassen, daß wir trotz des Fortschrittes nicht zufrieden sind, und bloß konstatiert, daß wir tatsächlich auf dem Gebiete der Organisation und der Verbreitung der Presse sehr bedeutende Fortschritte gemacht haben.

Dr. Adler: Jemand hat geglaubt zu hören, daß ich in der Vorbesprechung gesagt hätte, daß wir zum Unterschied gegen früher den Generalstreik deshalb nicht mehr machen können, weil wir zu stark geworden sind und zu viel zu verlieren hätten. Ich habe allerdings gesagt, wir müßten unter ganz anderen Bedingungen arbeiten als etwa im Jahre 1892, und daß wir deshalb auch von anderen Erwägungen geleitet werden. Ich bin aber weit entfernt davon und würde mich gegen die Meinung verwahren, daß ich den politischen Massenstreik aus unseren Erwägungen ausschließen möchte. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß der politische Massenstreik ein Mittel ist, das zu den möglichen gehört. Ich bin aber allerdings auch der Meinung, daß alle unsere Erwägungen unter dem Gefühle der Verantwortlichkeit und in dem Bewußtsein ihrer vollen Tragweite gemacht werden müssen.

Es folgt nun das Schlußwort des

Abgeordneten **Elderſch:** Die Debatte war nur zum Teil eine Debatte über die parlamentarische Tätigkeit, zum anderen Teil aber eine maskierte Debatte über den Generalstreik. Wenn die Aufforderung an uns ergangen ist, uns auch außerhalb des Parlaments an die Spitze der Bewegung zu stellen, so muß ich sagen, daß das vom Standpunkt der Parteiorganisation nicht unsere Sache ist. Außerhalb des Parlaments ist eine andere Instanz an der Spitze der Partei: die Parteivertretung. Gegen die Zensur, die mir Pernerstorfer erteilt hat, muß ich mich entschieden wenden. Was habe ich denn gesagt? Daß das Parlament aktionsunfähig ist und daß die Arbeiterschaft bei ihren Kämpfen auf parlamentarische Mithilfe nicht rechnen kann. Es werden ihr demnächst wieder große Lasten mit Hilfe des § 14 der Bevölkerung aufgebürdet werden. Wir stehen wieder vor der offenen Etablierung des Absolutismus, und es ist doch klar, daß die öffentliche Meinung da eine energische Aktion der Sozialdemokraten erwarten wird. Das konnte ich doch als Mitglied des Verbandes getrost sagen und eine gewisse persönliche Note kann ja jeder seinen Ausführungen geben. Wenn mir Pernerstorfer vorwirft, ich sei zu weit gegangen, so müßte ich gegen ihn den Vorwurf erheben, daß er zu wenig gesagt hat, indem er ohne Einschränkung betonte, daß wir dem Absolutismus völlig machtlos gegenüberstünden. Auch Pernerstorfers Reden haben oft persönliche Noten enthalten, die nicht mit den Anschauungen der Fraktionsmajorität übereinstimmten. Wir haben ihm das aber niemals zum Vorwurf gemacht. Ich glaube, es ist schädlicher, wenn man sagt, daß wir nichts ausrichten, als wenn man die Stärke unserer Organisation höher einschätzt. Der Genossin Schlesinger habe ich zu erwidern, daß ich allerdings nicht in der Lage bin, heute schon ein taugliches Mittel anzugeben. Der Generalstreik und ähnliche Dinge sind doch nicht Mittel wie andere, die man förmlich dem Arsenal einverleiben und auf Lager legen kann. Wenn er unvermeidlich ist, wird er kommen, vielleicht eher, als es sich die österreichischen Machthaber träumen lassen. Ich glaube, daß der Kampf gegen den Absolutismus wirksamer geführt werden kann als der Kampf für das Wahlrecht, weil ganze Bevölkerungskreise da mit uns sympathisieren. Zum Schluß bemerke ich noch, daß die Abgeordneten auch in Bezug auf die Tätigkeit in Versammlungen und in der außerparlamentarischen Agitation ihre Pflicht getan zu haben glauben. Wir könnten uns auch dem gar nicht entziehen; denn fast in jeder größeren Versammlung oder Demonstrationskundgebung verlangt man heute einen oder mehrere Abgeordnete als Redner, so daß es gar nicht möglich ist, allen diesen Wünschen gerecht zu werden. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag **17** einstimmig angenommen.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung

Partei- und Wahlorganisation

nimmt als Referent das Wort

Skaret (Wien): Einer der wichtigsten Faktoren in unserem Parteileben ist zweifellos die Organisation. Es drängt sich uns hier die Frage auf: Was

haben wir im Laufe der letzten zwei Jahre mit dem Organisationsstatut für Erfahrungen gemacht, inwieweit ist es abänderungsbedürftig geworden? Ein Uebelstand ist, daß wir außer dem Organisationsstatut noch eine ganze Reihe anderer Statuten für die Landes-, Wahlkreis- und selbst Lokalorganisationen haben, so daß wir heute vor einem ganzen Labyrinth von Bestimmungen stehen, die davon handeln, wie sich die Genossen in den Ländern, Kreisen, Bezirken und Orten organisieren sollen. Wir haben nun die Frage aufgeworfen, ob da nicht ein einheitliches System möglich wäre. Die Mehrzahl aber war der Meinung, wir sollten von jeder Uniformierung absehen und den Genossen überlassen, wie sie sich organisieren wollen. So haben wir Ihnen denn heute keine speziellen Anträge auf Aenderung einzubringen. Ich halte es aber für wichtig, daß wir uns diese Dinge etwas näher ansehen. Es wurde beim Parteibericht gesagt, „wir möchten es so weit bringen, daß wir ein klares Bild über die Entwicklung der Organisation selbst in entlegeneren Gegenden gewinnen". Nun muß man aber bedenken, daß dies so, wie die Sache heute gemacht wird, mit wenig Ausnahmen, gar nicht möglich ist, weil der ganze Aufbau der Organisationen ein solcher ist, daß wir oft niemanden haben als einen einzigen Lokalvertrauensmann, an den man sich halten kann. Es ist da oft unmöglich, eine stete Verbindung aufrecht zu halten, die Personen wechseln oft und oft sind welche gewählt, die nicht die Eignung haben, die Organisationsgeschäfte übersichtlich zu führen. Die Lokalorganisationen sind also oft nur auf die Qualität der Vertrauensmänner angewiesen und von dieser hängt es ab, ob wir in dem betreffenden Orte bei Wahlen den entsprechenden Rückhalt haben. Daher aber auch die Klagen über die Schwäche und die Mittellosigkeit der betreffenden Organisation.

Wir haben in Aussig beschlossen, die Straßen- und Häuserorganisation zu empfehlen. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß in vielen Orten diese Organisationsform durchgeführt worden ist, und wir haben dabei sehr erfreuliche Resultate zu verzeichnen. Von dem Momente an, wo uns mitgeteilt worden ist, daß im betreffenden Orte die Straßen- und Häuserorganisation eingeführt worden ist, bekommen wir schon immer deutlichere Berichte und ein umfassenderes Bild der Organisationsverhältnisse. Da sagt man aber, daß diese Organisation nur in größeren Städten durchführbar ist. Warum denn? Kommt es denn auf die Größe der Häuser an? Auch in den Hütten sind Parteizugehörige zu finden, und es handelt sich nur um die richtige Methode, diese von Haus zu Haus, ich möchte sagen, katastermäßig, in Evidenz zu halten. Dazu noch eines. Man klagt über den Mangel an Mitteln zum Ausbau der Organisation. Wenn man nun darauf wartet, bis die Parteigenossen dem Vertrauensmann die Parteisteuer ins Haus bringen, werden wir allerdings noch lange klagen können. Die Häuserorganisation ermöglicht es, daß man die Genossen im Hause aufsucht, um die Parteisteuer von ihnen einzuheben. Hand in Hand mit der Katastereinrichtung geht es, daß bestimmte Rayonsvertrauensmänner von Zeit zu Zeit die Genossen ihres Rayons besuchen und ihre Beiträge einkassieren. Dort, wo das geschieht, hören wir nicht klagen über Schwäche der Organisation, dort hat die Organisation aufgehört, ein nebuloses Ding zu sein, bei dem man überhaupt nicht weiß, auf wen und auf wie viele Genossen man zählen kann. Wohl war es bis heute Usus, die ganze politische Organisation auf die gewerkschaftlichen Ortsgruppen aufzubauen, wodurch eine Reihe unangenehmer Konflikte resultierten, die wir bei Selbständigmachung unserer politischen Organisation sehr gut vermeiden könnten. Wenn jeder weiß, an wen er sich im Orte zu wenden hat, wer der Vertrauensmann ist, mit dem er in persönliche Verbindung zu treten hat, dann werden wir nicht länger im Dunkeln tappen, neues Leben wird pulsieren und wir werden keine Klagen hören, daß die Bewegung versumpfe und verflaue. Bisher war das leider immer so, daß man nach dem Parteitag oder der Landeskonferenz Lokalvertrauensmänner wählte, um die man sich dann das ganze Jahr nicht mehr bekümmerte. Dabei darf man es nicht bewenden lassen, daß der Vertrauensmann gewählt ist und ein- oder zweimal im Jahre zu Konferenzen kommt. Mit diesem alten

bequemen Usus muß gebrochen werden. Es muß der Lokalvertrauensmann mit all den im Orte befindlichen Genossen einerseits und mit dem Bezirks- und Wahlkreisvertrauensmanne andererseits im innigsten Kontakte stehen. Bisher geschah häufig alles so, wie es eben kam, man verließ sich auf die Opferwilligkeit der Genossen, die Beiträge leisten, von einer systematischen Einhebung war keine Rede. Nun lassen sich solche Dinge nicht in statutarische Formen bringen. Wir können nichts als den Vertrauensmännern einschärfen, die Methode der Häuser- und Straßenorganisation zu befolgen und es ihnen zur Pflicht machen.

Was die Einhebung der Parteisteuer anlangt, bin ich weit entfernt davon, die Schaffung eines festnormierten Beitrages zu empfehlen. Wir haben Beiträge von 5 h bis zu 30 h. Das ist sehr verschieden und es wäre falsch, wenn wir eine Norm beschließen wollten für die Beitragsleistung, da doch die Erwerbs- und Lohnverhältnisse so vielfach verschieden sind. Fraglich aber ist es, ob man mit 5 h Beitrag überhaupt imstande ist, etwas zu leisten. Da könnte man schon den Wunsch aussprechen, daß der monatliche Beitrag nicht unter 10 h sinken soll. (**Schiller,** Reichenberg: Noch zu wenig!) Ich meine das nur als Mindestmaß. Es gibt ja Gegenden, wo die Löhne äußerst schlecht sind und wo man mehr unmöglich verlangen kann. Also 10 h wäre das mindeste, obwohl ich andererseits nicht verkenne, daß in einer solchen Direktive die Gefahr liegt, daß die Minimalquote häufig als Maximalquote aufgefaßt wird. Der ganze Aufbau unserer Organisation muß dadurch folgerichtig ein wesentlich anderer werden. Erinnern Sie sich doch einmal, wie sich die Dinge entwickelt haben. Zuerst erhoben wir die Organisationsbeiträge durch Listen. Das erwies sich sehr bald als völlig unzureichend. Dann kam das Blocksystem und da machten wir die Erfahrung, daß die Genossen den Block oft im Westentaschel herumtrugen (Heiterkeit), ohne davon Gebrauch zu machen. Später kam die Einkassierung in den Häusern, wie sie die Häuserorganisation ermöglicht. Das hatte schon den Vorteil, daß die Vertrauensmänner mit den Genossen in persönliche Berührung traten und sie in Evidenz halten konnten. In Wien sehen wir gar wieder eine ganz neue spezielle Form, daß man nämlich gar keine Steuer mehr verlangt, sondern aus dem Erträgnis des Blattes, das die Genossen, statt Parteisteuer zu bezahlen, beziehen, alle Mittel zur Organisationstätigkeit gewinnt. Und die Erfahrung lehrt, daß man gut dabei fährt, was allerdings nicht als Norm für alle anderen Orte gelten kann.

Aber jedenfalls bleibt uns eines unerläßlich. Wir müssen einen Wahlkataster anlegen, wir müssen wissen, über welche Leute wir in jedem Orte unter allen Umständen verfügen können. Wir dürfen es den Leuten nicht überlassen, freiwillig beizutragen, wenn sie gerade wollen, sondern wir müssen Ordnung in die Sache der Parteisteuer bringen. Und nicht allein von diesem Gesichtspunkt ist die Häuserorganisation nützlich, sondern auch bei Wahlen ist sie unentbehrlich. Besitzt man einen eigenen Kataster, so kann man leicht die Wählerliste kontrollieren und ist nicht der Willkür der Ortsvorsteher, die doch fast immer unsere erbittertsten politischen Gegner sind, ausgeliefert, die die Wählerlisten anlegen. Besonders bei den direkten Wahlen, wo es auf jede Stimme ankommt, wird sich der Vorteil einer solchen Organisation, die alle Wähler in Evidenz zu halten versteht und eine ordentliche Uebersicht über die Parteigenossen des Ortes hat, zeigen. Unser Mißerfolg im Jahre 1901 war nicht zuletzt den Wählerlisten zuzuschreiben, aus welchen die Ortsvorsteher nach Willkür und fast ohne Kontrolle alle roter Gesinnung Verdächtigen ausschließen konnten.

Nun werden Sie mir einwenden: Ja, das, was der Referent sagt, ist sehr schön. Wie aber, wenn wir oft nicht einmal einen Vertrauensmann finden, der die Sache übernehmen will. Gewiß, ich verkenne nicht die Schwierigkeit. Es gibt ja Orte, wo die Leute sogar an Demonstrationen nur dann teilnehmen, wenn sie in anderen Orten stattfinden, weil sie nicht gesehen werden wollen. Aber wenn gut gearbeitet wird, läßt sich das alles überwinden, davon bin ich fest überzeugt.

Ich werde nun kurz die Anträge besprechen, und zwar in erster Linie den der Karlsbader Genossen, der folgendermaßen lautet:

In das Parteistatut ist betreffend die Aufstellung von Kandidaten für die Reichsratswahlen folgender Passus aufzunehmen:

Die Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen der V. Kurie in den Reichsrat obliegt lediglich der Konferenz der Genossen des betreffenden Wahlkreises.

Der Parteileitung steht jedoch das Recht zu, eventuell vorhandene objektive Gründe gegen die Aufstellung eines Genossen in der betreffenden Konferenz vor der Abstimmung namhaft zu machen.

Der in der Konferenz gewählte Kandidat gilt jedoch unwiderruflich als Kandidat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei für den betreffenden Wahlkreis.

Wir stehen seit einiger Zeit mit dem IV. böhmischen Wahlkreis diesbezüglich in Diskussion. Aus ihr wurde dieser Antrag geboren, der mit dem Beschluß des Grazer Parteitages, daß die Wahlkreisorganisationen wohl die Kandidaten nominieren können, daß aber die letzte Entscheidung der Parteivertretung obliegt, im Widerspruch steht. Die Genossen wollen den Beschluß des Grazer Parteitages so aufgefaßt wissen, daß dieses Entscheidungsrecht nur ein Einspruchsrecht wäre. Wenn man die Sache von der prinzipiellen Seite ansieht, so muß man fragen: Ist ein sozialdemokratischer Abgeordneter bloß ein Vertrauensmann der Wähler des betreffenden Wahlkreises oder ist er — wie Seitz gesagt hat — ein Parteibeamter, der nicht bloß seinem Wahlkreis, sondern der ganzen Partei verantwortlich ist? Da glaube ich mit allen, mit Ausnahme eines Teiles der Karlsbader Genossen, einer Meinung zu sein: ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist kein Bestandteil des Wahlkreises, der nur Wahlkreispolitik zu machen hat und der nur dem Wahlkreise allein verantwortlich ist; er ist der ganzen Partei verantwortlich, und deshalb muß die Entscheidung über die Kandidaturen bei der Gesamtparteivertretung sein, die die Gesamtheit der Parteigenossen repräsentiert. Aus dieser rein prinzipiellen Erwägung heraus empfehle ich Ihnen, den Antrag der Karlsbader abzulehnen, und bitte Sie, den Grazer Beschluß auch heute wieder zu bestätigen, und zwar in dem Sinne, daß er dem Organisationsstatut eingefügt wird.

Was würde daraus resultieren, wenn die Karlsbader Resolution beschlossen würde? Die Wahlkreise, in denen wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf eine Majorität rechnen können, sind nur wenige. Nehmen wir an, es wären siebzehn und das schon im günstigsten Falle. Bei dieser geringen Zahl spielt die Person, die da hineinkommen soll, wie mir scheint, keine untergeordnete Rolle und wir haben die Qualifikation der Abgeordneten sehr genau zu erwägen. Wenn aber der Wahlkreis sich einmal für eine Person seines Vertrauens entschieden hätte, was sollten wir da einwenden? Ich will zugeben, daß der betreffende Genosse sehr beliebt ist und einstimmig nominiert wurde. Da kann es aber immer noch möglich sein, daß wir im Parteiinteresse sagen müßten: Das Vertrauen des betreffenden Genossen in allen Ehren, aber die Partei braucht im Parlament einen anderen Mann. Und glauben Sie, daß wir dann Gehör finden würden; daß die Genossen sich von denselben Gesichtspunkten leiten lassen werden wie die Gesamtpartei?

Wenn Sie die Parteivertretung einsetzen, daß sie über die Interessen der Partei zu wachen hat, dann werden Sie ihr auch überlassen müssen, frei von aller persönlichen Voreingenommenheit das Richtige und Notwendige für die Partei zu treffen.

Der Grazer Beschluß lautet samt einem Zusatz, den ich Ihnen hier anzunehmen empfehle, folgendermaßen:

Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesvertretung, respektive wo diese fehlt, von der Wahlkreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung des Vorschlages der Wahlkreise.

Zusatzantrag Skaret: Die endgültige Aufstellung der so nominierten Kandidaten für den Reichsrat erfolgt mit Ausnahme von Ersatzwahlen durch eine Reichskonferenz, der neben der Parteivertretung die Wahlkreisvertrauensmänner beizuziehen sind.

Ich glaube, daß sich gegen diese Fassung, abgesehen davon, daß sie schon vier Jahre in Kraft ist, nichts einwenden läßt. Wir stellen uns nicht auf den Standpunkt, daß der Wahlkreis nichts zu reden hätte. Wenn sein Vorschlag so ist, daß sich aus dem Parteiinteresse heraus etwas Begründetes nicht einwenden läßt, welche Parteivertretung würde so frivol und so dumm sein, da den Genossen Hindernisse zu bereiten? Wir verkennen gar nicht die Schwierigkeiten, die oft darin liegen, das Parteiinteresse über das Bezirksinteresse zu stellen. Eine Partei wie die unsere kann und darf sich jedoch von solchen Dingen allein nicht bestimmen lassen, sondern sie muß tun, was im Interesse der Gesamtpartei gelegen ist, der wir und auch Sie alle ohne Ausnahme zu dienen haben.

Es liegt auch ein Antrag der Dornbirner Genossen vor, der folgendermaßen lautet:

In Erwägung, daß in Vorarlberg eine überaus große Arbeitermasse in den Fabriken beschäftigt ist, die bei zielbewußter, tatkräftiger Agitation für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen wäre; in Erwägung, daß diese Arbeiterschaft dem christlich-sozialen Schwindel auf den Leim geht, wenn nicht geeignete Agitationskräfte für uns tätig sind; in weiterer Erwägung, daß im Lande Vorarlberg keine agitatorisch tätigen Genossen vorhanden sind und seitens der Reichsparteileitung höchst selten ein Referent nach Vorarlberg gesendet wird, wahrscheinlich infolge der allzu großen Entfernung, beauftragt der Parteitag in Salzburg die Parteileitung, die Wiederbesetzung des Voralberger Sekretariats im Einvernehmen mit der österreichischen Gewerkschaftskommission und den hieran interessierten Zentralorganisationen sofort zu veranlassen, so daß das Sekretariat bis Jänner 1905 besetzt ist.

Da das Proletariat in Vorarlberg durch die Sucht der deutschnationalen Fabrikanten nach billigen Arbeitskräften — obwohl die deutschen Arbeiter ohnehin schon sehr genügsam sind — schon einen großen Prozentsatz Italiener aufweist, wäre es notwendig, wenn entweder ein eigener italienischer Vertrauensmann subventioniert würde oder aber der zukünftige deutsche Sekretär der italienischen Sprache auch mächtig wäre.

Wir halten diesen Antrag für vollständig berechtigt. Die Durchführung dieser Angelegenheit aber, nämlich die Anstellung eines entsprechenden Vertrauensmannes, kann nicht Sache des Parteitages sein. Das hängt von finanziellen Umständen und vor allem von der Ausfindigmachung einer geeigneten Person ab. Ich bitte Sie also, diesen Antrag der Parteivertretung zuzuweisen.

Ein weiterer von Seliger eingebrachter Antrag liegt vor, der in der Schiedsgerichtsaffaire Dr. Stark seinen Ursprung haben dürfte. Er lautet:

Am Schlusse des letzten Absatzes des Punktes 1 des Organisationsstatuts wird folgende Bestimmung angeregt: Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Parteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen.

Gen. Hackenberg hat zu diesem Antrag einen Ergänzungsantrag eingebracht, der folgendermaßen lautet:

Hinter dem Worte Parteivertretung soll eingeschaltet werden: „oder einzelne Mitglieder derselben", so daß der Satz lauten soll: „Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Parteivertretung oder einzelne Mitglieder derselben entscheidet die Parteikontrolle."

Genossen! Obwohl mir bis jetzt keine Fälle bekannt sind, daß Beschwerden gegen die Parteivertretung erhoben wurden — wohl ein Beweis, daß sie bis jetzt immer vorzüglich war (Heiterkeit) — und obwohl der Fall Stark auch keine Beschwerde gegen die Parteivertretung darstellen kann, läßt

sich dennoch gegen den Antrag nichts einwenden. Aber ich weiß nicht, ob Genosse Seliger die Sache bezüglich der Kontrolle auf den richtigen Wert geprüft hat. Soll man denn immer die Kontrollmitglieder aus der Provinz nach Wien einberufen? Ob das, wenn es sich etwa um eine Bagatelle handelt, ersprießlich wäre, ist sehr fraglich. Wenn aber der Antrag so gemeint ist, daß diese Beschwerden immer dann von der Kontrolle zu untersuchen sind, wenn sie eben in Wien ihre Sitzung abhält, so wäre dagegen nichts einzuwenden. Nur fürchte ich, daß auch Beschwerden vorkommen könnten, deren Erledigung keine Verschiebung duldet.

Nun haben wir noch eine Anregung des Genossen Seliger wegen einer Unklarheit über das Stimmrecht auf den Parteitagen. Der Antrag bezweckt eine entsprechende Aenderung des Organisationsstatuts und lautet:

Der Punkt 3 (Parteitag) ist wie folgt abzuändern: An Stelle des zweiten Absatzes soll es fernerhin heißen: „Die Delegierten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes oder Wahlkreises bestimmt.

Die Wahl der Delegierten hat in den Konferenzen, beziehungsweise Plenarversammlungen dieser Organisationen zu erfolgen."

Im vierten Absatz desselben Punktes sind die Anfangsworte „Die Wahlkreisvertretungen" zu streichen.

Ich gebe nun zu, daß da eine verschiedene Auslegung des Statuts möglich sein kann. Nun ist in der Mandatprüfungskommission die Frage erörtert worden, ob die Lokalorganisationen nur auf einen Delegierten oder auf mehrere das Recht haben. Den später folgenden Passus kann man nicht gut auf die beiden ersten Absätze anwenden, sie betreffen die Korporationen und Redaktionen. Man kann daraus durchaus nicht schließen, daß jemand das Recht hätte, 15 oder 20 Delegierte zu entsenden, um den Parteitag zu majorisieren. Ist auch gar nicht möglich, schon wegen der Kosten. Nun befinde ich mich auch bezüglich des vierten Absatzes mit der Mandatprüfungskommission in Widerspruch. Seliger rangiert die Wahlkreisvertretungen unter die Korporationen. Was ist aber als Korporation aufzufassen? Nur besondere Parteiinstanzen, wie zum Beispiel die Wiener Kontrollpreßkommission oder wenn irgendwo eine Agitationskommission gewählt wird oder dergleichen. Ich glaube also, daß wir an diesem Passus nichts zu ändern brauchen. Wir sind bis jetzt ganz gut damit ausgekommen.

Noch einen Umstand habe ich zu erwähnen, das ist die Frage der Ausschließung aus der Partei. Wir haben in Böhmen Fälle gehabt, wo ein Ausschluß aus der gewerkschaftlichen Organisation erfolgte, weil jemand sich aus irgend einem Grunde benachteiligt fühlte und dann auf eigene Faust etwas unternahm, was der Meinung der Organisation nicht entsprach, zum Beispiel bei Bezirkskrankenkassenwahlen eine eigene Liste aufstellte. Wenn nun eine solche Person von der Lokalorganisation ausgeschlossen wurde, ist es fraglich, ob er da als aus der Gesamtpartei ausgeschlossen zu gelten hat. Wir können uns nicht wieder zwei Jahre mit diesen Unklarheiten herumschleppen. Wir brauchen da eine klare, als Richtschnur brauchbare Formulierung. Ich beantrage daher folgende Ergänzung zum Punkt 1 des Organisationsstatuts:

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Organisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Gesamtpartei gelten und steht dem davon Betroffenen das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen.

Der Ausschluß aus der Gesamtpartei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Verzichtet oder unterläßt ein Parteigenosse, dessen Ausschluß verlangt worden ist, vom Zeitpunkt der Verständigung an innerhalb 14 Tagen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Diese klare Definition bitte ich Sie, als Ergänzung zu unserem Organisationsstatute anzunehmen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Tomschik** (Wien).

Schäfer (Reichenberg): Vor allem anderen möchte ich davor warnen, daß der Parteitag bei den Parteibeiträgen eine bestimmte Minimalhöhe festsetzt. Wegen der wenigen Organisationen, die weniger als 10 h einheben, brauchen wir durchaus nicht jenen Gebieten, wo man schon heute darüber hinaus ist, Schwierigkeiten bei der weiteren Erhöhung der Beiträge zu bereiten. Das aber würde geschehen, wenn ein so niedriger Minimalbeitrag eingeführt werden sollte. Ueberlassen wir die Bestimmung der Beiträge den Organisationen. Wir haben in Nordböhmen nahezu keine Lokalorganisation mehr, die Beiträge unter 10 h einhebt, die meisten heben 20 h ein. Besonders wichtig ist, daß wir uns einmal darüber aussprechen, wie die Lokalorganisationen zu arbeiten haben. Wir haben in unserem und im Aussiger Wahlkreise die verhältnismäßig größte Anzahl von Organisationen, aber wir sind doch nicht so recht mit ihrer Tätigkeit zufrieden. Sie verfallen sehr häufig in den Fehler, daß sie das ganze Jahr in ihren Sitzungen nichts tun, als geschäftliche Angelegenheiten erledigen, mit den eigentlichen Aufgaben der politischen Organisation aber sich nicht beschäftigen, namentlich aber nichts für die prinzipielle Schulung der Genossen tun. Was das Organisationsstatut betrifft, ist es ganz unmöglich, daß alle diese anderen Statuten, Reglements und Geschäftsordnungen der einzelnen Bezirks-, Kreis- und Lokalorganisation im Organisationsstatut aufgehen. Aber damit nicht so ein Chaos in den Bestimmungen der verschiedenen Bezirke und Wahlkreise bestehe, könnte von der Parteileitung und von der Wahlkreisorganisation auf die Ausarbeitung solcher Geschäftsordnungen mehr Einfluß genommen werden. Ich kenne einige Statuten, die mit dem Parteistatut direkt im Widerspruch stehen.

Der Antrag Karlsbad wird wohl wenig Freunde haben. Wir kommen mit den bisherigen Bestimmungen ganz gut aus. Das, was die Karlsbader verlangen, steht im direkten Gegensatz zu dem, was wir für den obersten Grundsatz in unserer Organisation halten müssen: daß bei allen unseren Entscheidungen Rücksicht zu nehmen ist auf das Interesse der Gesamtpartei.

Bartel (Falkenau): Als wir das erstemal in die Wahlen eingriffen, hat sich die Parteileitung nicht so sehr für die Personen der Kandidaten interessiert, vor allem wohl deshalb nicht, weil man in einer ganzen Reihe von Kreisen nicht glaubte, daß man siegen werde, und so ist es gekommen, daß da und dort Zählkandidaten gewählt wurden. Da allerdings scheint man sich gesagt zu haben, daß es besser gewesen wäre, andere dort aufzustellen, deren Kraft für die Partei wertvoller gewesen wäre. Nichtsdestoweniger sind aber überall nur solche Leute aufgestellt worden, die sich eines langjährigen Vertrauens erfreuten, die höchstens den Nachteil hatten, daß andere fähiger waren als sie. Es können aber nicht alle Genossen gleich befähigt sein. Es gibt solche, die in einzelnen Fragen mehr, in anderen weniger bewandert sind. Aber damals hat man solche aufgestellt, die die verdienstvollsten und populärsten waren und die meiste Aussicht hatten, gewählt zu werden. Mit dem Inhalt des Karlsbader Antrages kann man ganz wohl einverstanden sein, wenn er in der Form nicht so ungeschickt abgefaßt wäre. Man könnte aber auch dem Antrag Skaret zustimmen, wenn uns nicht die Interpretation stutzig gemacht hätte.

Es ist bei uns schon vielfach gefährlich, von Demokratie zu sprechen, weil einem da bald die Parteiinteressen, bald die praktischen Verhältnisse entgegengehalten werden. Trotzdem möchte ich doch darauf halten, daß der Wahlkreis ein gewichtiges Recht bei der Bestimmung seines Kandidaten haben muß. Gewiß kommen da auch die Interessen des Wahlkreises in Betracht; aber die Arbeit muß doch in den Wahlkreisen selbst geleistet werden, und wenn der Kandidat die Stimmung der Genossen im Wahlkreise für sich hat, ohne daß durch seine Aufstellung das Interesse der Partei geschädigt wird, warum soll man ihn da nicht kandidieren, selbst auf die Gefahr, daß ein

anderer gescheiter ist als er? Oft ist es übrigens gar nicht so sicher, daß der andere überhaupt gewählt würde. Es handelt sich da um Genossen, die Abgeordnete sind, deren Mandate aber nicht so sicher sind. Von diesen Genossen, die ihre eigenen Mandate nicht zu halten imstande sind, nimmt man an, daß sie einen neuen Wahlkreis erobern werden! Ist der betreffende Wahlkreis dafür, so mag man einen solchen Mann aufstellen, ist der Kreis aber anderer Meinung, dann darf man nicht gegen seinen Willen ihm einen anderen Kandidaten aufzwingen wollen. Wenn der Genosse den Wahlkreis hinter sich hat, muß sich die Parteileitung der Autonomie des Wahlkreises fügen. Allerdings steht es anders, wo gewichtige Gründe gegen die Person des Kandidaten sprechen. Anders ist es aber auch dort, wo der Kandidat bei seiner Bestellung nicht so viel Stimmen erhielt, daß man ihn für den unbestrittenen Vertrauensmann des gesamten Kreises halten muß, weil der andere nur ein paar Stimmen weniger hatte. Für solche Fälle muß eine Instanz geschaffen werden, der dann die Entscheidung obliegt. Es heißt immer, man soll die Angelegenheit losgelöst von lokalen Interessen behandeln. Das mag ganz plausibel klingen; aber es gibt Fälle, wo eine solche Loslösung nicht möglich ist, sondern wo man sich auch bei der Parteileitung geradezu ausschließlich von lokalen Interessen leiten läßt. Man hätte vielleicht tüchtigere Kandidaten gefunden; aber man mußte einen bestimmten Genossen kandidieren, weil ein anderer keine Aussicht hat, gewählt zu werden. Der Antrag der Karlsbader ist mir, wie gesagt, in dieser Fassung nicht sympathisch. Aber ich möchte auch deutlicher ausgedrückt haben, wie weit das Recht der Parteileitung geht, wenn ich für den Antrag Skaret sein soll. Wenn die Parteileitung gemeinsam mit dem Kreise den Beschluß faßt, bin ich damit einverstanden; wenn sie sich aber gegen die Majorität des Kreises stellt und dessen Autonomie beschneiden will, bin ich nicht dafür. Wie ist es, wenn sich da der Wahlkreis nicht fügt? Dann ist das Ansehen der Parteileitung erschüttert.

Witzmann (Wien): Ich schlage zum Organisationsstatut eine kleine Aenderung vor, und zwar die, daß wir auch den Korporationen und Redaktionen Sitz und Stimme auf den Parteitagen geben. Wir sollen dem Umstand Rechnung tragen, daß die Genossen, die erst nach langer Parteiarbeit in die Redaktionen kommen, nicht als Vertreter zweiter Güte herkommen. Auch soll eingefügt werden, daß die Fachblätter, deren Organisationen die Parteisteuer entrichten, dieselben Rechte haben. Ich habe noch einen zweiten Antrag. Wir leiden darunter, daß viele Hunderttausende Arbeiter von den Bestrebungen der Sozialdemokratie gar nichts wissen. Bei den Versammlungen ist so ziemlich immer dasselbe Publikum, in Wien wie in der Provinz. Ein großer Teil der Arbeiter kommt nicht zu den Versammlungen, wir müssen also die Parteiliteratur dazu benützen. Zahllose Broschüren sind liegen geblieben, die nicht abgesetzt werden können und die wir am besten benützen, wenn wir sie an jene Arbeiter weiter verbreiten, die es sich aus irgend einem Grunde nicht erlauben können, auch nur einige Kreuzer für die Parteiliteratur auszugeben. Wir haben da namentlich Landarbeiter, Holzarbeiter, Steinarbeiter, Weber u. s. w. Eine Agitationsschrift, verteilt von einem Referenten, der hinausgeschickt wird an die Lokalvertrauenspersonen, die sie dann wieder weiter verbreiten, das würde gewiß gute Wirkung machen. Wir könnten durch die unentgeltliche Verteilung solcher Broschüren in Kreise dringen, in Dörfer und Orte, wo wir durch Versammlungen einzudringen nicht in der Lage sind. Es handelt sich auch nicht um große Summen und jedenfalls würde sich die Sache lohnen. Ich möchte noch auf einen Umstand hinweisen. Die Wahlkreise erzählen uns immer von ihrem großen Geldmangel. Sie können nur mit schwerer Mühe eine Versammlungstätigkeit entwickeln; dazu kommt noch, daß jedes Jahr ein nationaler oder ein Gesamtparteitag und jedes Jahr ein Landesparteitag ist, was alles den Organisationen unerschwingliche Ausgaben aufbürdet. Es wäre wirklich notwendig, darüber zu reden, ob man nicht auch bezüglich Abhaltung der Parteitage eine Aenderung eintreten lassen könnte. In Aussig wurde ein solcher Antrag abgelehnt. Deshalb habe ich mich ent-

schlossen, diesmal keinen Antrag einzubringen. Aber ich stelle es Ihnen zur Erwägung und wäre dem Referenten sehr dankbar, wenn er sich mit der Sache beschäftigen würde.

Schloßnikel (Sternberg): Wie notwendig die Vorschläge Skarets sind, um den Ausbau der politischen Organisation zu fördern, sehen wir deutlich in unserem Wahlkreis. Es kommt bei uns häufig vor, daß mit dem Steigen der gewerkschaftlichen Organisation die Lust zum Zahlen der Parteisteuer fällt. Die Leute sagen es oft direkt heraus: „Ich trete der Organisation bei, aber ich zahle keine politische Parteisteuer." Wir haben diese Erfahrung kürzlich auch bei den Tabakarbeiterinnen gemacht. Wenn nun in einem Wahlkreis die Möglichkeit nicht vorhanden ist, einen Agitator zu besitzen, wenn die Genossen die schwierige Arbeit inmitten ihrer täglichen Arbeit leisten müssen, ist es leicht begreiflich, wenn in solchen Organisationen ein Rückgang eintritt und wenn diese Organisationen nicht so funktionieren, wie sie sollen. Bartel hat erklärt, welche Bedenken in einsprachigen Wahlkreisen bei der Aufstellung von Kandidaten bestehen. Schwieriger ist es noch in gemischtsprachigen Wahlkreisen, wie zum Beispiel bei uns. Die Zahl der Genossen, die da in Betracht kommt, ist sehr gering. Wir haben nicht viel organisierte Genossen, die der deutschen und tschechischen Sprache mächtig sind, vor allem deshalb nicht, weil unsere deutschen Genossen viel zu wenig tschechisch lernen. Wenn nun in solchen Wahlkreisen, bei denen ohnedies keine so große Auswahl unter den in Betracht kommenden Personen vorhanden ist, ein Kandidat aufgestellt ist, der den Genossen paßt, wird es höchstwahrscheinlich der Parteileitung schwer fallen, Protest einzulegen, selbst wenn der Kandidat nicht gerade alle Eigenschaften hätte, von denen heute gesprochen wurde. Es mag ja sein, daß der eine Genosse politisch gescheiter ist, aber der andere ist vielleicht geriebener (Heiterkeit), und ich meine, wenn die Genossen in den Wahlkreisen die Kleinarbeit leisten können, wenn sie imstande sind, zu agitieren, kann man es nicht bestreiten, daß diese Genossen auch die Fähigkeit besitzen, den Wahlkreis im Parlament zu vertreten. Da wird man die Autonomie der Wahlkreise nicht zu sehr beschränken können, weil die Wünsche der Genossen respektiert werden müssen. Die Genossen in den Wahlkreisen verlangen, daß in erster Linie der Kandidat im Wahlkreise wohnt, damit die Möglichkeit gegeben sei, ihn bei jeder Gelegenheit zur Agitation zu benützen. Dann müssen wir auch das Empfinden der Genossen in Betracht ziehen. Wenn sie sehen, daß gegen den Kandidaten, der vom Wahlkreis aufgestellt wird, eine Einwendung erhoben wird und sie müssen einen anderen aufstellen, so kommt es leicht vor, daß die Genossen sich gekränkt fühlen und nicht vollauf ihre Pflicht tun. Man kann also über die Autonomie der Wahlkreise nicht so rundweg hinweggehen.

Skaret (Wien): Damit die Debatte nicht auf Abwege gerate, muß ich bemerken, daß es bisher immer die Reichskonferenz war, die in letzter Linie über die vorliegenden Kandidatenvorschläge zu entscheiden hatte. Damit man nicht glaube, daß etwas anderes beabsichtigt sei, habe ich beantragt, einen Passus einzufügen, der besagt, daß die endgültige Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat durch die Reichskonferenz erfolge.

Schiller (Reichenberg): Skaret hat Klage geführt, daß die Organisationen eine zu niedrige Parteisteuer einheben. Ich bin auch dafür, daß man darauf hinarbeite, daß die Steuern in höherem Maße eingehen. Es ist richtig, daß sich die Genossen auf die Ausgaben für Krankenkasse, Gewerkschaft u. s. w. berufen. Aber von demselben Zeitpunkte an, wo wir den Genossen diese Konzessionen machen, daß sie die politische Organisation nur mit so geringen Beiträgen bedenken, sagen wir, daß die politische Organisation minderwertig ist, und das ist ein Fehler. So viel in unseren Kräften steht, soll getan werden; ebenso wie die Gewerkschaften brauchen auch wir Geld und gerade die niedrigen Beiträge sind es, die die ganze Bewegung lahmlegen. Die Genossen können da eben rein gar nichts unternehmen, weil sie kein Geld haben. Es muß den Leuten die Ueberzeugung beigebracht werden, daß die politische Organisation ebenso notwendig ist wie die gewerkschaftliche. Nach dem großen Brünner Streik haben auch unsere Textilfabrikanten den Zehn-

stundentag gegeben; wir haben sie ohne Schwertstreich bezwungen, weil sie es auf einen Kampf nicht ankommen lassen wollten. In der letzten Zeit wird aber unter allerlei Ausreden wieder die Arbeitszeit verlängert, und wenn sich die Arbeiter nicht wehren, kann es leicht geschehen, daß ihnen diese Errungenschaft wieder genommen wird. Es muß also darnach gestrebt werden, solche Errungenschaften gesetzlich festzulegen, und das können wir nur durch die politische Aktion. Was nun die Abgaben selbst betrifft, so meine ich, daß die Genossen jetzt zu wenig Ideale haben. In vergangenen Jahren hörte man nicht immer die Ausrede: „Ich habe die paar Kreuzer nicht." Anfangs der Achtzigerjahre hatten wir eine große Zahl Genossen im Gefängnis und wir mußten ihre Familien unterstützen. Da brachten wir mit Leichtigkeit die nötigen Mittel auf. Ich bezweifle, wenn heute der Fall einträte, ob das wieder so leicht ginge. Skaret hat uns empfohlen, einen Wahlkataster anzulegen. Ich kann Ihnen das auch auf das wärmste anraten. Wir haben das in unserem Wahlkreise bereits zum Teile durchgeführt und wir sind bei eventuellen Wahlen doch einigermaßen sicher, einen Ueberblick über unsere Wähler zu haben.

Nun noch einige Worte über die Kandidatenfrage. Ich kann mich gegen den Antrag der Parteivertretung nicht aussprechen. Der Fall Göhre beweist uns, daß es angezeigt ist, bei der Aufstellung von Kandidaten auch die Oberleitung zu Rate zu ziehen.

Was die Gemeindewahlen betrifft, so haben wir in Reichenberg schon unsere Erfahrungen gemacht. In einer Reihe von Gemeinden haben sich unsere Genossen an den Wahlen beteiligt. Oft fehlt es an überzeugten Sozialdemokraten und so greifen sie zu anderen. So sind oft Leute gewählt worden, die alles andere eher waren als Sozialdemokraten. Wir haben deshalb auf der Kreiskonferenz in Haida den Genossen eine Richtschnur für die Beteiligung an Gemeindewahlen gegeben. Vor allem dürfen als Kandidaten nur organisierte Genossen aufgestellt werden und auch die nur im Einverständnis mit der Kreisvertretung.

Schrattenecker (Bregenz): Es wurde von Skaret Beschwerde geführt, daß bei uns die Parteisteuer so schlecht eingeht. Ich gebe zu, daß da sehr viel zu wünschen übrig bleibt. Aber ich muß doch dagegen sprechen, daß unser Antrag der Parteivertretung zugewiesen werde. Wir wünschen, daß die Sekretärstelle bei uns so bald wie möglich wieder besetzt werde. Wir haben nicht die notwendigen Kräfte, die imstande wären, eine rege Agitation zu entfalten. Seit drei Vierteljahren ist das schon der Partei bekannt, aber sie hat noch nichts getan. Soll die Steuer regelmäßig abgeführt werden, so müssen Sie auch dafür sorgen, daß eine Organisation geschaffen werde. Vorarlberg hat keine unbedeutende Industrie; es lohnt sich, für uns etwas zu tun. Was die Aufstellung von Kandidaten betrifft, meine ich, daß es doch nicht angeht, da einseitig vorzugehen. Es wäre schädlich, wenn die Zentrale alles Recht für sich in Anspruch nehmen würde, weil dadurch überflüssige Gehässigkeiten entstehen würden. Das Vernünftigste ist, das in gemeinschaftlichen Konferenzen zu erledigen.

Behr (Komotau): Ich habe den Antrag gestellt, daß das Organisationsstatut einer Revision unterzogen werde, und ich glaube, daß unser Antrag schon durch die heutige Debatte gerechtfertigt wurde. Wir haben keine einheitliche Organisation. In den einzelnen Wahlkreisen wird die Parteizugehörigkeit in verschiedenen Formen dokumentiert. In einigen muß man einem politischen Verein angehören, um als Genosse anerkannt zu werden, in anderen Wahlbezirken werden Parteikarten ausgegeben, wo Parteimarken aufgeklebt werden, und ich glaube, daß es sehr praktisch wäre, wenn das überall eingeführt würde. Es könnten dann einheitliche Parteikarten und Parteimarken eingeführt werden, die gewissermaßen überall als Parteilegitimation dienen könnten. Ich muß auch erklären, daß die Art der Vertretung auf dem Parteitage mir nicht gefällt. Es wäre besser, wenn man jeder Bezirksorganisation oder jeder Wahlkreisorganisation das Recht auf eine bestimmte Zahl von Delegierten gäbe. Heute ist den Genossen des Ortes, wo der Parteitag ist, ein Vorrecht vor den anderen gegeben. Sie haben keine Kosten und können nach Belieben Dele-

gierte wählen, während die entfernten Gegenden nicht einmal von jedem Wahlkreise einen Delegierten schicken können. Es wäre das beste, wenn die Delegationskosten von der Partei getragen würden. Der Knotenpunkt der heutigen Debatte ist aber die Frage der Aufstellung der Kandidaten. Da läßt es sich nun nicht leugnen, daß tatsächlich in manchen Wahlkreisen Kirchturmpolitik getrieben wird. Die Genossen sehen nicht über ihren Wahlkreis hinaus. Die Partei wird geschädigt, indem unsere fähigsten Genossen nicht in den Reichsrat gewählt werden. Die Wiener Genossen haben sich verhältnismäßig viel zu wenig um die Genossen in der Provinz gekümmert. Wenn sie mehr hinausgingen, so würden die Provinzgenossen viel eher auf den Einfall kommen: Den müssen wir aufstellen. Ich kann mich nicht auf den Standpunkt stellen, daß die Parteivertretung in letzter Instanz entscheiden soll. Das wäre undemokratisch. Es sollen wenigstens die Wahlkreisvertrauensmänner befragt werden.

Seliger (Teplitz): Skaret hat meinen Antrag zu interpretieren gesucht. Aber ich glaube, er braucht keine Interpretation, er ist klar genug. Es ist selbstverständlich, daß man das gar nicht im Antrag selbst aussprechen kann, daß nicht bei jedem Quark die Kontrolle aus dem ganzen Reiche zusammenberufen werde. Ich habe noch einen anderen Antrag eingebracht, der die Abänderung des § 3 des Parteistatuts bezweckt, und ich möchte Sie um Annahme des Antrages bitten, obwohl sich Skaret vorweg dagegen ausgesprochen hat. Er entspricht den Erfahrungen, die ich bei diesem Parteitage als Mitglied der Mandatprüfungskommission gemacht habe. Unser Statut ist da höchst unklar. Mein Antrag will einer tatsächlichen Gepflogenheit bezüglich der Beschickung des Parteitages Ausdruck geben. Ich kann mich noch an die Debatten beim Wimberger erinnern, wo ein Genosse beantragte, es sollten außer den Lokal- und Bezirksorganisationen auch einzelne Korporationen der Wahlkreisorganisationen das Recht erhalten, vollberechtigte Mitglieder zu entsenden, weil es von Wichtigkeit sei, hier die verschiedenen Fragen zu hören. Der Parteitag hat das Recht der Delegation aber nur den Bezirks- und Lokalorganisationen, gewissermaßen den Urorganisationen, gegeben. Den anderen wurden bloß beratende Stimmen erteilt. Die Interpretation, die Skaret von dieser Bestimmung gegeben hat, ist deshalb falsch. Nun haben wir aber eine Delegation der Wahlkreise und Wahlkreisvertretungen hier. Wir haben da den Lokalausschüssen und Bezirksausschüssen und solchen kleinen Korporationen allzuviel Spielraum gelassen. Deshalb verlange ich, daß die Delegationen nicht diesem engen Kreise von Ausschüssen, sondern daß die Vertretung der Parteigenossen in den Bezirken vorgenommen werde. Als die demokratische Vertretung der Bezirksorganisation kann man sich nur die Bezirkskonferenz vorstellen, für den Wahlkreis die Wahlkreiskonferenz, für den Ort die Lokalorganisation. Es geht aber nicht, daß man sich von ganz unbedeutenden Bezirkscomités, die nicht immer den Willen der Gesamtheit der Parteigenossen richtig zum Ausdruck bringen, Mandate ausstellen läßt. Das will mein Antrag beseitigen.

In der Kandidatenfrage herrscht Verwirrung unter den Genossen. Der Beschluß, der in Graz gefaßt wurde, ist den Genossen offenbar nicht mehr bekannt. Es heißt da: Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner vorzunehmen, und zwar nach Anhörung der Vorschläge der Wahlkreise. Es wurde auch immer so gehalten, daß die Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner gemeinsam mit der Parteileitung, die sogenannte Reichskonferenz, die Kandidaten aufstellte. Den Wahlkreisen steht nur das Vorschlagsrecht zu.

Ich will nicht alles anführen, was diesen Vorgang rechtfertigt. Ich frage nur immer: Ist der sozialdemokratische Kandidat der Vertreter der Partei, der Vertreter bestimmter Grundsätze der Partei oder ist er der Vertreter des Wahlkreises? Ich glaube nicht, daß es da einen Streit geben kann. Unsere Abgeordneten sind nicht die Abgeordneten von Troppau, Reichenberg, Wien, sondern die Abgeordneten der österreichischen sozial-

demokratischen Arbeiterschaft. (Beifall.) Die österreichische Sozialdemokratie trägt für sie die Verantwortung, die Abgeordneten machen die Politik der Sozialdemokratie, die Gesamtpartei hat also ein Interesse, mitzubestimmen, wer berufen sein soll, ihre Politik im Parlament zu machen, und man darf es nicht den Wahlkreisen überlassen, wenn man nicht das demokratische Prinzip auf das schwerste verletzen will. Wenn so viel von demokratischem Recht der Wahlkreise gesprochen wurde, so sage ich: Ueber dem demokratischen Recht der Wahlkreise steht das demokratische Recht der Gesamtpartei.

Schlinger (Floridsdorf): So sehr ich sonst für den engen Zusammenhang mit den Gewerkschaften bin, so meine ich, daß wir eine gute politische Organisation nur schaffen können, wenn wir feste Parteibeiträge einführen, sie in den Häusern einkassieren lassen und ein genaues Verzeichnis aller Genossen anlegen, die der Parteiorganisation angehören. Das bisherige System der Einhebung der Parteisteuer hat sich überlebt und jeder größere Industrieort ist zu dem neuen System übergegangen. In Wien wird die Parteisteuer durch die Presse eingehoben, aber das ist nicht überall möglich. Wir können zum Beispiel unser Blatt nicht so billig an die Genossen abgeben und dabei noch verdienen. Und daß wir die „Volkstribüne" als Quittung nehmen, werden Sie doch, solange wir unser eigenes Blatt haben, nicht von uns verlangen. (Zwischenruf: Nach der Einverleibung!) Auch dann würden wir darüber noch reden. Mit Haut und Haaren lassen wir uns von den Wienern nicht fressen. (Heiterkeit.) Wir haben in den letzten Jahren so viel Wahlen gehabt, daß wir recht froh sind, endlich einige Monate für die Organisation frei zu haben. Durch unseren Wahlkataster waren wir nun in der Lage, am Tage vor der Wahl genau zu wissen, wie viel Stimmen wir erhalten müssen. Bei der letzten Landtagswahl zum Beispiel haben wir uns nur um 25 Stimmen geirrt. Gerade in Niederösterreich wird es unbedingt notwendig sein, dieses System des Wahlkatasters so rasch als möglich einzuführen, wollen wir bei den innerhalb eines Jahres durchzuführenden Gemeindewahlen gut abschneiden. Es wird gewiß nicht überall gut möglich sein, feste Organisationen zu haben, aber man wird trachten müssen, in solchen Orten wenigstens einen Vertrauensmann zu haben, gewissermaßen einen Außenposten, durch den man immerhin eine Kontrolle über die Verhältnisse in den Orten hat.

Bezüglich der Kandidatenfrage stehe ich auf dem Standpunkt Skarets. Es ist im Interesse des Wahlkreises gelegen, wenn die Vertrauensmänner wissen, daß sie auch nach dieser Richtung die volle Zustimmung der Gesamtpartei haben.

Genossin **Popp** (Wien): Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß bei der Aufstellung der Kandidaten auch dem Wahlkreis ein entsprechender Einfluß gewährt werde. Das ist selbstverständlich. Bisher war es aber umgekehrt. Die Parteivertretung hat sich in Wirklichkeit bisher in der Regel den Beschlüssen der Wahlkreise zu fügen gehabt und sie konnte nie den ihr gebührenden Einfluß bei der Aufstellung der Kandidaten nehmen. Es wurde nun von den Genossen gesprochen, die in der Kleinarbeit Tüchtiges leisten, und es wurde verlangt, daß man diese als Kandidaten auch mit in Betracht ziehe. Aber es kann einer im Wahlkreis, nicht nur in der Kleinarbeit, sondern auch in der Presse, in Versammlungen Großes leisten, ohne daß damit bewiesen ist, daß er gerade in Oesterreich, wo nur eine so kleine Zahl von Mandaten zu vergeben ist, der Politiker ist, den die Sozialdemokratie im Parlament nicht entbehren kann. Da sollten doch alle Genossen einsehen, daß gerade in Oesterreich diese Frage als eine Frage der Gesamtpartei zu betrachten ist. Wenn auf den Fall Göhre hingewiesen wird als Beweis, wie das Diktat von oben schlecht ausgehen kann, so hat gerade dieser Fall das Beispiel bewundernswerter Disziplin gegeben. Man möge nicht fürchten, daß die Wahlkreise vergewaltigt werden; die Parteivertretung wird gewiß ihren Einfluß nur dann geltend machen, wenn es im Interesse der Gesamtpartei notwendig ist.

Nun etwas anderes; Schloßnikel hat darauf hingewiesen, daß viele Arbeiterinnen, wenn man sie auch in großen Scharen für die gewerkschaftliche Organisation gewinnt, sich der Bezahlung der Parteisteuer entziehen. Das ist ja in einzelnen Fällen richtig, die Arbeiterinnen sind nicht sofort, wenn sie der Organisation beitreten, Parteigenossinnen und verstehen nicht die Wichtigkeit der Parteisteuer. Es muß eben mit aller Energie die Aufklärung der Arbeiterinnen gefördert werden. Es hat sich auch die Frauenkonferenz mit der politischen Betätigung der Frau befaßt und über die Organisationsmöglichkeit der Frau gesprochen. Es waren alle einig, daß wir in Zukunft die Frauen dazu gewinnen müssen, daß sie für die Partei tätiger sind als bisher. Dazu ist es aber notwendig, daß Sie uns Ihre Unterstützung leihen. Wir haben daher den Beschluß gefaßt, den politischen Organisationen zu empfehlen, „zu allen ihren Besprechungen Frauen heranzuziehen, um sich für alle ihre Aktionen sowie für die Wahlarbeit die Hilfe der Frauen zu sichern und den Indifferentismus der weiblichen Arbeiterbevölkerung allerorts durch wirtschaftliche und politische Aufklärung zu bekämpfen und so die weiblichen Klassengenossen zu Mitkämpfern zu erziehen". Wir wollen, daß in allen Wahlkreisen und Industrieorten Agitationscomités von Arbeiterinnen gegründet werden. Da aber die Genossinnen die dazu notwendigen Arbeiten nicht allein machen können, weil sie darin zu unerfahren sind, bitten wir Sie, uns behilflich zu sein und unseren Genossinnen mit Ihrem Rate beizustehen.

Den Antrag Winarsky finde ich unglücklich stilisiert. Er könnte leicht so gefaßt werden, daß er annehmbarer würde. Das Wort „männliche Delegierte" soll entfallen, weil wir uns nicht vorstellen, daß der Delegierte unter allen Umständen ein Mann sein muß. Wir streben dahin, wenn wir auch heute noch nicht ganz die Sonderstellung der Frau entbehren können, daß wir so viel Frauen in die Organisation bringen, daß wir eine separate Delegation für die Frauen überhaupt nicht brauchen.

Volkert (Wien): Es ist eine alte Klage auf den Parteitagen, daß die nötigen Geldmittel nicht einlaufen. Schiller meint, das habe seinen Grund darin, daß die Opferwilligkeit der jetzigen Generation nicht mehr die von früher sei. Das ist gewiß unrichtig. Wohl aber ist es wahr, daß unsere Genossen sehr schwer für regelmäßig wiederkehrende, bestimmte Abgaben zu haben sind. Auch bei uns in Wien war es so. Jetzt haben wir die Einhebung der Steuer durch die „Volkstribüne" eingeführt und haben dadurch so viel Geldmittel erhalten, als wir brauchen; ja, so viel, daß wir alte Schulden zahlen und noch Geld ersparen konnten. Wir haben damit nicht nur unsere Wiener Parteiorganisation materiell gesichert, sondern wir geben auch allwöchentlich 29.000 Personen ein Parteiblatt in die Hand, das gewiß eine ausgezeichnete Agitationsarbeit für uns leistet. Ein weiterer Vorteil ist, daß unsere Vertrauensmänner in ständiger Verbindung mit den Parteigenossen stehen. Nun hat Skaret auf den Wahlkataster hingewiesen und Schlinger hat das fortgesetzt. Es ist richtig, daß ein Wahlkataster uns ganz besondere Dienste leisten kann, und ich weiß, was er den Floridsdorfer Genossen geleistet hat. Aber bei der Fluktuation der Wiener Arbeiter würde in Wien die Anlage eines ständigen Wahlkatasters zu große Summen von Geld verschlingen und wir müssen uns daher begnügen, einen solchen Kataster immer vor der Wahl anzulegen. Frau Popp hat uns aufgefordert, die Frauen zur politischen Organisation heranzuziehen. Wir können dagegen selbstverständlich nichts einwenden. Ich meine nur, daß die Frauen in ihrer Organisation zu der nötigen Bereitwilligkeit gebracht werden. In dem Bezirk, wo ich Vertrauensmann bin, haben wir eine große Frauenorganisation. Wir laden die Delegierten immer zu unseren Sitzungen der Bezirksorganisation ein, es kommt aber nur äußerst selten vor, daß uns die Genossinnen besuchen.

Brutar (Lend): Die Einhebung der Parteisteuer in der Provinz ist doch nicht so leicht, wie es sich die Genossen in Wien vorstellen. Wir können nicht jeden Samstag oder jeden Monat einen Genossen in die Häuser schicken, um die Steuer einzuheben, schon deshalb nicht, weil die Genossen zu weit auseinander wohnen. Ich möchte da besonders an die Vertrauensmänner

der Branchen appellieren, daß sie uns dabei behilflich seien. So könnten wir am besten Evidenz führen über die Genossen. Wie wir verpflichtet sind, die Arbeiter den Gewerkschaften zuzuführen, so sind wieder die Gewerkschaften verpflichtet, sie der politischen Organisation zuzuführen.

Preußler (Salzburg): Ich habe einen Antrag eingebracht, der vielleicht für alle Genossen verständlich sein wird, daß nämlich die Parteivertretung, unsere fürsorgliche Großmutter (Heiterkeit), beauftragt werde, Instruktoren in die Wahlkreise hinauszuschicken, die den Genossen dort, wo Schwierigkeiten in der Organisation sich zeigen, durch praktische Vorschläge an die Hand gehen. Es gibt in unserer Organisation noch immer zwei Schulen: die alte Schule in den Sudetenländern, die neue in Wien und in den Alpenländern. Diese hat in den Neunzigerjahren eingesetzt und hat seither Schritt für Schritt auf dem Gebiet der Kleinarbeit so positive Arbeit geleistet, daß wir von Parteitag zu Parteitag eine weitere Entwicklung sehen. Daß jene riesigen Wahlkreise Böhmens eine so schwache Organisation haben, das hat seinen Grund darin, daß die Genossen dort noch immer zu unkontrollierbaren Massen sprechen, daß man die Genossen nicht zählt, daß man sich immer nur auf die Werbekraft der sozialistischen Ideen verläßt. Freilich, dank ihrer starken Industrie sind auch dort noch mehr Erfolge aufzuweisen, als bei der besten Organisation wir aufzuweisen vermögen. Daß es aber auch in Böhmen möglich ist, die neue Schule durchzuführen, beweist mir vor allem der Aussiger Wahlkreis, der noch vor einigen Jahren der schlechteste Wahlkreis war, dank seinem Wiener Instruktor Schrammel aber ganz ausgezeichnete Fortschritte gemacht hat. Dort ist das Vertrauensmännersystem in der Tat so glänzend durchgeführt, daß der Wahlkreis uns die Garantie bietet, daß dort keine Hoffnungslosigkeit in der Arbeiterschaft trotz der österreichischen Misere sich zeigt. Wie es dieser Wahlkreis angepackt hat, so könnten es auch die anderen Wahlkreise anpacken.

Noch ein Wort zur Kandidatenfrage. Da möchte ich meinem Freunde Bartel ein wenig den Kopf waschen, da er fortwährend das Wort Demokratie mißbraucht. Sprechen wir nicht immer von Demokratie, wenn wir etwas gegen die Parteileitung unternehmen wollen; sprechen wir auch einmal von Disziplin. Sehen wir in der Parteivertretung nicht immer ein Instrument zu unserer Unterdrückung, sondern als unsere freigewählten Vertrauensmänner, denen wir Disziplin halten müssen. Wir sind keine Sumper, keine Spießer. Der Kandidat, den wir aufstellen, ist nicht ein Kandidat eines Wahlkreises, sondern der der österreichischen Sozialdemokratie.

Fleming (Mährisch-Schönberg): Die gewerkschaftliche Organisation ist bei uns im Steigen begriffen und damit hängt es zusammen, daß die politische Organisation, wenn sie nicht im Rückgang begriffen ist, doch einen gewissen Stillstand aufweist. In unserem Wahlkreis schreitet die politische Organisation mit der gewerkschaftlichen vorwärts. Was Schloßnikel von seinem Wahlkreis erzählt hat, trifft auch bei uns vollkommen zu. Allerdings, die gewerkschaftliche Organisation nimmt heute das ganze, bessere Material der Arbeiter für sich in Anspruch. Die Beiträge in den gewerkschaftlichen Organisationen sind im Verhältnis zu den Beiträgen in den politischen sehr hoch. Aber der Arbeiter zahlt sie doch eher, weil er da einen materiellen Vorteil für sich sieht. Das fällt bei der politischen Organisation weg, wo man vom Arbeiter weniger Sinn für sein materielles Wohl als ein Stück Idealismus verlangt. Man soll deshalb bei der Festsetzung der Beiträge für die politische Organisation nicht zu hohe Anforderungen stellen. Wir müssen sowohl die gewerkschaftliche als auch die politische Organisation ausbauen und darauf sehen, daß beide in beständiger Fühlung bleiben. Dann werden wir es auch durchsetzen, daß die sozialdemokratischen Ideen in die Gewerkschaften eindringen.

Bartel (Falkenau): Wir hätten uns wohl leichter über die Kompetenzfrage bezüglich der Aufstellung der Kandidaten verständigen können, wenn wir das an der Hand von praktischen Beispielen erproben könnten. Das ist aber hier nicht angänglich. Es handelt sich da nicht um ein allgemeines

Prinzip, sondern um ganz besondere spezielle Fälle. Es ist ja richtig, daß der Abgeordnete eines Wahlkreises Vertreter der Partei ist, aber ich sehe nicht ein, warum man diese Frage nicht auch so regeln sollte, wie man Parteifragen sonst zu regeln pflegt. Wenn die Parteivertretung bei Wahlkreiskonferenzen durch ihren Delegierten ihre Anschauung auseinandersetzt, so ist es noch nie vorgekommen, daß sich die Parteigenossen, wenn sie überzeugt werden, daß die Parteileitung recht hat, sich der Ansicht derselben nicht angeschlossen hätten. Wenn Sie bei der Wahlkreiskonferenz Ihre Bedenken gegen den vorgeschlagenen Kandidaten anführen, so bin ich überzeugt, daß Sie recht behalten, vorausgesetzt, daß Ihre Bedenken begründet sind. Wenn Sie aber die Wahlkreise überwachen und kommandieren wollen wie die Kinder, ist es begreiflich, daß sich die Wahlkreise gegen ein derartiges Armutszeugnis wehren. Es wird gesagt, da ist ein Genosse, der unbedingt im Parlament sein muß. Ganz richtig, und es wird das jeder begreifen, wenn die Parteileitung alles in Bewegung setzt, um ihn hineinzubringen. Aber muß sie das gerade in dem Wahlkreise tun, wo seine Wahl nicht einmal sicher ist, und warum nicht lieber in Wahlkreisen, die sicher sind? Man will uns einreden, daß es demokratischer sei, wenn die Reichskonferenz, als wenn der Wahlkreis die Kandidaten aufstellt. Aber die Reichskonferenz ist nicht die Gesamtpartei, sondern nur ein Comité von Kreisvertrauensmännern. (**Ellenbogen**: Was ist der Parteitag?) Das ist etwas anderes. Beim Parteitag ist der Kreis der vertretenen Organisationen ein viel breiterer als bei der Reichskonferenz. Woher nimmt der Mann als einzelner das Recht, auch über Kandidaturen in anderen Kreisen zu entscheiden, wenn die Gesamtheit in dem von ihm repräsentierten Kreise nicht Gelegenheit hatte, zu den Kandidaturen dieser Kreise vorher Stellung zu nehmen? Ich fürchte, daß sich da ein Cliquenwesen etabliert, das nicht zum Vorteil der Partei ist.

Langer (Wien): Nachdem so viel von der Autonomie der Wahlkreise gesprochen wurde, muß ich meine Meinung aussprechen, daß da ein gewisses Gleichgewicht hergestellt werden muß. Die Wahlkreise dürfen nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen, aber es könnten auch leicht Fehler unterlaufen, wenn die Parteivertretung allein das Recht hätte, die Kandidatenfrage zu erledigen. Es ist notwendig, daß Wahlkreis und Parteivertretung ein gleiches Recht haben. Es ist selbstverständlich, daß ins Parlament nur unsere besten Genossen geschickt werden. Das ist aber auch für die Gemeindevertretungen nötig, wo unsere Gegner auch ihre besten Männer hinschicken. Auch da wird etwas unternommen werden müssen. Aber das ist doch nicht das Wichtigste. Bis zu den nächsten Wahlen ist noch ein oder zwei Jahre Zeit. Wichtiger ist, daß wir uns über die Organisation klar werden. Sie haben, nachdem Sie den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit zur Kenntnis genommen haben, dokumentiert, daß Sie mit der jetzigen Taktik zufrieden sind und in Zukunft so wie bisher weiter arbeiten werden. Es ist von allen Rednern ausgeführt worden, daß wir große Fortschritte in gewerkschaftlicher Beziehung machen in Wien wie in der Provinz. Aber in politischer Beziehung haben wir keine Fortschritte gemacht. Die Arbeiter gehen mehr in die gewerkschaftliche Organisation, und wir haben ein großes Interesse, die Gewerkschaften zu unterstützen. Wir haben nicht so viel mit den Leuten zu rechnen, die in der gewerkschaftlichen Organisation tätig sind, sondern mit den Massen, die noch nicht in der Gewerkschaft sind, die angeeifert werden sollen, der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten.

Die Rednerliste ist geschlossen; es erhält zur persönlichen Berichtigung das Wort

Schloßnikel (Sternberg): Ich habe nur eine kurze Bemerkung zu machen. Es ist nicht richtig, daß die Tabakarbeiterinnen schon früher eine Parteisteuer verweigert haben; im Gegenteil hat in Bautsch die Organisation schon früher aus ihren Beiträgen ihre Ausgaben gedeckt; erst nach Gründung der gewerkschaftlichen Ortsgruppe ist ihre Weigerung entstanden, Parteisteuer zu zahlen.

Skaret (Schlußwort): Ich möchte mich vor allem noch einmal mit dem Karlsbader Antrag beschäftigen. Bartel hat auf das demokratische Empfinden

gepocht. Nun, wenn Sie es undemokratisch finden, daß eine Reichskonferenz über die zu nominierenden Kandidaten entscheidet, dann scheint mir auch der Beschluß einer Wahlkreiskonferenz nicht der Ausfluß des Gesamtwillens des Wahlkreises zu sein, sondern nur der Delegierten, also einzelner Personen. Ist die Reichskonferenz nicht die Delegation einer größeren Gesamtheit als die der Wahlkreiskonferenz? Wir müssen uns daher klar werden, ob es Angelegenheit des Wahlkreises oder Sache der Gesamtpartei ist, welche Männer ins Parlament kommen sollen. Selbst die, welche den Absolutismus der Parteivertretung fürchten, werden zugeben müssen, daß das Interesse der Gesamtpartei über dem des Wahlkreises steht. Daher fallen alle Bedenken bezüglich des demokratischen Charakters des Beschlusses weg. Es gibt aber noch andere Beschwerden. Eine Reihe von Genossen fürchtet eine lästige Einmischung in den Willen des Wahlkreises. Aber in ganz anderen, und zwar verhältnismäßig nichtigeren Sachen verlangen sie diese Einmischung. Bei jeder Streitigkeit! Wenn ihnen ein Redakteur mitsamt der Redaktion durchgebrannt ist, heißt es: Parteivertretung, bringe ihn uns zurück! Selbst zur Schlichtung der internsten Streitfälle wird die Parteivertretung aufgerufen. Das ist begreiflich, weil den Beteiligten ja die Objektivität fehlte. Aber diese fehlt — sagen wir es offen — vielfach auch bezüglich der Wahrung des Parteiinteresses bei Aufstellung von Kandidaten. Es ist ja auch keine leichte Sache, sich gegen einen verdienten Parteigenossen, welchem man persönlich nahe steht, auszusprechen. Das verlangen wir ja von Ihnen nicht. Als Sicherheitsventil gegen den „Absolutismus" haben Sie ja wieder die Reichskonferenz, die ja alles noch in letzter Instanz korrigieren kann. Wenn Sie an der Objektivität der Parteivertretung zweifeln, an der Objektivität der Gesamtheit der Wahlkreisvertrauensmänner zu zweifeln ist kein Grund. Sie werden sich dieser Instanz fügen und, falls es vorkommen sollte, für einen gegen Ihre ursprüngliche Absicht aufgestellten Kandidaten mit nicht weniger Begeisterung arbeiten, als wenn er der von Ihnen zuerst vorgeschlagene wäre. Die Begeisterung soll sich doch nicht bloß auf eine bestimmte Person konzentrieren, sondern dem gesamten Parteiinteresse dienen.

Nun noch das, was Genosse Brutar aus Lend vorgebracht hat. Er wünscht, daß die Parteisteuer im Wege der Gewerkschaften eingehoben werde. Wir wollen ja keine Uniformierung in der Organisation und die Genossen in Lend mögen es so machen, wenn sie es für das einzig Mögliche halten, obwohl ich mir zu zweifeln erlaube, ob das die richtige Methode der politischen Organisation ist. Vielleicht geht es derzeit nicht anders, aber Sie müssen trachten, auf eine höhere Stufe zu kommen und sich nicht bloß mit der Einkassierung bei Gewerkschaftsmitgliedern zu begnügen.

Es ist vorgekommen, daß eine oder die andere Bezirkskonferenz den Beschluß gefaßt hat, 15 bis 20 h einzuheben und zu verfügen, wie viel davon nicht nur an die Wahlkreis- und Bezirksorganisation, sondern auch, entgegen dem Beschlusse des Linzer Parteitages, an die Reichsparteivertretung abzuführen ist. Sie können über die Beiträge und ihre Aufteilung selbstverständlich beschließen, wie Sie wollen, aber Sie haben kein Recht, Beschlüsse zu fassen, die den Linzer Beschluß bezüglich der Einhebung der Parteisteuer entweder unwirksam machen oder aufheben. Sie können durch Ihre Konferenzbeschlüsse Parteibeschlüsse nicht aufheben, und wenn man so was tut, so ruiniert man uns damit den ganzen, mühselig aufgebauten Apparat unseres Parteisteuerwesens und nur mit großer Mühe können wir dann die Sache wieder herstellen. Ich will aber durchaus nicht behaupten, daß wir im gegenseitigen Einvernehmen nicht auch Uebereinkommen treffen können, die auch diese Frage regeln.

Es folgt die Abstimmung.

Es werden, nachdem der Antrag **21** zurückgezogen worden ist, die Anträge **18, 19, 20, 23, 24** und **25** angenommen, wodurch die Anträge **3** und **22** entfallen. Die Anträge **4, 25** und **27** werden der Parteileitung zugewiesen; Antrag **26** wird abgelehnt.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch den 28. September 1904. — Vormittags 9 Uhr.

Vertrauliche Sitzung.

Den Vorsitz führt **Tomschik** (Wien).
Es gelangt der Punkt 5 der Tagesordnung:

Parteipresse

der nur ihren internen Angelegenheiten gewidmet ist, zur Verhandlung. Das Referat hierüber erstattet

Emmerling (Wien): Er berichtet über den Stand der „Arbeiter-Zeitung", der „Arbeiterinnen-Zeitung" und der Buchdruckerei „Vorwärts". Aus diesen Berichten geht hervor, daß sich alle drei Unternehmungen in den letzten beiden Jahren eines besonders günstigen Aufschwunges erfreuten.

Brand (Wien) berichtet über den Stand der Volksbuchhandlung und fordert alle Delegierten auf, dafür zu sorgen, daß die Parteigenossen ihren Bedarf an Schriften mehr als bis jetzt bei der Volksbuchhandlung decken.

Für die Preßkontrollkommission berichtet

Kütt (Wien), der die Erteilung des Absolutoriums für die „Arbeiter-Zeitung" beantragt.

An der Debatte über diesen Punkt, der fast den ganzen Tag in Anspruch nahm, beteiligen sich die Genossen Behr, David, Witzmann, Richter, Freundlich, Boschek, Volkert, Austerlitz, Gröbner, Schuhmeier, Skaret, Widholz, Hueber, Winarsky, Wolsik, Muchitsch und Adler.

* * *

Oeffentliche Sitzung.

In öffentlicher Sitzung wird sodann zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten.

Es werden die Anträge **9, 29, 30, 32, 33, 35** und **36** angenommen. Durch die Annahme der Anträge **29** und **35** entfällt die Abstimmung über die Anträge **8**, beziehungsweise **34**. Die Anträge **7, 31** und **37** werden der Parteivertretung zugewiesen.

Hierauf wird die

Wahl der Parteivertretung

vorgenommen.

Dann erstattet die zur Prüfung der

Angelegenheiten Stark, Pechota und Jenischek

eingesetzte Kommission den Bericht.

Die Angelegenheit Stark.

Das Referat hat

Widholz (Wien): Es ist der Kommission gelungen, in allen Fällen, die ihr zur Prüfung überwiesen waren, ganz einmütig ihre Beschlüsse zu fassen. Die Kommission war auch der Anschauung, daß es nicht ihre Sache ist, die ganze Materie, besonders aber die Streitsache Stark zu überprüfen, also eine Art Schiedsurteil zu fällen, sondern bloß die, sich streng an den von der Karlsbader Organisation gestellten Antrag zu halten. Da aber in dem Antrage Karlsbad die Streitsache aufgerollt ist, werden wir uns nur mit dem darin wirklich Beantragten beschäftigen, und ich teile nun diese Stellen des Antrages mit:

„Die angestrengten Bemühungen des unbestimmt beschimpften und in seiner Ehre gröblich gekränkten Genossen Dr. Stark sowohl als auch der Organisation Karlsbad, die Angreifer zur Vertretung und Beweisung ihrer Anwürfe zu veranlassen, sind erfolglos geblieben. Sogar die Parteileitung

hat es unbegreiflicherweise abgelehnt, auf Abstellung der erwähnten Anwürfe zur Erzielung der notwendigen Rehabilitierung oder Abstoßung des Genossen Dr. Stark irgend einen Einfluß zu üben.

Nachdem weiter das in dem fraglichen Falle geradezu als Rechtsverweigerung zu bezeichnende unbegreifliche Vorgehen dringend einer Korrektur bedarf, beschließt mit dem Ausdruck des Bedauerns über die Notwendigkeit eines solchen Beschlusses der Parteitag:

Es geht nicht an, die Ehre von Parteigenossen gegenüber den Anwürfen von Parteigenossen für vogelfrei zu erklären. Die Angreifer sind entweder zum Beweis ihrer Anwürfe oder zur Revokation derselben verpflichtet. Nach diesem Beschluß haben sich auch die im fraglichen Streitfall in Betracht kommenden Genossen zu richten."

Zum Verständnis der Sache sei folgendes bemerkt: Es hat zu Ostern eine Wahlkreiskonferenz in Chodau stattgefunden, an der für die Parteivertretung Skaret und Pernerstorfer teilnahmen. Es kam dabei zu einer Differenz zwischen diesen und einigen Mitgliedern der Konferenz. Wir haben festgestellt, daß auf dieser Konferenz die erste Beleidigung von Stark gefallen ist. Darauf sollen die beiden die von Stark inkriminierten Worte gebraucht haben. Skaret hat erklärt, daß er die von Stark angeführte Aeußerung nicht gemacht habe, und Stark konnte selbst nicht mehr behaupten, als daß Skaret Dinge gesprochen habe, die er als den Vorwurf der Mandatsstreberei auffaßte. Er kann also selbst von keinem direkten Vorwurf sprechen. Ueber die Aeußerungen Pernerstorfers, die von diesem nicht bestritten werden, und Skarets sollte ein Schiedsgericht entscheiden, das Dr. Stark angerufen hatte und dem sich beide Teile unterworfen haben.

Was Hueber betrifft, ist festgestellt, daß Hueber vor jener Konferenz mit Stark in ganz freundschaftlicher Weise gesprochen hat. Stark hat auch keine Miene gemacht, die Ausführungen Huebers als Beleidigung aufzufassen, er hat sogar Hueber noch zum Nachtmahl zu sich geladen und hat ihn zur Bahn begleitet. Es war also ein geradezu freundschaftlicher Abschied und Hueber konnte nicht ahnen, daß diese Unterredung noch ein Nachspiel haben sollte. Bei der Kreiskonferenz hat aber Dr. Stark über Hueber, der gar nicht anwesend war, ehrenrührige Aeußerungen gemacht, wobei er jenes Privatgespräch auszunützen versuchte. Stark hat sich auch da an die Parteivertretung gewendet und ersucht, daß ein Schiedsgericht eingesetzt werde. Es wurden die Einleitungen für das Schiedsgerichtsverfahren getroffen. Nun hat plötzlich Stark an das Schiedsgericht ein Schreiben gerichtet, worin er die Objektivität des Schiedsrichters Ellenbogen und des Obmannes Adler in Zweifel zieht. Daraufhin haben diese ihre Mandate niedergelegt. Dann hat sich ein neues Schiedsgericht konstituiert, dem Austerlitz, Domes, Schlinger, Kirillo, Walecka und Smitka angehörten und dessen Obmann Seitz war. Dieses Schiedsgericht hat sich an Stark gewendet, er möge die Anklagen präzisieren. Er hat das so getan, daß er nach kurzem Briefwechsel den Vorwurf erhoben hat, man wolle es ihm unmöglich machen, daß er sein Recht finde. In diesem Briefe waren so heftige Ausdrücke gegen das Schiedsgericht enthalten, daß bei der Verlesung der ersten Seite auf Antrag eines der von Stark nominierten Schiedsrichter die Sitzung unterbrochen wurde und daß nach Wiederaufnahme alle von ihm bestellten Schiedsrichter — Kirillo, Smitka und Walecka — die Erklärung abgaben, daß sie ihre Mandate zurücklegen. Nun haben die anderen Schiedsrichter die Erklärung abgegeben, daß für sie die Sache erledigt sei. In dieser Sitzung wurde folgendes Protokoll aufgenommen:

Protokoll

der am 4. Juli 1904, halb 5 Uhr nachmittags, abgehaltenen vierten Sitzung des Schiedsgerichtes in Sachen Dr. Hugo Stark (Karlsbad) gegen die Genossen Hueber, Pernerstorfer und Skaret.

Bei der Anwesenheit aller Mitglieder des Schiedsgerichtes verliest der Vorsitzende Genosse Seitz die Einleitung des Schreibens, das Genossen

Dr. Hugo Stark unter dem 29. Juni 1904 als Antwort auf das Schreiben des Schiedsgerichtes vom 27. Juni 1904 eingesendet hat.

Der Vorsitzende spricht seine Entrüstung über den Ton dieses Schreibens aus, insbesondere aber über die Ausdrücke „Insinuation" und „beflegeln", und stellt zur Diskussion, ob ein Schiedsgericht, das von einer Partei in derartiger Weise behandelt werde, überhaupt noch länger seine Funktion ausüben kann.

Auf Antrag Kirillos wird die Sitzung unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme wünscht Genosse Kirillo die Verlesung des ganzen Briefes, welchem Ersuchen der Vorsitzende nachkommt.

Hierauf erklärt Genosse Kirillo: „Infolge des Umstandes, daß Genosse Hugo Stark trotz des ausdrücklichen Ersuchens des Schiedsgerichtes, sich in sachlicher und objektiver Weise zu äußern, in der angeschlagenen Art und Weise fortfährt, bin ich nicht in der Lage, weiter als Vertrauensmann des Genossen Dr. Hugo Stark zu fungieren und lege daher mein Mandat als Schiedsrichter zurück."

Die Genossen Walecka und Smitka schließen sich dieser Erklärung an.

Genosse Austerlitz erklärt im eigenen wie im Namen der Genossen Domes und Schlinger, daß sie diese Erklärung zur Kenntnis nehmen.

Der Vorsitzende erklärt hierauf, daß somit auch er sein Mandat zurücklegt.

Die Abschrift dieses Protokolls wird sämtlichen Beteiligten zugeschickt.

Wien, am 4. Juli 1904.

Der Vorsitzende: K. Seitz.

Kirillo.	Smitka.	Walecka.
Austerlitz.	Domes.	Schlinger.

Zu derselben Zeit mit dem Protokoll kam an die Parteivertretung eine neuerliche Zuschrift Starks, worin dieser ein neues Schiedsgericht verlangt. Die Parteivertretung hat jedoch den Beschluß gefaßt, daß die Angelegenheit für sie erledigt ist und daß sie keinen Anlaß hat und es daher ablehnt, ein neues Schiedsgericht zu konstituieren. Stark hat sich dann nochmals an sie gewendet, und als das nichts nützte, an Austerlitz, den er ersuchte, nunmehr seine Sache in die Hand zu nehmen und ihm Satisfaktion zu verschaffen. Es wurden nun wieder mehrere Briefe gewechselt, die Sache hat sich hingezogen und ist schließlich bis zum Parteitag gekommen. Im Verlaufe der Affaire hat Stark auch der Parteivertretung und ihrem Vorsitzenden Tomschik den Vorwurf gemacht, daß sie die Sache verzögert haben (Gelächter) und er spricht in dem Briefe ganz unverblümt die Drohung aus, daß er gerichtliche Schritte einleiten werde, wenn die Sache nicht rechtzeitig erledigt werde, und er gibt zu verstehen, daß man wahrscheinlich die Absicht habe, die Sache zu verschleppen, damit ihm die Möglichkeit benommen werde, gerichtliche Schritte einzuleiten.

Aus den Akten geht aber hervor, daß Stark selbst die Sache verschleppt hat und daß niemandem anderen ein Vorwurf gemacht werden kann. Auf die Sache selbst, um die es sich bei den Vorwürfen handelt, wollen und können wir hier nicht eingehen. Im Namen der Kommission lege ich Ihnen also folgenden Antrag vor:

„In Erledigung des Antrages der Lokalorganisation Karlsbad betreffend die Affaire des Dr. Hugo Stark gegen Pernerstorfer, Skaret und Hueber konstatiert der Parteitag, daß Dr. Stark nach dem bisher erhobenen Tatbestand keinen Anlaß hat, über eine ihm zugefügte Rechtsverweigerung Klage zu führen.

Die Parteivertretung konnte über die Beschwerde des Dr. Stark nicht entscheiden, weil die von ihm beschuldigten Genossen als Delegierte der Parteivertretung auf der Konferenz in Chodau anwesend waren und deshalb ein von ihr gefälltes Erkenntnis wegen mangelnder Objektivität sehr leicht hätte in Zweifel gezogen werden können.

Die Parteivertretung hat sich um das Zustandekommen eines Schiedsgerichtes bemüht und auch die Beschuldigten haben erklärt, daß sie sich einem schiedsgerichtlichen Urteil unterwerfen.

Das illoyale, unter Parteigenossen nicht übliche Verhalten des Dr. Stark gegen das Schiedsgericht hat zu wiederholtenmalen den Mandatsverzicht von Schiedsrichtern beider Streitteile veranlaßt und sohin die erwünschte Erledigung dieser Angelegenheit unmöglich gemacht.

Der Parteitag hat daher keinen Anlaß, auf das Meritum dieser Angelegenheit einzugehen, und stellt es der Erwägung der Parteivertretung anheim, eine Ergänzung unseres Organisationsstatuts durch Aufnahme einer Bestimmung über die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zur Austragung persönlicher Differenzen zu veranlassen."

Austerlitz (Wien): Ich muß zunächst meinem Bedauern Ausdruck geben, daß Dr. Stark auf dem Parteitage nicht anwesend ist. Aber Stark hat es selbst herbeigeführt, daß die Sache auf dem Parteitage verhandelt wird, und daß es ihm nun beliebt hat, dem Parteitag fernzubleiben, kann mich des Rechtes nicht entäußern, über die Sache zu sprechen, und mir nicht die Pflicht abnehmen, über diese Angelegenheit, die nicht allein eine persönliche Angelegenheit Starks ist, sondern vielfach in Zusammenhang mit den desolaten Verhältnissen dieses Wahlkreises steht, so gründlich als nötig zu reden. Ich lege Wert darauf, daß Sie das Bewußtsein mitnehmen, daß Dr. Stark nicht das geringste Unrecht widerfahren ist und daß der Umstand, daß es zu keinem Schiedsspruch gekommen ist, ausschließlich sein Verschulden ist. Vor allem muß festgestellt werden, daß die Parteivertretung in dem ganzen Schiedsverfahren keinerlei Kompetenz besitzt. Ein Schiedsgericht zur Austragung persönlicher Konflikte sieht unser Parteistatut nicht vor. Die Aufgabe der Parteivertretung, an die sich ein Parteigenosse mit einer solchen Sache wendet, ist erschöpft mit der Pflicht der formalen Vermittlung eines Schiedsgerichtes. Man kann es von niemandem verlangen, daß er sich selbst an die Genossen wendet, von denen er sich beleidigt glaubt, und sie fragt, ob sie ein Schiedsgericht wollen. Das wäre gewiß peinlich. Deshalb wendet er sich an die Parteivertretung, damit sie die Beschuldigten darüber frage. Wenn die drei Genossen nein gesagt hätten, wäre die Aufgabe der Parteivertretung zu Ende gewesen. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in derartigen Angelegenheiten weder Ratschläge zu geben noch Aufträge und Weisungen zu erlassen. Nun haben sich die drei Genossen dem Schiedsgericht unterworfen. Es könnte also die Vermutung entstehen, daß die Reden der Genossen auf der Chodauer Konferenz mit Beleidigungen gegen Stark gespickt waren. Deshalb muß ich zuerst über die Vorgeschichte reden.

Bei einer zufälligen Anwesenheit Huebers in Karlsbad hat eine persönliche Begegnung zwischen ihm und Stark stattgefunden. Das ist nicht zu vermeiden, wenn man nach Karlsbad kommt. (Heiterkeit.) Schließlich sind die beiden ja Parteigenossen und ihre Beziehungen waren bis dahin sogar freundschaftliche. Als bezeichnend führe ich an, daß, als Hueber nach Wien zurückkam und erzählte, wie er mit Stark gesprochen und freundschaftlich verkehrt habe, ich, der ich über die Dinge anders denke, ein gewisses Unbehagen darüber zu äußern mich verpflichtet fühlte. (Heiterkeit.) Dann kam die Konferenz in Chodau, und da hat ein Parteigenosse, nicht Stark, geheimnisvolle Anspielungen gemacht, daß von der Parteivertretung versucht werde, auf Stark mit ungehörigen Mitteln einzuwirken. Das war also bestellte Arbeit, denn der Genosse war bei der Unterredung nicht anwesend gewesen. Dann ist Stark gekommen und hat mit Gesten, Gebärden, mit dramatischem Pathos erzählt, daß man mit Erpressungen und Drohungen vorgehe; und auf die erregte Frage Skarets, er solle doch sagen, wer das getan habe, hat Stark erklärt, das habe Hueber versucht. Pernerstorfer und Skaret sind nach Wien gekommen und haben es Hueber erzählt. Was hat nun Hueber gemacht? Hueber ist ein Mensch, der zwar manchmal etwas resch ist, aber die Rechtlichkeit selbst, dem alles Ränkespinnen fremd und dem kein Funke von Neigung

zur Intrigue eignet. Ein anderer hätte vielleicht öffentlich Skandal geschlagen, vielleicht die Sache bei der Parteivertretung anhängig gemacht. Hueber aber hat, nachdem er so unqualifizierbare Verdächtigungen seiner Person gehört hat, an Stark einen Privatbrief geschrieben. Daß darin nicht ausschließlich Höflichkeiten waren, werden Sie begreiflich finden. Aber ich frage jeden Mann von Ehre, jeden Parteigenossen von Einsicht, ob er solche Verleumdungen ruhig auf sich sitzen ließe. Uebrigens enthält auch dieser Brief die Aufforderung an Stark, die Sache nicht versumpfen zu lassen, sondern strikte zu erklären, was vorgefallen sei und welche Genugtuung er geben wolle. Diesen Brief macht nun Stark zum Gegenstand des schiedsgerichtlichen Verfahrens! Und wenn nun Hueber erklärt hätte, daß ein Privatbrief nicht Anlaß zu einem Schiedsgericht sein könne und daß er gegen die so unglaublichen Vorwürfe doch nur berechtigte Abwehr ausgeübt habe, so hätte ihm kein Mensch einen Vorwurf daraus machen können. Sie begreifen, wie unerhört es ist, wenn die Sache nun so dargestellt wird, als ob Hueber sich der Verantwortung für seine Worte entzogen habe. Ich kann ruhig sagen, was an Hueber verübt wurde, ist eine ganz unqualifizierbare, eines Parteigenossen unwürdige Handlung und würde ausreichen, die Ausschließung Starks zu rechtfertigen. (Lebhafter Beifall.)

Was ist dann in Chodau geschehen? Da hat Stark einen ungehörigen Ausfall gegen Pernerstorfer gemacht. Darauf hat Pernerstorfer mit einem, wenn man will, ebenfalls ungehörigen Ausfall geantwortet. In der ganzen Welt kompensieren sich Beleidigungen und schließlich unterliegen sie der Zensur des Vorsitzenden. Pernerstorfer konnte also ein Schiedsgericht ruhig ablehnen. Aber auch Pernerstorfer hat sich einem Schiedsgericht loyal unterworfen. Was gegen Skaret vorliegt, habe ich bis zur Stunde nicht erforschen können. Er soll etwas gesagt haben, was Stark so auslegen könnte, daß es der Vorwurf der Mandatsstreberei sei. (Heiterkeit.) Aber wenn Skaret Tatsachen vorgebracht hat, so hatte sie Stark zu entkräften. Für die Schlüsse, die er aus den Tatsachen zieht, ist doch nicht Skaret verantwortlich! Es könnte doch sonst Stark auch den Schluß ziehen, daß Skaret ihm nachsage, er leide an Verfolgungswahn, und Skaret für diesen „Schluß" verantwortlich machen. (Heiterkeit.)

Das ist der Sachverhalt. Wenn nun in dem Antrage — ich muß es als bedauerlichen Umstand erklären, daß sich die Karlsbader Lokalorganisation mit Stark solidarisch erklärt hat — die Sache so dargestellt wird, als ob sich's die drei Genossen, die doch als Männer von Ehre ausreichend bekannt sind, zum Gewerbe machten, Dr. Stark die Ehre abzuschneiden, so ist das, gelinde gesagt, eine ganz falsche Darstellung. Aber die Genossen haben sich dem Schiedsgericht unterworfen, obwohl ein Ansuchen um ein Schiedsgericht, das man mit der Mitteilung verknüpft, daß, wenn das Schiedsgericht nicht für die Erledigung bis zu einem bestimmten Tage „garantiere", man zum Bezirksgericht gehen werde, nicht gerade angenehme Aussichten eröffnet; und das Schiedsgericht hat es an Bemühungen nicht fehlen lassen, die Sache korrekt und normal zu Ende zu führen. Einige Beispiele. Wir haben sogar die Tatsache gewürdigt, daß Stark zur Kursaison ein vielbeschäftigter Arzt ist, und haben ihn nicht nach Wien geladen, sondern schriftlich mit ihm verhandelt, was wahrlich nicht zu den Annehmlichkeiten gehört. In der ersten Sitzung des Schiedsgerichtes ist darüber beraten worden, welche Fragen wir an Stark richten sollen, damit er uns den Sachverhalt vollständig aufkläre — denn die Briefe Starks sind nicht zu stark durch Logik ausgezeichnet. (Heiterkeit.) Es würde sich verlohnen, Ihnen die Antwort vorzulesen, die Stark an das Schiedsgericht gelangen ließ. In unserem Brief war nicht ein Wort, nicht eine Anspielung, nicht eine Beziehung, woraus irgendwelche andere Folgerung sich hätte ableiten lassen, als daß wir über einzelne Punkte eine Aufhellung für nötig erachten. Als die Antwort kam, fragten sich alle Schiedsrichter, die den Brief nicht gelesen hatten: Was muß man dem Manne geschrieben haben, daß er so antwortet? Er schrieb, es gehe aus dem Briefe die Absicht hervor, ihn als Schuldigen zu bezeichnen, und das bloß, weil wir

ihn um Aufklärung über Dinge fragten, die uns nicht klar waren! Wir waren über diese Auslegungskunst einfach perplex, und das Schiedsgericht hat darauf einstimmig beschlossen, ihm zu schreiben: „Das geht nicht, daß Sie mit dem Schiedsgericht so verfahren wollen." Ich meine nämlich, wenn man irgend ein Amt hat, muß man sich am Ende Grobheiten gefallen lassen; aber wenn man ersucht wird, als Mann von Ehre einen Schiedsspruch zu fällen, muß man Manierlosigkeiten nicht hinnehmen. Man hat Stark also ersucht, Aufklärungen zu geben und im Laufe des Verfahrens jede Beschimpfung zu unterlassen. Aus dem Briefe ist zu ersehen, wie unbehaglich sich bereits alle in ihrer Rolle als Mitglieder dieses Schiedsgerichtes fühlten. Die Genossen Beer und Ellenbogen sind ausgetreten, Adler hat den Vorsitz zurückgelegt, nur ich allein, der gute Nerven hat, bin übriggeblieben. (Heiterkeit.)

Dann kam ein zweites Schiedsgericht zusammen. Daß Stark übrigens die Vertrauensmänner seiner Gegner für befangen erklärte, ist stark. Es wäre wirklich komisch, zu verlangen, daß sich seine Gegner Vertrauensmänner wählen, zu denen er Vertrauen haben soll. (Heiterkeit.) Da wäre es ja leicht möglich, alle Schiedsrichter des Gegners abzulehnen, dem Gegner das ganze Schiedsgericht zu verekeln und schließlich noch zu erzählen, der Gegner kneife also aus. . . . Aber die Genossen hatten die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die Sache zu finalisieren, und haben neuerlich Vertrauensmänner nominiert. In der Sitzung dieses neuen Schiedsgerichtes haben die drei Genossen, die Stark nominiert hatte, Seitz als Vorsitzenden vorgeschlagen. Ich muß das deshalb hervorheben, damit festgestellt werde, daß von unserer Seite auch nicht der geringste Versuch gemacht wurde, den Lauf der Verhandlung irgendwie zu hemmen. Das Schiedsgericht hat dann mit der Einvernehmung der Beschuldigten begonnen. Damit aber nicht behauptet werde, es sei nicht so, sondern anders ausgesagt worden, es habe ein Ausdruck, eine Nuance anders gelautet, haben wir sie veranlaßt, daß sie ihre Aussagen schriftlich erstatten, und haben diese dann an Stark geschickt, damit er seine Gegenäußerung abgebe: ein Vorgehen, das beispiellos ist in seinem Entgegenkommen. Wir haben ihm also die schriftlichen Aussagen vorgelegt, ihn darauf aufmerksam gemacht, wo Widersprüche gegen seine Angaben vorliegen, und ihn um seine Gegenäußerung ersucht. Das war in demselben Briefe, worin er ersucht wurde, sich eines normalhöflichen Tones zu befleißen. Darauf ist eine Antwort gekommen, von deren Effekt Sie das verlesene Protokoll bereits genügend verständigt hat, Starks eigene Schiedsrichter haben erklärt, daß sie es mit ihrer Würde nicht vereinbar finden, sich weiter am Schiedsgericht zu beteiligen und daß sie nicht mehr Starks Vertrauensmänner sein wollen. Sie werden zugeben, daß da der Vorwurf Starks gegen seine Gegner, sie wären es, die das Schiedsgericht vereitelt haben, wirklich grundlos, schlechtweg lächerlich ist. Die drei Genossen haben das Protokoll erhalten, aus dem sie die Sprengung des Schiedsgerichtes erfuhren, und damit war für sie die Sache zu Ende.

Nun hat sich Stark plötzlich und wirklich unerwartet an — m i c h gewendet. Von mir, gerade von mir, hat Stark verlangt, ich solle ihm ein Schiedsgericht zusammensetzen. (Gelächter.) Ich habe ihm darauf geschrieben: Ich bin nicht in der Lage, das Schiedsgericht zusammenzusetzen, weil ich gar nicht weiß, ob die drei Genossen mit der Austragung der Sache durch ein Schiedsgericht noch einverstanden sind — stehen denn die drei Genossen unter meiner Kuratel oder bin ich ihr advokatorischer Vertreter? — und daß ich sie auch nicht fragen kann, weil sie verreist sind. Der Sommer ist für sie die Urlaubszeit, und daß alle Leute ihre Urlaube aufgeben, weil Dr. Stark ein Schiedsgericht betreibt, kann man doch wirklich nicht verlangen. Stark hat mir übrigens drei Schiedsrichter genannt, von denen zwei ausdrücklich und einer stillschweigend abgelehnt hat. Auf meinen Brief habe ich von Stark eine Antwort erhalten, worin er — ich will die Grobheiten hier nicht wiederholen — folgendem Gedankengang Ausdruck gibt: „Du fragst, ob sich die drei Genossen noch der schiedsgerichtlichen Entscheidung unterwerfen. Du hast nichts zu fragen. Ich erkläre, daß das notwendig ist und du hast zu folgen." (Schallende Heiterkeit.) Darauf habe ich ihm einen höflichen Brief (Heiterkeit),

wirklich, diesen höflichen Brief geschrieben: „Lieber Freund! Du bist im Irrtum, das Schiedsgericht ist aus. Ich wollte Dir eine Gefälligkeit erweisen; aber da Du der Meinung bist, daß es gleichgültig ist, was ich und die drei Genossen meinen, und ausschlaggebend nur ist, was Du meinst, lehne ich jede Intervention ab." Ich glaube, da doch wirklich ganz korrekt gehandelt zu haben. Ich bin ja nicht verpflichtet, die schiedsgerichtlichen Angelegenheiten jedes Parteigenossen in der Provinz auszugleichen. Ich bin für Artikelschreiben da, aber nicht für Schiedsgerichte. Der Mann hat im ganzen neun Schiedsrichter konsumiert (Heiterkeit), von denen sieben abgelehnt und zwei sich nicht geäußert haben, zwei Vorsitzende beseitigt und zwei Schiedsrichtern von der Gegenseite das Leben unmöglich gemacht (Heiterkeit) und jetzt sagt er, wir hätten es vereitelt! (Gelächter.) Stellen Sie sich nun vor, wir würden an irgend einen Menschen herantreten, er solle in einem dritten Schiedsgericht den Vorsitz übernehmen. Der würde uns doch sagen: Adler ist wegen Flegeleien weggelaufen, Seitz ist entrüstet geflüchtet, es ist eine Unverschämtheit, mir zuzumuten, daß ich jetzt das Amt übernehmen soll! Ich glaube, jeder Parteigenosse, der etwas auf sich hält, würde sich dafür bedanken, nach dem, was vorgegangen ist, Vorsitzender dieses Schiedsgerichtes zu werden.

Und nun verbreitet Dr. Stark die Behauptung, man hätte ihm an seine Ehre „gegriffen" und ihm „Satisfaktion" verweigert! Absichtlich und bewußt übertreibt Dr. Stark die Bedeutung eines Schimpfwortes. Ein starkes Wort unter Parteigenossen ist wirklich nicht das ärgste. Wenn jedesmal wegen eines Schimpfwortes, das da fällt, ein Schiedsgericht einberufen würde, würde die Partei eigene Injuriengerichte einsetzen müssen, die das Gewerbe im Umherziehen betreiben müßten. (Heiterkeit.) Wenn eine Ehrabschneiderei verübt wurde, hat sie Stark verübt. (Lebhafter Beifall.) Das muß offen und rücksichtslos gesagt werden. Er geht mit dem Vorwurf hausieren, daß die drei Genossen auskneifen, daß sie sich wie feige Buben benehmen würden, wenn sie seinen Alfanzereien nicht nachgeben wollten. Ich glaube, es ist Ihre Pflicht, der ewigen Behelligung der Partei mit Starks Privataffairen endlich ein Ende zu setzen. Das schmerzlichste aber ist, daß sich ehrliche Arbeiter, gute Parteigenossen — und es gibt gute Genossen noch immer in Karlsbad trotz der Treibereien des Dr. Stark — von Stark zu privaten Querelen mißbrauchen lassen. (Beifall.) Was geht die Sache denn die Lokalorganisation an? Stark weiß, daß er falsche Behauptungen aufstellt und daß nur durch sein Vorgehen die Sache so weit gekommen ist; die Arbeiter in Karlsbad wissen das nicht. Aber ich hoffe, daß die Parteigenossen die Verhandlungen dieses Parteitages lesen und endlich erkennen werden, daß Arbeiter zu gut dafür sind, um Stark die Staffage abzugeben, damit er seine Privatangelegenheiten breitspurig dem Parteitag vortragen könne. (Beifall.) Es ist kein Zweifel, daß die Person des Stark auf die Verhältnisse im Bezirk nur schädigend wirkt. (Lebhafter Beifall.) Ihm handelt es sich nicht um den Nutzen der Organisation, sondern ihm ist seine kleine, eitle Persönlichkeit das Wichtigste. Da ich nicht zweifle, daß die Folge meiner Ausführungen ein neues schiedsgerichtliches Ansuchen Starks sein wird (lebhafte Heiterkeit), erkläre ich vorweg, daß ich mich auf ein „Schiedsgericht" nicht einlassen werde. Stark hat die Sache angezettelt, er hat den Parteitag gezwungen, sich damit zu beschäftigen, und hat es nicht einmal für notwendig gefunden, herzukommen. Er kann sich also nicht beklagen, wenn ich in seiner Abwesenheit über ihn spreche. Ich war verpflichtet, alles das zu sagen, es war notwendig, es zu sagen, und es wird hoffentlich auch in Karlsbad nicht ohne Wirkung bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Widholz: Ich muß nur kurz noch auf ein Gerücht verweisen, wonach andere Gründe die Mandatsniederlegung der Starkschen Schiedsrichter veranlaßt haben sollen als die verletzende Schreibweise durch Stark. Wir haben die Sache untersucht und überdies stehen mir einige dieser Schiedsrichter so nahe, daß ich Gelegenheit hatte, unmittelbar nach dem Vorfall mit ihnen zu sprechen, und ich kann Ihnen auf das bestimmteste erklären, daß jene Gerüchte ganz unwahr sind.

Bei der Abstimmung wird der Antrag **37** unter lebhaftem allgemeinen Beifall angenommen.

Die Affaire Pechota.

Widholz (Wien): Eine zweite Sache, die Angelegenheit Pechota (Dornbirn), hat gleichfalls die Kommission beschäftigt. Es liegt eine Zuschrift von Pechota vor, worin er sich beschwert, daß er von den Genossen Vorarlbergs aus der Partei ausgeschlossen worden ist, ohne daß er Gelegenheit gehabt hätte, sich in der betreffenden Wahlkreiskonferenz zu verteidigen gegen die Anschuldigungen, die wider ihn erhoben wurden. Die Sache, um die es sich hier dreht, hat schon Genosse Skaret in der Vorbesprechung als eine Dummheit bezeichnet. Pechota selbst bezeichnet jetzt sein Vorgehen als eine „Riesendummheit" und ich kann mich dieser Bezeichnung nur anschließen. Der Fall mußte allerdings Aufregung hervorrufen, und wenn man alle Nebenumstände betrachtet, konnten die Vorarlberger nicht anders handeln. Pechota ging von Dornbirn plötzlich weg, ließ alle Geschäfte liegen, ohne jemandem etwas zu sagen, ohne etwas zu übergeben, und brachte dadurch heillose Verwirrung in die ganze Organisation. Die Genossen mußten sich behelfen, so gut es ging, und nur mit Mühe konnten sie ihre Angelegenheiten wieder in Ordnung und ins Geleise bringen. Sie behaupten, daß sie nicht gewußt hätten, wo Pechota sich befindet. Er ist nun gegenwärtig, wie man später erfuhr, in der Schweiz in Zürich und betätigt sich dort in der Partei, und zwar hauptsächlich in der Metallarbeiterorganisation. Da nun seine Vorarlberger Angelegenheit doch auch dort bekannt geworden ist, hat er ein Interesse daran, den Beschluß der Vorarlberger Wahlkreiskonferenz rückgängig zu machen, und wendet sich mit diesem Ersuchen an den Parteitag. Nach reiflicher Prüfung der Angelegenheit haben wir nun beschlossen, dem Parteitag folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Der Parteitag beschließt, dem Ansuchen des seinerzeitigen Vertrauensmannes für Vorarlberg, Franz Pechota, auf Annullierung des in der Vorarlberger Landeskonferenz vom Jänner dieses Jahres gefaßten Beschlusses auf Ausschluß aus der Partei aus formalen Gründen Folge zu geben, ohne zu untersuchen, ob die ihm zur Last gelegten Beschuldigungen den Ausschluß aus der Partei rechtfertigen.

Den Parteigenossen Vorarlbergs soll es hingegen frei gestellt sein, wenn sie es dermalen noch für notwendig halten, die erforderlichen Vorkehrungen zur Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu treffen, das, im Sinne des Organisationsstatuts zusammengesetzt, auch die dem Pechota zur Last gelegten Beschuldigungen zu untersuchen und, was das Wichtigste ist, ihn anzuhören hat. Der Parteitag findet es wohl begreiflich, daß die Genossen Vorarlbergs in der damals herrschenden Situation diesen Beschluß faßten, muß jedoch auch seinem Grundsatz, dem Beschuldigten die Möglichkeit der Verteidigung bietend, gerecht werden."

Schrattinger (Dornbirn): Als Parteigenosse in Vorarlberg bin ich in der Lage, die Sache selbst mitgemacht zu haben und Ihnen darüber Auskunft zu geben. Ich kann nur in Kürze sagen, daß Pechota sich um die Parteiinteressen in Vorarlberg wenig gekümmert und seine Stellung zu anderen Dingen ausgenützt hat, dann verduftete er plötzlich und ließ nichts mehr von sich hören. In Zürich tauchte er nun, wie wir später erfuhren, plötzlich in einer Metallarbeiterversammlung auf und sprang für den zufällig verhinderten Referenten ein. Er hielt einen so vorzüglichen Vortrag, daß er alsbald zum zweiten Vorsitzenden der Organisation gewählt wurde. Dazu braucht er aber die Zugehörigkeit zur Partei. Von selbst hätte er sich vielleicht gehütet, etwas von sich hören zu lassen und um Wiederaufnahme in die Partei zu ersuchen, denn er weiß ganz gut, daß sein Benehmen gegen die Vorarlberger Organisation verwerflich war. Da aber zufällig einer von unseren Genossen in Zürich ihm in der Versammlung begegnete, mußte er fürchten, daß sein Ausschluß aus der Partei bekannt würde, und deshalb suchte er um Wiederaufnahme

an. Ich werde trotz dem Vergangenen dem Antrag beistimmen; wir werden ja sehen, was die Vorarlberger Genossen dazu sagen werden.

Es folgt die Abstimmung, bei der Antrag **38** angenommen wurde.

Die Affaire Jenischek.

Widholz (Wien): Nun noch einiges über den Fall Jenischek, der sich an den Parteitag um Aufhebung des Beschlusses in Aussig wendet. Die Sache ist kurz folgende: Jenischek hatte als Ausschußmitglied des Arbeiter-Bildungsvereines „Lassalle" im XIX. Wiener Bezirk einen Konflikt mit dem Bibliothekar. Es handelte sich um eine Lappalie, ich glaube um den Verbleib eines Betrages von 50 h. Der Streit hatte zur Folge, daß Jenischek ein Schiedsgericht verlangte, was ihm aber der Ausschuß verweigerte. Jenischek wendete sich nun an die Bezirksorganisation; doch diese schloß sich der Auffassung des Vereinsausschusses an. Darauf ging Jenischek, um das Schiedsgericht durchzusetzen, zur Polizei und beschwerte sich über die Ablehnung. Als die Polizei erklärte, daß sie da nicht eingreifen könne, wendete er sich an die Statthalterei, die das Schiedsgericht anordnete. Es fand statt und sein Ergebnis war, daß Jenischek wegen seiner Gänge zur Polizei aus dem Verein und dann von der Bezirksorganisation aus der Partei ausgeschlossen wurde. Er appellierte an den Aussiger Parteitag, der in dieser Angelegenheit folgende Resolution faßte:

„Der Ausschluß Jenischeks aus dem Bildungsverein „Lassalle" kann weder der Form noch dem Inhalt nach als gerechtfertigt bezeichnet werden. Jenischek hat aber im Kampfe gegen das ihm widerfahrene Unrecht zu Mitteln gegriffen, die bei strenger Auslegung der Parteiorganisationsbestimmungen seinen nachher erfolgten Ausschluß aus der Partei gewissermaßen rechtfertigen ließen. Aber mit Rücksicht darauf, daß der Fehltritt Jenischeks im Kampfe gegen erlittenes Unrecht erfolgte, beantragt die Kommission: Dem durch die Organisation des XIX. Wiener Bezirkes erfolgten Ausschluß Jenischeks aus der Partei stimmt der Parteitag nicht zu, sondern beschließt: Jenischek ist zwar nicht aus der Partei als ausgeschlossen zu betrachten, aber er hat dadurch, daß er im Streit mit seiner Organisation die Polizei als Helfer angerufen hat, den Anspruch, in der Partei oder einer ihr zugehörigen Organisation eine Funktion zu bekleiden, verloren."

Jenischek wendet sich nun an den Salzburger Parteitag um Aufhebung dieses Beschlusses. Wir beantragen heute, den Beschluß von Aussig aufrecht zu erhalten und die Erklärung abzugeben, daß einem neuerlichen Ansuchen Jenischeks nur dann stattzugeben ist, wenn der XIX. Bezirk sein Ansuchen unterstützt. Wir wollen bemerken, daß er sich mit ihnen wieder in friedliches Einvernehmen setzt, denn ein ordentlicher Genosse muß bestrebt sein, zu allererst mit seinen nächsten Genossen, mit den Mitkämpfern im eigenen Bezirke in Frieden und Freundschaft zu leben, sonst ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht möglich. So hoffen wir, daß diese Angelegenheit zur Zufriedenheit aller Beteiligten enden wird.

Es folgt die Abstimmung und wird der Antrag **39** (Beschluß des Aussiger Parteitages) angenommen.

Dr. Czech (Brünn): Im mährischen Landtag hat heute der erste Sozialdemokrat eine Rede gehalten. Eben haben wir folgendes Telegramm erhalten:

„Heute vormittags um halb 11 Uhr hat eine große Wahlrechtsdemonstration im Landtagsgebäude stattgefunden. Einige hundert Genossen besetzten die Galerie und brachen in die Rufe ‚Hoch das allgemeine Wahlrecht' aus. In der Verwirrung, die sich des Landtages bemächtigte, ergriff Hybesch von der Galerie herab das Wort und hielt eine Ansprache für das allgemeine Wahlrecht. Infolge des Lärmes wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der Landeshauptmann, daß er, da seiner Aufforderung, die Galerien zu räumen, nicht Folge geleistet werde und er nicht Polizei in den Landtag führen wolle, die Sitzung

schließe. Die Genossen warfen in der Zwischenzeit Agitations- und Flugzettel in den Saal und entfernten sich unter Absingung des ‚Liedes der Arbeit'."

Der Kampf ums Wahlrecht hat in Mähren begonnen und wir werden ihn, wie wir Ihnen versprochen haben, zu Ende führen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Adler (Wien): Ich glaube, unser Parteitag, der eine, wie das mehrfach genannt wurde, flaue Stimmung aufgewiesen hat, konnte nicht in besserer Weise sehen, daß es auch in schlechten Zeiten Momente gibt und Mittel geben kann, um Aktionen mit Erfolg ins Werk zu setzen. Unsere mährischen Genossen sind ihrem Landtage gegenüber in ganz besonderer Lage. Ein Klüngel, der schlechter ist, wie der, welcher Mähren regiert, ist kaum irgendwo in Oesterreich zu finden. Wenn unsere Genossen den einen ersten Vorstoß machen, begleiten sie unsere besten Wünsche, denn sie leisten nicht nur für Mähren, sondern für ganz Oesterreich gute Arbeit. Ich beantrage, den Brünner Genossen ein Telegramm zu senden, worin ihnen die Glückwünsche und die Anerkennung des Parteitages ausgesprochen werden. (Stürmischer Beifall.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen. (Beifall und Händeklatschen.)

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag den 29. September 1904. — Vormittagssitzung.

Um 9 Uhr eröffnet **Preußler** die Sitzung.

Hackenberg gibt im Namen der Skrutatoren zunächst das Ergebnis der

Wahl der Parteivertretung

bekannt. Abgegeben wurden 87 Stimmen.

Gewählt sind in die Parteivertretung:

Dr. Adler (Wien) mit 87 Stimmen; Heinrich Beer mit 81; Doktor Ellenbogen mit 84; Georg Emmerling mit 87; Engelbert Pernerstorfer mit 83; Franz Schuhmeier mit 86; Ferdinand Skaret mit 87; Josef Tomschik mit 82 Stimmen.

In die Parteikontrolle:

Emil Polke (Wien) mit 87; Adelheid Popp (Wien) mit 79; Doktor Ludwig Czech (Brünn) mit 83; Vinzenz Muchitsch (Graz) mit 86; Robert Preußler (Salzburg) mit 87; Anton Schäfer (Reichenberg) mit 87; Anton Schrammel (Aussig) mit 77; Julius Spielmann (Linz) mit 87 Stimmen.

Zersplitterte Stimmen entfielen für die Parteivertretung auf: Widholz 11, Lippa 3, Winarsky 1, Frank 1, Popp 1.

Für die Kontrolle auf: Seliger 9, Tomschik 5, Rießner 4, Vogel 3, Boschek 2, Hueber 1.

Zur Verhandlung steht nun der Punkt

Lebensmittelteuerung.

Dazu liegen die Anträge **5, 6, 40, 41, 42, 43** und **44** vor.

Das Referat erstattet

Dr. Karpeles (Wien): Ueber die Tatsache, daß in den letzten Wochen die Preise fast aller wichtigen Lebensmittel ganz außerordentlich gestiegen sind, herrscht keine Meinungsverschiedenheit; auch darüber nicht, daß es sich nicht etwa um eine lokalbegrenzte Erscheinung handelt, nicht etwa um einen

Notstand in einzelnen Industriezentren, sondern um einen allgemeinen Notstand. Das sehen wir aus den Berichten der Presse und aus den Hunderten von Versammlungen, die im ganzen Reiche abgehalten werden. Es ist endlich kein Zweifel, daß das Maß dieser Steigerung ganz unerträglich ist. Die „Neue Freie Presse", die den ganzen Sommer alle Treibereien der Börse in der wirksamsten Weise unterstützt hat, eröffnet jetzt ihren lokalen Teil den Klagen der bürgerlichen Hausfrauen. Sie hat ausgerechnet, daß die Steigerung der Kosten eines bürgerlichen Haushaltes 23 Prozent betrage. Diese Rechnung ist ganz richtig, und wenn es beim proletarischen Haushalt vielleicht manchmal scheint, daß die Preissteigerung geringer sei, so ist die Differenz tatsächlich nur eine scheinbare. Die Billigkeit geht auf Kosten der Qualität. Es ist also schon jetzt klar, daß wir in diesem Winter ganz furchtbaren Verhältnissen entgegengehen, daß in Tausenden von Familien, die bisher gewohnt waren, über des Lebens nackte Notdurft hinaus ein gewisses nur allzu bescheidenes Maß von kulturellen Bedürfnissen zu befriedigen, Entbehrung, Not und Hunger einziehen wird und muß. Das ist keine Uebertreibung. Es genügt, zu wissen, daß wir in Oesterreich im Konsum von Brotgetreide an neunter Stelle in der Reihe der europäischen Staaten stehen, daß der durchschnittliche europäische Konsum höher ist als der österreichische Konsum, um zu begreifen, daß schon eine ganz geringe Erhöhung der Lebensmittelpreise bei uns eine so furchtbare Wirkung haben muß, da doch schon in normalen Zeiten nach guten Ernten die große Mehrheit der Bevölkerung sich über das Niveau des absoluten Existenzminimums nicht erheben kann. Das ist ja nur selbstverständlich in einem Lande, wo durch die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, durch die Unersättlichkeit des Militarismus, durch den Wahnsinn unserer Zoll- und Steuerpolitik alle Lebensmittel auch in normalen Zeiten auf furchtbarer Höhe stehen, in einem Lande, in dem auch in den besten Jahren nichts billig ist als Menschenfleisch.

Daß wir einer Katastrophe entgegengehen, ist also eine Tatsache, und wir müssen uns nun vor allem darüber klar werden, ob diese Katastrophe etwas ist, was wir geduldig als eine unabwendbare Sache hinnehmen müssen, oder ob wir es nicht mit einer Erscheinung zu tun haben, die nicht begründet ist durch die Ungunst der Produktionsbedingungen, sondern die von einzelnen bestimmten Schichten der Produzenten und Händler mit Bewußtsein hervorgerufen ist, und da allerdings meine ich, daß sogar in unseren Kreisen, wie die Resolution Wien XI anzudeuten scheint, noch nicht volle Klarheit darüber besteht, daß wir es heuer keineswegs mit einer Mißernte zu tun gehabt haben. Es ist mir ganz unbegreiflich, wie diese Resolution mit den Worten anfangen kann: „Durch die heurige Mißernte", wie wenn es mit aller Sicherheit feststehen würde, daß wir wirklich eine Mißernte haben.

Wenn wir nun darangehen, uns klar zu werden, wie diese Teuerung entstanden ist, müssen wir zunächst ein Gebiet betreten, das den allermeisten von Ihnen ziemlich fremd ist: das Gebiet der Börse, und ich muß Sie bitten, mit mir einen längeren Ausflug an die Börse von Budapest zu machen. Denn von der Budapester, nicht von der Wiener Börse werden die Preise aller Lebensmittel für Oesterreich diktiert. Warum die Wiener Börse heute so machtlos ist und warum sie keine größere Rolle spielt als die Produktenbörse in Prag und kaum eine größere als der Samstagwochenmarkt in Linz, darüber werden wir noch sprechen. Tatsache ist es, daß die Preise in Budapest diktiert werden, und zwar nicht auf dem Effektivmarkt, nicht von jenen Leuten in erster Linie, die wirklich Getreide kaufen und verkaufen, sondern auf dem Terminmarkt. Wie war nun die Situation, die die Börse am Anfang der Getreidekampagne vorgefunden hat? Die Jahre 1902 und 1903 waren wirklich gesegnete Jahre; wir hatten zwei ganz ausnahmsweise gute Ernten hinter uns und wir sind in das Jahr 1904 getreten mit Vorräten, die im mindesten 8 Millionen Meterzentner, wahrscheinlich aber 12 Millionen Meterzentner betragen — wir sind in Oesterreich weniger als anderswo imstande, den genauen Bestand zu erfassen, weniger als in Australien

und Amerika. Tatsache aber ist, daß von einem Mangel oder auch nur von einer Furcht vor Mangel im Frühjahr keine Rede sein konnte. Dazu kam, daß die Saaten außerordentlich gut überwintert hatten, und so war zu Anfang Mai die Tendenz an der Börse keineswegs ausgesprochen steigend. Damals kostete Oktober-Weizen, das heißt der Weizen, der im Frühjahr gekauft wurde, aber erst im Oktober lieferbar war, K 7·90 per 50 Kilogramm. Die Witterung im Mai war warm. Dann aber setzte, je wärmer es wurde und je weniger Regen kam, eine ganz ausgesprochene Haussestimmung ein und, wie es an der Budapester und auch an anderen Börsen üblich ist, Schätzungen von Mißernten in Ungarn, Indien, Argentinien, Nordamerika durchschwirrten die Luft, Gerüchte, die ganz zweifellos absichtlich erfunden wurden, um den Markt zu beeinflussen. Nun ist es merkwürdig, daß, obwohl wir, wie gesagt, zwei gute Ernten hatten, doch Ende Mai der Preis des Oktober-Weizens schon auf K 9·36, das heißt um beinahe fl. 1·50 per Meterzentner gegenüber Anfang Mai in die Höhe getrieben war, ein Preis, der auch dann nicht berechtigt gewesen wäre, wenn tatsächlich eine schlechte Ernte schon mit absoluter Sicherheit vorauszusehen gewesen wäre. Die Wärme im Mai bedeutete aber noch sehr wenig. Es konnte ja noch den ganzen Juni regnen und es hat ja tatsächlich anfangs Juni geregnet, so daß dann die Kurse etwas ins Weichen kamen. Da ist aber glücklicherweise — vom Standpunkt der ungarischen Produzenten gesprochen — das ungarische Ackerbauministerium gekommen und hat im amtlichen Saatenstandsbericht die Parole offen ausgegeben, die bis dahin nur verdeckt unter den Produzenten kursierte, die Parole, die auch bei uns mit großem Erfolg befolgt wurde: Keine Waren verkaufen! Die Ware einsperren! Wir haben Zeit, wir können warten!

Der „Pester Llod" war in dieser Kampagne vermutlich à la baisse engagiert oder er hatte die Aufgabe, die Interessen der großen Budapester Mühlen zu vertreten. Wir sehen also aus diesem Blatt diesmal deutlich die Treibereien der Pester Hausse-Spekulation. Er schrieb: „Die Besorgnisse bezüglich der reifenden Ernte beherrschen noch immer die Stimmung. Das Wetter hat wohl in der letzten Zeit alles geleistet, was von ihm bestenfalls zu erwarten war und was besorgte Landwirte nur wünschen konnten. Zahlreiche ausgebreitete Niederschläge verbreiteten sich über alle Teile des Landes, die Temperatur blieb warm, ohne heiß zu werden, fächelnde Winde mildern die mäßige Wärme und kühle Nächte erfrischen die Saaten. Trotzdem wollen die Besorgnisse nicht schwinden und der größte Teil der Spekulation lehnt es beharrlich ab, seine Befürchtungen auch nur teilweise aufzugeben. Die glänzenden Ernteaussichten Mitteleuropas bleiben ebenso unbeachtet wie der gebesserte Saatenstand in Amerika und in Südrußland; sogar dasjenige, was uns am meisten nahe gehen sollte, die vollbefriedigenden Ernteaussichten in den österreichischen Kronländern, werden von denjenigen nicht in Betracht gezogen, die entschlossen scheinen, sich durch nichts von ihrer pessimistischen Anschauung abbringen zu lassen." Selbstverständlich, wenn die ungarischen Agrarier und Händler entschlossen sind, unter allen Umständen daran zu glauben, daß wir 1904 eine Mißernte haben werden, muß ja der Preis von K 9·36 ganz gerechtfertigt sein. Zu dieser Zeit schrieb das ungarische Ministerium im amtlichen Saatenstandsbericht — das ist eine Einrichtung, die wir auch in Oesterreich haben und die dazu dient, ganz mit Absicht dazu bestimmt ist, die Tatsache guter Ernten vor dem Publikum zurückzuhalten und die Tatsache schlechter Ernten mit großer Aufdringlichkeit und Uebertreibung zu publizieren — am 15. Juni: „Eine der vorjährigen gleich gute Ernte kann man mit Recht nicht erwarten und jetzt, wo die aufgehenden Aehren der Möglichkeit einer wesentlichen Besserung eine Grenze setzen, müssen wir darauf aufmerksam machen, daß mit dem, was wir heuer ernten werden, sehr sparsam umgegangen werden muß." Deutlicher kann der Minister den Großgrundbesitzern und Bauern nicht den Rat geben, ihre Ware einzusperren, um die Preise zu steigern. Der Rat des Ministers ist auf sehr fruchtbaren Boden gefallen. Die ungarischen Produzenten haben ihre Ware eingesperrt und haben dadurch selbst-

verständlich den Händlern in Budapest den Anlaß gegeben, die Preise auf dem Terminmarkt und durch den Terminmarkt auf dem Effektivmarkt immer mehr in die Höhe zu bringen.

Die offizielle Schätzung dieses Berichts erklärt, daß Ungarn eine Ernte von 34 Millionen Meterzentnern Weizen zu erwarten habe gegen 44 Millionen im Jahre 1903. Das wäre also ein Ausfall von vollen 10 Millionen Meterzentnern gewesen und somit gewiß ein Moment für eine Preissteigerung. Aber irgendwie besorgniserregend konnte diese Schätzung nach zwei so glänzenden Ernten und mit so vielen Vorräten durchaus nicht sein. Begründet würde die Sorge erst dann gewesen sein, wenn sich auf dem Weltmarkte die Ernteaussichten in demselben Maße abgeschwächt hätten. Ungarn allein ist heute auf dem internationalen Getreidemarkt nicht mehr tonangebend. Es muß sich mit einer bescheideneren Rolle begnügen, und nur wenn solche Treibereien vorkommen wie heuer, kann man es erleben, daß die Budapester Börse nicht nur Wien beherrscht, sondern daß sie durch 14 Tage auch richtunggebend für alle europäischen Börsen wird. Unabhängig vom Weltmarkt kann also die Budapester Börse nicht ins Ungemessene die Preise hinaufsetzen, wohl aber konnte sie ihn in diesem Sommer fast ständig über der Importparität halten. Die Budapester Notiz stand lange Zeit nicht nur über der Parität der böhmischen Preise, so daß es nicht möglich war, ungarischen Weizen nach Böhmen zu bringen, sondern es ergab sich auch die Situation, daß zu derselben Zeit, wo Weizen in Budapest K 9·36 notierte, der beste argentinische Weizen Rosario Santa Fe K 9·35 ab Triest verzollt kalkulierte, daß der Weltmarktpreis ab Hamburg 135 Mk. für die Tonne Weizen betrug, das ist weniger als der Preis in Budapest, daß La Plata-Mais ab Prag verzollt für K 8·15 für 50 Kilogramm, also noch immer mit Vorteil gegenüber ungarischem Mais zu beziehen war. Das sind abnorme Verhältnisse. Zu einer Zeit, wo der Schnitt noch gar nicht begonnen hatte, verstanden es die Herren in Budapest, sowohl die Produzenten wie die Spekulanten — es besteht die intimste und dickste Freundschaft zwischen den Karoly, Andrassy, Schwarzenberg (denn auch unsere Agrarier spielen in Budapest) und den Händlern — *die Preise über den Weltmarktpreis hinaufzutreiben*. Auf dem Weltmarkt natürlich glaubt man alle die Dinge nicht, die man an der Budapester Börse erzählen kann. Da weiß man ganz genau, daß die sichtbaren Vorräte auf der ganzen Welt, mit denen wir heuer in die Kampagne getreten sind, 9·7 Millionen Quarters betragen haben, das heißt 3 Millionen mehr als die Vorräte im vorigen Jahre vor Beginn der Ernte betragen haben. Ein Quarter ist rund drei Hektoliter. Wir hatten also heuer 30 Millionen Hektoliter Vorräte vor Beginn der Ernte, so daß von irgend einer Besorgnis für die Versorgung von Europa auch nur dann erhebliche Preissteigerungen berechtigt wären, wenn wir es mit einer totalen Mißernte in sämtlichen Getreide- und Futterartikeln zu tun gehabt hätten.

Selbstverständlich glaubte man an der Budapester Börse nicht — aber man konnte es eine Zeitlang der Oeffentlichkeit mit Erfolg erzählen — daß Rußland durch die Ansprüche seiner Kriegsverwaltung gehindert sein werde, sein Getreide an den europäischen Markt abzugeben. Das ging nur so lange, bis endlich auch die Leute, die sich um die Wochenstatistiken nicht regelmäßig kümmern, darauf kamen, daß die Zufuhren, die der europäische Markt Woche für Woche aus Rußland erhält, stiegen, und daß es lächerlich sei, anzunehmen, Rußland würde uns im Stiche lassen. Nachdem man sich wochenlang darüber unterhalten hatte, daß in Indien eine Mißernte bevorstehe, mußte man endlich zugeben, daß Ostindien eine Weizenernte von 44 Millionen Quarters hatte, um zehn Millionen mehr als das Jahr vorher, daß also auch für den Fall, daß die Gerüchte wahr wären, die damals auftauchten über eine schlechte Ernte in Amerika, sofort Ostindien einspringen und sich an der Versorgung von Europa beteiligen könne. Das alles nützte aber nichts. Der Preis an der Budapester Börse blieb dauernd über Import-Parität und blieb es auch dann so, als am 1. Juli der neue Saatenstandsbericht schon zugab, daß die Weizenernte um 600.000 Meterzentner größer sein werde, als die erste Schätzung

erwarten ließ. Immerhin aber machte die Tatsache, daß die europäischen und auch die amerikanischen Börsen nicht in die Melodie einstimmten, zu der der Takt in Budapest angeschlagen wurde, die Budapester Börse etwas stutzig. Der Preis des Oktober-Weizens ging um einige Heller zurück.

Da machten nun diese Herren die Entdeckung, daß, wenn es schon richtig sei, daß wir in Getreide eine Mittelernte zu erwarten haben, doch der Wert dieser Mittelernte ganz außerordentlich dadurch in Frage gestellt werden würde, wenn wir eine komplette Mißernte in allen Futterartikeln haben werden, da dann die Bauern selbstverständlich gezwungen sein würden, einen Teil ihres Getreides zur Fütterung ihres Viehes zu verwenden, also dieses Getreide dem Konsum zu entziehen, so daß dann die Getreidepreise steigen müßten. Die Herren entschlossen sich also, fest daran zu glauben, daß eine Mißernte aller Futterstoffe unabwendbar sei, und von diesem Glauben durchdrungen, inszenierten sie eine neue Hausse. Kaum war die Parole von der Futternot ausgegeben, steigerte sich, wie der „Pester Lloyd" so anschaulich erzählt, die Kauflust förmlich zur Kaufgier: „Die Weizenanschaffungen wurden täglich größer und erreichten in den letzten zwei Wochen die respektable Höhe von nahezu 500.000 Meterzentnern, wobei die Preise um etwa 40 h höher gingen. . . . Wer das Vorhandensein reicher, alter Bestände bezweifelt haben sollte, wird durch die Tatsachen eines Besseren belehrt. Heute allein konnten zu unveränderten Preisen volle 65.000 Meterzentner Weizen gekauft werden, so daß der Umsatz der abgelaufenen Wochenhälfte 150.000 Meterzentner erreicht. Alter Weizen ist da in Hülle und Fülle in allen Qualitäten und Provenienzen. Es wird aber weiterhaussiert und kommen Preise und Kurse zutage, die man am Tage vorher kaum für möglich gehalten hätte und die ebensowenig zu verstehen als sachlich zu erklären sind. Auf dem Terminmarkt wurde schon gestern nachmittags eine Haussebewegung inszeniert auf das Gerücht, daß eine leitende Mühle einen großen Posten alten Weizen zu erhöhten Preisen gekauft habe. Das Gerücht erwies sich heute als falsch, was jedoch nicht hinderte, daß die Terminkurse weiter stiegen. Der Weizen stieg, weil die Coulisse fest gestimmt war. Der Mais stieg, weil es noch nicht regnet. Dann stieg der Weizen weiter, weil der Mais gestiegen war. Der Roggen ging mit, weil er verhältnismäßig später in die Haussebewegung geraten war, daher eines stärkeren Deckungsbegehrs teilhaftig wurde. Selbstverständlich ging der Hafer mit und das Steigen scheint kein Ende nehmen zu wollen." Das war am 21. Juli und am 25. Juli war endlich der Kurs von 10 K für 50 Kilogramm Oktober-Weizen überschritten. Jetzt wurde die Parole ausgegeben, daß der Oktober-Weizen auf 12 K kommen müsse. Das ist natürlich nicht ganz gelungen, aber wenigstens annähernd hat man es doch erreicht.

Da hat sich nun folgendes gezeigt: Rumänien, das tatsächlich eine schlechte Ernte hat, kommt nun bei dem Terminpreis von K 10·04 auf den Markt. In derselben Woche, wo dieser Preis notiert wurde, wurden bereits mehrere Ladungen rumänischen Weizens nach Budapest und nach Wien verkauft. Der rumänische Weizen hat keine Grenzbegünstigung wie der serbische Weizen, er zahlt den vollen Zoll von fl. 1·50 in Gold. Trotz Zoll und trotz Fracht war es möglich, ihn billiger zu liefern, als er in Ungarn verkauft wurde. Aber nicht nur Rumänien brachte dieses Kunststück zustande, der Weizen war dauernd über Importparität des gesamten Weltmarktes. Wenn im Juli und August nicht die Kalamität gewesen wäre, daß die Elbe nicht schiffbar war, so wäre der Import von La Plata-Weizen und von nordamerikanischem Weizen über Hamburg und Aussig sehr leicht gewesen und die Preise in Budapest hätten sich nicht auf dieser Höhe halten können. Als der Preis in Budapest schon auf 10·75 stand, wurde La Plata-Weizen ab Aussig verzollt zu 10·60 gehandelt. Aber die Zufuhr konnte auf der Elbe nicht durchgeführt werden. Allein die ungarischen Produzenten blieben dabei, nicht zu verkaufen. Sie ließen die auswärtigen Waren hereinkommen, sperrten aber ihre Waren beharrlich ein und trieben den Weizenpreis fort und fort in die Höhe. Anfangs August erst kam es aus dem Bedürfnis

einer großen Anzahl von Produzenten nach Geld endlich in Budapest zu einer geringen Abschwächung der Preise, die aber sehr bald durch das Eingreifen der Spekulation in Amerika wettgemacht wurde. Vierzehn Tage lang, Ende Juli und anfangs August, hatte Budapest mit seinen Kursen tatsächlich die Kurse von Berlin und New-York diktiert. In dem Moment, da der Budapester Terminmarkt etwas nachließ, griff die amerikanische Spekulation ein, die selbstverständlich die ungarische Spekulation aufs neue entfachte und bewirkte, daß die ungarischen Preise auch weiterhin über Importparität blieben. Wie es in Amerika zugegangen ist, muß ich Ihnen doch an einer netten Schilderung veranschaulichen, die ich damals in der „Neuen Freien Presse" (18. August) gelesen habe:

> Auf der New-Yorker Getreidebörse gab es Szenen der wildesten Erregung. Den ersten Alarm brachte eine Meldung, daß die Manitoba-Ernte weit hinter den Erwartungen stehe und daß ihr die Gefahr des Ruins drohe. Die Händler kämpften im Handgemenge mit Nägeln und Zähnen wie wilde Tiere bei der Anstrengung, ihre Kaufordres zu placieren. Alles wollte decken, als ob von der sofortigen Deckung die Abwehr vom Weltende abhänge. Dann kamen ungünstige Berichte aus Norddakota und Minnesota, worin von der Verwüstung von weiten Landstrichen durch den schwarzen Rost zu lesen war. In Minnesota sollen die Farmer ihre Weizenfelder abbrennen und für nächstes Jahr zurechtmachen. Auf diese und die ungünstigen canadischen Berichte hin vermehrte sich die Panik und die jetzt folgenden Szenen übertrafen alles je Gesehene. Den Händlern gingen sukzessive im Ringen um die Käufe Rock, Weste und Hut, in manchen Fällen auch die Hosen verloren und ihre Stimmen füllten die Börse mit einem Lärm, der nur Todesszenen bei Massenpaniken glich.

Viel netter ging es in der Budapester Kornhalle ja auch nicht zu. Die Budapester Jobber verloren zwar nicht die Hosen, aber uns ziehen sie die Haut über die Ohren. Diese Hausse in Amerika hat natürlich den Mut der Budapester Spekulation belebt, und am 22. August, kaum einen Monat, nachdem der Kurs auf 10 K hinaufgetrieben worden war, hatte der Kurs die Höhe von 11 K überschritten. Er notierte K 11·15, also beinahe 4 K mehr, als der Kurs im Mai gestanden hatte. Nun mußte das Spiel doch langsam zu Ende gehen. Denn Ende August wußte man schließlich überall schon, wie die Ernte wirklich ausgefallen war. Da wußte man nicht nur, daß wir tatsächlich in Weizen und Roggen eine ganz gute Mittelernte hatten, sondern daß von einer Mißernte in keinem Bodenprodukt die Rede sein konnte. Nicht einmal von einer allgemeinen Mißernte in Kartoffeln und Zuckerrüben. Ganz gewiß hat es große Bezirke gegeben, die eine Mißernte in diesen Artikeln hatten, von einer allgemeinen Mißernte ist aber auch da keine Rede. Ende August konnte man auch schon ein Bild über die Verhältnisse auf dem Weltmarkt haben. Es ergab sich denn, daß die Welternte beim Weizen 1903 rund 883, 1904 rund 844 Millionen Meterzentner betrug. Das ist ein Rückgang um $4^1/_2$ Prozent, ein Rückgang, der, wenn man daran denkt, daß man doch nicht jedes Jahr eine so gute Ernte haben kann wie 1903, absolut nichts bedeutet. Und wenn man sämtliche Getreideartikel betrachtet, so zeigt sich auf dem Weltmarkt ein Rückgang von 2970 auf 2824 Millionen Meterzentner, also um 145 Millionen oder 5 Prozent. Aber demgegenüber stehen die sichtbaren Vorräte am Beginn der Kampagne, die auf 144 Millionen Meterzentner geschätzt werden. Mit einem Worte, der sichtbare alte Bestand ist genau so groß als das Defizit der heurigen Ernte gegenüber der vorjährigen außerordentlich guten Ernte und irgendwelche Sorgen, daß eine Hungersnot bevorstehe oder daß die Produktion der Welt nicht ausreiche, um den normalen Bedarf an Brotgetreide zu befriedigen, sind vollkommen lächerlich. Wir haben keine Mißernte im Getreide, wohl aber ein verbrecherisches Spiel der Spekulation, einer Spekulation, die freilich keineswegs ausschließlich von den ungarischen Händlern getrieben, sondern die nur möglich war, weil

sie von den ungarischen und österreichischen Agrariern alimentiert wurde.

Wie wahr es ist, daß von einer Mißernte nicht die Rede sein kann, zeigt sich, wenn man die Ziffern der österreichischen Handelsstatistik für den August ansieht, die eben jetzt publiziert worden sind. Wir haben im August 746.000, also rund drei Viertelmillionen Meterzentner Weizen und andere Getreideprodukte importiert; im August vorigen Jahres nur 272.000. Exportiert haben wir heuer 103.000, im vorigen Jahre 337.000 Meterzentner. Das heißt, daß die Preise bei uns so übermäßig hoch sind, daß 746.000 Meterzentner bereits im August hereingebracht wurden, unmittelbar nach der Ernte, wo das Importbedürfnis, selbst wenn wir eine schlechte Ernte gehabt hätten, sich noch lange nicht zeigen konnte. Dieses macht sich immer erst im Frühjahr geltend, da im August auch bei einer Mißernte noch so viel Vorräte da sein müssen, daß der Bedarf gedeckt werden kann. Der übermäßige Preis hat den Import angelockt. Wir sehen, daß sämtliche Lagerhäuser, nicht nur die Scheunen der Produzenten, bis zur Decke angefüllt sind, und was seit zwölf Jahren nicht mehr vorgekommen ist, es muß wieder einmal die Wiener Rotunde benützt werden, um das Getreide einzulagern. Das Mehl wurde um 4 K verteuert, auf der anderen Seite aber weiß man nicht, wie man die ungeheuren Vorräte von Getreide unterbringen, wie man die Magazine beschaffen soll, um die Waren aufzustapeln. Das ist doch der klarste Beweis, daß von Mißernte, ja auch nur von einer schlechten Ernte keine Rede sein kann.

Woher kommt aber die merkwürdige Erscheinung, daß wir in Oesterreich vollständig von den Kursen der Budapester Terminbörse abhängig sind? Das kommt daher, daß zwar in Oesterreich der Terminhandel aufgehoben ist, aber in Ungarn weiter besteht. Wir haben diese Folgen der einseitigen Aufhebung des Terminhandels seinerzeit vorausgesagt. Man muß kein Freund des Terminhandels sein und es ist sicher, daß der Getreidehandel ohne den Terminhandel funktionieren kann und daß die Welt nicht zugrunde ginge, wenn der Terminhandel nicht existierte. Wenn aber in Budapest eine Terminbörse besteht, in Wien jedoch nicht, so mußten die Folgen eintreten, die auch die Regierung in ihrer Vorlage über die Reform des Terminhandels auseinandergesetzt hat. Es ist ganz selbstverständlich, daß es für ein Importland — und Oesterreich ist im Verhältnis zu Ungarn ein Importland — wichtig ist, einen maßgebenden Markt in der Hand zu haben und nicht zu dulden, daß die Preise an der Börse des Exportlandes, in Budapest, gemacht werden. Die Regierungsvorlage sagt: „Das einsame Verbot des Terminhandels würde den Erfolg haben, daß zwar in Wien eine vom Terminhandel gereinigte Börse bestünde, aber auch die Wirkungen des Terminhandels bestehen blieben, mit dem Unterschied allerdings, daß man ihm wehrlos preisgegeben bliebe und diese Situation noch mit besonderen Nachteilen zu erkaufen hätte." Und das ist genau eingetroffen. Solange der Terminhandel in Wien erlaubt war, war es möglich, gewisse Unzukömmlichkeiten zu beseitigen, und es wäre bei einer Reform möglich gewesen, sie noch weiter zu beschränken. Heute sind wir aber der Spekulation, nicht der österreichischen, aber der ungarischen Börseaner ausgeliefert. Diese leichtfertige, einseitige Aufhebung des Terminhandels hat gezeigt, wie sehr sich das Abgeordnetenhaus von den Schlagworten der Agrarier beeinflussen läßt und daß die Regierung, die ganz genau wußte, wie die Sache sich entwickeln werde, sich bloß als die Exekutive der Agrarier fühlt und deren Aufträge ausführt.

Das zeigt sich noch deutlicher in der Frage der Futternot. Am 11. August hat die Regierung im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung ein Futterausfuhrverbot erlassen. Nun will ich für einen Augenblick zugeben, daß dieses den Erfolg gehabt, die Preise der Futterartikel zu ermäßigen, und insofern läßt sich dagegen nichts einwenden. Aber wie steht es denn mit der Futternot überhaupt? Ich habe hier das Zeugnis eines Mannes, der ganz gewiß uns allen zur Beurteilung dieser Frage kompetent

sein wird. Das ist der berühmte Herr Simitsch Reichsritter v. Hohenblum, der Mann, den die Agrarier als ihren leitenden Geist angestellt haben; der Mann ist ein großer Narr, aber wenigstens ein konsequenter Narr. Dieser Herr v. Hohenblum hat nun am 12. August in einer Sitzung der landwirtschaftlichen Zentralstelle zur Vorbereitung der Handelsverträge das am Tage vorher erfolgte Ausfuhrverbot besprochen und dabei gesagt, er müsse grundsätzlich dagegen Stellung nehmen, denn es widerspreche dem Programm der Zentralstelle und würde von den Gegnern der Landwirtschaft später als Präzedenzfall ausgenützt werden. Er könne aber auch die heutigen Futterpreise nicht als Zeichen der Futternot auffassen, da sie sich tief unter den Tarifen früherer Jahre bewegen. Das erklärt derselbe Mann, der morgen erzählen wird, alle Großgrundbesitzer seien auf die öffentliche Mildtätigkeit angewiesen, wenn ihnen nicht die österreichische Bevölkerung ausgeliefert werde — ein Mann, der sich aber sagt: Spielen wir nicht mit dem Ausfuhrverbot, denn sonst könnten die Arbeiter kommen und auch die Erleichterung der Einfuhr, also Suspendierung der Getreidezölle, verlangen, und das wollen wir um so weniger tun, als sich die Preise tief unter dem Niveau der früheren Jahre bewegen.

Aber Hohenblum war der einzige in diesem Ausschuß, der so argumentiert hat: die anderen, die weniger Konsequenten, nehmen, was die Regierung gibt, und machen sich wegen des Präzedenzfalles keine Sorgen. Sollte sich die Regierung unterstehen, etwa die Maiszölle zu suspendieren, so werden sie mit ihr schon zu reden wissen. Die Regierung weiß es und die Agrarier haben recht, wenn sie Hohenblum wegen seines starren Festhaltens am Prinzip verspotten. Prinzipien sind bei den Agrariern wirklich keine gangbare Münze: bei den Agrariern, die vor noch nicht langer Zeit die energischesten Freihändler waren und heute die ausgepichtesten Schutzzöllner sind, und die morgen, wenn es die Situation erheischt, wieder Freihändler sein werden. Die Agrarier sind konsequent nur in ihrer unglaublichen Frechheit und die Regierung ist konsequent nur in der unglaublichen Nachgiebigkeit und Schwäche, mit der sie alles tut, was die Agrarier von ihr fordern. Das Futterausfuhrverbot war tatsächlich durchaus unberechtigt; aber immerhin — wenn man von der Oelindustrie absieht, die besonders in Böhmen sehr darunter leidet — könnte man nichts dagegen einwenden, wenn nur die Preise der Futterartikel durch das Verbot herabgesetzt worden wären. Aber das Verbot war auch überflüssig. Es war nichts anderes als ein Kompliment, das die Minister den Agrariern gemacht haben; tatsächlich ist überhaupt fast gar kein Futter über die Grenze gegangen, denn die Futterpreise, die sich ja bis zu einem gewissen Grade nach dem Weizenpreis richten, waren so hoch, daß es niemandem eingefallen ist, Futter in Oesterreich für den Export ins Ausland einzukaufen. Die hohen Preise der Budapester Börse wirkten ganz automatisch als Futterausfuhrverbot und der ganze Effekt des Ausfuhrverbotes war, daß 800.000 Meterzentner Kleie, die im Anfang des Jahres nach Deutschland verschlossen waren, im Lande blieben. Es ist also ganz klar, daß das Futterausfuhrverbot einen wesentlichen Einfluß auf die Preise nicht geübt hat. Wenn aber die Regierung meinte, daß zu wenig Futter vorhanden sei, so wäre doch die logische Konsequenz davon gewesen, den Zoll auf Mais, der einen halben Goldgulden beträgt, aufzuheben. Die österreichische Regierung war dazu bereit. Wir bauen in Oesterreich wenig Mais; die ungarischen Großgrundbesitzer aber hatten so ungeheure Maisbestände vom vorigen Jahre eingelagert, daß sie ihrer Regierung nicht erlaubten, zur Suspendierung der Maiszölle ihre Zustimmung zu geben. Daß die Futternot in dem Umfang nicht besteht, wie man glauben machen möchte, geht auch aus folgendem hervor: Die ungarische Regierung hat im Juli in Oesterreich große Vorräte von Heu angekauft und will jetzt diese Vorräte an die ungarischen Bauern zum Selbstkostenpreise abgeben. Es wird nämlich in Oesterreich und in Ungarn eine große Notstandsaktion eingeleitet, nicht etwa um die Not der Arbeiter zu beheben, sondern um den Karolyis und Schwarzenbergs zu helfen. Die ungarische Regierung kann

aber das Heu um den Selbstkostenpreis nicht anbringen, denn der heutige Preis ist viel niedriger, als der Preis war, zu dem sie vor zwei Monaten das Heu in Oberösterreich und Salzburg eingekauft hat. Wo ist denn da die Futternot? Wo sind die übertriebenen Preise der Futterartikel, die es nötig machen, daß uns vor allem die Milch so übertrieben verteuert werden muß, wie sie in den letzten Wochen verteuert worden ist, verteuert in einem Maße, das auch dann nicht berechtigt wäre, wenn wir eine Futternot wirklich hätten?

Es existiert die Futternot also nicht. Die Preise der Futterartikel sind auch im Rückgang begriffen; trotzdem aber haben sich erst in der vorigen Woche die Agrarier als großes Zentralnotstandscomité für Oesterreich konstituiert und die ungarischen ebenso. Sie sind zu sämtlichen Ministern gelaufen und weder Koerber noch die anderen Minister haben die Courage gehabt, diese Bande die Treppe hinabzuwerfen. Es ist eine Unverschämtheit, die einfach unbegreiflich ist, wie bei einer Situation, die so klar ist wie die, die ich Ihnen geschildert habe, von einem landwirtschaftlichen Notstand in großem Maße gesprochen werden kann. Aber es ist ja eine ganz selbstverständliche Sache, daß die Agrarier das machen. Die Agrarier machen ja die ganze Zeit nichts anderes als Versuche, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu bringen, und sie haben dabei die wirksamste Unterstützung der Regierung. Wir wissen doch, daß der autonome Zolltarif, den uns die Regierung vorgelegt hat, einen Sieg der agrarischen Impertinenz bedeutet, der geradezu unerhört ist, und es ist nur die eine Tatsache merkwürdig, daß in unserer Partei der Widerstand gegen diesen autonomen Zolltarif nicht nachhaltiger gewesen ist, daß die Erregung über die unerhörte Behandlung, der die Bevölkerung von Oesterreich ausgesetzt ist, wenn der autonome Zolltarif in Kraft tritt, in ganz kurzer Zeit abgeflaut ist und daß heute von dem autonomen Zolltarif in Oesterreich kein Mensch mehr spricht, obwohl ich meine, daß, wo immer Arbeiter beisammen sind, sie keine wichtigere Sache zu tun haben, als sich mit dem autonomen Zolltarif und den ungeheuren Gefahren zu beschäftigen, die uns drohen, wenn der Tarif wirklich Wahrheit wird. Die Agrarier, die sehen, wie geduldig die Bevölkerung ist, werden von Jahr zu Jahr rücksichtsloser. In der vorigen Woche ist es endlich gelungen, den italienischen Handelsvertrag unter Dach zu bringen. So viel man bisher von diesem Vertrag hörte, ist er doch im großen und ganzen wieder nichts als ein Sieg der Agrarier. Aber die Agrarier erklären in ihrem Organ, in der „Landwirtschaftlichen Zeitung", daß sie, wenn es wahr sei, daß auch nur vier Monate lang ein bestimmtes Quantum italienischen Weines zu dem reduzierten Zolle hereinkommen dürfe, mit der Vollkraft des agrarischen Agitationsvermögens unmöglich machen werden, daß dieser Vertrag im Parlament angenommen werde. Aber die Agrarier haben recht, wenn sie von der Vollkraft ihres Agitationsvermögens sprechen, und es ist beschämend, wenn konstatiert werden muß, daß diese Kraft — bisher wenigstens — größer zu sein scheint als die Kraft des sozialdemokratischen Agitationsvermögens in dieser Frage, die nach meiner Ueberzeugung eine Lebenskraft für die Arbeiterschaft Oesterreichs und für unsere Gesamtpartei ist.

Mit viel größerer Wucht wie bisher muß die Arbeiterschaft den Kampf gegen die Agrarier führen. Wenn die Arbeiter, die doch überzeugt sein müssen, daß es unberechtigt ist, von „Mißernte" zu sprechen, und daß die ganze gegenwärtige Preissteigerung nichts anderes ist als der bewußt organisierte Versuch der Agrarier, die Konsumenten auszuwuchern, wenn die Arbeiter, sage ich, sich da nicht zur Wehre setzen, wer soll denn den Agrariern Widerstand leisten? Etwa unsere Industriellen? Ja, die ganze Industrie liegt vor den Agrariern auf dem Bauch, genau so wie die Regierung. Und die Regierung tut in dem Falle nichts anderes, als was zu tun sie schließlich verpflichtet ist, wenn sie auf der einen Seite den ungeheuren Lärm der Agrarier und auf der anderen Seite unser Stillschweigen bemerkt. Es ist eine ganz selbstverständliche Sache und ich greife die Regierung durch-

aus nicht an, daß sie die Forderungen der Agrarier bewilligt, wo sie doch sieht, daß die Sozialdemokraten den autonomen Zolltarif viele Wochen lang bekämpft haben, dann aber beinahe vergessen haben, daß er überhaupt besteht. Die Industrie läßt sich durch die schönen Reden Koerbers beruhigen. Ihr sind Ueberstundenerlässe viel lieber als selbst wichtige Positionen im autonomen Zolltarif, besonders wo sie weiß, daß man — wenn man sich nur brav aufführt — eine ganze Reihe von Zugeständnissen erlangen kann, die manche Schwierigkeiten des Zolltarifes wieder beseitigen. Wenn Sie die ganze Schwäche, die ganze erbärmliche Position unserer Industrie kennen lernen wollen, brauchen Sie nur die Rede zu lesen, mit der Herr v. Kink sein Amt als Präsident der ersten Handelskammer Oesterreichs angetreten hat, eine Rede, in der nicht ein Funke eines industriellen Programms zu entdecken war, eine Rede, die ausschließlich aus Phrasen über deutsches Oesterreichertum und über die tschechische Obstruktion zusammengesetzt war. Mit einem Worte: eine Vertretung der Industrie, die das Erbärmlichste und das Erbarmungswürdigste ist, was wir uns nur vorstellen können. Dazu kommt, daß die Bauernschaft nun anfängt, sich unter dem Kommando der Agrarier in einer Weise zu organisieren, von der wir bisher noch keine genügende Vorstellung haben. Ganz gewiß, darüber ist kein Zweifel, kommt die Durchsetzung dieser agrarischen Forderungen in allererster Linie, wenn nicht ausschließlich, den Großgrundbesitzern zugute, nicht den Bauern. Aber wenn die Bauern das nicht einsehen wollen, wenn sie sich durch die „Landwirtschaftliche Zentralstelle" nun einmal haben einfangen lassen, wenn sie sich nun dort eine wirklich ausgezeichnete Organisation geben, und wenn sie durch das Spiel, das in diesem Sommer mit den Konsumenten getrieben wurde, merken, daß diese agrarische Organisation doch für sie die gute Folge hat, daß sie der städtischen Bevölkerung den Brotkorb manchmal etwas höher hängen und für sich höhere Preise herausbringen können — dann wird die Position der Konsumenten von Tag zu Tag schwieriger. Wir haben gewiß kein Interesse daran, daß die Bauern etwa zugrunde gehen, wir sind bereit, das, was wir für die Industrie verlangen, auch den Bauern zu bewilligen und die Forderung als ganz selbstverständlich anzuerkennen, daß die Höhe der Produktionskosten auch den Preis bei Lebensmitteln bestimmen muß, und wir verlangen nicht, daß die Bauern ihre Ware billiger absetzen, als sie produziert werden kann. Wir haben ja auf dem Grazer Parteitag den Bauern den Weg der genossenschaftlichen Betätigung gezeigt und tatsächlich sehen wir in Oesterreich einen Aufschwung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, der in höchstem Maße erfreulich ist. Aber ich muß sagen, wenn diese Genossenschaften immer Subventionen vom Staate und von autonomen Körperschaften verlangten, dann müssen sie sich auch gefallen lassen, daß die Regierung und die autonomen Behörden Einfluß auf die Preise nehmen können, zu denen sie ihre Produkte abgeben. Aber die Genossenschaften nur zu benützen, um die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben, geht doch nicht an. Es geht um so weniger an, als wir da auf dem Gebiete des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens Ansätze zur Ringbildung entdecken, die äußerst bedrohlich ist. Ich verweise auf den Spiritusring in Deutschland, auf den Milchring in Berlin und auf die Vereinigung der Genossenschaften in der Niederösterreichischen Molkerei, die ebenfalls einen Milchring gegen die Wiener Konsumenten geschaffen hat. Wenn sich diese Ringbildung auch weiter fortsetzt, dann entsteht die große Gefahr, daß die Situation, in die wir heuer im Winter kommen werden, ein Kinderspiel sein wird gegen die kommenden Ereignisse und daß wir diesen subventionierten Genossenschaften wehrlos ausgeliefert sein werden.

Ein Rezept, wie man momentan der Steigerung der Lebensmittelpreise entgegentreten kann, kenne ich nun freilich nicht. Aber das eine ist gewiß: Wenn wir nicht eine Verewigung des heutigen Zustandes wollen, müssen wir uns in unserer politischen Organisation ganz anders als bisher mit den Fragen des autonomen Zolltarifes und der auf Grund des autonomen Zoll-

tarifes geschlossenen Handelsverträge beschäftigen, müssen wir auf das erbittertste und zäheste den Kampf führen, entschlossen, diesen Kampf auch entschieden durchzuführen. Für unangebracht halte ich es, das Schlagwort auszugeben, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise mit einer durch Streiks zu erzwingenden Lohnerhöhung beantwortet werden solle. Die Arbeiter aufzufordern, sich gewerkschaftlich zu organisieren, das ist unsere selbstverständliche Pflicht, auch wenn die Lebensmittelpreise nicht steigen. Aber ich halte es für eine Degradation der gewerkschaftlichen Bewegung, wenn man ihr zumutet, daß sie sich einfach nur als Vorspann im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher benützen lasse. Die gewerkschaftliche Bewegung hat andere Aufgaben, als jedesmal, wenn es den Agrariern einfällt, die Preise zu treiben, dagegen durch Streiks anzukämpfen. Wenn die Situation für gewerkschaftliche Kämpfe günstig ist, dann müssen sie geführt werden. Aber das ist in jedem einzelnen Falle und für jede Branche besonders zu entscheiden und die Steigerung der Lebensmittelpreise kann das Streikreglement nicht außer Kraft setzen. Wenn die politische und gewerkschaftliche Organisation aber nicht in der Lage ist, momentan gegen den Lebensmittelwucher etwas auszurichten, müssen wir uns mehr, als es bisher geschehen ist, mit der Organisierung des Konsums beschäftigen. Es ist gar keine Frage, daß nur die Organisation der Konsumenten imstande ist, als ein spezifisches Mittel zu wirken gegen diese Organisation der Produzenten.

Mit dem Antrage der Bezirksorganisation Simmering kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich glaube, daß wir es der Fraktion mit aller Beruhigung überlassen können, wenn das Abgeordnetenhaus zusammentritt, zu tun, was im gegebenen Momente zu tun notwendig ist. Die Resolution aber, die Ihnen die Parteivertretung vorgelegt hat, bringt das, was ich hier ausgeführt habe, zum Ausdruck. Wir meinen, daß es vor allem notwendig ist, volle Klarheit darüber zu verbreiten, daß von einer Mißernte keine Rede sein kann, daß wir zwar eine schwächere Ernte als im vorigen Jahre haben, daß aber dieser Ausfall in gar keinem Verhältnis steht zu dem Wucher, der in den letzten Monaten getrieben wurde. Wir haben dann in unserer Organisation die Ueberzeugung zu vertiefen und zu verstärken, daß die österreichische Arbeiterschaft keinen Feind hat, der ihr gefährlicher sein könnte als die Agrarier. Denn unsere Agrarier sind nicht nur die Leute, die uns durch den Lebensmittelwucher ausbeuten, sondern auch diejenigen, die schuld sind an der ganzen politischen Misere in Oesterreich, die Leute, die allein ein Interesse haben, daß es so bleibe, wie es in Oesterreich ist. Wir haben keinen gefährlicheren Feind und die Angriffe auf die agrarische Position müssen nicht nur mit der größten Energie geführt werden, die Energie muß auch nachhaltig sein und der Kampf muß mit derselben Ausdauer geführt werden, wie er von unseren Genossen im Reiche draußen gegen die deutschen Agrarier geführt worden ist, die im Vergleiche zu unseren Agrariern noch ganz umgängliche und vergleichsweise besonnene Leute sind. Indem wir diese Ueberzeugung in die Massen hineintragen, können wir ihnen auch mit aller Ruhe, ohne befürchten zu müssen, irgendwelche Rückschläge herbeizuführen oder ein Gründungsfieber zu verursachen, sagen: Vergeßt nicht, daß auch die wirtschaftliche Organisation imstande ist, manches für euch durchzusetzen! Vergesset nicht, daß die politische und gewerkschaftliche Organisation es euch heute ermöglicht, durch die Angliederung der genossenschaftlichen Organisation Erfolge im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher zu erreichen. Die Verhältnisse, die wir in diesem Jahre in Oesterreich gesehen haben, sind nur möglich, weil sich die Konsumenten vollständig wehrlos, mit gebundenen Händen, von den Agrariern zur Schlachtbank führen lassen. Sie sind unmöglich in dem Moment, wo die Agrarier die Entschlossenheit unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisation, diese Dinge nicht zu dulden, erkennen und wo sie einsehen, daß die österreichischen Arbeiter auch darangehen wollen, gegen die Bestrebungen der Agrarier praktische Mittel anzuwenden. Diese praktischen Mittel zu gebrauchen, haben wir in Oesterreich bereits gelernt, und wir können darangehen, mehr als wir es

bisher getan haben, diese Erfahrungen unter den Massen zu verbreiten. Wenn so dieser Parteitag bewirkt, daß der Kampf gegen die Agrarier von neuem auflodert, mit der Energie, Zähigkeit und Ausdauer geführt wird, mit der er geführt werden muß, hat er für die österreichische Arbeiterschaft eine gute Parole ausgegeben, hat er den österreichischen Arbeitern gezeigt, was ihre Aufgabe ist. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nun in die Debatte hierüber eingegangen:

Behr (Krumau): Es gibt gegenwärtig keine Frage von wichtigerer Bedeutung als die der Lebensmittelverteuerung. Die Massen sind jetzt überall in Fluß gekommen; namentlich die Milchverteuerung hat bewirkt, daß sich auch die Frauen in großer Zahl an unseren Demonstrationen beteiligen, und die sind in allererster Linie berufen, in dieser Sache einzugreifen. Wenn sie einmal rabiat werden, so ist das für die Lebensmittelwucherer schon einigermaßen gefährlich. Wir haben da Gelegenheit zur Agitation für die Konsumvereine, die gerade jetzt alles tun müssen, um zu beweisen, daß sie wirklich etwas für die Bevölkerung leisten können. Wir haben auch die Gelegenheit, mit den Bauern direkt in Verbindung zu treten, und können ihnen sagen: Wenn ihr wirklich wollt, daß der Zwischenhandel beseitigt wird, müßt ihr euch mit unserer Konsumvereinsbewegung verbünden. Wir haben uns kürzlich selbst an den Verwalter der Schwarzenbergschen Güter gewendet und der Herr hat furchtbar gejammert, der Landwirtschaft gehe es jetzt sehr schlecht. Nun, dann tauschen Sie mal mit uns, erwiderten wir. Der Herr behauptete auch, daß es den kleinen Bauern verhältnismäßig besser gehe als den Großgrundbesitzern, worauf wir ihm erzählten, wie es bei jenen armen Pächtern des Fürsten Schwarzenberg aussieht, die schon die Last der Steuern nicht ertragen können und denen obendrein alle paar Jahre der Pachtzins gesteigert wird. Wir haben bei uns auch bezüglich der Fleischteuerung eine Aktion eingeleitet, die der Konsumvereinsbewegung sehr förderlich ist, indem wir mit einem Fleischhauer vereinbarten, daß er das Fleisch denen, die sich als Mitglieder unseres Konsumvereines ausweisen können, um 10 Prozent billiger gibt. Wir können die Lauheit des Bürgertums gegenüber der Teuerung beseitigen, wenn wir höhere Löhne fordern. Wenn die Industriellen sehen werden, daß ihnen die Arbeiter mit Forderungen an den Leib rücken, dann wird ihre Lauheit schon verschwinden und sie werden sich dann wohl entschließen, gegenüber den Agrariern andere Töne anzuschlagen. Eine solche Bewegung würde dann selbstverständlich auch den Gewerkschaften nützen und wir kämen tüchtig vorwärts. Die Direktive, die uns der Referent gegeben hat, können wir ganz gut akzeptieren; dagegen muß ich mich entschieden gegen den Antrag des XI. Wiener Bezirkes wenden. Unsere Leute werden es gar nicht verstehen, wenn ein Nachlaß der Personaleinkommensteuer gefordert wird, denn bei uns sind so schlechte Löhne, daß ohnedies kein Arbeiter eine solche Steuer bezahlt. Es ist in dieser Frage das Allerwichtigste, daß wir eine große Bewegung entfachen, an ihre Spitze treten und alle Mittel anwenden, die uns zur Verfügung stehen.

Hackenberg (Gmünd): Der Antrag des XI. Bezirkes kann nur von Leuten gestellt worden sein, die von den wirklichen Verhältnissen keinen Begriff haben. Ich komme aus einem landwirtschaftlichen Bezirke und da weiß ich ganz genau, daß von einer vollständigen Mißernte keine Rede sein kann. Die Landwirte sind nicht ganz befriedigt, aber wann gibt es ein Jahr, wo sie wirklich ganz zufrieden sind oder es zugestehen? Obendrein gegenüber Leuten, die entgegengesetzte Interessen haben. Wenn wir eine Mißernte hätten, dann könnte die Produktion den Bedarf nicht decken und da wäre es ein besonderes Verbrechen, wenn da nicht sofort die Lebensmittelzölle aufgehoben würden, denn da wäre ja eine Einfuhr unbedingt notwendig. Wenn Sie aber das den Agrariern sagen, dann heißt es wieder, daß die heimische Produktion den Bedarf decken kann und daß man nichts einzuführen braucht. Wo bleibt aber dann wieder die Mißernte, wo die Gefahr, daß die Nachfrage stärker sein könnte als das Angebot, die es angeblich bewirkt, daß die Preise so in die Höhe getrieben werden?

Ich komme aus einem Bezirke, wo hauptsächlich Kartoffeln und Korn gebaut werden. Es gibt bei uns aufrichtige Bauern, die die Wahrheit sagen. Da hat mir nun einer das Korn gezeigt und gesagt, daß es nicht wahr ist, daß die Ernte schlecht ausgefallen sei. Es ist eine gute Mittelernte. Das Korn ist zwar nicht so reichhaltig, aber es ist schwer. Die Kartoffelernte ist besser ausgefallen, als erwartet wurde, und ist dies aus dem Sinken der Preise ersichtlich. Die Preissteigerung ist also keine natürliche und notwendige, sie ist nicht hervorgegangen aus den Kreisen der kleinen Bauern, sondern aus der von den Großgrundbesitzern und Börsenjobbern betriebenen Spekulation. Die verderbliche Tätigkeit der Spekulanten ist auch für die kleinen Bauern nachteilig, denn wie oft sind sie selbst auch Konsumenten und können auf ihren kleinen Betrieben nicht einmal den vollen eigenen Bedarf produzieren. Es wird den Bauern immer gesagt, daß es ihnen schlecht geht, und selbst die Bezirkshauptleute, also staatliche Behörden, machen in den Amtsblättern einseitige Agrarpolitik, indem sie zu Notstandsaktionen auffordern und zum Beispiel aufmerksam machen, daß in Wien großer Milchbedarf ist, der ausgenützt werden soll. So werden dann die Bauern aufgestachelt zu Preiserhöhungen und die industriellen Arbeiter müssen das büßen. Es wäre ja nichts dagegen einzuwenden, daß die Behörden das Interesse der Landwirtschaft wahren wollen, wenn sie dabei nicht so einseitig verfahren würden. Man hat noch nie gehört, daß die Amtsblätter der Bezirkshauptmannschaften in ähnlicher Weise eingegriffen hätten, wenn es sich darum handelte, die Interessen der Arbeiter zu fördern. Wird übrigens durch solche Förderungen dem kleinen Bauern geholfen? Nicht im mindesten und das ist ein gar merkwürdiges Kapitel. Wenn Notstandsaktionen im Zuge sind, wird nicht dem geholfen, der den meisten Schaden erlitten hat, sondern dem, der den meisten Einfluß in der Gemeinde hat, das sind aber meist die großen und wohlhabenden Landwirte. Die bäuerliche Bevölkerung weiß deshalb heute schon ganz gut, was sie von solchen Notstandsaktionen zu halten hat. Es wird auch von Futternot gesprochen. Infolge einer solchen müßten doch die Fleischpreise fallen, doch wo hat man von einer solchen Ermäßigung des Fleischpreises etwas gehört.

Zum Antrag Simmering habe ich folgendes zu bemerken: So wenig den kleinen Bauern geholfen ist, wenn man ihnen die Grundsteuer nachläßt, so wenig kann der Nachlaß der Personaleinkommensteuer eine nennenswerte Hilfe darstellen. Es wäre das Allervernünftigste, wenn die Simmeringer diesen Antrag zurückzögen. (Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Preußler** (Salzburg).

In der Debatte sprach zuerst

David (Wien): Der Referent hat sein Bedauern ausgedrückt, daß seine Zeit so beschränkt ist; und es ist wirklich so, daß, wenn man aber die verschiedenen Teuerungen erörtern wollte, man fünf oder sechs Stunden reden müßte. Wie interessant wäre es gewesen, wenn der Referent die Geheimnisse der Fleischversorgung hätte besprechen können. Wie sehr hätte es sich da gelohnt, darauf hinzuweisen, daß wir hier den Fleischpreis nicht erschwingen können, während in Australien jährlich 60 bis 80 Millionen Schafe bloß wegen der Häute und zum Zwecke der Fettproduktion für die Seifeerzeugung geschlachtet werden. Es wäre vielleicht auch interessant gewesen, zu erörtern, was für Gründe die Zuckerbarone haben müssen, mit den Preisen plötzlich in die Höhe zu gehen, da doch die Zuckerkampagne die Rübeneinkäufe bereits am Dreikönigstag abzuschließen pflegt, und eine spätere Preissteigerung kann sich daher nicht mehr aus dem Preise der Rübe erklären. Interessant wäre auch das Kapitel der Kohle, die gewiß nicht unter der Dürre zu leiden gehabt hat. Kurz, es gäbe da eine ganze Menge sehr interessanter Dinge; es geht aber leider nicht, in so kurzer Zeit sich mit all dem zu befassen. Aber was uns an dieser Frage hier vor allem interessiert, ist, wie man diese Teuerungsverhältnisse bekämpfen kann; und da befinde ich mich mit dem Referenten

vielleicht insofern in Widerspruch, als ich meine, daß es von uns nicht ganz korrekt gehandelt war, vor allem anderen das Schlagwort auszugeben: „Hinein in die Konsumvereine!“ Das war der Tenor der bisherigen Agitation, die nicht Rücksicht darauf nahm, was bei der Sache für Aufgaben der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation zufallen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Entwicklung zur Emanzipation des Konsums vom Zwischenhandel und zu den Konsumorganisationen hindrängt. Ich habe auch empfunden, daß die Konsumvereinsbewegung örtlich viel leisten kann. Aber wenn es sich um so große Dinge wie eine so allgemeine und ausgedehnte Lebensmittelteuerung handelt, ist es nicht möglich, von den Konsumvereinen Rettung zu heischen, sondern da heißt es die politische Macht des Proletariats in Bewegung setzen und durch die Masse einen Druck ausüben. Daß ein Konsumverein auf den Weltmarktpreis Einfluß nehmen könnte, das kommt mir so vor, wie wenn ein Greisler schützend seine Hand über den Quargelsturz hält und sich einbildet, jetzt die Zuckungen am Weltmarkte wahrnehmen zu können. Ich glaube, daß wir die Bewegung in einer anderen Weise hätten machen müssen und nicht die Konsumvereine in den Vordergrund hätten schieben sollen. Wir hätten uns die Mitwirkung der kleinen Geschäftsleute, Beamten und Staatsdiener sichern und die Bewegung volkstümlich machen sollen und vielleicht hätten wir da in einer ganz anderen Weise die Frage, die heute hier verpönt ist, der Frage des Generalstreiks nähertreten können. Im Moment aber, wo wir mit der Marke „Konsumverein“ kommen, sagen die uns fernstehenden und indifferenten kleinen Leute: „In dieser Frage könnte ja ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten etwas erzielen, aber leider verlangen sie immer gleich, daß man sich da allen möglichen Organisationen anschließt.“ Und überdies gibt es viele kleinbürgerliche Elemente, die zwar ebenso unter der Teuerung zu leiden haben wie wir, die aber den Konsumvereinen direkt feindlich gegenüberstehen. Wir können bei einer anderen Taktik diese Leute gewinnen, denn der Spießer ist nirgends so empfindlich wie beim Geldsack und am meisten, wenn es sich da um eine dauernde, sich täglich wiederholende Schröpfung handelt. Deshalb ist es ein Fehler, daß wir diese Volksbewegung verflachen lassen, ohne uns ihrer zu bemächtigen. Es ist ja nicht einmal wahr, daß unter den Arbeitern ein gar so großes Gedränge zu den Konsumvereinen ist, und es gibt noch immer eine ansehnliche Minorität, die von ihnen nichts wissen will, ja sogar aus denselben hinausdrängt.

Gegen die Resolution habe ich ja nichts einzuwenden, wenn sie nur nicht zu einer planlosen Gründungswut führt. Wo eine solche sich zeigt, werden wir entschieden einschränkend wirken müssen. Ich appelliere an Sie, daß Sie bei allen Versammlungen, die jetzt kommen werden — denn wir werden uns ja der Bewegung doch noch bemächtigen — die Konsumvereine nicht allzusehr in den Vordergrund schieben.

Es ist unsere Aufgabe, dieses Feld zu bearbeiten, um so mehr, als wir, wie ich glaube, erst an der Schwelle einer großen Teuerung stehen. Der große Raubzug wird erst beginnen, wenn die Zolltarife endgültig festgesetzt sein werden. Nicht nur wir Arbeiter haben an dieser Frage ein großes Interesse, sondern wir müssen alle Konsumenten heranziehen, und deshalb war es ein Fehler, wenn wir die Konsumvereine allzusehr in den Vordergrund schoben. Eine energische politische Bewegung wäre imstande, bei vielen Lebensmitteln die Teuerung zu hemmen. So zum Beispiel die Fleischteuerung, deren Grund man schon gar nicht begreifen kann. Das Vieh ist jetzt bedeutend billiger, nur einige besondere Arten sind teurer geworden, die aber beim Wiener Viehein kauf nur eine geringfügige Rolle spielen. Freilich ist der Schlachtbetrieb ganz irrationell. Manche Fleischhauer können das Vieh nicht einmal selbst schlachten, weil sie nur für gewisse Fleischsorten Verwendung haben. Daß die Fleischapprovisionierung einer Millionenstadt Sache des Kleingewerbes ist, ist geradezu ein Skandal. Dennoch würde eine Großschlächterei, wie die Kommune sie sich vorstellt, auch nicht viel ändern, denn sie wäre ja doch in den Händen der Genossenschaft. Was da einzig not tut, ist die Einfuhr argentinischen und

australischen Fleisches. Doch das alles nur nebenbei. Ich wollte im ganzen nur darauf hinweisen, daß die Lebensmittelverteuerung eine viel zu allgemeine ist, als daß man die Konsumvereine beim Kampfe allzusehr in den Vordergrund schieben sollte. Wenn Karpeles meint, daß man nicht bei jeder Preissteigerung die gewerkschaftliche Kraft in Anspruch nehmen soll, so erwidere ich, daß die einzige wirksame Bekämpfung des Lebensmittelwuchers die Forderung höherer Löhne ist. Dadurch würde man doch die Industriellen gegen die Agrarier, mit denen sie ja jetzt einen förmlichen Pakt geschlossen haben, zum Kampfe gegen die Lebensmittelzölle aufpulvern. Wenn man die Landwirtschaft schon subventioniert, so sollen die Herren das Geld verwenden, ihre Betriebe rationeller zu gestalten und nicht um auf Kosten der Konsumenten sich durch maßlose Preissteigerungen Profite zuzuschanzen. Ich halte es also für verfehlt, die Konsumvereine in den Vordergrund der Bewegung zu stellen, und meine, daß der politischen und gewerkschaftlichen Organisation die Hauptaufgabe zufällt.

Martinek (Simmering): Ich bin gezwungen, indem sich schon einige Vorredner gegen die Form des Antrages Wien XI ausgesprochen haben, einige Worte zu denselben zu sprechen, trotzdem derselbe nicht so schlecht ist und angenommen werden könnte; ich sehe ja ein, daß speziell der letzte Absatz unseres Antrages nicht ganz gut formuliert ist und daß diese Forderung auch kein so gutes Kampfmittel ist. Der Betrag wäre auch zu klein, der hier herausfallen würde als Nachlaß für die Lebensmittelteuerung.

Ich ziehe daher den Antrag zur Hälfte zurück, halte jedoch den zweiten und dritten Absatz in dem Antrag aufrecht. Wir wollen ja damit der Fraktion gewiß keine Vorschrift machen, wir wissen, daß sie das Nötige veranlassen, sobald der Reichsrat eröffnet wird, ich glaube daher, daß der Antrag in der Form annehmbar ist.

Seitz (Wien): Ich wende mich nur gegen eine Bemerkung des Referenten, die gewissermaßen der Regierung die Absolution erteilt, daß sie an der Teuerung nicht mitschuldig sei. Er meint, gegen den heftigen Druck der Agrarier konnte die Regierung nicht aufkommen, weil andererseits von seiten der Arbeiterschaft zu wenig geschehen ist, so daß die Regierung keinen rechten Rückhalt hatte. So leicht sollten wir der Regierung die Ausrede doch nicht machen. Es ist ja wahr, daß die Regierung den Agrariern gegenüber es nicht leicht hat und daß diese Herren sehr mächtig sind. Die Regierung hat aber die Pflicht, Widerstand zu leisten, die Interessen der Gesamtbevölkerung zu wahren, und es kann der Regierung der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie *gegen ihr besseres Wissen* den Agrariern nachgibt und noch mehr den Ungarn, vor denen sie ja vollständig zusammenknickt. Und wie schwächlich ist ihre Haltung in den Approvisionierungsfragen! Schmählich ist freilich auch die Haltung der Industriellen. Freilich reden sich ihre Vertreter auf die agrarische Majorität aus. Aber haben sie nicht im Jahre 1893 die Taaffesche Wahlreform vereiteln geholfen und dadurch selbst verhindert, daß die Agrarier im Parlament ein starkes Gegengewicht finden? Ein Hauptvorwurf allerdings trifft auch uns selbst, denn es ist wahr, daß die Vorgänge im Zollausschuß in den Massen zu wenig Resonanz gefunden haben. Zollfragen sind ja gewiß ein trockenes Thema, aber wenn die Bevölkerung weiß, daß sie ein starkes Interesse hat, in diese Dinge einzugreifen, werden sich auch die Massen zeigen.

Ich habe noch einiges zu den Ausführungen Davids zu bemerken. Er meint, daß die Konsumvereine nicht sehr geeignet seien, eine Verbilligung der Lebensmittel herbeizuführen. Dies stimmt allerdings damit überein, daß auch die Vertreter der Konsumvereine sagen, man dürfe nicht sofort besondere Billigkeit und Dividenden, sondern vor allem gute Ware verlangen. Aber der Vorschlag Davids, den Kampf mehr auf politischem Gebiete zu führen, kann ja auch keine augenblicklichen Wirkungen erzielen. Mit der Zeit werden die Konsumvereine Faktoren auf dem Markte werden und dann werden sie zweifellos auf den Preis Einfluß üben. Die Verteuerung durch Zölle ist eine selbstverständliche Folge des Verhältnisses mit Ungarn, in welchem wir die Heloten sind. Erinnern Sie sich nur, wie man in Südtirol, wo sich die Be-

völkerung von Mais ernährt, Erleichterungen für die italienische Maiseinfuhr im Grenzverkehr verlangte. Die Ungarn sträubten sich gegen jede Erleichterung selbst nur auf diesem kleinen Gebiete. Erinnern Sie sich, daß Ungarn uns jährlich 15 Millionen Meterzentner Getreide liefert und uns dafür den Weltmarktpreis plus dem Zoll zu zahlen zwingt. Erinnern Sie sich, wie wir bei den Fleischpreisen von Ungarn „betakelt" werden. Wir beziehen jährlich zirka eine Million Stück Rindvieh aus Ungarn. Der Zoll von 60 K das Stück kommt im Preise voll zum Ausdruck und wir müssen daher den Ungarn ein jährliches Geschenk von 60 Millionen Kronen machen. Ganz abgesehen davon, daß sie außerdem noch unserer Industrie den Markt rauben, wodurch sich die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiter noch mehr verschlechtert. Ich glaube nicht, daß es so einfach ist, daß sich, wie David meint, die Gewerkschaften als Puffer zwischen die industriellen und agrarischen Interessenten einschieben, und wir müssen daher auch noch andere Mittel anwenden.

Zum Antrag der Simmeringer Genossen muß ich bemerken, daß ich natürlich nicht gegen die Forderungen bin, die dieser Antrag darstellt; aber ich möchte zu bedenken geben, daß die Zumutung, die der Antrag an die Fraktion stellt, wenig Sinn hat. Es käme nicht einmal zu einer parlamentarischen Demonstration, weil dieser Dringlichkeitsantrag etwa der hundertvierzigste wäre, der im Hause eingebracht wird. Ich habe seinerzeit im Zollausschuß bei Beratung des Zoll- und Handelsbündnisses durch einen Antrag dieselbe Tendenz verfolgt, wurde aber selbstverständlich niedergestimmt. Glauben Sie, daß jetzt die agrarische Majorität unserem Antrag den Vorrang geben würde? Würden etwa die Christlich-Sozialen, die im Zollausschuß alle meine Argumente bekämpften, unseren Antrag fördern? Vom Parlament ist also wenig zu erwarten, der Kampf muß von uns mit allen Mitteln, mit politischer Agitation, mit gewerkschaftlichen Lohnkämpfen, aber besonders auch mit den Konsumvereinen geführt werden. Seitdem die Konsumvereine ernsthaft gefördert und kaufmännisch geleitet werden, ist das Mißtrauen, das den früheren unzulänglichen Gründungen entgegengebracht wurde, verschwunden und wir können mit Recht erwarten, daß sie im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher uns noch ausgezeichnete Dienste leisten.

Skaret (Wien): Es hat aus einzelnen Reden hervorgeklungen, als ob man die Parteivertretung eines Versäumnisses bezichtigen würde. Ich bitte nicht zu vergessen, daß, seit wir im Kampfe gegen die Zölle stehen, die Lebensmittelverteuerung gar nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt worden ist. Es sind zum Beispiel an verschiedenen Orten, zum Teil mit Erfolg, Kämpfe gegen Versuche, das Fleisch zu verteuern, durchgeführt worden, und wir haben nicht aufgehört, diese Interessen im Bewußtsein der Genossen in Wien und in der Provinz in den Vordergrund zu schieben. Als in Wien die Lebensmittelwucherer zusammentraten, wurde von uns sofort die Agitation mit Eifer entfacht. Es war da außerordentlich schwer, mit den alten Forderungen auf Aufhebung der Zölle auszulangen, und wir brauchen da eine ganz neue Richtschnur. Darüber waren aber die Meinungen, als wir die neue Agitation begannen, geteilt. Die einen meinten, daß man die Konsumvereine in den Vordergrund schieben müsse, die anderen, die von den Konsumvereinen nicht so viel halten, waren der Meinung, sich mehr auf die Gewerkschaften zu stützen und diese Forderungen erheben zu lassen, daß die Unternehmer die Not auch zu spüren bekommen und sich dem Kampfe gegen die Agrarier anschließen. Man kann verschiedener Meinung sein, darf aber die andere Meinung nicht so einseitig kritisieren, wie es David getan hat. Wenn man sagt, die Hervorhebung der Konsumvereine habe der Verallgemeinerung des Kampfes geschadet, weil wir gewisse kleinbürgerliche Schichten damit vor den Kopf stoßen, so trifft das nicht zu. Das kann höchstens von den Greislern gelten (**David:** Die meine ich nicht, das sind nicht Konsumenten!), die ja selbst am Lebensmittelwucher beteiligt sind. Die Kleingewerbetreibenden haben aber gar kein Interesse, sich gegen die Konsumvereine zu stellen. Oder glauben Sie, daß die sich eher an der Bewegung beteiligen, wenn ihre Arbeiter sie zwingen, höhere Löhne zu zahlen? Dann werden sie erst recht gegen uns sein und

sagen: So bekämpft ihr die Wucherer und Spekulanten, daß ihr uns die Kosten dieses Kampfes aufbürdet. Ich will ja zugeben, daß Konsumvereinspolitik und Wahlpolitik zwei einander oft ausschließende Dinge sind. Wahlpolitische Erwägungen dürfen uns aber nie hindern, das zu tun, was im Interesse der Arbeiter liegt. Wir haben nicht um Wahlstimmen uns zu bekümmern, sondern nur darum, was der Arbeiterschaft nützt. Weil die Konsumvereine noch nicht das sind, was sie sein sollen, darf man die Arbeiter davon nicht abreden, wie das gelegentlich geschehen ist. (**Sever:** Wo ist das geschehen?) Ich kann hier momentan nicht alle die großen Versammlungsfäle nennen, wo das geschehen ist, aber es genügt ja, wenn man eine gewisse ablehnende Haltung einnimmt und das in den betreffenden Kreisen gewissermaßen zur Mode macht. Darum meine ich, daß gerade in diesem Kampfe die Konsumvereine ein ebenso wertvolles Mittel sind wie die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. (Beifall.)

Brod (Wien): Die Ausführungen Davids haben mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, dies um so mehr, als David dieselben Argumente, die er heute gegen die Konsumvereine geltend gemacht hat, auch in einer Versammlung des politischen Vereines „Gleichheit" im VI. Wiener Bezirk vorgebracht hat. Ich habe damals nicht dagegen gesprochen, weil David so loyal war, voranzuschicken, daß er mit seiner Ansicht in Widerspruch mit anderen Genossen sich befindet. Außerdem war es ja eine Agitationsversammlung und ich wollte den guten Eindruck des sonst vortrefflichen Referats nicht abschwächen. Aber heute muß ich doch seinen Argumenten entgegentreten. Ich möchte vorausschicken, daß ich schon 1897 auf dem Wiener Parteitag eine Resolution eingebracht habe, in welcher die Ausbauung der Konsumvereine verlangt wurde. Einige Genossen glaubten damals, sich darüber lustig machen zu müssen, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß jede Schöpfung des Proletariats, die geeignet ist, dessen Macht zu heben, zu unterstützen ist. Ursprünglich wurden auch die Gewerkschaften bekämpft und doch sind sie zu großer Bedeutung gelangt. So verteidigte Marx in seinem Buche „Das Elend der Philosophie" die Gewerkschaften gegen Proudhon. Was von den Gewerkschaften, gilt auch von den Konsumvereinen. David hat gemeint, daß man auf anderem Wege viele Kleingewerbetreibende und Beamte für eine Bewegung gegen die Lebensmittelteuerung gewinnen könnte. Ich bezweifle nun, daß diese Elemente über eine solche Bewegung hinaus in unseren Reihen zu halten sind. Wir sind auch nicht dazu da, um mit Rücksicht auf diese Kategorie die Dinge zu vernachlässigen, die geeignet sind, den Interessen des Proletariats zu dienen. David meint, nur eine Minderheit der Arbeiter sei für die Konsumvereine. Kann David behaupten, daß für die politische und gewerkschaftliche Organisation die Mehrheit der Arbeiter zu haben ist? Um die Arbeiter für etwas Neues zu gewinnen, muß zuerst lange und ausdauernd agitiert werden. Und dazu sind wir ja da, um die Massen für das zu gewinnen, was wir als nützlich für das Proletariat erkannt haben. In Belgien und auch in Frankreich zieht sowohl die politische als auch die gewerkschaftliche Bewegung einen ungemeinen Nutzen aus den Konsumvereinen. Als im Jahre 1895 der Bergarbeiterstreik in Decasseville die öffentliche Meinung in Atem hielt, waren es die Konsumvereine, die den Streik mit Erfolg unterstützten. Die Masse ist für nichts gleich zu gewinnen, ihre Erkenntnis reift nur langsam. Ich bitte Sie, Genossen, darin keinen Widerspruch zu suchen. Es ist leider so, daß man mit der politischen Organisation und den genossenschaftlichen Organisationen des Proletariats einen Widerspruch zu finden sucht, der nicht vorhanden ist. Die politische Organisation kann aus der Entwicklung des Konsumvereinswesens nur gewinnen.

Witzmann (Wien): Ich möchte mir erlauben, einen Zusatzantrag zum Antrag Kiesewetter zu begründen. Ich beantrage nämlich, daß die Verteilung der betreffenden Broschüre gratis erfolgen soll. Ich bin der Ansicht, daß sich das tun läßt, da die finanziellen Mittel der Partei jetzt schon reichlicher vorhanden sind als früher. Bei einem Saldostand von 14.000 K wird es auf 1000 K mehr nicht ankommen. Wenn nur so viel dazu aufgewendet

wird und die Broschüre in kleinem Format erscheint, läßt sie sich in 20.000 Exemplaren verbreiten und wird gute Dienste erweisen; wenn sie dagegen verkauft würde, selbst um billigen Preis, so ist doch die Gefahr vorhanden, daß die Hälfte liegen bleibt. Wenn Sie das nicht wollen und eine wirksame Agitation zu entfachen beabsichtigen, so müssen Sie meinen Zusatzantrag annehmen. Ich bitte Sie aber, ihn unter keiner Bedingung der Parteivertretung zuzuweisen, das ist so gut wie abgelehnt; lieber lehnen Sie ihn von vornherein ab.

Karpeles (Schlußwort): Von den vorliegenden Anträgen kann ich Ihnen nur den der Parteivertretung empfehlen und ich möchte Sie bitten, die anderen Anträge abzulehnen. Den Antrag Wien XI können wir nach den Ausführungen des Abgeordneten Seitz nicht annehmen und wir können ihn erledigen, indem wir ihn der Fraktion zuweisen. Den Antrag wegen Herausgabe der Broschüre bitte ich abzulehnen, da ich meine, daß das Referat nicht geeignet ist, in der Form, wie es gehalten wurde und gehalten werden mußte, als Broschüre verbreitet zu werden. Ich halte es für wünschenswert, daß die Parteivertretung mit möglichster Raschheit eine Broschüre herausgibt, in der das Ergebnis der Diskussion nach Möglichkeit verwendet wird; daß man aber das Referat, das in Anbetracht der kurzen Zeit mangelhaft sein mußte, in Massen verbreiten will, halte ich für falsch. Wenn wir über die Frage der Lebensmittelteuerung reden, müssen wir auch über die Belastung durch die indirekten Steuern reden, und ich muß Sie aufmerksam machen, daß es mir nicht einmal möglich war, über den unerhörten Skandal zu reden, daß, obwohl im letzten Jahre der Zuckerkonsum dank der Verbilligung des Preises um eine Million Meterzentner gestiegen ist, der Finanzminister keine Anstalten trifft, um die Zuckersteuer zu ermäßigen. Auch davon müßte in einer Broschüre die Rede sein, daß zu der Zeit, als die Brüsseler Konvention im Abgeordnetenhause beraten wurde, die Anträge Ellenbogens auf Ermäßigung der Zuckersteuer abgelehnt wurden, und daß unter den Leuten, die diese Ablehnung mit herbeiführten, auch die Christlich-Sozialen waren, daß auch die in Wien gewählten christlich-sozialen Abgeordneten die unerhörte Gewissenlosigkeit hatten, gegen die Ermäßigung der Zuckersteuer zu stimmen. Sie werden mir keinen Vorwurf daraus machen, daß ich nicht imstande bin, in einer Stunde so viel zu reden, als in vier Stunden geredet werden müßte. Aber es wird gut sein, es der Parteivertretung anheimzugeben, die Broschüre in kurzer Zeit herauszugeben. Ob sie unentgeltlich ausgegeben werden soll, wie Witzmann wünscht, oder gegen Entgeld, möge ebenfalls der Parteivertretung überlassen bleiben.

David muß ich den Vorwurf machen, daß er ganz gegen die Absicht, die ich hatte, direkt eine Konsumvereinsdebatte heraufbeschworen hat. Daß ich ein entschiedener Anhänger der Konsumvereine bin und überzeugt bin, daß sie eine notwendige Ergänzung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation ist, brauche ich nicht zu versichern. Aber viel wichtiger als die Konsumvereinsdebatte wäre mir erschienen, und ich habe mich bemüht, diese Ueberzeugung im Referat zu wecken, daß wir in der Bevölkerung den klaren Eindruck hervorrufen, daß die jetzige Steigerung der Lebensmittelpreise durchaus unberechtigt und auf die Treibereien der Agrarier und die Börsespekulation zurückzuführen ist, und in uns allen den Entschluß zu festigen, mit allen möglichen Mitteln der Agitation gegen die Agrarier loszugehen. Diese politische Arbeit ist viel wichtiger als eine Debatte über die Konsumvereine. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir die Debatte ausschließlich darauf beschränkt hätten, die Genossen im ganzen Reiche schon selbst daraus herausgelesen hätten, in welchem Maße die Forderungen der Konsumvereinsbewegung auf das Ziel hinarbeiten, das wir jetzt erreichen wollen durch die Entfaltung einer mächtigen Agitation gegen die Agrarier, gegen den autonomen Zolltarif und gegen alle Handelsverträge, die den Charakter des Zolltarifes tragen. Da David aber damit angefangen hat, muß ich sagen, daß sein Widerstand gegen die Konsumvereine durchaus unberechtigt ist und daß eine große Reihe von Bedenken, die in früheren Zeiten gegen die Konsumvereine

mit Recht geltend gemacht werden konnten, nicht mehr zutrifft und daß, wenn die Konsumvereinsbewegung noch nicht die Höhe erreicht hat, die sie auch heute schon erreicht haben könnte, leider auch der passive Widerstand und oft auch mehr als der passive Widerstand gerade solcher Genossen, die, wie David, befähigt wären, hier mitzuarbeiten, eine Rolle spielt; David hat gemeint: Daß die Konsumvereine den Weltmarkt beherrschen wollen, komme ihm so vor, wie wenn ein Greisler die Hand auf einen Quargelsturz legt und meint, er beherrsche den Weltmarkt. Man könnte aber, wenn man boshaft wäre, sagen, daß die Argumente, die David angeführt hat, nicht gerade eine proletarische, sondern vielmehr eine Greislerpolitik beinhalten und daß bei einer derartigen Politik viel mehr Rücksicht genommen wird auf die Leute, die nicht zu uns gehören, als auf die Proletarier, für die wir doch in erster Linie Politik zu machen haben und nach deren Bedürfnissen wir unsere Taktik in erster Linie einzurichten haben. Es ist aber auch eine Uebertreibung, angesichts eines Umsatzes von zehn Millionen, der heute schon von den Wiener Arbeiter-Konsumvereinen erzielt wird, eine Bewegung, die von Tag zu Tag zunimmt und zu den besten Hoffnungen berechtigt, mit dem Geschäft eines Greislers zu vergleichen.

Freilich ist es klar, daß gegen den Notstand, in dem wir uns jetzt befinden und der im Winter sich noch ganz erheblich steigern wird, die Konsumvereine momentan selbstverständlich nur wenig wirken können, obwohl ich darauf hinweisen könnte, daß in einzelnen Artikeln die Konsumvereine heute schon imstande sind, gegenüber dem ganzen Markte ihre Mitglieder billiger zu bedienen. Aber wenn David gesagt hat — und er hat recht gehabt — daß, wenn der autonome Zolltarif in Kraft tritt und wenn die Handelsverträge so ausfallen, wie wir befürchten, die Teuerung in Permanenz sein wird, so könnten wir uns doch endlich darannmachen, die Vorbereitungen zu treffen, um besser gerüstet diesen Eventualitäten gegenüberzustehen. Die von David befürchtete Gefahr kann in diesem Maße nur dann eintreten, wenn wir nicht imstande sind, die Konsumenten in dem Maße zu organisieren, daß er gegenüber der Organisation der Produzenten als gleichberechtigter, gleichstarker Kämpfer auf dem Markte auftreten kann. Wir haben bisher diese Politik nicht befolgen können. Wir hatten wichtigere, dringendere Aufgaben zu erfüllen, aber wir sind heute in der Lage, den Konsum dort zu organisieren, wo die politische und gewerkschaftliche Organisation ein bestimmtes Maß erreicht hat. Wir haben jetzt ein geradezu glänzendes Beispiel in Aussig, wo die Sache vollständig glatt geht, ohne daß der anderen Bewegung Kraft entzogen würde. Wie in Aussig, kann es in einer großen Zahl von Industrieorten geschehen und vor allem auch in Wien, und es ist deshalb vollkommen überflüssig gewesen, hier die Bedeutung der Konsumvereine, die ich durchaus nicht überschätze, noch herabzusetzen und den Genossen zu sagen, kümmert euch nicht um die Konsumvereine, die können ja sehr wenig machen. (**David:** Das habe ich nicht gesagt!) Aber es ist wohl niemand im Saale, der aus Ihren Ausführungen herausgespürt hätte, daß Sie von der Bedeutung der Konsumvereine auch nur im geringsten überzeugt sind. Ich war kürzlich in einer Versammlung im XVII. Bezirk, die sich mit der Lebensmittelteuerung beschäftigte; ich habe da sehen wollen, wie in diesem Wahlkreise die Agitation gegen die Lebensmittelteuerung geführt wird. Ich habe aber nicht gefunden, daß da ein Verständnis für die Bedeutung der Konsumvereinsbewegung vorhanden gewesen wäre. Diesen Eindruck möchte ich hier etwas verwischen. Im übrigen meine ich, daß wir uns heute nicht über Konsumvereine unterhalten wollen, und wenn die Debatte sich damit beschäftigt, trägt die Schuld nicht mein Referat, sondern die Stellung, die David gegen die Konsumvereine einzunehmen für gut befunden hat. Aber wichtiger als die Frage der Konsumvereine ist, daß wir hier erklären, daß in den wesentlichen Fragen der Arbeiterexistenz Lauheit nicht am Platze ist. Wir dürfen den jetzigen Anstoß nicht vorübergehen lassen, ohne im ganzen Reiche die stärkste Bewegung gegen das Agrariertum zu entfalten. Das ist die dringendste Aufgabe, die der Partei in den nächsten Monaten zufällt, und wenn wir uns dieser Auf-

gabe mit aller Kraft hingeben, werden wir auch die Bewegung haben, die bei einer früheren Debatte von einzelnen Rednern vermißt worden ist. (Beifall.)

Es folgen nun tatsächliche Berichtigungen.

David (Wien): Ich habe mit keinem Worte Stellung gegen die Konsumvereine genommen. Ich habe mich auch mit der Resolution einverstanden erklärt und bin nur dagegen gewesen, daß die Agitation, wie es am Anfange geschah, ausschließlich unter dem Schlagwort: Hinein in die Konsumvereine! geführt wird. Das habe ich als taktisch unklug bezeichnet und daran halte ich fest.

Schuhmeier (Wien): Karpeles hat erzählt, daß er einer Versammlung im XVII. Bezirk angewohnt und dort wenig Verständnis für Konsumvereine gefunden habe. Ich habe selbst in dieser Versammlung gesprochen und ich muß daher annehmen, daß diese Aeußerung auf mich geht. Ich verwahre mich dagegen, daß man als verständnislos bezeichnet wird, wenn man in einer bestimmten Sache anderer Anschauung ist.

Es folgt die Abstimmung.

Es wird der Antrag **5** angenommen. Der Antrag **6** wurde im Laufe der Debatte zurückgezogen. Der Antrag **13** wird der Parteivertretung, **14** der Reichsratsfraktion zugewiesen. Der Antrag **39** wurde abgelehnt, womit die beiden Zusatzanträge **41** und **42** entfallen.

Zur Verhandlung steht nun der Punkt

Verfassungsrevision.

Hier liegen die Anträge **10** und **45** vor.

Das Referat erstattet

Adler (Wien): Die Parteivertretung hat den Punkt „Verfassungsrevision" auf die Tagesordnung gesetzt in der Ueberzeugung, daß ein Parteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich nicht vorbeigehen kann, ohne daß die Gesamtheit der politischen Verhältnisse, unter denen wir zu leben verurteilt sind, ein Gegenstand seiner Besprechung wäre. Es ist nicht möglich, daß wir einen neuen Zug in dem alten entsetzlichen Bilde entdecken, oder daß wir ein neues Heilmittel, neue Forderungen fänden. Wir leben in Oesterreich nun seit Jahren nicht etwa in einer Krise der Verfassung wie andere Länder, die ein Durchgangspunkt wäre oder zu Reformen führt, sondern wir haben es hier mit dem völligen Zusammenbruch der Verfassung, mit dem Zusammenbruch des Staates selbst zu tun. Daß man sich über diese Tatsache hinwegzulügen sucht, daß die Regierungen und die bürgerlichen Parteien diese Tatsache des völligen und unwiderruflichen Bankerotts des heutigen Staatsgebildes sich nicht einmal zum Bewußtsein kommen lassen wollen, das ist gewiß das größte und entscheidende Verbrechen, das sie an den Völkern Oesterreichs begehen. Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich Ihnen die Leidensgeschichte dieses Staates, wenn man von Staat überhaupt noch reden kann, hier wieder aufrolle, daß ich Ihnen die Krankheitssymptome oder vielmehr die Leichenflecke des Kadavers aufzeige. Diese Tatsache ist unser aller Bewußtsein so unauslöschlich eingebrannt und sie lebt als undeutlicher Instinkt auch in der ganzen Bevölkerung: die Tatsache, daß das alte Oesterreich fertig ist. Wir haben da eine zwiefache Stellung. Wenn unser erstes und wichtigstes Bedürfnis ist, daß an Stelle des Kadavers ein Lebendes trete, so ist selbstverständlich nebenher bei der augenblicklichen Hoffnungslosigkeit, daß sich diese neue Organisation vollziehe, das augenblickliche Interesse vorhanden, diesen Ruinen abzugewinnen, was sich für den Moment abgewinnen läßt, und in diesem Sinne müssen wir uns selbst beschuldigen, daß auch wir mitunter der Selbsttäuschung unterliegen, als ob der alten Verfassung, dem alten Zustand Oesterreichs auch nur augenblicklich etwas für die Völker Vorteilhaftes herauszureißen wäre. Daß diese Selbsttäuschung noch besteht, sehen sie an den Hunderten Anforderungen, die bei jeder Gelegenheit selbst von der Arbeiterschaft, von unseren eigenen berufsmäßigen Politikern

— niemanden, auch mich nicht ausgeschlossen — erhoben werden, an den vielen Begehren, noch Dringlichkeitsanträge einzubringen und dringlich Dinge zu verlangen, die auch ein lebendiger Körper nur schwer leisten würde.

Aber die Lage, in der wir sind, entspringt nicht nur der Selbsttäuschung, sondern vor allem der Tatsache, daß wir einen Staat so notwendig brauchen, und ich wiederhole es mit allem Nachdruck, mit dem vollen Bewußtsein als Sozialdemokrat zu sprechen: wir, die wir den Kapitalismus beseitigen wollen, wir können ihn nicht beseitigen, ohne daß er existiert, wir können diesen Klassenstaat nicht bekämpfen und nicht die ganze Macht des Proletariats gegen ihn entwickeln, ohne daß er ein lebendiges Leben habe. Denn der Kapitalismus braucht zu seiner Entfaltung vor allem den Staat. Da das Proletariat aber das Ergebnis der Entwicklung des Kapitalismus ist, sind wir an die Entwicklung des Kapitalismus gebunden, und so ergibt sich für uns die merkwürdige Situation, daß wir zugleich den Staat aufrufen, einen lebendigen, modernen Staat, mit dem klaren Bewußtsein, daß es ein Staat ist, *der nicht unser Staat ist*. Wir kämpfen hier zum Unterschiede von allen europäischen Staaten um den Boden für unseren *Kampf*. Wir haben den Punkt nicht einmal, von dem man angreifen, den Punkt nicht, den man angreifen kann. Wir stehen allerdings Parteien gegenüber, die sich dieser Tatsache gegenüber die Augen verschließen. Wir stehen einer Regierung gegenüber, die sich bewußt der Selbsttäuschung ergibt, und ich habe sie, und darunter besonders den Minister Koerber, stark im Verdacht, daß er weiß, was er tut, indem er die Zaghaftigkeit, die Unentschlossenheit, die Feigheit so weit treibt, daß seine Regierung eine Kette von kleinen Schwindeleien ist, die ihm von einem Tage zum anderen hinweghelfen sollen und mit denen er die öffentliche Meinung fortäuschen kann, als würde in Oesterreich ein Verfassungsleben existieren. Oder soll man es anders nennen, wenn wir nun seit Jahren unser Parlament in folgender Lage sehen: Die wichtigste Grundfrage der Existenz des Staates muß nach unserem famosen dualistischen Zustande neuerdings erwogen und beschlossen werden, wir leben in einem Interim, das kaum mehr so zu nennen ist, und diejenigen, die den neuen Ausgleich beschließen sollen, erklären, jede Partei für sich, daß man den Ausgleich nicht beschließen kann, ohne die Interessen der österreichischen Völker auf das schwerste zu schädigen. Aber jede erklärt zugleich, und wo sie das auch nicht erklärt, weiß man es doch, daß sie diese bewußte Schädigung der Interessen der österreichischen Völker vorzunehmen bereit wäre für gewisse Konzessionen, nicht an die nationalen Interessen, sondern an die Gruppen- und Cliqueninteressen, an die Herrschaftsbedürfnisse dieser Parteien. Darum und um nicht in die Lage zu kommen, eine Verantwortung zu übernehmen, im stillschweigenden Einvernehmen mit der Regierung treibt man es bewußt darauf hin, daß der Ausgleich in der Weise geschaffen werde, wie unsere Verfassung heute überhaupt lebt: mit dem Verfassungsbruch. Der einzige Paragraph unserer Verfassung, der lebendig ist, ist der § 14, und wenn wir mit Recht behaupten müssen, er sei schuld, daß die Verfassung nicht funktioniert, weil er den Abgeordneten die Verantwortung abnimmt, so kann man ebenso gut und vielleicht mit noch größerer Sicherheit sagen: die Verfassung lebt nur von diesem § 14 und sie wäre längst auch formal, auch offenkundig für jedes Kind unmöglich geworden, wenn die Hintertür des § 14 fehlen würde. Wir sind es nun allerdings gewohnt, daß das Parlament seit Jahren über das Budget nicht entscheidet; wir sind es von jeher gewohnt, denn das ist ein Stück unserer Verfassung, daß über die auswärtigen Fragen ohne das Parlament entschieden wird, wir sind es gewohnt, daß die entscheidenden Militärfragen ohne unser Parlament entschieden werden. Aber an einem Punkt war das Parlament bisher doch eine technische Notwendigkeit, das ist: der Staat kann keine Schulden machen ohne Parlament. Nun ruft man die Völker bei uns, entweder wenn Oesterreich eine Schlacht verloren hat oder wenn es finanziell bankerott ist. Hier haben wir doch einen dritten Fall, daß Oesterreich einige hundert Millionen für militärische Forderungen aufnehmen muß: Forderungen, die einige Herren in Budapest beschlossen

haben, die sich Delegation nennen, die aber keinerlei Verantwortung irgend jemandem gegenüber haben und die sämtlich zufrieden sind mit dem Bewußtsein, daß der Kaiser mit ihnen zufrieden ist. Es gibt dort Parteien, die sich auch den Luxus gestattet haben, „nein" zu sagen. Das wollen wir anerkennen und wir wollen auch anerkennen, daß sie es in der Weise getan haben, daß sie niemanden darüber täuschen konnten, daß sie es nur darum getan haben, weil sie dem Hofe zublinzeln konnten: du brauchst uns ja nicht und uns nützt es, wenn wir nein sagen.

Nun kommt aber das Parlament vor die Entscheidung, diese vierhundert Millionen zu bewilligen, und es wird sich darum handeln, ob die bürgerlichen Parteien den Ernst ihrer Obstruktion — Obstruktion auf der einen und Obstruktionsentschlossenheit auf der anderen Seite, denn ich habe nicht den tschechischen und deutschen nationalen Parteien gesonderte Vorwürfe zu machen; wir sind ja heute in der Lage, daß wir die tschechische Obstruktion so lange haben, bis die deutsche anfängt, und daß die deutsche in dem Moment beginnt, wo die tschechische aufhört, was ja eben die Form des Zusammenbruches unseres Parlamentarismus ist — den Ernst ihrer Kampfstellung zeigen werden. Und wenn auch in den offiziellen Reden des Ministers und in der offiziösen Presse darüber geschwiegen wird, es versteht sich von selbst, daß die Sorge um dieses Anlehen im Vordergrund der Sorge der Regierung steht, ja, daß das ihre einzige Sorge ist, denn alles andere besorgt sie sich in eigener Regie, und es gibt kein Gebiet, auf dem sie nicht einfach den Staat in absolutistischer Weise, bureaukratisch weiter führt ohne Parlament. Hier kann sie es nicht und hier muß es zum Klappen kommen. Nun werde ich mich gar nicht auf die Wahrscheinlichkeit einlassen, ob diese Frage parlamentarisch entschieden werden wird, aber das glaube ich mit Sicherheit sagen zu können: Wenn die tschechische Obstruktion oder die deutsche, wenn diese darankommt, vor die Frage gestellt wird, ist hundert gegen eines zu wetten, daß sie diesen Punkt ausschalten wird, daß sie zurückweichen wird vor dem offenen Konflikt mit der Krone. Diese Meinung stützt sich auf die Erfahrung, daß sie immer vor diesem Punkte zurückgeschreckt sind, auf die Tatsache, daß unsere bürgerliche Opposition jeder nationalen Richtung sich immer in dem Dilemma der demagogischen Furcht nach unten und der byzantinischen Feigheit nach oben befindet. Aber das charakteristische, für uns wesentliche Moment ist nicht die Frage, ob die 400 Millionen bewilligt werden. Wir wollen nicht in den Fehler der bürgerlichen Parteien verfallen, die von einer Verfassungsverletzung zur anderen gehen, die zufrieden sind, wenn sie den morgigen Tag gesichert haben, die zufrieden sind, wenn der Karren des Parlaments wieder einen Schritt weiter geschoben werden kann; wir wissen ja, daß er beim nächsten Schritt wieder stecken bleiben muß. Es ist für uns klar, daß nicht in diesen Einzelheiten, sondern in den Grundübeln unserer Verfassung, in den Unmöglichkeiten, die zu ihrem Wesen gehören, die Ursachen unseres Zustandes liegen. Vor ein paar Wochen ist ein sehr interessantes französisches Werk erschienen: „Le Compromis Austro-Hongrois" (Der österreichisch-ungarische Ausgleich) von Louis Eisenmann. Herr Eisenmann, ein Franzose, hat sich bemüht, die österreichische Verfassung und ihre Geschichte und speziell die Geschichte des Dualismus zu studieren. Er hat sich längere Zeit in Wien und Budapest aufgehalten und hat einen sehr instruktiven Abriß dieser Geschichte gegeben. Es ist nun sehr interessant, zu sehen, wie sich dieses Oesterreich in den Augen eines Fremden spiegelt. Dieser Fremde, der unbefangenen Auges die Sache betrachtet, kommt am Ende seines Buches zu folgender Konklusion: Daß die Verfassung, die 1867 verliehen wurde, heute bankerott ist, das ist kein Wunder. Ein Wunder ist nur, daß diese Verfassung und dieser Dualismus dreißig Jahre lang aufrecht erhalten werden konnten. Denn diese Verfassung ist ein Unikum einer Verfassung. Oesterreich stellt einen Einheitsstaat dar und es ist ein Zweiheitsstaat; im Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn ist die Parität ausgesprochen, aber das Wesen dieses Verhältnisses ist die wirtschaftliche und politische Ungleichheit, die Disparität; dieses Verhältnis

und die Verfassung sind auf die Konstitution gegründet und diese Konstitution hat den Absolutismus zum Inhalt. Daß ein Zustand, der solche drei Lügen enthält, durch dreißig Jahre aufrecht erhalten werden konnte, das ist das Wunder; daß er seit 1897 in Ruinen liegt, darüber braucht niemand zu staunen.

Das sagt der Franzose und so ist es. Und dieser unwiderruflichen und unleugbaren Tatsache gegenüber nützt es nichts, mit künstlichen Mitteln, mit Illusionen sich darüber irgendwie hinwegtäuschen zu wollen. Wir haben schon auf dem Brünner Parteitag ausgesprochen — und wir sind die einzige Partei in Oesterreich, die ein klares Bild davon hat — wie wir uns ein neu organisiertes Oesterreich vorstellen. Wir haben es mit jener Präzision ausgesprochen, die möglich ist, wenn man nicht direkt an die Ausarbeitung einer Verfassung geht: kein notwendiger Grundzug dieses Bildes fehlt in den Forderungen, die wir aufgestellt haben. In der Praxis verwandelt sich diese Forderung der Neubildung Oesterreichs allerdings in eine Reihe von Einzelforderungen und es ist selbstverständlich, daß die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes nicht nur für das Parlament, sondern auch für die anderen Vertretungskörper im Vordergrund jeder politischen Aktion und als erste Forderung immer voransteht. An dieser Tatsache nun verfängt sich ein Gedankengang, der seit einiger Zeit nicht nur in den Köpfen der hohen Bureaukratie, sondern auch in denen einzelner Parteigenossen spukt. Wenn wir das allgemeine, gleiche Wahlrecht vom Parlament verlangen und einen großen Teil auch der nicht proletarischen Bevölkerung dazu gebracht haben, einzusehen, daß das eine Wendung im politischen Zustand Oesterreichs bedeuten würde; wenn sogar „dem Vernehmen nach" — ich gebrauche absichtlich das abendpostartige Wort — verschiedene Wahlreformentwürfe vom Minister bereits „in Erwägung gezogen" worden sein sollen, so hat sich immer daran der Gedanke geknüpft, daß das ein Ausweg ist, um Oesterreich zu retten.

Daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht für unser österreichisches Abgeordnetenhaus Oesterreich „retten" kann, das haben wir unser Lebtag nicht behauptet, wenigstens nicht in einer irgendwie programmatischen Weise an einem verantwortlichen Ort. Ich verhehle nicht, daß ich an einen Gedankengang anknüpfe, der mir durch einen sehr bemerkenswerten Artikel im Reichenberger „Freigeist" nahegelegt wird. Es ist gar kein Zweifel, daß dieses allgemeine Wahlrecht ein Anfang einer Umgestaltung ist, aber daß derjenige es nicht anwenden kann, der es als das Ende ansieht. Einem Minister, der keine andere Sorge hat, als wie er das Parlament notdürftig zum Radeln bringe, und der glaubt, daß sofort das neue Parlament, wenn das Wahlrecht oktroyiert ist, besser funktionieren und ihm nun leisten wird, was er will, können wir allerdings auf dem Wege dieses bedenklichen Irrtums nicht folgen. Wenn der Minister auf dem Standpunkt steht, daß das österreichische Parlament auch künftighin nur dazu da sein soll, Budget, Rekruten, Zollerhöhungen zu liefern, meine ich allerdings, daß ein Volksparlament an Stelle eines Privilegienparlaments nicht viel geeigneter sein wird, diese Dienste für den, sagen wir es gerade heraus, für den Kaiser zu verrichten. Wenn wir Sozialdemokraten das allgemeine, gleiche Wahlrecht an die Spitze unserer Forderungen stellen, tun wir es nicht in der bornierten Auffassung, die sich andere Parteien in solchen Momenten mit hundert Vorsichten angeeignet haben, als das Ende einer Reform, als eine Panacee, die man im letzten Moment, wenn es nicht mehr anders geht, macht, sondern wir stellen es an den Anfang einer Reform, an den Anfang einer vollständigen Umgestaltung dieses Landes, dieses Konglomerats von Völkerschaften, die einzig und allein sich vollziehen kann auf demokratischer Grundlage. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht die Revolution, nicht die Umgestaltung des Staates, aber es enthält eine der Bedingungen der Umwälzung des Staates, eine der Möglichkeiten, sie in Fluß zu bringen, und wenn wir es mit einer Regierung zu tun haben — ganz allgemein gesprochen, denn wie der Minister auch heiße, immer ist er ein österreichischer Bureaukrat

mit mehr oder weniger Ahnen — wenn wir dem Minister raten, das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuführen, so raten wir ihm nicht dazu, etwas einzuführen, was ihm über eine augenblickliche Verlegenheit hinweghelfen kann; und ein Mann, der so borniert wäre, das Wahlrecht nur unter diesem Gesichtspunkt einzuführen, wäre unfähig oder vielleicht richtiger, gerade der wäre würdig, an der Spitze des österreichischen Staates zu stehen.

Wir verlangen es und halten es für unausbleiblich, wenn dieser Staat nicht verfaulen soll, daß die nationale Ordnung hergestellt werden muß, wie es Kulturnationen ziemt, wie es allein Kulturnationen möglich ist: auf Grundlage ihrer *nationalen Selbständigkeit*, auf Grundlage der nationalen Abtrennung, der Loslösung nationaler Gebiete, um ihnen diese Selbständigkeit zu ermöglichen, und auf der *Zusammenfassung* aller dieser nationalautonomen Gebiete zu einem einheitlichen, lebenskräftigen, aber darum notwendig *demokratischen* Staat. Das allgemeine Wahlrecht allein ist eine vereinzelte Tatsache, aber freilich gilt es, erst diese Tatsache zu schaffen, von der dann die anderen Wirkungen ausgehen können. Es steht mit Oesterreich genau so, wie es mit dem Proletariat überhaupt steht. Wie wir in unserem zehnjährigen Wahlkampfe hundertmal erklärt haben, daß das Wahlrecht das Proletariat nicht erlösen kann, aber daß es die Luft ist, die notwendig ist, damit das Proletariat politisch leben kann, genau so ist es für den Staat. Das allgemeine Wahlrecht kann dem Staat nicht die Rettung bringen. Aber es ist die Bedingung der Ausgangspunkt, der Anstoß und die einzige Möglichkeit, daß jene Umwälzung ins Werk gesetzt werde, die allein bewirken kann, daß aus Oesterreich ein lebendiges Gebilde werde. Das ist unser Standpunkt, und es ist notwendig, daß man sich das auch bei uns einpräge; und je überzeugter, je genauer man den ganzen Umfang der Notwendigkeiten für die Völker Oesterreichs erkennt, je genauer man sich vor Augen hält, wie tief diese Umwälzung sein muß, um weiter zu kommen, um so weniger wird man sich zu sanguinischen Hoffnungen von heute auf morgen hinreißen lassen und um so weniger — das sage ich mit einem Rückblick auf die Debatte von vorgestern — das Proletariat und die Aktion der Sozialdemokratie verantwortlich machen für Dinge, die unsere Aktion einfach nicht leisten kann. Wie groß der Zusammenbruch geworden sein muß, um diese Notwendigkeit auch denen nahezubringen, an denen es schließlich liegt, die Hindernisse für diese Umwälzung aus dem Wege zu räumen, das kann ich Ihnen nicht sagen, aber das weiß ich, daß das Proletariat, wenn es sich noch so sehr Mühe gibt, vielleicht eine Reform, eine Einzelheit in einem Moment durchsetzen kann, aber daß es auf Jahre hinaus auf einen Höhepunkt der Erregung und der Machtentfaltung gebracht werden könnte, um im Staate diese grundlegende Reform durchzusetzen, wie sie allein helfen kann, das ist ausgeschlossen, ist jedenfalls heute ausgeschlossen, wo noch immer da und dort ein Luftloch ist, wo noch immer der Zusammenbruch irgendwie überdeckt werden kann, wo man sich noch immer fretten kann. Es kann eine Zeit kommen — ich bin kein Prophet und halte das für das schlechteste Gewerbe — und sie kann so plötzlich kommen, daß wir alle davon überrascht sind, sie kann aber auch sehr lange ausbleiben — ein Moment, wo das Gerümpel ein so labiles Gleichgewicht hat, daß ein Fußtritt es entfernen kann. Wenn dieser Fußtritt notwendig ist, die Sozialdemokratie wird bereit sein, ihn zu vollführen, aber wenn man fortwährend den Fuß erhoben halten will, bis der Moment gekommen ist, da wird der Fuß leicht ermüden, und das ist keine vernünftig taktische und die Kraft des Proletariats schonende und stärkende Methode.

Gewiß ist, daß es mit einer Reform der inneren Zustände allein nicht abgetan sein kann. Ein Oesterreich gibt es *nicht*, und wenn Herr v. Koerber gesagt hat: Oesterreich ist! so ist das nur eine jener offiziellen Lügen, deren er sich berufsmäßig schuldig machen muß. *Oesterreich ist nicht, Oesterreich ist erst zu schaffen*, Oesterreich ist erst loszutrennen von Ungarn, für den Staat ist erst die staatliche Selbständigkeit überhaupt zu erobern und zu kodifizieren, eine Selbständigkeit, die heute jeden Tag geopfert wird auf

dem Altar der Dynastie, eine Selbständigkeit, mit deren Vernichtung die Anhänglichkeit der Ungarn an die habsburgische Dynastie bezahlt wird. Das ist ein Zustand, den sich kein Volk gefallen lassen würde. Ich spreche nicht von Klassen, ich spreche vom Volk. Kein Parlament, keine Bourgeoisie und kein Adel, kein Volk würde sich einen solchen Zustand der schmählichsten Abhängigkeit von einem Nachbarstaat gefallen lassen, in dem es ein gemeinsames politisches Bewußtsein gibt und geben könnte. Daß sich dieses gemeinsame politische Bewußtsein in Oesterreich nicht entwickeln kann, daß diese nationalen, bis zum Wahnsinn aufgepeitschten Differenzen die Ausbildung eines jeden solchen gemeinsamen Bewußtseins hindern, davon lebt allerdings heute noch die Dynastie, davon lebt die österreichische Bureaukratie, davon lebt der sogenannte Gesamtstaat Oesterreich-Ungarn. Aber wenn wir warten würden, und darin besteht das große Mißverständnis des „Freigeist", bis die nicht mehr davon leben wollen, so würde das allzulange dauern. Die Sache steht aber so, daß sie davon nicht weiter leben k ö n n e n. Wenn dieser gewiß hundertmal geschilderte Zustand des Ausspielens der Nationen untereinander, das „Teile und herrsche", wenn sich dieses Balancieren auf den wichtigsten Interessen und Lebensnotwendigkeiten der Völker noch weiter fortspielen ließe, gewiß: die Dynastie wäre bereit dazu und Minister findet sie dazu immer gegen Bezahlung und Orden. Aber es geht eben nicht mehr. Die Nationen in Oesterreich sind heute denn doch zu sehr erwachsen, zu groß geworden, zu sehr kulturell entwickelt und zu sehr bewußt geworden, und das ist ja das ganze Unglück Oesterreichs, daß seine Völker gewachsen sind, daß sie erwachsen sind, daß sie sich dieses Spiel nicht mehr gefallen lassen. Auf keine Weise ist dieser Zustand auch für die Dynastie fürderhin mehr möglich, dafür bürgt die Geschichte seit 1897, denn das ist ja ihr Inhalt. Oesterreich hat ja keine Alternative, als zu verfaulen oder die Verfassung, die tot ist und nur in Ruinen daliegt, wegzuschaffen und ein neues Gebilde zu schaffen. Aber dann ist es mit dem Knechtsverhältnis gegenüber Ungarn aus.

Ich möchte, gerade weil ein ungarischer Genosse hier ist, erklären: Wir wissen ganz gut, daß von diesem Knechtsverhältnis, daß von dieser Ausbeutung, die Ungarn an Oesterreich verübt, das ungarische Proletariat nichts hat. Wir nehmen Ungarn diese Ausbeutung von seinem Standpunkt aus auch gewiß nicht übel. Wir verachten unsere Politiker, daß sie die wirtschaftlichen Interessen Oesterreichs an die Dynastie verkauft haben, daß die Magyaren von diesem Glücksfall Gebrauch machen und schröpfen, soviel sie schröpfen können: das ist ihr gutes Recht, da sind sie in ihrer Rolle. Gerechtigkeit von einem anderen Staate zu erwarten, fällt uns nicht ein, und wenn man die Rechnung aufmachen wollte, und wenn die Völker Oesterreichs etwa das Schuldkonto der Dynastie gegenüber Ungarn oder gegenüber irgend einem anderen Volke bezahlen müßten, wissen wir ganz gut, daß wir viel zu zahlen hätten, wissen ganz gut, daß dieses Schuldkonto, das nach Jahrhunderten gerechnet werden muß, eine Entschuldigung für jeden Angriff darstellt, den die Ungarn unternehmen. Unser ganzer Kampf ist auch nicht gegen das Proletariat Ungarns gerichtet, wir wissen, daß dieses Proletariat an den Früchten der Ausbeutung Oesterreichs keinen Anteil hat, wir wissen andererseits ebenso, daß sie selbst in der schmählichsten, gewalttätigsten, brutalsten Weise von denselben Leuten entrechtet werden, die mit den österreichischen Politikern und Diplomaten in dieser famosen Weise umspringen.

Das allgemeine Wahlrecht bedeutet also den Anfang einer Regeneration Oesterreichs, es bedeutet damit zugleich den Anfang einer Lösung des Verhältnisses zu Ungarn, und wenn wir diese ganze Fülle von Notwendigkeiten übersehen, wenn dieses Oesterreich am Scheidewege steht zwischen der Türkei und der Schweiz, wenn Oesterreich vor sich hat entweder die langsame Verwesung oder die Umbildung in einen Staat, der gewiß durch seine Größe eine andere Form haben muß als die Schweiz, der aber den Geist haben muß, den die Schweizer Republik hat, wenn wir diesen Scheideweg vor uns sehen, fragen wir uns allerdings vielleicht: Wo sind die Männer, die das machen sollen? Auf diese Frage wissen wir keine Antwort. Aber daß die Re-

gierung, die heute an der Spitze steht und die sich besonders dadurch auszeichnet, daß sie sich mit großer Beflissenheit als gebildet, als modern, als aufgeklärt und intelligent hinstellen läßt, kaum die Dinge machen wird, die notwendig sind, scheint mir leider klar. Herr v. Koerber scheint nicht der Mann, den Teufel festzuhalten. Herr v. Koerber begnügt sich mit einer viel geringeren Rolle, er bescheidet sich damit, der letzte Bureaukrat zu sein, der der Herrschaft der Bureaukratie in Oesterreich einen anständigen Abgang gibt. Einen anständigen Abgang, das können wir nicht leugnen, weil tatsächlich einige Veränderungen in der Verwaltungspraxis eingetreten sind, die wir als notwendig längst gefordert haben, die er allerdings als längst fällige Reformen anerkennt: ich leugne nicht — und wir sollen es nicht leugnen, sondern sollen diese Tatsache konstatieren, damit man sie auch abwägen könne — daß wir heute vor allem ein weit größeres Maß von Preßfreiheit besitzen, als wir es in Oesterreich vielleicht jemals gehabt haben; daß unsere Verwaltungsbehörden angewiesen sind, unser Vereins- und Versammlungsrecht mehr zu respektieren als früher. Gewiß machen sie nicht genug, aber wir sind in Oesterreich und man soll nicht sagen, daß wir von den Tatsachen nur die Hälfte in Betracht ziehen. Wir können diese Tatsachen ruhig konstatieren und zugeben, daß darin eine Besserung liegt; aber zugleich müssen wir feststellen, daß man gerade hier sehen kann, wie jede einzelne Reform, jede Besserung im Staate nichts nützt und unfruchtbar sein muß, wenn der natürliche Boden für den Staat nicht da ist, wenn die Lebensbedingungen für das Volk nicht gegeben sind, daß jede Reform dem nicht gedankt wird, der sie bringt, weil sie von dem nicht gebraucht werden kann, der sie bekommt, wenn die geschichtlichen Notwendigkeiten nicht erfüllt werden; und Herr v. Koerber mag sich noch so rühmen mit den kleinen Verbesserungen, die er eingeführt hat, er ist nichtsdestoweniger genau so wie seine Vorgänger ein Mann der Rückständigkeit, ein Mann der österreichischen Halbheit, ein Mann der verbrecherischen Schwäche, genau wie die anderen.

Wenn ich Ihnen so unsere Forderungen, die Lage des Staates und seine Notwendigkeiten vorgeführt habe, habe ich mit keinem Gedanken jenen Kreis überschritten, den die Partei sich schon vor Jahren gezogen hat. Ich konstatiere das ausdrücklich auch deshalb, weil Zweifel geltend gemacht worden sind, ob die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich die Befugnis habe, über das ganze Reich und die Gesamtpartei betreffende Angelegenheiten zu sprechen und zu entscheiden. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Befugnis haben, so weit wir im Rahmen unseres Programmes bleiben. Das ist das Wesen unserer Parteikonstitution, die bereits die nationale Autonomie und bereits jene demokratische Grundlage hat, daß jede Organisation auf dem Boden des gemeinsamen Programms selbständig vorgeht. Ich kann aber, ohne Widerspruch erwarten zu müssen, hier feststellen, daß das, was wir hier ausgesprochen haben, die Empfindung nicht nur der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, sondern die Empfindung und Ueberzeugung auch der slavischen, auch der italienischen Sozialdemokraten in Oesterreich ist. Wir alle sind der Ansicht, daß Demokratie und nationale Autonomie die Notwendigkeit ist und daß ohne die Erfüllung dieser Notwendigkeit alle kleinen Reformen nur Selbsttäuschung bleiben müssen.

Neues sagen wir in der Resolution nicht und können wir nicht sagen, aber wir werden diese Wahrheiten so lange sagen müssen, bis sie die endlich hören und begreifen, die es angeht, und bis sie die Entschlossenheit finden, aus ihnen zu lernen. Nicht nur für die anderen, auch für uns ist die österreichische Frage eine Lebensfrage. Ich wiederhole am Schlusse, was ich am Anfang gesagt habe: Wir brauchen einen Staat, wir brauchen diesen Rahmen der Entwicklung, wir brauchen diesen Boden für das Aufsteigen des Proletariats. Wir brauchen ihn, aber wenn wirklich die, die den österreichischen Staat lenken und regieren und die ihn zuschanden gelenkt und beherrscht haben, die die Völker Oesterreichs an den Rand dieses scheußlichen Abgrundes gebracht haben, in ihrer Verblendung verharren, wenn dieses Oesterreich wirklich als Misthaufen Europa behelligen will, bis sich jemand findet, der

ihn wegschafft: auch dann werden wir unsere Pflicht tun und mit aller Hingebung das schwierige Werk leisten, unter den traurigsten, bittersten, entsetzlichsten Verhältnissen, die je einem Proletariat auferlegt waren, das Proletariat lebendig zu erhalten, so lange, bis die Zeit kommt, daß es seine wirklichen Lebensbedingungen findet. (Stürmischer Beifall.)

Die Bezirksorganisation Mährisch-Ostrau hat einen Antrag auf Propaganda für das Proportionalwahlsystem gestellt. Ich weiß, daß das Proportionalwahlrecht in unserem Programm steht und ich halte es gerade in Oesterreich für ein in vielen Beziehungen opportunes System. Aber ich glaube nicht, daß es aktuell ist, dieses Amandement zu unserem Wahlrecht, diese zweite Forderung in den Vordergrund unserer Aktion zu stellen. Aber es wird gewiß nützlich sein, wenn man über das Proportionalwahlrecht, worüber die Genossen wirklich nicht aufgeklärt genug sind, ausführlicher spricht und es öfter erörtert. In diesem Sinne glaube ich, möge man den Antrag nicht direkt annehmen, sondern der Parteivertretung zur geeigneten Veranlassung überweisen.

Pernerstorfer (Wien): Nichts ist für mich drolliger, als wenn ich im politischen Leben die Jeremiaden über den politischen Zustand Oesterreichs höre und wenn die Leute verzweifelt sind und sagen: alles Unglück kommt vom Parlament, kommt vom Jahre 1897 her. Wenn man nur endlich wieder einen Weg fände, dieses Parlament halbwegs in Bewegung zu setzen, dann möchte vielleicht wieder alles in Ordnung sein. Nichts ist komischer, nichts beweist mehr, wie wenig sich die Leute in Oesterreichs mit der Geschichte dieses Landes befassen. Das ist aber nicht nur unter den wenig berufenen Schichten, sondern auch unter den sogenannten Politikern so. Wir haben ja in den letzten Jahren wiederholt eine Reihe von Rezepten vernommen, die Oesterreich und das Parlament wieder auf die Beine helfen sollen; so zum Beispiel hat ein verflossener Staatsmann, der in bürgerlichen Kreisen große Achtung genoß, gemeint: Man muß das widerhaarige Parlament so oft auflösen, bis es Vernunft annimmt. Andere wieder meinen: Wenn wir nur eine andere Geschäftsordnung hätten! Und so gibt es noch eine ganze Menge anderer Mittelchen. Aber wir können die politischen Zustände nicht anders begreifen, als wenn wir den historischen Verlauf begreifen. Was wir in Oesterreich sehen, ist nicht ein zufälliges Produkt etwa einer momentanen Verwirrung im Staate, sondern das Produkt einer mehrhundertjährigen Entwicklung. Daß Oesterreich ein Staatsgebilde ist, das bis auf den heutigen Tag wesentlich mit Rücksicht auf die Interessen der Dynastie regiert wurde, das ist jedem Geschichtskundigen klar. Wir sind unbefangen genug, bei der Betrachtung der Geschichte auch der Monarchie zu ihrer Zeit ihre bestimmte Stellung, ihre Aufgabe zuzubilligen. Aber es hat meines Wissens keinen großen Staat gegeben, in dem die dynastischen Interessen so ausschlaggebend waren wie in Oesterreich, und diese dynastischen Interessen sind heute noch so ausschlaggebend, wie sie es bei der Gründung dieses Staates waren. In der Tat hat kein Land so den Anschein, als ob das ganze Land nur da wäre für eine Familie.

In anderen Monarchien, das sehen wir aus der Geschichte des sogenannten aufgeklärten Absolutismus im 18. Jahrhundert, hat die Monarchie eine gewisse Fühlung mit den Interessen des Staates zu finden gesucht und hat diese Fühlung auch in gewissen Fällen gefunden, bei uns in Oesterreich niemals, wenn wir vielleicht nur einige wenige Jahre des 18. Jahrhunderts ausnehmen, die uns aber auch wieder beweisen, daß selbst die Versuche, die damals gemacht wurden, gescheitert sind daran, daß das Material für einen aufgeklärten Absolutismus nicht einmal vorhanden war. Einmal wäre die Gelegenheit dagewesen, den Staat in die Wege zu leiten, nur einmal hat ein großer Teil dieses Staates sich gegen die unleidlichen Zustände aufgelehnt. Das war im Jahre 1848. Aber es war eine relativ kleine, ideologische Schichte, die sich an der Revolution beteiligte. Wenn damals wirklich aufgeklärte Männer an der Spitze des Staates gestanden wären, hätten sie die friedliche Entwicklung Oesterreichs zu einem modernen Staat begünstigen können; und wäre nicht das Hausinteresse ausschlaggebend gewesen oder

wäre es wenigstens einigermaßen mit dem Interesse des Landes und der Völker verbunden gewesen, dann hätte damals eine moderne organische Entwicklung angebahnt werden können. Das ist aber nicht geschehen, und die daran schuld waren, sind dieselben Mächte, die die ganzen letzten dreihundert Jahre jede Entwicklung Oesterreichs gehindert haben.

In einem halben Menschenalter werden wir das Jubiläum der Schlacht am Weißen Berge haben, dann werden die dreihundert Jahre voll sein, daß dieses Oesterreich vom römischen Katholizismus innerlich ausgehöhlt worden ist. Wir leben ja in einer Zeit, wo, wie es scheint, eine Renaissance dieses römischen Katholizismus wieder vor unseren Augen auftaucht, und wir haben jetzt wieder mit dieser Macht zu kämpfen, die eine mehr als tausendjährige politische Institution von ungeheuerster Kraft darstellt. Da durch die Jahrhunderte jede Entwicklung bürgerlicher Freiheit und bürgerlichen Geistes durch diese Macht mit Gewalt verhindert wurde, stehen wir heute, nachdem wir mehr als dreißig Jahre eine Verfassung haben, vor der Tatsache, daß das gesamte Bürgertum aller Nationen selbst mit dieser unvollkommenen Verfassung nichts auszurichten gewußt hat und auch nichts ausrichten wird. Das österreichische Bürgertum aller Nationen hat aus sich heraus niemals einen Widerstand gegen die bedrückenden Tendenzen der Staatsgewalt geleistet und wir sehen in unserem Lande auch nicht den Ansatz einer revolutionären, ja nicht einmal einer liberalen bürgerlichen Tradition. Alle Nationen ohne Unterschied sind bereit, was sie etwa an liberalen Prinzipien haben, für vermeintliche nationale Vorteile zu opfern. Die einzige Partei in unserem Lande, die gegenüber diesen retrograden Traditionen, die Jahrhunderte alt sind, eine wirksame oppositionelle Haltung zu nehmen imstande ist, ist die sozialdemokratische Partei. Wir sind die einzigen, die gegenüber der großen und mächtigen Organisation der römischen Kirche auch eine Organisation begründet haben, eine Organisation, die natürlich gegenüber jener Organisation noch schwach ist, die aber allein den Kampf gegen sie aufgenommen hat. Die römische Organisation kämpft heute mit allen Mitteln um ihre Existenz, und wenn wir die Renaissance, diesen neuen Katholizismus, bei uns in Oesterreich und speziell in Niederösterreich in der Blüte sehen, so wissen wir, daß das unser erbittertster Feind ist, weil er ein Feind des gesamten Fortschrittes ist, und wenn wir daran denken, wie in dem Hause, das heute die Regierung in Oesterreich hat, die Zukunftshoffnungen ausschauen, werden Sie begreiflich finden, daß für uns eine verdoppelte Pflicht besteht, in allererster Linie diesen Kampf im Auge zu behalten. Wir müssen eben besorgen, was die Bürgerlichen zu machen unterlassen haben.

Es ist gewiß nicht möglich, Oesterreich mit einem Schlage zu retten, aber wir sind die einzigen, welche ernste Vorschläge gemacht haben, wie Oesterreich anders einzurichten wäre. Es mag vielleicht sein, daß diese Vorschläge falsch oder unzulänglich sind, aber wir können doch den bürgerlichen Parteien sagen: Heraus mit euren Gedanken, wenn ihr welche habt! Aber sie haben keine. Geben wir uns darum keinen Selbsttäuschungen hin. Es steht nicht in unserer Macht, über Nacht Wandel zu schaffen. Aber in unserer Macht steht es, den Kampf fortzusetzen, den zu führen uns alle guten Traditionen heißen. Wir werden den Kampf führen, und wenn wir auch allein bleiben, in dem Bewußtsein, damit nicht allein unsere Parteizwecke zu erfüllen, sondern der ganzen Entwicklung in Oesterreich einen mächtigen Stoß nach vorwärts gegeben zu haben. (Beifall.)

Straßer (Reichenberg): Adler hat in seiner Rede gegen Winarsky vor Illusionen gewarnt. Es gibt aber nun Illusionen mehrfacher Art: man kann Seitensprünge nach links, aber auch nach rechts machen und Doktor Adler hat sich nur mit denen nach links befaßt. Die Wahrheit, die er da produzierte, ist aber nur eine unvollständige Unwahrheit. Die volle Wahrheit ist, daß Winarsky eine Reaktion gegen Austerlitz ist. Wenn Austerlitz nicht wäre, wäre auch Winarsky nicht, er ist nur seine Folgeerscheinung. Während nämlich Winarsky beständig zu neuen Taten aufruft, sagt Austerlitz immer, es ist keine Bewegung möglich, wenn keine Stimmung

vorhanden ist. Daher schlägt er einen anderen Weg ein und redet dem Koerber zum allgemeinen Wahlrecht zu wie einem kranken Roß. Ich bin nun nicht dagegen, daß man der Regierung zuredet, sie solle einmal etwas Vernünftiges machen. Aber man wird sie nur dann überzeugen können, wenn sie am Vernünftigen wirklich interessiert ist. Austerlitz bemüht sich ja im Schweiße seines Angesichtes, dem Koerber das zu beweisen. Ich bin aber anderer Meinung über den Nutzen des allgemeinen Wahlrechtes vom Standpunkte der Regierung. Austerlitz glaubt, das allgemeine Wahlrecht werde eine Klammer des Reiches sein. Ich meine, daß es ein Keil sein wird. Setzen Sie den Fall, Odysseus Koerber ließe sich von den Sirenenklängen des Genossen Austerlitz wirklich betören, wie würde das neue Parlament ausschauen? Die Großgrundbesitzer würden arg reduziert, wir würden allerdings Mandate gewinnen, der Rest aber würde sich unter die kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Parteien verteilen, die liberale Bourgeoisie würde jedoch aus dem Parlament verschwinden. Es würde nichts sein als das heutige Privilegienparlament, von dem bloß die fünfte Kurie übrig geblieben ist, die Wolf, Klofač und Fresl würden massenhaft ihren Einzug halten und von einer Arbeitsfähigkeit wäre keine Spur. Im Interesse Koerbers ist also das allgemeine Wahlrecht nicht. Nun ist es aber wahrscheinlich, daß, wenn man die Regierung beständig zu überzeugen sucht, daß sie ein Interesse an der Aenderung des Wahlrechtes hat, dies schließlich jemand glaubt. Nämlich nicht der Koerber, sondern unsere Genossen, deren Kampflust dann durch den Verlaß auf die schließliche Einsicht der Regierung herabgemindert wird. Es kann also durch diese ständige Behauptung, daß das Wahlrecht ohnedies eine Staatsnotwendigkeit sei, mit der Zeit eine sehr beträchtliche Verringerung des Kampfeifers unserer Genossen herbeigeführt werden und ich würde daher wünschen, daß ein anderer Weg eingeschlagen wird.

Bartel (Falkenau): Ich fürchte, daß das, was Straßer gesagt hat, bei uns in Böhmen mißverstanden werden wird, und halte daher seine Auffassung für verfehlt. Wir haben ohnedies eine gefährliche Mißstimmung zu überwinden, die den Parlamentarismus mit dem Parlament verwechselt und gegen das Wahlrecht überhaupt abzustumpfen droht. Diese Mißstimmung kommt jenen Strömungen zugute, die vom politischen Kampfe überhaupt nichts erwarten und die Arbeiterschaft ganz auf den wirtschaftlichen Kampf verweisen möchten. Da darf doch nicht noch abgewiegelt und den Massen die Ueberzeugung genommen werden, daß das allgemeine Wahlrecht kommen muß, weil es notwendig ist. Die Massen, die sich da einmal von der Politik abwenden, können wir nicht mehr so leicht wieder gewinnen. Für uns ist es sehr nützlich, wenn wir den Arbeitern beweisen können, daß die Zeit eintreten wird, wo die Regierung gezwungen ist, das allgemeine Wahlrecht zu machen. Das ist wenigstens etwas, was wir den Leuten geben, wenigstens eine zuversichtliche Hoffnung. Sollen wir vielleicht die antipolitische Agitation, die uns in den Bergarbeiterbezirken und manchen anderen Orten so schädigt, fördern? Wir sagen im Gegenteil den Massen immer, daß die Ereignisse seit dem Jahre 1897 nur die Folgeerscheinung der Tatsache sind, daß man die große Mehrheit der Bevölkerung so lange ausgeschlossen hat von der Mitarbeit an der Gesetzgebung. Darum muß die Agitation für das allgemeine Wahlrecht im Vordergrunde unserer Betätigung bleiben. Sonst müßte sich das Mißtrauen gegen den Parlamentarismus noch steigern und die Arbeiter kämen auf den Standpunkt, daß doch alles keinen Zweck hat und daß nur der wirtschaftliche Kampf allein einen Wert hat.

Dr. Ellenbogen (Wien): Wenn wir die Verfassungsrevision neuerdings auf die Tagesordnung gesetzt haben und die Resolution Adler im wesentlichen die Anschauungen wiederholt, die wir in Brünn festgelegt haben, so hat das seinen großen politischen Wert. Man macht es uns insbesondere in gegnerischen Kreisen zum Vorwurf, daß wir zu sehr Politik vom Standpunkt der Ewigkeit, utopistische Politik auch in der Frage der Nationalitäten und Oesterreichs treiben und zu wenig aktuelle Politik, daß wir zu wenig Beziehungen zur Wirklichkeit des Tages haben; ja, man sucht damit die an-

gebliche Stagnation, die vorgestern so viel hier herumgespukt hat, zu erklären. Nun, ich glaube demgegenüber, daß unsere grundsätzliche Stellungnahme gerade unsere Stärke ist. Wir sehen es ja an den kläglichen Resultaten der bürgerlichen Politik, als gerade derjenigen, die sich mit tausend lächerlichen Kleinigkeiten abgibt und die slavischen Parallelklassen als die Nationalitätenfrage behandelt, daß auf diesem Wege eine Lösung nicht zu finden ist. Und der ungeheure Abgrund, der uns von diesen bürgerlichen Politikern trennt, wird darum auch bemerkbar, so oft wir im Parlament unsere prinzipielle Stellung fixieren und der absoluten Verständnislosigkeit dieser bürgerlichen Abgeordneten begegnen, die keine Ahnung von der Unzahl alberner Widersprüche haben, in denen sie sich bewegen. So wenig Aussicht vorhanden ist, daß unser Ruf sofort gehört wird, so sind wir es doch, die die Wahrheit sagen, und die Stupidität unserer Gegner ist kein Grund, sie nicht immer wieder zu sagen. Aber die Sache hat auch tatsächlich ihre aktuelle Seite. Man sagt Herrn v. Koerber nach, seine Mission sei, den Ausgleich fertigzustellen, dieses angeblich einzige Hindernis der parlamentarischen Tätigkeit, auf das sich als Staatsnotwendigkeit alle obstruierenden Parteien stürzen, um damit die Maschine zum Stillstand zu bringen, und dann könne er gehen. Nun, Herr v. Koerber hat ja das Volk so sehr an den § 14 gewöhnt, daß sich wahrscheinlich kein allzu großer Widerstand erheben wird, wenn er sogar den Ausgleich, vielleicht auch die Handelsverträge mit dem § 14 machen wird. Wenn man aber glaubt, daß dann der Weg frei sein wird, so müssen wir schon jetzt sagen, daß das nicht der Fall sein wird, sondern die Quälereien in anderer Form von neuem beginnen werden, und daß das so lange fortgehen wird, bis nicht die Verfassungsrevision Oesterreichs ernstlich in Angriff genommen wird. Was nun das Wahlrecht anlangt, so bedeuten all die Einwendungen, die hier als möglich vorgebracht wurden, gar nichts. Ob der Bara oder Stein wieder kommen, vielleicht sogar in größerer Anzahl, ist gleichgültig. Man könnte noch anderes einwenden: daß es sogar Ungerechtigkeiten in nationaler Beziehung enthalte, zum Beispiel gegen die Deutschen, oder daß das kommende Parlament klerikaler sein wird als der jetzige. Aber wir haben erstens nie gesagt, daß das allgemeine Wahlrecht allein das Mittel der Lösung ist, sondern die nationale Autonomie dazu gehört, dann aber ist das allgemeine Wahlrecht schlechthin die erste Voraussetzung, der unumgängliche erste Schritt, ohne den überhaupt nichts angefangen werden kann, der die einheitliche Basis für den Staat schaffen soll, auf der dann die sekundären Erscheinungen ihrer Lösung zugeführt werden können.

Dr. Adler (Schlußwort): Wir müssen zunächst Pernerstorfer dankbar sein, daß er uns einige der Formen vorgeführt hat, die die Kleinlichkeit und Enge unserer österreichischen Politik kennzeichnen. Man braucht nicht gerade Abgeordneter zu sein, es genügt, wenn man Journalist ist, um, so oft man ins Parlament kommt, einen dokumentarischen Beweis für die absolute Nichtigkeit jener Leute zu erhalten, die in Oesterreich Politik machen. Wenn Sie in den Parlamentscouloirs herumgehen, werden Sie immer dieselben Redensarten hören: Wird's auch gehen? Der Stürgkh redet wieder mit dem Vetter und der Vetter mit dem Koerber. Es hat eine Konferenz mit dem Kramarsch stattgefunden, ob es morgen gehen wird. Werden die Dringlichkeitsanträge zurückgestellt oder nicht? (Heiterkeit.) Und sämtliche Politiker Oesterreichs haben entweder eine heitere Stirn der Hoffnung oder die düstere Stirn der um die Zukunft des Parlaments besorgten Männer, je nachdem, ob irgend ein Fresl einen Dringlichkeitsantrag zurückstellt, und das Schicksal Oesterreichs hängt immer an der Frage, ob wir heute bloß den Einlauf verlesen hören oder ob wir auch das Glück haben werden, irgend einen Antrag erledigt zu sehen. Es ist wirklich das Grundübel, die Grundsünde dieser österreichischen Politiker, eingeschlossen die Männer der Regierung, daß man diese rein formellen kleinlichen Fragen, durch deren Lösung gar nichts entschieden wird, so in den Vordergrund stellt und das Verbrechen unserer ganzen bürgerlichen öffentlichen Meinung, die viel zu feige und viel zu gedankenlos ist, um jemals auch nur an den Kern der Frage heranzutreten, sondern immer nur

die tiefsinnige Erwägung hat, ob es morgen gehen oder nicht gehen wird. Das ist ein so klägliches, ein so hoffnungsloses Bild, daß Sie sich gar nicht wundern dürfen, wenn diejenigen, die fortwährend diesen Eindrücken ausgesetzt sind, wirklich nicht in der Stimmung sind, immer wieder mit großem Feuer anzutreten. Es ist ja in jedem Parlament eine schlechte Luft, aber die schlechteste, vergiftendste Luft ist in diesem Parlament.

Nun haben wir eine Rede von Straßer gehört, der sich gegen mich verteidigt hat, die unkluge Rede eines klugen Mannes, unklug aus dem Grunde, weil er die falschen und ungerechten Auslegungen, die Bartel unmittelbar an diese Rede knüpfte, damit provoziert hat. Was Straßer sagte, ist nicht richtig, aber es ist nicht so, wie es in der mißverständlichen Auslegung Bartels aussieht. Was Straßer sagen will, ist: Ihr bemüht euch umsonst, der Regierung zuzureden, daß es auch im Interesse der Herrschenden in Oesterreich liege, das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu schaffen. Ihr bemüht euch umsonst, nicht nur weil die Herrschenden das nötige Verständnis und den nötigen guten Willen nicht haben, sondern weil es auch wirklich nicht in ihrem Interesse liegt. Es kann also die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes nicht von dem guten Willen und der Einsicht der Herrschenden abhängen und es ist darum ganz müßig, sie aufzuklären. Ich halte das für falsch. Ich meine, daß es nur dann richtig wäre, wenn den Herrschenden irgend ein Ausweg bliebe, wenn es möglich wäre, auf irgend eine andere Weise Oesterreich weiter zu fristen. Straßer meint dann, unsere Arbeiter würden abgehalten, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten, wenn sie das von oben erwarten, man sage ihnen nicht mehr: Ihr seid es, die das Wahlrecht erkämpft, sondern es soll von oben kommen, und Bartel, der auch das wieder mißversteht . . . . (**Straßer:** Für den Bartel bin ich nicht verantwortlich!) Das sage ich ja zu Ihrer Verteidigung gegen Bartel. Bartel meint, die Leute sind ohnehin vom österreichischen Parlamentarismus in die anarchistischen Gedankengänge hineingetrieben worden, und wenn man ihnen noch ausmalt, daß das allgemeine Wahlrecht nicht eine Panacee ist, werden sie noch weniger das Parlament wollen. Davon hat Straßer nichts gesagt. Er hat im Gegenteil gesagt: Wir brauchen das Parlament, wir müssen darum kämpfen, nur die anderen brauchen es nicht. Damit hat er recht Bartel gegenüber, aber durchaus nicht uns gegenüber.

Wenn ich gesagt habe, daß Straßer ein unkluges Argument gebraucht habe, wollte ich damit durchaus nicht sagen, daß ich solche Aeußerungen für bedenklich oder gar in ihrer Wirkung gefährlich halte. Diese Schwarzseherei mag den Koerber bedenklich machen, nicht uns, und insofern mag, wenn Koerber schon die Feder angelegt hat, um das Wahlrecht zu oktroyieren, Straßer beigetragen haben, daß er es sich noch einmal überlegt. (Heiterkeit.) Für unsere Agitation ist darüber gar nichts gesagt, für uns ist das allgemeine Wahlrecht auch dann notwendig, wenn es Oesterreich nicht helfen wird. Aber es ist auch durchaus falsch, was Straßer sagt. Gewiß wird ein Parlament, das auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes einberufen wird, kein ruhiges und kein bequemes Parlament sein, gewiß wird es eine Reihe technischer Schwierigkeiten bieten, die das heutige Parlament nicht in dem Maße geboten hat, vor allem sprachliche Schwierigkeiten. Das ist kein Zweifel. Wenn aber Straßer meint, daß da die nationalen Dinge erst recht im Vordergrund stehen werden, sage ich: Das mag vielleicht sein, aber dann in einer Form, wo sie auch zur Lösung gebracht werden können. Dann wird zum erstenmal das Parlament eine kompetente Vertretung der einzelnen Nationen sein. Straßer hat das dunkle Bewußtsein davon, wenn er sagt, daß die kleinen Parteien möglicherweise verschwinden werden. Damit allein schon wäre ein Schritt zur möglichen Verständigung zwischen den Nationen gemacht. Freilich, daß ein solches Parlament ein der Regierung zuliebe mit beschränkter Lieferzeit arbeitendes Parlament sein würde, das glaube ich allerdings nicht. Das wollen wir aber auch nicht. Und das war ja der Sinn meiner Ausführungen, daß eine Regierung, die nur das will, überhaupt unfähig wäre, das allgemeine Wahlrecht zu geben, weil sie die Situation nicht begreift. Ich muß mich aber mit diesem Argument doch noch etwas befassen.

Straßer hat es die Politik Austerlitz genannt. Es ist die Politik der „Arbeiter-Zeitung" — ich bin mitverantwortlich dafür und will mich der Verantwortung nicht entziehen. Das Blatt hat allerdings nicht nur das Bedürfnis und die Pflicht, zu den Arbeitern, sondern auch zur Regierung und zu den herrschenden Klassen zu sprechen, und wir haben diese Pflicht in sehr vielen Fällen mit nicht unerheblichem Erfolge erfüllt und wir müssen sie auch in diesem Punkte erfüllen. Eine Wahrheit, die einmal in einem Jahre oder in zwei Jahren auf einem Parteitage gesagt wird, die nur grundsätzlich festgelegt wird, eine solche Wahrheit setzt sich nicht in Ueberzeugungen und Wirkungen um. Eine politische Wahrheit — und dazu ist die Presse da — muß immer und immer wieder gesagt, durch Beispiele immer wieder illustriert werden, um endlich in die Gehirne einzudringen. Wir können nicht mehr tun, als den Ministern das sagen. Ob diese nicht leichter empfänglich und vernünftiger werden durch das, was wir ihnen sagen, als durch das, was Straßer ihnen zu sagen beliebt, muß ich Ihrem Urteil überlassen. Aber wenn die Minister nicht zum Verstand kommen, wenn das, was wir ihnen sagen, keine Wirkung übt, so haben wir doch unsere Pflicht getan, wir müssen sie tun und indem wir das den Ministern sagen, erfüllen wir zugleich dem Proletariat gegenüber die Pflicht, daß wir ihm sagen: „Sehet ihr, die Leute tun nicht das, was sie tun müßten, obwohl es nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse des Staates, im Interesse des Weiterlebens dieses Gemeinwesens überhaupt ist." Wir häufen dadurch eine Verantwortung auf sie, die um so schwerer ist, je stärker unser Argument ist, wir machen ihr Verbrechen, das ein Verbrechen an der Arbeiterklasse ist, zu einem Verbrechen am Staate, zu einem Verbrechen an ihren eidlich übernommenen Verpflichtungen. Darum halte ich diese Politik ebenso für notwendig als vernünftig.

Gewiß, wenn man so argumentiert, wie wir es auch von anderer Seite hören, daß man die V. Kurie gewissermaßen als eine Kostprobe für das Ergebnis des allgemeinen Wahlrechtes ansieht, argumentiert man eben von der Wurzel aus falsch. Denen, die so denken, möchte ich sagen: Es ist nicht nur notwendig, daß der Koerber die „Arbeiter-Zeitung" aufmerksam liest, sondern auch die Genossen sollten es tun, sie würden zu dem Ergebnis kommen, daß die Sünde der V. Kurie, die Sünde dieser Verfälschung des Wahlrechtes nicht allein die ist, daß sie der Arbeiterklasse ein unvollständiges Recht gibt: nicht allein die, daß sie eine Entrechtung der Arbeiterklasse in der Quantität bedeutet, sondern daß die große Sünde darin liegt, daß die notwendigen günstigen Folgen, die aus dem Wahlrecht fließen, in der V. Kurie gar nicht zum Durchbruch gelangen können, daß im Gegenteil der Klassenkampf sich durch Kombinationen der Privilegienkurien und der V. Kurie unter Masken vollzieht, daß die V. Kurie ermöglicht, daß die bürgerlichen Parteien Leute in der Maske von Arbeitervertretern ins Parlament schicken und daß das Ergebnis der V. Kurie darum durchaus kein Bild davon ist, was uns das allgemeine Wahlrecht bieten kann. Das allgemeine Wahlrecht wird uns nicht den nationalen Frieden an sich bringen, aber die Möglichkeit, ihn zu erreichen, und es wird auch den Furor und muß die Wut abschwächen, mit denen die nationalen Angelegenheiten erledigt werden, weil das allgemeine Wahlrecht die Form ist, in der die Klasseninteressen zum parlamentarischen Ausdruck kommen können, während die V. Kurie die Form ist, in der die Klasseninteressen zum parlamentarischen Ausdruck verfälscht werden. Das ist das Entscheidende.

Es ist wahr, wir sind in einer chronischen Krise und es ist irrig, anzunehmen, daß irgendwelche Sprachenverordnungen oder das Unglück mit den Parallelklassen in Troppau oder morgen irgend ein Bezirksgericht oder übermorgen irgendwelche Straßentafeln daran schuld sind. In jedem Moment seit 1867, wo über Oesterreich entschieden werden mußte, wo es sich um die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn handelt, wo die Frage wieder an Oesterreich gestellt wird, hat es sich gezeigt, daß die Verfassung eine Möglichkeit der Lösung

nicht bieten konnte, und in jedem solchen Moment haben wir eine innere Krise gehabt, so beim ersten Ausgleich Ende der Siebzigerjahre, beim zweiten und nun beim dritten Ausgleich. Nun ist die Krise absolut nicht mehr zu überwinden. *Oesterreich ist am Ende seines Lateins.* Wir schämen uns gar nicht, zu sagen: Aus unserem Interesse, nicht aus Anhänglichkeit an irgendwelche patriotische Vorstellungen, aber im Interesse der Arbeiterschaft, die wir vertreten, brauchen wir ein Oesterreich, brauchen wir eine Neuordnung des Staates, und wer anders denkt, der kann nur von der Voraussetzung ausgehen, daß durch äußere Einflüsse dieser Staat aufhören wird, zu existieren. Keiner, der in Oesterreich lebt, hat an Oesterreich viel zu verlieren, keiner als ein paar Leute, die gute fette Posten haben und meinen, daß ein anderer Staat nicht so dumm sein wird, ihnen ebenso gute Stellung zu geben, weil sie zu dumm sind. Ich wüßte also, wer ein Interesse daran hat, daß die Katastrophe nicht eintrete. Aber wir können uns doch *nicht auf ein Erdbeben einrichten*, nicht auf eine Katastrophe einrichten, die außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit liegt und von der wir heute sagen müssen, daß, soweit das Auge reicht und soweit sich mit irgendwelcher Sicherheit politische Dinge voraussehen lassen, sie nicht in Sicht ist. Wir haben das auch bei der Grundlegung unseres Nationalitätenprogramms gesagt: Wir hängen nicht an Oesterreich, wir hängen aber an den Völkern, die hier wohnen, wir halten den *Patriotismus* in der heutigen Form für einen *Verrat am Vaterlande* jedes einzelnen Volkes; wir meinen, daß der Patriotismus im Gegensatz zum Interesse jedes einzelnen in Oesterreich lebenden Volkes ist. Wir haben aber zugleich viel zu viel Empfindung für Verantwortung und wissen, was wir unserer Klasse und unserem Volke schuldig sind, als daß wir uns mit irgendwelchen katastrophalen Nebelbildern abfinden lassen würden. Wir wissen, Oesterreich ist keinem der Völker, die hier leben, recht; aber wir sind alle auf absehbare Zeit — und jeder Politiker kann nur für absehbare Zeit Politik machen — gebunden an diesen Boden, gebunden an diesen staatlichen Raum. Darum wollen wir allen diesen Völkern ein Vaterland erkämpfen und darum verfolgen wir die schwarz-gelben Patrioten, die diese Notwendigkeit nicht sehen und in ihrer Borniertheit, in ihrem Egoismus, in ihrer Dummheit, wenn nicht schlechtere Motive sie treiben, diese Notwendigkeit verschleiern wollen. Darum erklären wir die österreichischen Patrioten für die eigentlichen Verräter an den Völkern Oesterreichs. Wir haben den österreichischen Völkern ein Vaterland zu erkämpfen und dieses Vaterland liegt noch voran, ist und kann nur sein das Ergebnis einer gründlichen Umwälzung Oesterreichs, einer Wegräumung der Ruinen und eines Neubaues, in dem neues Leben möglich ist.

Von der Rolle, die wir dabei zu spielen haben, brauchen wir nicht mehr zu sprechen und wir können nicht voraussehen, weder im großen noch im kleinen, wo ein Eingreifen möglich, wo es notwendig sein wird. Wir können nicht voraussehen, welche Gelegenheiten sich ergeben werden, und ich erinnere an den Zwischenfall, der sich gestern in Brünn ereignet hat, wie da mit einem kühnen Vorstoß immerhin eine große, wirksame, weithin vernehmbare Demonstration gemacht wurde; ich erinnere daran, daß sich solche Gelegenheiten sehr oft ergeben können und daß wir sie auszunützen haben. Das versteht sich von selbst und dazu braucht man keine Beschlüsse, das ergibt sich aus der ganzen Haltung unserer Partei, das ist das Wesen unserer Partei. Das Proletariat ist nicht allmächtig in Oesterreich, aber was seine Macht leisten kann, was seine Hingebung, seine Intelligenz und seine Energie leisten kann, das wird das österreichische Proletariat leisten. (Stürmischer Beifall.)

Es folgt die *Abstimmung*.

Der Antrag **45** wird einstimmig angenommen; Antrag **10** der Parteivertretung zugewiesen.

Den Vorsitz übernimmt **Tomschik** (Wien).

Es wird der achte Punkt,

Allgemeine Parteiangelegenheiten,

beraten.

Skaret (Wien) referiert kurz über die zu diesem Punkte eingelaufenen Anträge **11, 12, 46, 47, 48** und **49.**

Ueber den Antrag der Bezirksorganisation Kratzau

„Der Parteitag möge dahin wirken, daß ein Kommunalprogramm ausgearbeitet werde, das für unser Eintreten in die Gemeindewahlen maßgebend sein muß."

entspinnt sich eine Debatte.

Skaret erklärt, daß auf diesem Gebiete momentan nicht mehr getan werden kann, was nicht schon geschehen ist. Schon der Grazer Parteitag hat sich mit dieser Frage beschäftigt und wurden dort Grundzüge für ein Kommunalprogramm ausgearbeitet, die den Genossen in den größeren Gemeinden ganz gut als Richtschnur gelten können. Für alle, auch für die kleinsten Gemeinden ein passendes Kommunalprogramm auszuarbeiten, ist ein Ding der Unmöglichkeit, was leider immer noch nicht eingesehen wird.

Hausmann (Neundorf): Persönlich stehe ich zu unserem Antrage nicht gerade in einem Sympathieverhältnis, da wir ja ohnedies für die Kommunalpolitik schon Grundzüge haben, die maßgebend sein sollen. Wir haben aber sehr sonderbare Verhältnisse und Erfahrungen. Es kommt oft vor, daß sich Genossen in die Gemeindeausschüsse kandidieren lassen und dann, wenn sie im Amte sind, nicht wissen, in welcher Weise sie proletarische Politik zu machen haben. Es geschehen auf diese Weise viele Dummheiten, die uns oft Ungelegenheiten machen.

Ausführlich dieses Thema zu besprechen, würde zu weit führen. Da wir am Schlusse des Parteitages sind, bin auch ich für den Antrag des Referenten.

Bartel (Falkenau): Viel wichtiger als ein solcher Antrag wäre es, sich einmal gründlich über die Art und Weise der Beteiligung an Gemeindewahlen in unseren kleinen Orten auszusprechen. Ein Kommunalprogramm kann noch so schön ausschauen, was nützt es, wenn man es den örtlichen Verhältnissen nicht anzupassen versteht? Wenn die Ausschüsse nicht prinzipiell sattelfest sind, wird es immer wieder vorkommen, daß sie egoistische Kirchturmpolitik treiben und Dinge machen, die alles weniger sind als sozialdemokratisch. Es ist bei uns vorgekommen, daß als Sozialdemokraten gewählte Ausschüsse ganz im Sinne der Unternehmer handelten und zum Beispiel gegen eine vierte Volksschulklasse stimmten. Wo es nicht Fälle gäbe, wo es notwendig ist, sich an den Gemeindekämpfen zu beteiligen, wäre es mir lieber, wenn die Art der Betätigung, die den Kreiskonferenzen dann immer alle möglichen Ungelegenheiten bereitet, ganz eingestellt würde.

Skaret (Wien): Ein Antrag der Reichenberger Genossen wünscht, daß der nächste Parteitag in Reichenberg stattfinde. Ein anderer Antrag des Genossen Rießner schlägt Brünn vor.

Wir können den Reichenbergern nicht zusichern, daß ihrem Wunsche willfahrt wird, denn möglicherweise wird bei Erwägung der Frage, wo der nächste Parteitag stattfindet, schon die Rücksicht auf die bevorstehenden Reichsratswahlen mit eine Rolle spielen. Dasselbe gilt auch betreffs des Antrages der Brünner Genossen, weshalb ich Sie ersuche, beide Anträge der Parteivertretung zuzuweisen.

Schiller (Reichenberg): Ich möchte doch wünschen, daß man Reichenberg auch einmal berücksichtigt. Wir sind bisher immer von so weit hergekommen und die meisten Parteitage haben in den Alpenländern stattgefunden. Ich appelliere also an Sie, wenn es nur irgendwie möglich ist, unseren Wunsch zu berücksichtigen. Die Abhaltung des Parteitages in unserer Stadt würde gewiß sehr viel zur Förderung der Bewegung in unserem so wichtigen Wahlkreise beitragen.

Es folgt nun die Abstimmung. Der Antrag **46** wird angenommen; die Anträge **12, 47, 48** und **49** der Parteivertretung, Antrag **11** der Reichsratsfraktion zugewiesen.

Damit ist die Tagesordnung des Parteitages erledigt.

Adler (Wien): Genossen! Wir sind am Ende der Verhandlungen angelangt und ich meine, daß es notwendig ist und unserer Empfindung entspricht, daß wir den Salzburger Genossen und den Organisationen dieses Ortes den wärmsten Dank nicht nur dafür aussprechen, daß sie uns den Aufenthalt in so erfreulicher Weise angenehm gestaltet haben, sondern auch dafür, daß sie es uns ermöglicht haben, hier an der Westgrenze des Reiches die wachsenden Fortschritte der sozialdemokratischen Organisation zu beobachten. Die Salzburger stehen auf einem exponierten Posten und wir müssen uns freuen, daß es ihnen gelungen ist, auf diesem Posten so prächtig zu wirken. Wer die Versammlung am Montag miterlebt hat, der wird überzeugt sein, daß auch hier in Salzburg der proletarische Gedanke eine gesicherte und eine herrliche Zukunft versprechende Stätte gefunden hat. Ich beantrage, den Salzburgern unseren Dank auszusprechen. (Stürmischer Beifall.)

Der Antrag wird mit Akklamation angenommen.

Pernerstorfer (Wien): Nicht um einen Antrag zu stellen, sondern um einen Appell an Sie zu richten, der bei Ihnen, die Sie lebendige Glieder des deutschen Volkes sind, begeisterten Widerhall finden wird, ergreife ich das Wort, um Sie zu erinnern, daß nächstes Jahr hundert Jahre verflossen sind, seit Schiller gestorben ist. Ich glaube, es ist in Ihrem Sinne, wenn wir uns heute schon vornehmen, das Andenken dieses Dichters, der dem Volke gehört und den wir alle ins Herz geschlossen haben, nach unserer Weise würdig zu feiern. (Beifall.)

Seyer (Wien) drückt im Namen des Parteitages dem Präsidium für seine sorgsame und aufopfernde Geschäftsführung den Dank aus. (Beifall.)

Tomschik (Wien): Genossen, ich danke auch Ihnen im Namen des Präsidiums für die Unterstützung, die Sie uns angedeihen ließen. Der Parteitag ist zu Ende. Es wurden in Salzburg keine großen Aktionen beschlossen, aber wichtige Organisationsarbeit geleistet, die reiche Früchte tragen wird. „Mehr Organisation!“ in diesen Ruf sind alle Debatten ausgeklungen und dieser Ruf wird Widerhall finden in den Massen. Der Salzburger Parteitag wird uns gewiß wieder einen Schritt weiter nach vorwärts bringen, und wenn bürgerliche Blätter in ihrer Dummheit von einer „Bankerotterklärung“ gesprochen haben, so werden wir ihnen bald eine arge Enttäuschung bereiten. Noch einmal besten Dank unseren lieben Salzburgern und zum Schlusse ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie!

Begeistert stimmten die Delegierten in den Hochruf ein und dann brauste das „Lied der Arbeit“ durch den Saal. Der Parteitag war zu Ende.

Begrüßungsschreiben und -Telegramme.

Von der sozialistischen Partei Italiens:

Werte Genossen!

Wir sagen euch den besten Dank für eure Einladung zum Kongreß in Salzburg. Es ist uns unmöglich, einen Delegierten nach Salzburg zu senden. Doch senden wir euch die Versicherung unserer herzlichsten internationalen Brüderlichkeit im Namen der ganzen sozialistischen Partei Italiens.

Vor allem euch, österreichischen Genossen, gilt der besondere brüderliche Gruß der italienischen Sozialdemokraten, die ihr mit uns das gemeinsame Interesse habt, gegen jene gewissenlosen Bestrebungen aufzutreten, die zwischen den beiden Reichen Haß und Zwietracht säen wollen, nur zu Nutz und Frommen des parasitischen Militarismus.

Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Für die Parteileitung:

Enrico Ferri. Giovanni Lerda.

Die französische sozialistische Partei hat folgendes Schreiben gesendet:

Genossen!

Aus Anlaß des deutschen Parteitages der österreichischen Sozialdemokratie sendet die französische sozialistische Partei allen Delegierten ihren brüderlichen revolutionären Gruß. Sie verfolgt seine Arbeiten und Debatten mit lebhafter Teilnahme und versichert euch, daß wir eines Herzens und Sinnes sind in dem Werke der Befreiung des internationalen Proletariats.

Für die französische sozialistische Partei:

Der Sekretär.

Das kämpfende russische Proletariat sendet den österreichischen Genossen brüderliche Grüße und Glückwünsche zu ihren Beratungen.

Für den Generalrat der sozialdemokratischen Partei Rußlands:

Axelrod.

Aus Graz kam folgendes Telegramm, das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde:

Auf dem ersten Gange zur steirischen Landstube senden wir brüderliche Grüße und Wünsche auf gedeihliche Beratung zum Heile des Proletariats.

Resel, Schacherl.

Weitere Begrüßungen sind eingelangt:

Von unserem alten Friedrich Leßner aus London. Der südslavischen Sozialdemokratie in Triest. Für das Exekutivcomité der polnischen Sozialdemokratie — Daszynski und Bobrowski. Die organisierte arbeitende Jugend Oesterreichs. Bezirksorganisation Heida-Steinschönau. Genossen des Bezirkes Dux-Bilin. Deutsche und tschechische Genossen des Brüxer Bezirkes. Die organisierten Sensenarbeiter Oesterreichs. Lokalorganisation und Bezirksvertretung Karbitz. Mitzner, Bischofteinitz. Wondrak, München.

Sprechregister.

Adler 101, 109, 117, 142, 161, 171, 176.
Austerlitz 136.
Bartel 95, 108, 123, 130, 170, 175.
Beer 90.
Behr 153.
Brand 133.
Brod 158.
Brutar 129.
Czech 112, 141.
David 83, 154, 161.
Dietl 90.
Dötsch 96.
Eldersch 98, 117.
Ellenbogen 89, 114, 170.
Emmerling 133.
Fleming 130.
Freundlich 105, 116.
Großmann 85.
Hackenberg 142, 153.
Hausmann 175.
Hillebrand 96.
Karpeles 142, 159.
Kütt 133.
Langer 131.
Martinek 156.
Muchitsch 93, 106, 116.
Nießner 97, 116.
Pernerstorfer 107, 168, 176.
Petersilka 92.
Pölzer 101.
Popp 128.
Preußler 83, 130.
Schäfer 94, 123.
Schiller 125, 175.
Schlesinger 101.
Schlinger 128.
Schloßnikel 96, 125, 131.
Schrammel 92, 114.
Schrattinger 126, 140.
Schuhmeier 104, 161.
Seitz 108, 156.
Seliger 90, 109, 115, 127.
Sever 176.
Skaret 83, 84, 86, 97, 117, 125, 131, 157, 175.
Sonnek 106.
Stein 95.
Straßer 169.
Tomschik 83, 84, 86, 176.
Volkert 129.
Vollmar 84.
Widholz 133, 139, 140, 141.
Winarsky 91, 103, 111.
Witzmann 124, 158.

Präsenzliste.

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Abeles Siegfried	Turn	Lokalorganisation Turn
Abram Simon	Innsbruck	Bezirksorganisation Innsbruck und I. Tiroler Wahlkreis
Adler Viktor, Dr.	Wien	Parteivertretung
Auer Jakob	Salzburg-Maxglan	Redaktion „Der Bauarbeiter“
Ausobsky Alois	Graz	Bezirksorganisation Graz
Austerlitz Fritz	Wien	Industriegruppe der Handelsangest.
Bartel Heinrich	Falkenau a. E.	IV. böhmischer Wahlkreis (Eger)
Barth Josef	Gablonz a. N.	Redaktion „Ge irgsbote“
Behr Anton	Krumau	XVI. böhmischer Wahlkreis
Beer Heinrich	Wien	Parteikontrolle
Beutel Franz	Aussig	Bezirksorganisation Aussig
Boschek Anna	Wien	Parteivertretung
Bräner Fr. Josef	Warnsdorf	Agitationsbezirk Warnsdorf
Bretschneider Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII
Brod Jakob	Wien	Redaktion des „Arbeiterschutz“
Brutar Franz	Lend	Bezirksorg. Pinzgau und Pongau
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	Parteikontrolle
Damask Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Dametz Josef	Linz	Lokalorganisation Linz
David Anton	Wien	Redaktion „Volkstribüne“
Dietl Anton	Saaz	Bezirksorganisation Saaz
Domes Franz	Wien	Industriegruppe der Metallarbeiter
Dötsch Albin	Wernersreuth	Bezirksorganisati n Asch
Duda Adolf	Pottendorf	Bezirksorg. Pottendorf-Hainburg
Eich Wilhelm	Villach	Bezirksorg. Villach und Spittal a. D.
Elderfch Matthias	Brünn	Reichsratsabgeordneter
Ellenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteivertretung u. Reichsratsabg.
Emmerling Georg	Wien	Redaktion „Arbeiter-Zeitung“
Ettinger Leopold	Waidhofen a. Y.	Bezirksorg. Waidhofen u. Amstetten
Fleming Franz	Mährisch-Schönberg	Bezirksorg. Mährisch-Schönberg
Frankl Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Freundlich Leo	Mährisch-Schönberg	Lokalorg. Mährisch-Schönberg
Gerdinits Ferdinand	St. Pölten	Bezirksorg. St. Pölten u. VI. niederösterreichischer Wahlkreis
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis
Grübl Karl	Neu-Hirschstetten	Bezirksorganisation Stadlau
Grünwald Julius	Wien	Redaktion „Einigkeit“
Hartl Georg	Ried	Bezirksorganisation Ried
Hackenberg Theodor	Gmünd	Bezirksorganisation Krems und VII. niederösterreichischer Wahlkreis
Häckel Anton	Tannwald	Industriegruppe der Glasarbeiter und Bezirk Tannwald
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsratsabgeordneter
Hanschka Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XIX
Hausmann Eduard	Neundorf-Kratzau	Bezirksorganisation Kratzau
Hillebrand Oswald	Turn bei Teplitz	V. böhm. Wahlk. u. Bezirksorg. Teplitz
Hiebel Franz	Reichenberg	Lokalorganisation Reichenberg
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission Oesterreichs
Hübel Ernst	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Kern Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis
Kiesewetter Wilhelm	Gablonz a. N.	Bezirksorganisation Gablonz
Koller Georg	Staab	III. böhmischer Wahlkreis
Korinek Alois	Mödling	Lokalorg. Mödling u. Perchtoldsdorf
Kütt Philipp	Wien	Preßkontrollkommission
Langer Robert	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Lippa Cilli	Wien	Frauenreichscomité

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Martinek Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Marcher Matthias	Lienz	II. Tiroler Wahlkreis
Muchitsch Vinzenz	Graz	Landesorganisation Steiermark
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mährischer Wahlkreis
Ortner Matthias	Wörgl	Bezirksorganisation Wörgl
Pernerstorfer Engelbert	Wien	Parteivertretung und Reichsratsabg.
Petersilka Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Pirinzer Franz	Neunkirchen	Bezirksorganisation Neunkirchen
Pohl Lotte	Wien	Frauenreichscomité
Polke Emil	Wien	Bezirksorganisation Wien XIII und III. Wiener Wahlkreis
Popp Adelheid	Wien	Redaktion „Arbeiterinnen-Zeitung"
Pölzer Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Preußler Robert	Salzburg	Redaktion „Salzburger Wacht"
Rattey Hans	Salzburg	Bezirksorganisation Salzburg
Richter Karl	Wien	Industriegruppe der Holzarbeiter
Richter Paul	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Rieger Eduard	Wien	Reichsratsabgeordneter
Riehl Walter	Wiener-Neustadt	Lokalorganisation Wiener-Neustadt
Riese Arnold	Klagenfurt	Redaktion „Volkswille", Klagenfurt
Reitzner Adolf	Bodenbach	Bezirksorganisation Tetschen
Schäfer Anton	Reichenberg	Parteikontrolle
Schiller Karl	Reichenberg	VIII. böhmischer Wahlkreis
Schlesinger Therese	Wien	II. Wiener Wahlkreis
Schlinger Anton	Floridsdorf	Bezirksorganisation Floridsdorf und VIII. niederösterr. Wahlkreis
Schloßnikel Hieronymus	Sternberg	VI. mährischer Wahlkreis
Schrammel Anton	Aussig	VI. böhmischer Wahlkreis
Schrattinger Franz	Dornbirn	Landesorganisation Vorarlberg
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung und Reichsratsabg.
Seitz Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	Parteikontrolle
Sever Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung
Sonnek Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Spielmann Julius	Linz	Parteikontrolle
Stark Karl	St. Veit a. T.	Bezirksorganisation St. Veit a. T.
Stockreiter Georg	Ebensee	Bezirksorganisation Goisern
Straßer Josef	Reichenberg	Redaktion „Freigeist"
Tomschik Josef	Wien	Parteivertr. u. Gruppe d. Eisenbahner
Tuller Ludwig	Leoben	Bezirksorganisation Leoben
Vogel Leopold	Wels	Bezirksorganisation Wels
Volkert Karl	Wien	V. Wiener Wahlkreis
Watzlik Josef	Hallein	Bezirksorganisation Hallein
Weixelberger Anton	Fürstenfeld	Bezirksorganisation Fürstenfeld
Widholz Laurenz	Wien	Parteikontr. u. Bezirksorg. Wien VI
Widlar Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Winarsky Leopold	Wien	Bezirksorg. Wien III u. II. Wahlkr.
Witzmann Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Wolf Franz	Wien	Bezirksorganisation II
Wolfik Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien V
Zuschratter Johann	Jägerndorf	I. schlesischer Wahlkreis

Als Gäste:

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:
Georg v. Vollmar (München), Mitglied des deutschen Reichstages.
Für die tschechoslavische sozialdemokratische Parteiexekutive:
Anton Nemec (Prag).
Für die ungarische Sozialdemokratie:
Max Großmann (Budapest).

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitage vorgelegten Anträge.

Angenommene Anträge:

1 („Lebensmittelverteuerung" auf die Tagesordnung zu setzen). **5** (Resolution zur „Lebensmittelverteuerung", Seite 75). **9** (Einschaltung gewerkschaftlicher Artikel in der „Arbeiter-Zeitung", Seite 76). **13** (Erteilung des Absolutoriums). **14, 15** (Angelegenheiten Stark, Pechota, Jenischek). **16** (Sympathiekundgebung der italienischen Genossen). **17** (Vertrauensvotum der Fraktion). **18, 19** (Organisationsbestimmung über Kandidaturen). **20** (Beschwerden gegen die Parteivertretung). **23, 24** (Regelung des Ausschlusses aus der Partei). **25** (Regelung der Delegiertenwahl zum Parteitag). **29** (Absolutorium der „Arbeiter-Zeitung"). **30** (Delegierung der Preßkontrollkommission zu den Parteivertretungssitzungen). **32** (Inseratenaufnahme in Parteiblättern). **33** (Agitation für die Presse). **35** (Festsetzung der Gehalte der Angestellten der „Arbeiter-Zeitung" durch die Wiener Lokalorganisation, Preßkommission und Parteivertretung). **36** (Dienstpragmatik für die „Arbeiter-Zeitung"-Angestellten). **37, 38, 39** (Kommissionsbericht über die persönlichen Angelegenheiten). **45** (Resolution für Verfassungsrevision, Seite 81). **46** (Protest gegen das ungarische Willkürregime Tisza).

Der Parteivertretung wurden zugewiesen:

4 (Vertrauensmann für Vorarlberg). **7** (Ausgestaltung der Unterhaltungsbeilage der „Arbeiter-Zeitung"). **10** (Proportionalwahlrecht). **12** (Kommunalprogramm). **27** (Ergänzung des Organisationsstatuts). **31** (Verteilung von Agitationsbroschüren). **43** (Agitation gegen den Ausgleich). **47** (Personaleinkommensteuer). **48, 49** (Ort des nächsten Parteitages).

Der Fraktion zugewiesen:

11, 44.

Durch Annahme anderer Anträge erledigt:

3, 8, 22, 34.

Durch Ablehnung anderer Anträge erledigt:

40, 41, 42.

Dem Gesamtparteitag zugewiesen:

2 (Diskussion über den Generalstreik).

Während der Debatte zurückgezogen:

6, 21.

Abgelehnte Anträge:

26, 39.

Sachregister.

Seite

Abstimmung über die Angelegenheit Jenischek 141
über die Angelegenheit Pechota 141
über die Angelegenheit Dr. Stark 140
über die Anträge zur Wahlorganisation 152
über die Erteilung des Absolutoriums an die Parteivertretung 98
über die Resolution zur Lebensmittelverteuerung 161
über die Resolution zur Verfassungsrevision 174
über das Vertrauensvotum für die Fraktion 117
Angelegenheit Jenischek 89, 141
Abstimmung darüber 141
Pechota 88, 140
Abstimmung darüber 140
Dr. Stark 88, 91, 96, 133
Abstimmung 140
Anträge zum Parteitag 74
während des Parteitages gestellte 76
zur Tagesordnung 74
zu „Parteikassenbericht“ 76
zur „Parteiwahlorganisation“ 74, 77
zu „Parteipresse“ 75, 81
zu „Lebensmittelverteuerung“ 75, 78
zu „Verfassungsrevision“ 76, 81
zu „Allgemeine Parteiangelegenheiten“ 76, 82
angenommene 181
abgelehnte 181
an die Fraktion oder Parteivertretung gewiesene 181
Aufstellung von Kandidaten 120, 123, 125, 127
Ausschließung aus der Partei 122
Begrüßung des Parteitages 83
Begrüßungsschreiben 177
Beitragsleistung an die Partei 119
Bericht der Fraktion 65
Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes 67
Sessionsabschnitt September 1903 68
Herbstsession 17. November bis 12. Dezember 1903 69
Frühjahrssession März bis Mai 1904 70
Referat zum Bericht der Fraktion 98
Debatte hierüber 101
Schlußwort 117
des Frauenreichscomités 45
der Kontrolle 90
der Kreis- und Landesorganisationen 46
Böhmen, I., III., IV. Wahlkreis 46
V. Wahlkreis 47
VI., VIII. Wahlkreis 48
IX. Wahlkreis 49
XVI. Wahlkreis 50
XVIII. Wahlkreis 51
Bukowina 51
Wien 51
Kärnten 51
Mähren, I. Wahlkreis 52
II., III., V., VI. Wahlkreis 53
VII. Wahlkreis 54
Niederösterreich, Landesparteivertretung 54
I. bis III. Wahlkreis 56
IV. bis VI. Wahlkreis 57
VIII. und IX. Wahlkreis 58

Seite

Bericht, Oberösterreich, Landesparteivertretung 58
Salzburg 59
Schlesien, I. Wahlkreis 60
II. Wahlkreis 61
Steiermark 62
Tirol, I. und II. Wahlkreis 63
Vorarlberg 64
der Mandatprüfungskommission 109
des Parteikassiers 19
Referat hierzu 69
der Parteivertretung 11
Referat hierzu 86
Debatte 90
Schlußwort 101
Bureau des Parteitages 2
Chauvinismus, Folgen des nationalen Chauvinismus 115
Einberufer des Parteitages 2
Futternot und Lebensmittelverteuerung 148
Gemeindevertreterkonferenz 12
Gemeindewahlerfolge 15
Statistik hierüber 91
Gemeindewahlreform für Linz 12
für Niederösterreich 12
Geschäftsordnung des Parteitages 73
des Parlaments und ihre Reform 99
Gewerkschaftskongreß 1903 12
Häusererorganisation 118
Jenischek und seine Angelegenheit 89, 141
Kandidaturen, Organisationsbestimmungen hierzu und Debatte 120
Kommunalprogramm, Antrag auf Ausarbeitung 175
Konstituierung des Parteitages 83
Landesorganisationen 2
Landtagswahlreform für Steiermark 12
Lebensmittelwucher 12
Referat 142
Resolution hierzu 75
Debatte 153
Schlußwort 159
Abstimmung über Resolution 161
Mähren, die politischen Verhältnisse dort 113
Maifeier 14
Mandatprüfungskommission 2
ihr Bericht 109
Wahl derselben 84
Manifest der Abgeordneten vom 15. Juli 1903 11
„An unsere Brüder im Waffenrock!" vom 13. September 1903 11
Militärforderungen 12
Nationalitätenprogramm 6
Nordböhmen, die dortigen politischen Verhältnisse 90, 92, 96
Organisationsstatut 7
Parteiangelegenheiten, Allgemeine, Anträge hierzu 76, 82
Debatte darüber 175
Abstimmung 175
Parteiorganisation 13
Debatte hierüber 117
Parteipresse 9
ihr Stand 16
politische und gewerkschaftliche 16
Debatte 133
Parteiprogramm 3
Parteisteuer, Organisationsbestimmung darüber 9
Debatte 119
Parteitag zu Aussig 1902 11
Organisationsbestimmung hierzu 8
Delegation zum Parteitag 8
Debatte hierzu 119

Seite

Parteivertretung, Organisationsbestimmung hierzu 9
Wahl auf dem Parteitag 133
Resultatbekanntgabe 142
Pechota, seine Affaire 88, 140
Popp-Denkmal 13
Präsenzliste 179
Programm 3
Referat über den Bericht der Fraktion 99
über den Bericht der Parteivertretung 86
über Lebensmittelverteuerung 142
über Verfassungsrevision 161
über Wahl- und Parteiorganisation 117
Reichsparteisteuer 19
tabellarische Uebersicht 82
Sprechregister 178
Stark, Dr., seine Affaire 88, 91, 96, 133
Steiermark, die politischen Verhältnisse 93
Straßenorganisation 14, 118
Tagesordnung des Parteitages 1
Festsetzung der Tagesordnung 84
Terminhandel, Folgen einer Aufhebung 148
Vereinswesen, organisatorische Bestimmung darüber 9
Verfassungsrevision, Referat darüber 161
Resolution hierzu 81
Debatte 168
Schlußwort 171
Abstimmung 174
Verfolgungen, Politische 18
Verhandlungstag, Erster 83
Zweiter 109
Dritter 133
Vierter 142
Versammlungsagitation 14
Vertrauenspersonen in den Organisationen 7
Vertrauensvotum für die Fraktion, Antrag 77
seine Annahme 117
Vertrauliche Sitzung 133
Volksbuchhandlung 133
Vorlagen an den Parteitag 11
Wahl der Parteivertretung 133
des Präsidiums des Parteitages 84
des nächsten Parteitagsortes 175
Wahlen im Jahre 1903/04 14
Gemeindewahlen 15
Landtagswahlen in Böhmen 15
Reichsratswahl in Oberösterreich 14
Wahlkataster 119
Wahlorganisation, Referat hierzu 117
Resolution des Referenten 77
Diskussion 123
Schlußwort 131
Wahlrechtsbewegung 100
Wahlrechtsdemonstrationen 11
in Brünn 141
Wahlrechtskampf in Mähren 113
Wirtschaftsgenossenschaften, Verbandstag 1903 13

„Vorwärts" Swoboda & Co., Wien VI.

Kautsky K. [illegible] und Arbeiterbewegung. Wien 1897. 32 Seiten. K —·20
Krolik Emil. Nutzen und Bedeutung der [illegible]haften. Wien 1891. 23 Seiten. K —·20
Landtagspredigt des neuen Vater Abraham [illegible] Santa Clara. Wien 1902. 16 Seiten.
K —·10, 100 Stück K 6·—
Lang O., Oberrichter in Zürich. Die Arbeiterschaft und die Alkoholfrage. Wien 1903. 20 Seiten.
Broschiert K —·10
Payer O. W. Mehrarbeit und Mehrwert. Eine der besten und populärsten kleineren Schriften über die Grundlehren des Sozialismus. Wien 1902. 20 Seiten. K —·10, 100 Stück K 7·—
Rechtsstaat oder Polizeistaat? Reden der Abgeordneten Pernerstorfer und Kronawetter. Wien 1896. 118 Seiten. 3 Hefte, zusammen K —·36
Resel H. Der Staat und seine Diener. Wien 1899. 32 Seiten. K —·20
Neumann J. Die Heimarbeit in Oesterreich. Wien 1897. 56 Seiten. K —·30
— Die städtische Arbeitsvermittlung als Mittel des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Wien 1898. 32 Seiten. K —·20
Sags Hans. 200 Millionen für neue Kanonen! Wer bewilligts und wer zahlts? Wien 1902. 22 Seiten. K —·10, 100 Stück K 7·—
Schacherl Michael. Nach Feierabend. Sieben Gespräche über die Schwarzen und Roten. Wien 1900. 16 Seiten. K —·10, 100 Stück K 7·—
Schachinger M. Lustig ist's Soldatenleben. Wien 1896. 64 Seiten. (In Oesterreich verboten.)
K —·24
Schuhmeier Fr. Aus der Werkstatt des Klerikalismus. 32 Seiten. K —·10, 100 Stück K 6·—
Seitz K. Volksschule oder Pfaffenschule? Wien 1902. 44 Seiten.
K —·15, 50 Stück K 6·—, 100 Stück K 11·50
Springer, Dr. R. (Synopticus.) Staat und Parlament. Wien 1901. 32 Seiten. K —·60
Stein V. Aus dem Leben eines exkommunizierten Priesters. Wien 1903. 24 Seiten. In Umschlag, geheftet. K —·10, 100 Stück K 7·—
Stern G. Morgenrot. Soziale Fest- und Zeitgedichte. Stuttgart 1894. 156 Seiten. K —·60
— Zweite Folge. Mit einem Anhang, enthaltend zum Vortrag geeignete Gedichte von Freiligrath, Henckel, Herwegh ꝛc. Wien 1898. 152 Seiten. K —·60
Stimmen der Freiheit. Blütenlese der hervorragendsten Schöpfungen unserer Arbeiter- und Volksdichter. Herausgegeben von Konrad Beißwanger. Mit 38 Porträts. Großoktav. 792 Seiten. Elegant gebunden. K 3·50
Teifen T. W. Das soziale Elend und die besitzenden Klassen in Oesterreich. Wien 1894. 180 Seiten. K 2·40, gebunden K 3·20
— Trau, schau, wem? Ein offenes Wort an alle denkenden Staatsbürger. Wien 1900. 16 Seiten. K —·10, Agitationsausgabe 100 Stück K 5·—
— Die Christlich-Sozialen und ihr Programm. Wien 1898. 32 Seiten. K —·12, 100 Stück K 8·—
— Handwerk und Handwerker in Oesterreich. K —·20
— Wie die Zölle Fleisch und Brot verteuern und wer diesen Raubzug am Volke einsteckt. Wien 1903. 32 Seiten. K —·10
Vandervelde, Dr. E. Alkoholismus und Arbeitsbedingungen in Belgien. Wien 1901. 32 Seiten.
K —·20
Verkauf, Dr. Leo. Die Reform der Bruderladen. Referat des Dr. Verkauf, gehalten am IV. Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie. Wien 1894. 16 Seiten. K —·20
— Sozialreform in Oesterreich. Wien 1896. 32 Seiten. K —·20
— Die bürgerlichen Klassen und das Strafrecht. Wien 1894. 24 Seiten. K —·20
— Warum wird alles teurer? Gegen den Brot- und Kohlenwucher. 20 Seiten.
K —·10, 100 Stück K 7·—
— Die Alters-, Invaliditäts- und Stellenlosigkeitsversicherung der Privatbeamten und Handelsangestellten. Wien 1901. 96 Seiten. K —·60
Volk, Das arbeitende, und die Nationalitätenfrage. Wien 1900. 16 Seiten. K —·06
100 Stück K 4·—
Wahrmund Th. Der niederösterreichische Landtag und das arbeitende Volk. Ein offenes Wort zur rechten Zeit. Wien 1902. 24 Seiten. K —·10, 100 Stück K 7·—
Warum sind wir arm? Ein Mahnwort an alle, die arbeiten. 20 Seiten. K —·12
Agitationsausgabe 100 Stück K 7·—, 500 Stück K 30·—, 1000 Stück K 40·—
Was die Umstürzler wollen! Können wir Sozialdemokraten wählen? Wien 1897. 48 Seiten.
K —·12, 100 Stück K 8·—
Wie soll ich fatieren? Ein Ratgeber für Personaleinkommensteuerpflichtige, mit einer ausgefüllten Steuererklärung, Formularen für Rekurse ꝛc. Wien 1900. 16 Seiten. K —·10
100 Stück K 5·—
Winter, Dr. Fritz. Das österreichische Parlament. Die Gewählten und ihre Wähler. Wien 1902. 64 Seiten. K —·60, Agitationsausgabe 100 Stück K 6·—
Wlassak, Dr. R. Der Alkoholismus im Gebiete von Mährisch-Ostrau. Wien 1903. 20 Seiten. In Umschlag. K —·50
Zur Lage der kleingewerblichen und großindustriellen Arbeiterschaft in Oesterreich. K —·80

Arbeiter! Genossen! Sorget für die Verbreitung der

Arbeiter-Zeitung.

Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie.

Erscheint **täglich** um 6 Uhr morgens. Montag um 2 Uhr nachmittags.

Redaktion und Administration: **Wien, VI., Mariahilferstraße Nr. 89.**

Pränumerationspreis für Wien:

Zum Abholen in allen k. k. Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich 2 K 20 h. Inklusive Zustellung ins Haus: Vierteljährig 6 K 60 h, monatlich 2 K 20 h, wöchentlich 50 h.

Für die Provinz und Ungarn:

Vierteljährig . . . . . 7 K 80 h
Monatlich . . . . . 2 K 60 h

Für Deutschland:

Vierteljährig . . . . . 8 Mk.

Arbeiterinnen-Zeitung.

Sozialdemokratisches Organ für Frauen und Mädchen.

Redaktion: **Adelheid Popp.**

Erscheint alle 14 Tage am Donnerstag.

Preis per Nummer 8 h.

Im Abonnement für **Wien** und **Oesterreich-Ungarn:** Ganzjährig 2 K 40 h, halbjährig 1 K 20 h, vierteljährig 60 h.

Redaktion und Administration: **Wien, VI., Mariahilferstraße 89.**

Neue Glühlichter.

Humoristisch-satirisches Arbeiterblatt.

Redaktion und Administration: **Wien, VI., Gumpendorferstraße 18.**

Erscheint vierzehntägig, reich illustriert, in buntem Farbendruck.

Preis: Vierteljährig 80 h. — Einzelne Nummer 12 h.

Wiederverkäufer und Kolporteure erhalten hohen Rabatt.

Werbet Abnehmer für das einzige Partei-Witzblatt.

Telephon Nr. **7700.** Postsparkassen-Scheck-Konto Nr. **831.071.**

Der Arbeit eine Wehr'!

Volkstribüne.

Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes.

Erscheint wöchentlich, und zwar jeden Donnerstag.

Abonnementsbedingungen:

Oesterreich: Bei vierteljährigem Bezuge 1 K 30 h (65 kr.), bei halbjährigem Bezuge 2 K 60 h (1 fl. 30 kr.), bei ganzjährigem Bezuge 5 K 20 h (2 fl. 60 kr.).

Einzelne Nummern kosten 8 h.

Abonnementsbedingungen:

Deutschland: Vierteljährig 1 Mk. 45 Pfg., halbjährig 2 Mk. 80 Pfg., ganzjährig 5 Mk. 80 Pfg. — Frankreich, Schweiz und Weltpostverein: Vierteljährig 2 Frcs., halbjährig 4 Frcs., ganzjährig 8 Frcs.

Redaktion und Administration: **Wien, VII., Kaiserstraße Nr. 96.**

Telephon Nr. **9314.** — Postsparkassen-Scheck-Konto Nr. **849.860.**

Die Neue Zeit.

Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie.

Redigiert von **Karl Kautsky.**

Mitarbeiter: **August Bebel, Viktor Adler, Fritz Austerlitz, Karl Renkner u. a.**

Wöchentlich erscheint ein Heft zum Preise von 30 h.

Abonnement vierteljährig 3 K 90 h.

Die Neue Zeit ist unentbehrlich für jeden, der die Fortschritte des wissenschaftlichen Sozialismus auf allen Gebieten aufmerksam verfolgen will — sie ist eine wahre Rüstkammer für den geistigen Kampf mit den Kritikern des Sozialismus und mit unseren Gegnern.

Zu beziehen durch die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand.

HX
256
S6
1904

Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozialdemo-
kratischen Parteitages

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY